

Stadt Winterthur



Voranschlag 2014 , Teil B

Globalbudgets

Inhaltsverzeichnis

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt	5
Stadtentwicklung	14
Theater Winterthur.....	23
Bibliotheken	28
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	36
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten.....	43
Rechtspflege.....	49

Departement Finanzen

Finanzkontrolle	55
Finanzamt	60
Informatikdienste (IDW).....	65
Steuerbezug	74
Immobilien	81
Städtische Allgemeinkosten/Erlöse	90
Steuern und Finanzausgleich	94

Departement Bau

Tiefbau.....	98
Entsorgung	107
Vermessung	114
Baupolizei	121
Städtebau	128

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrichteramt	137
Stadtpolizei	143
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze.....	151
Feuerwehr	157
Zivilschutz	164
Melde- und Zivilstandswesen	170
Umwelt- und Gesundheitsschutz.....	176

Departement Schule und Sport

Volksschule.....	183
Einkauf und Logistik Winterthur	194
Sonderschulung.....	200
Familie und Jugend	205
Berufsbildung	211
Sportamt	218

Departement Soziales

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	227
Sozial- und Erwachsenenhilfe	232
Prävention und Suchthilfe.....	239
Individuelle Unterstützung	247
Spitex	255
Alterszentren.....	260
Beiträge an Organisationen	267
Arbeitsintegration.....	273

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur	280
Stadtbus Winterthur	287
FinöV Stadt	296
Forstbetrieb.....	302
Stadtgärtnerei	308

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei	316
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.....	324

Anhang	329
--------------	-----

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren. Koordination und Leitung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

2 Zentrales Personalmanagement

Betreiben des Personalinformations- und Abrechnungssystem PIAS (Betrieb, Wartung, Entwicklung), Lohnverarbeitung und Abrechnungen mit Sozialversicherungen, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Operative Führung des Personaldienstes für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR).

3 Personalentwicklung und Beratung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personalentwicklung und Beratung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung.

4 Chancengleichheit und Gleichstellung

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in Fragen der Chancengleichheit und Gleichstellung, Bearbeitung von gesellschaftspolitischen Themen, initiieren und koordinieren von Projekten, Mitarbeit und Unterstützung in den Produkten 1 und 3 sowie weiteren Projekten der Stadtverwaltung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

Verantwortliche Leitung

Eva Schwarzenbach

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Personalamtes <i>Messgrösse:</i> Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme in Tagen	738	777	719
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	89	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	82	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	62	61	61
5 Leistungserbringung Chancengleichheit und Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen der Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	94	90	85

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Chancengleichheit und Gleichstellung von Frau und Mann oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik Chancengleichheit und Gleichstellung <i>Messgrösse:</i> Anzahl Projekte pro Jahr	5	4	4

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	3'386'669	3'401'165	3'190'244

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Personalkosten

Die Veränderung bei den Personalkosten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass sich als Folge der unterschiedlichen Anzahl Lernende pro Lehrjahr Kostenschwankungen ergeben. Weiter zeigen sich die Kosten für die Übernahme der Arbeitgeberbeiträge an die Sanierung der städtischen Pensionskasse. Aufwandmindernd wirken die im Rahmen von effort14+ beschlossenen Massnahmen (Kürzung der Beiträge an die Führungsgruppen sowie die Streichung der Kulturgutscheine für neue Mitarbeitende).

Umsetzung GGR Budget Beschluss: Anteilsmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Reduktion Personalrückstellung in der Höhe von rund CHF 80'000.

Sachkosten

Hauptfaktoren für die Zunahme bei den Sachkosten sind die vorläufige Übernahme der Lizenz- und Betriebskosten für die elektronische Personalakte für 300 Lizenzen durch das Personalamt zugunsten der Departemente bis zur stadtweiten flächendeckenden Einführung von Elektronisches Records Management System (ERMS) (SR.13.33-1) und die Durchführung der gesamtstädtischen Personalbefragung 2014. Im Rahmen der vom Stadtrat festgelegten HR-Strategie wird mit dem auf mehrere Jahre geplanten Ausbau der zentralen Systemunterstützung im Personalmanagement (elektronische Arbeitsinstrumente wie Elektronische Personalakte, Bewerbungsverwaltungsmanagement, usw.) die Professionalisierung der Personalarbeit weiter vorangetrieben.

Umsetzung der GGR Budget Beschlüsse: Reduktion der Sachkosten (0.663% - CHF 38'500); Reduktion der Software Lizenzen (elektronisches Personalakten - CHF 100'000).

Beiträge an Dritte

Der mit GGRB 90/100 vom Grossen Gemeinderat am 19. Dezember 1990 beschlossene jährlich wiederkehrende Kredit zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstieges von Frauen (Schulungsbeiträge) soll aufgehoben werden.

Interne Erlöse

Die Erhöhung des Residualkostenbeitrages führt zu einer Zunahme der internen Erlöse.

effort14+, 1. Runde

- 1.001 Streichung Pauschale Familienservice
- 1.002 Streichung Stipendien Wiedereinsteigerinnen
- 1.003 Streichung Kulturgutscheine neue Mitarbeiter/innen
- 1.004 Verzicht auf Wahlmöglichkeit betreffend Lohnabrechnungen
- 1.005 Kürzung Beitrag an Führungsgruppen
- 1.006 Streichung Beitrag an Senioren und Seniorinnen

effort14+, 2. Runde

- 1.050 Streichung 50%-Stelle Lehrabgänger/innen La Chaux-de-Fonds
- 1.051 Reduktion Systemunterstützung HR Management
- 1.052 Arbeitgeberkrippen-Angebotsreduktion

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Personalkosten

Die Zunahme bei den Personalkosten ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Aufgrund der unterjährigen Besetzung der per 2012 neu geschaffenen Stelle fallen im Voranschlag 2014 Folgekosten für das ganze Jahr an. Als Folge der unterschiedlichen Anzahl Lernende pro Lehrjahr ergeben sich Kostenschwankungen. Weiter zeigen sich die Folgekosten des vom SR bewilligten Berufsbildungskonzepts, die Kosten für die Umsetzung der KV-Reform 2012 sowie die Erhöhung bei der fachlichen Aus- und Weiterbildung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Führungsentwicklung. Aufwandmindernd wirken die im Rahmen von effort14+ beschlossenen Massnahmen und die Personalkostenabgrenzung.

Umsetzung GGR Budget Beschluss: Anteilsmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Reduktion Personalrückstellungen (siehe oben "Abweichung Voranschlag 2013/2014").

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012**Sachkosten**

Hauptfaktoren für die Zunahme bei den Sachkosten sind die vorläufige Übernahme der Lizenz- und Betriebskosten für die elektronische Personalakte für 300 Lizenzen durch das Personalamt zugunsten der Departement bis zur stadtweiten flächendeckenden Einführung von ERMS (SR.13.33-1) und die Durchführung der gesamtschädtischen Personalbefragung 2014. Im Rahmen der vom Stadtrat festgelegten HR-Strategie wird mit dem auf mehrere Jahre geplanten Ausbau der zentralen Systemunterstützung im HR-Management (elektronische Arbeitsinstrumente wie Elektronische Personalakte, Bewerbungsverwaltungsmanagement, usw.) die Professionalisierung der Personalarbeit weiter vorangetrieben. Diese Investition stellt eine Steigerung bzw. Erhaltung der Qualität, der Effizienz und Effektivität im HR-Fachbereich dar. Mit einem stadtweiten koordinierten Einsatz der IT-Arbeitsinstrumente im Personalwesen dürften die immer grösseren Anforderungen künftig ohne grossen zusätzlichen Stellenbedarf bewältigt werden.

Umsetzung GGR Budget Beschlüsse: Reduktion der Sachkosten (0.663%); Reduktion der Software Lizenzen elektronisches Personaldossier (siehe oben "Abweichungen Voranschlag 2013/2014").

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Als Folge der Projekte "Elektronisches Personaldossier" und "Bewerbungsverwaltungsmanagement" steigen die kalkulatorischen Kosten an.

Mietkosten

Aufgrund der vom Stadtrat beschlossenen Erhöhung des Flächenansatzes bei den Verwaltungsgebäuden von bisher CHF 165 auf neu CHF 280 pro m2 erhöhen sich die Mietkosten.

Interne Erlöse

Die departementsinterne Verrechnung der Kosten für den Personaldienst DKD sowie die Erhöhung des Residualkostenbeitrages führen insgesamt zu einer Zunahme der internen Erlöse.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	3'566'350	3'668'525	3'614'598
Sachkosten	1'233'027	1'270'221	1'224'703
Beiträge an Dritte	13'483	10'000	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	207'407	260'742	260'742
Mietkosten	123'523	160'900	161'700
Übrige interne Kosten	79'601	77'438	72'136
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'223'391</i>	<i>5'447'826</i>	<i>5'333'880</i>
Verrechnungen innerhalb PG	3'325	0	0
Total effektive Kosten	5'220'066	5'447'826	5'333'880
Externe Erlöse	435'294	455'500	412'700
Interne Erlöse	1'401'428	1'591'161	1'730'936
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'836'722</i>	<i>2'046'661</i>	<i>2'143'636</i>
Verrechnungen innerhalb PG	3'325	0	0
Total effektive Erlöse	1'833'397	2'046'661	2'143'636
Total Nettokosten / Globalkredit	3'386'669	3'401'165	3'190'244
Kostendeckungsgrad in %	35	38	40

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	13.71	15.55	14.55
▪ Auszubildende	62.00	61.00	61.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":
 Abbau von 0.5 Stellen Austauschstelle La Chaux-de-Fonds für Lehrabgänger/-innen und 0.5 Stellen HR-Controlling

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Personalbefragung 2014
- Führungs- und Personalentwicklungskonzept
- Betriebliches Gesundheitsmanagement: Absenzen-/Casemanagement
- Umsetzung Berufsbildungskonzept
- Zentrale Systemunterstützung für das Personalmanagement (Elektronisches Personaldossier, Bewerbungsverwaltungs-Software)

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht**Leistungen**

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departemente und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Koordination, Leitung und Begleitung von Themen und Projekten zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung
- Strategisches HR-Controlling

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'101'662	1'253'582	1'233'745
Erlös	466'900	469'237	519'828
Nettokosten	634'761	784'344	713'918
Kostendeckungsgrad in %	42	37	42

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats	95	60	75
Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts	1	10	0
Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt	1	2	2
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	3	2	2

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Führen des Personaldienstes für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'137'641	1'119'982	1'241'283
Erlös	457'062	636'006	669'463
Nettokosten	680'579	483'976	571'820
Kostendeckungsgrad in %	40	57	54

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS in %	89	85	85

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl begleitete Kaderselektionen	7	15	5
Anzahl Lohnauszahlungen	78'915	77'500	79'000

Produkt 3 Personalentwicklung und Beratung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personalentwicklung und Beratung
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'127'557	2'258'851	2'280'157
Erlös	528'978	546'958	626'912
Nettokosten	1'598'579	1'711'893	1'653'245
Kostendeckungsgrad in %	25	24	27

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung in %	100.00	85.00	85.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot (1)	57	40	40
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot (1)	1'199	1'100	1'100
Anzahl Beratungsgespräche der Mitarbeitendenberatung	1'027	850	850

(1) exkl. ChG/GIG und IDW

Produkt 4 Chancengleichheit und Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Chancengleichheit und Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von Fragestellungen und Vorstössen zur Chancengleichheit und Gleichstellung
- Koordination und Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten zur Chancengleichheit und Gleichstellung (in Zusammenarbeit mit der Personalentwicklung)
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten betreffend Chancengleichheit und Gleichstellung
- Verwaltung der Arbeitgeber-Krippenplätze
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Vergabe der Stipendien für den beruflichen Wiedereinstieg
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe für Chancengleichheit und Gleichstellung

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	853'358	815'411	578'694
Erlös	362'249	394'460	327'432
Nettokosten	491'109	420'951	251'262
Kostendeckungsgrad in %	42	48	57

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte	51	40	50
Anzahl Kurse zur Chancengleichheit und Gleichstellung	20	18	18
Anzahl Kurstage Chancengleichheit und Gleichstellung	245	200	200
Anzahl bearbeitete Stipendiengesuche	13	12	0
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	1	2	3

Investitionsrechnung Personalamt

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	400'000	310'000	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Umsetzung Führungs- und Personalentwicklungskonzept
- Umsetzung Berufsbildungskonzept
- Weiterausbau Zentrale Systemunterstützung im HR-Management
- Bezug Superblock
- Personalbefragung 2017

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integrationsförderung

Die Integration von Ausländern und Ausländerinnen soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer und Ausländerinnen sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermassen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden.

Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Integrationsförderung ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern und Übersetzerinnen an.

3 Quartierentwicklung

Die Quartierentwicklung fördert mit den Quartierträgerschaften den soziokulturellen Austausch und das Zusammenleben der Quartierbevölkerung. Sie stellt zusammen mit den Quartierträgerschaften Partizipation und Integration der Quartierbevölkerung sicher. Sie berät und unterstützt die freiwillig tätigen Quartierträgerschaften bei ihren Aufgaben und anerkennt ihr Engagement. Sie koordiniert, vermittelt und vernetzt Anliegen der Quartierträgerschaften und der Quartierbevölkerung im Quartier und zur Verwaltung und umgekehrt.

Sie berät andere Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung. Sie fördert die öffentliche Freizeitgestaltung mit eigenen Angeboten, Leistungsvereinbarungen und Subventionen.

Bei auftretenden Interessen – und Nutzungskonflikten in den Zuständigkeitsbereichen der Quartierentwicklung leistet sie ein aktives Konfliktmanagement zu deren Beilegung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer Artikel 53 und Artikel 56 (AuG 1.1.2008)
- Leistungsvereinbarung "Kompetenzzentrum Integration" mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
- Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich gemäss Schwerpunktprogramm des Bundes (Schwerpunkt 1)
- Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich betreffend Öffnung der Dienstleistungen für Bezirke Winterthur Land und Andelfingen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 10.07.2006
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- Leitbild Integrationspolitik der Stadt Winterthur (2012)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen
- SR-Beschluss SR vom 1.02.2012: Soziale Stadtentwicklung - Broschüre und entsprechende Beschlüsse (SR.12.133-1)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003
- SR-Beschluss SR.11.716-1 zur Namensänderung in "Integrationsförderung" vom 29.6.2011
- Stadtentwicklung machen wir alle - wir vor allen; Internes Leitbild für die Mitarbeitenden des Bereiches Stadtentwicklung, Oktober 2009
- Externes Leitbild Stadtentwicklung Winterthur, 2011

Verantwortliche Leitung

Mark Würth

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Stadtentwicklung			
Arbeitsschwerpunkte			
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung)	1'115	1'000	700
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'388	1'200	900
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	4'786	4'850	3'000
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen			
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort	1'111	1'050	1'100
▪ Wohnen, Wohnstandort	595	600	200
▪ Stadtteilentwicklung	2'221	2'200	1'500
▪ Aussenbeziehungen	859	1'000	200
Anzahl Medienmitteilungen	23	21	17
Anzahl organisierter öffentlicher Veranstaltungen	8	12	3
2 Integrationsförderung			
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes			
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	122	70	70
▪ Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste, welche von der Fachstelle erledigt werden konnten.	1'823	1'500	1'800
Vernetzungsaufgaben			
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonale, national)	129	120	120
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer			
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes	3'054	2'400	3'000
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	99	95	95
3 Quartierentwicklung			
Quartierförderung			
▪ Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften			
▪ Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt.			
▪ Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften			
Messgrössen:			
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	856	800	600*
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	29	30	20
Öffentliche Freizeitgestaltung			
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	89	86	77***
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	21	21	23**

*) Der Indikator erfasst ab 2014 auch die Anzahl Besprechungen mit Gruppierungen aus dem Quartier. Die ausgewiesenen Zahlen 2014 sind deshalb nicht direkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

**) Der Indikator erfasst bis und mit 2013 auch den Kostendeckungsgrad der Holzwerkstatt, welche ab 2014 aus Spargründen nicht mehr geführt wird. Die ausgewiesenen Zahlen 2014 sind deshalb mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

***) Der Indikator erfasst das Projekt U25, welches seit März 2013 läuft. Der Mietpreis (Claudia house of sounds) wirkt sich auf den Kostendeckungsgrad aus. Die Zahlen sind nicht direkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	4'871'554	4'868'059	3'749'621

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Stadtentwicklung

- Die Broschüre Winterthur in Zahlen wird weder 2013 noch 2014 erscheinen, war jedoch ursprünglich im Budget 2013 enthalten.
- Streichung der Stelle Aussenbeziehungen (-60%) und Streichung bei den Grundlagen (-20%) und Projektleiterstellen (-30%). Zusätzlich weitere Reduktion bei den Projektleiterstellen (kann erst im Laufe von 2014 umgesetzt werden).
- Zusätzliche Streichung von rund CHF 130'000 bei Aufträgen an Dritte.
- Der Verein Internationale Lichttage Winterthur hat sich aufgrund der Streichung der städtischen Beiträge aufgelöst. Darum entfallen Sachkosten in Höhe von CHF 25'000.--

Integrationsförderung

- Anzahl Anfragen für interkulturelle Übersetzungsdienste: Zunahme der Anzahl Vermittlungen v.a. in den Bereichen Soziale Dienste und Schule
- Zunahme der Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste, welche von der Fachstelle erledigt werden konnten, durch gezielte Rekrutierung von neuen Übersetzungspersonen
- Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes: Anzahl Einzelberatungen von Migranten und Institutionen höher aufgrund neuer Zuwanderergruppen und verstärkter Kooperation mit anderen Stellen (z.B. Einwohnerkontrolle)
- Die Integrationsförderung rechnet mit höheren internen Erträgen durch Zunahme der Aufträge für interkulturelle Übersetzungspersonen.
- Ab 2014 schliesst die Integrationsförderung einen neuen Leistungsvertrag mit dem Kanton ab (Kantonales Integrationsprogramm 2014-2017) und erhält neu jährlich CHF 506'000.- für den Betrieb der Fachstelle sowie für die Projektförderung (bisher jährlich CHF 228'000.-)
- Im Rahmen von effort14+ setzt die Integrationsförderung zusätzliche Sparmassnahmen in der Höhe von CHF 185'000 um.

Quartierentwicklung (QE)

- Anzahl Projekte in der Quartierentwicklung: Aufgrund von effort14+ geht die QE davon aus, dass die Anzahl der Projekte zurückgehen wird
- Kostendeckungsgrade öffentliche Freizeitgestaltung: Durch die Vorgaben von effort14+ muss die QE die Mieten für die Musikübungsräume und die Gebühren für den Spielbus erhöhen. Dies hat einen besseren Kostendeckungsgrad zur Folge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Stadtentwicklung

- Vgl. oben; zusätzlich waren 2012 noch Beträge vom städtischen Gesamtkredit enthalten für neue Aufgaben, welche der Stadtentwicklung übertragen wurden.

Integrationsförderung

- Der Finanzierungsanteil des Kantons konnte erhöht werden (siehe auch oben unter "Abweichung Voranschlag 2013/2014").

Quartierentwicklung

- Reorganisation der Quartierentwicklung
- Stopp der Dezentralisierung und Stellenreduktion
- Reduktion der Subventionsbeiträge an Dritte
- Mietpreiserhöhung Musikübungsräume, Gebührenerhöhung Spielbus, Schliessung Holz- und Keramikwerkstatt, Ferienprogramm neu auf privater Basis
- Kürzung Unterhalt Spielplätze
- Drittfinanzierung des Theaters Kanton Zürich

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'390'354	2'383'440	1'914'480
Sachkosten	1'556'126	1'435'582	800'553
Beiträge an Dritte	544'470	602'600	683'292
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	399'784	445'273	445'273
Mietkosten	370'374	457'860	503'900
Übrige interne Kosten	120'787	110'455	179'933
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'381'895</i>	<i>5'435'209</i>	<i>4'527'431</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'381'895	5'435'209	4'527'431
Externe Erlöse	385'415	446'450	216'000
Interne Erlöse	51'026	47'200	55'810
Beiträge von Dritten	73'900	73'500	506'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>510'341</i>	<i>567'150</i>	<i>777'810</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	510'341	567'150	777'810
Total Nettokosten / Globalkredit	4'871'554	4'868'059	3'749'621
Kostendeckungsgrad in %	9	10	17

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15.09	15.36	13.26
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":

Die Fachstelle Stadtentwicklung streicht die Stelle Aussenbeziehungen und Stellenprozente bei den Projektleiterstellen (-1.1).
Die Fachstelle Quartierentwicklung muss ihre Organisationsform überarbeiten und straffen (-1.0).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Stadtentwicklung

- Umsetzung Ergebnisse Veranstaltungsreihe Wachstum
- Umsetzung Planungszone Neuhegi/Grüze
- Studie Umgebung Bhf Oberwinterthur/KTI-Projekt zusammen mit ZHAW
- Gestaltungs-/Nutzungsbegleitung der Plätze Teuchelweiher und Viehmarkt
- Sozialmonitoring als Grundlage für Quartierentwicklungsstrategie
- Projekt Wülflingen: Abschluss des Gesamtprojekts
- Alterswohnen fördern
- Impulsstrategie Wirtschaft
- Stärkung Bildungsstandort Winterthur
- Firmenansiedlungen auf städtischen Arealen (u.a. Frauenfelderstrasse)
- (Neu-)Ausrichtung Wohnungspolitik

Integrationsförderung

- Umsetzung des neuen Leitbildes zur Integrationspolitik
- Initiierung von Projekten gemäss neuem Massnahmenplan
- Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms 2014 gemäss Leistungsvertrag
- Beratung von Behörden und Institutionen zu Fragen des Umgangs mit Vielfalt und der interkulturellen Kommunikation
- Fachliche Unterstützung von Projekten im Frühförder- und Elternbildungsbereich, im Gesundheits- und Altersbereich
- Projektförderung von lokalen Integrationsprojekten (Beratung, Begleitung, Bereitstellung von finanziellen Mitteln)
- Betrieb der Beratungsstelle: Einzelberatung (Information und Triage, muttersprachliche Beratung, Rechtsberatung zum Aufenthaltsrecht, niederschwellige Sozialberatung), Deutschkursberatung
- Erstinformationsgespräche für neu zugezogene Personen aus dem Ausland gemäss Vorgaben des Kantons
- Vermittlung von qualifizierten interkulturellen Übersetzungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Quartierentwicklung

- Aufbau Bezugspersonensystem in drei Stadtbereichen (Effort14+)
- Güterschuppen Töss: Führung der Zwischennutzung und Projektierung Gesamtsanierung.
- Schloss Hegi: Abschluss definitive Nutzungsvereinbarung
- *Freizeitanlage Holzlegi: Zwischennutzung und Planung Neubau
- Schützenhaus Rosenberg und Abenteuerspielplatz: Aufbau und Betriebskonzept, Pilotphase des Abenteuerspielplatz 2014 bis 2017.
- Projekt Sanierung und Betriebskonzept Nutzung Orangerie.
- Projektierung Sanierung Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach.
- Alle Freizeitanlagen: Ausweitung der öffentlichen Nutzung für gemeinnützigen Quartierbedarf, z.B. Spielgruppen, Deutschkurse, Frühförderung, mobile Jugendarbeit, etc.
- Standortveränderung der Freizeitangebote an der Palmstrasse.
- Mitarbeit in diversen städtischen Grossprojekten: Planungszone Neuhegi, Projekt Wülflingen mit Teilprojekten Quartierinfrastrukturen, KTI Forschungsprojekt Quartierleitbild Oberwinterthur, Auswirkungen des Wincity aufs Quartierzentrum Gutschick.

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Koordination und Politikberatung:

- Organisation Stadtentwicklungskommission
- Unterstützung des Stadtpräsidenten bei der Beantwortung von parlamentarischen Geschäften und internen Mitberichten
- Einsitznahme in diversen Gremien wie bspw. operativer Ausschuss der Metropolitankonferenz

Gebietsentwicklung:

- Stadtteilaufwertungsprojekte wie in Töss bzw. Dättlau oder neu in Wülflingen
- Koordination Entwicklungsgebiet Neuhegi/Grüze
- Koordination Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher
- Gesamtstädtische Entwicklungsszenarien
- Areal- und Stadtteilentwicklungen
- Altstadterneuerung (bspw. Testplanung Obertor Plus)

Projekte

- Vgl. Liste Wesentliche Massnahmen und Projekte

Aussenbeziehungen:

- Teilnahme an gemeindeübergreifenden Projekten und Einbringen der Interessen der Stadt Winterthur
- Koordination von städtischen Entwicklungen mit übergeordneten Entwicklungen (RWU, Kanton, Metropolitanraum)
- Politmonitoring Bund/Kanton für wichtige Themenfelder

Grundlagen und Statistik:

- Erhebung bzw. Nachführung von Statistischen Daten
- Beschaffung von Grundlagen in diversen Geschäftsfeldern
- Vertretung der Stadt in gesamtschweiz. Gremien
- Auskünfte an Drittpersonen
- Grundlagendaten für diverse Politiken (Wirtschaftsauswertungen, Wohnauswertungen, unüberbaute Areale etc.)

Anlaufstelle:

- Gesamtkoordination innerhalb der Stadt bei Anfragen aus Wirtschaftskreisen
- Schnittstelle zur Standortförderung und zu Winterthur Tourismus

Öffentlichkeitsarbeit:

- Information der Öffentlichkeit über stadtentwicklungsrelevante Themen und Projekte
- Information und Partizipation der Bevölkerung bei Quartieraufwertungen
- Stärkung der "Stadtmarke Winterthur"
- Veranstaltungsreihen zur Stadtentwicklung (ehemaliges Stadtforum)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'815'295	1'883'687	1'358'771
Erlös	12'543	89'000	4'000
Nettokosten	1'802'752	1'794'687	1'354'771
Kostendeckungsgrad in %	1	5	0

* Die Einnahmen aus der Halle 710 fallen in ein Nettoaufwandkonto, darum ist der Kostendeckungsgrad nicht aussagekräftig.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Steuerkraftentwicklung absolut (exkl. juristische Personen) 1)	1'744	1'850	1'780
Steuerkraftentwicklung relativ in % (inkl. jur. Personen) 2)	81*	78	81
Anzahl erstellte Wohnungen	399	700	650
Anteil erstellte Wohnungen in % 3)	100	100	100
▪ davon Wohnungen im höheren Preissegment	23	10	5-10
▪ davon Wohnungen im mittleren Preissegment	61	80-85	80-85
▪ davon Wohnungen im tieferen Preissegment	16	5-10	10
Anteil an Projekten mit Schwerpunkt im Bereich:			
▪ Wirtschaft/ Bildung	5.00	6.00	5.00
▪ Wohnen	2.00	2.00	3.00
▪ Gebietsentwicklungen	3.00	5.00	5.00
▪ Stadtteile	2.00	5.00	1.00
▪ sonstiges	6.00	10.00	3.00

1) Steuerkraftentwicklung absolut: Grundlage Steueramt Winterthur

2) Steuerkraftentwicklung relativ zum kantonalen Mittel: Grundlage Statistisches Amt Kanton Zürich

3) Preissegmente Wohnungen: Grundlage Baustatistik Stadt Winterthur. Berechnung aus bewilligter Bausumme im Verhältnis zur Anzahl Zimmer, kleine Wohnungen stärker gewichtet. Werte > 145'000 hoch, < 90'000 tief, dazwischen mittel. Die früher verwendeten Werte von 130'000 resp. 80'000 wurden für Bewilligungen ab 2010 aufgrund der aufgelaufenen Bauteuerung angepasst. Die Anpassung der Wohnungspolitik schlägt erst ab 2014/15 zu Buche.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl laufende Projekte per 31.12.	13	19	10
Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode	5	9	7
Anzahl geplante Projekte pro Periode	11	5	1

Produkt 2 Integrationsförderung

Leistungen

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	993'880	974'285	1'029'474
Erlös	294'426	274'700	557'810
Nettokosten	699'454	699'585	471'664
Kostendeckungsgrad in %	30	28	54

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl unterstützter Projekte finanziert durch:			
▪ Stadt	10.00	8.00	noch k.A. möglich
▪ Bund/ Kanton	7.00	6.00	noch k.A. möglich
▪ gemeinsam finanziert	5.00	8.00	noch k.A. möglich
Anzahl Anfragen für interkulturelle Übersetzungsdienste	1'891.00	1'600.00	2'350.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte	122	70	70 1)*
Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter)	2/54/44	2/47/55	2/47/55
Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich)	48/52	50/50	50/50
Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung)	67	45	45 2)*
Anzahl durch die Integrationsförderung berücksichtigter Projektgesuche	30	25	25
Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen	12	13	12
Anzahl Teilnehmer in Deutschkursen, die aus dem Integrationskredit und/oder vom Bund finanziert werden.	201	190	200 3)*

1)* Die Frühförderung, welche in den letzten Jahren sehr viele fachliche Beratungen beanspruchte, ist in den Regelbetrieb des DSS überführt worden. Die Integrationsförderung kann dadurch vermehrt eigene Projekte in Angriff nehmen.

2)* Die Anzahl Beratungen und Begleitungen für Projektträgerschaften geht etwas zurück, weil es sich in der Mehrheit um Wiederholungsgesuche handelt. Die Integrationsförderung kann dadurch vermehrt eigene Projekte in Angriff nehmen.

3)* Die Deutschkurse des Vereins DFM Deutsch für fremdsprachige Mütter Oberi wurden per Ende August 2012 vom DSS übernommen. Diese Teilnehmerinnen fallen in der obenstehenden Statistik daher weg.

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

A) Quartierförderung und Freiwilligenarbeit

- Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften sowie der Quartierbevölkerung.
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau-, Integrations- und Entwicklungsaufgaben.
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale, bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Aufgaben und Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit der Quartierentwicklung einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Workshops, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier-, Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen.
- Beratung anderer Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessens- und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.
- Unterhalt, Sanierung und Neubau von Quartierinfrastrukturen.

B) Öffentliche Freizeitgestaltung

- Einzelne Freizeitangebote in den Quartieren wie Abenteuer Hüttenbau und Spielnachmittage.
- Informationsstelle am Holderplatz 2 für Quartierkultur- und Freizeitbelange mit persönlicher Beratung, telefonischer Auskunft und per Mail; Bewirtschaftung Vereinsverzeichnis und Veranstaltungsraumverzeichnis im Internet.
- Vermietung von Musikübungsräumen, Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessen- und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'572'720	2'577'237	2'139'186
Erlös	201'437	203'450	216'000
Nettokosten	2'371'283	2'373'787	1'923'186
Kostendeckungsgrad in %	8	8	10

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Vorsorgequalität der Bevölkerung mit Quartiertreffs und Freizeitanlagen: Anzahl EinwohnerInnen pro Einrichtung			
▪ Kreis Stadt	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
▪ Kreis Oberwinterthur	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
▪ Kreis Seen	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
▪ Kreis Töss	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
▪ Kreis Veltheim	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
▪ Kreis Wülflingen	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
▪ Kreis Mattenbach	k.A. möglich	k.A. möglich	k.A. möglich
Nutzung der Quartiertreffs und Freizeitanlagen (Anzahl "Vermietungen")	*		3'500.00

*) Der Indikator wurde 2012 noch nicht erhoben.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen	9	9-10	9-10
Anzahl unterstützte Quartierlokale	21	21-23	23-26
Anzahl unterstützte Ludotheken	3	3	3-4
Anzahl Verleihungen des Spielbuses	40	50	50
Anzahl Musikübungsräume	41	41	44

Investitionsrechnung Stadtentwicklung

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	2'130'000	1'400'000	2'470'000	650'000	100'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Stadtentwicklung:

- Im Jahr 2015 ist wieder eine Bevölkerungsbefragung geplant, auch als Benchmark zu anderen Grossstädten (teilweise gemeinsame Fragestellung); dies erhöht den Anteil der Grundlagenarbeiten.

Integrationsförderung:

- Umsetzung des Leitbildes zur Integrationspolitik der Stadt Winterthur, Initiierung von Projekten gemäss neuem Massnahmenplan
- Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms 2014 gemäss Leistungsvertrag

Quartierentwicklung:

- Abhängig von Quartierentwicklungsstrategie

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur ist das grösste und wichtigste Gastspieltheater der Schweiz mit internationalen Produktionen in allen Bühnensparten und in hoher künstlerischer Qualität. Der Spielplan zeigt einen Querschnitt durch das Theaterschaffen der bedeutendsten Bühnen Europas.

Damit deckt das Theater Winterthur einen wichtigen Teil der Nachfrage an kulturellem Angebot für die ganze Bevölkerung der Stadt und der Umgebung ab und ergänzt das Angebot der Kulturstadt Winterthur.

Das Theater steht mit seiner erstklassigen technischen Ausstattung und Infrastruktur den Kulturorganisationen und Veranstaltern für eigene Produktionen zur Verfügung.

Das Theater verpflichtet sich der Winterthurer Politik der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten (vor allem Juni/Juli) wird das Haus vermietet:

A: Zu marktkonformen Preisen für private Kongresse, Tagungen, Feierlichkeiten und andere Veranstaltungen.

B: Zu vergünstigten Konditionen für kulturelle Veranstaltungen von lokalen Veranstalter/innen und Organisationen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Beschlüsse der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) vom 4. Juli 2011

Verantwortliche Leitung

Marc Baumann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Eigenwirtschaftlichkeit Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens (in %): Er berechnet sich wie folgt: Gesamtaufwand inkl. interne Verrechnungen ./.. Gesamtertrag ohne öffentliche Beiträge (Kanton, Stadt, Gemeinden) = Betriebsergebnis. Eigenwirtschaftlichkeit = Betriebsergebnis in % des Gesamtaufwands.	22.89	22.00	27.85
2 Nutzung und Belegung Anzahl der eigenen Aufführungen ■ Davon auf der grossen Bühne in den klassischen Gattungen (Musiktheater, Schauspiel, Tanz) Auslastung der Sitzplätze im Theatersaal in % Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung auf der grossen Bühne Anzahl Besuchende Anzahl verkaufte Abonnemente Anzahl der Vermietungstage ■ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	187 129 57 429 59'812 3'283 75 49	120 100 52 420 48'000 3'590 75 50	120 100 60 420 59'000 3'000 75 50
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Regelmässige Publikumsbefragungen durch das Theater selbst und alle vier bis sechs Jahre eine Befragung durch Externe. Abgabe Bericht des Theaters <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Systematische Feedbacks der Mieterinnen und Mieter zur Dienstleistung und Infrastruktur werden eingeholt und regelmässig ausgewertet. Abgabe Bericht des Theaters. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	Ende Mai 2013 Ende Mai 2013	--- 1) 90	Nächste Befragung 2015 0 90
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i> Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) <i>Messgrösse:</i> Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut-sehr gut	aufgehoben 2)

1) Zur Kundenorientierung: Die Publikumsabstimmungen mit den «Gefällt-Mir»- und «Gefällt-Mir-Nicht»-Boxen wurden nach zwei Jahren aufgehoben. Seit Herbst 2012 wird ein «Applauskoeffizient» berechnet und laufend im Internet publiziert.

2) Die systematische Beurteilung aller Vorstellungen durch die Theaterkommission wurde aufgehoben. An ihre Stelle tritt ab 2014 eine ausführliche Saisonbeurteilung durch die Kommissionsmitglieder, die in einer Sitzung der Kommission auch ausführlich besprochen werden soll.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	6'120'533	5'618'807	4'907'233

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Theaterleiter wurde beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag für eine markante Erhöhung der Eigenwirtschaftlichkeit vorzulegen. Die Kostenreduktion im 2014 macht gegenüber 2013 rund CHF 0,6 Mio. aus. In den folgenden Jahren soll die Eigenwirtschaftlichkeit schrittweise auf ca. 40% erhöht werden, was eine weitere Entlastung der Rechnung um rund CHF 1,0 Mio. in 2015 bringen kann.

Umsetzung GGR Budget Beschlüsse:

Personalkosten: Korrektur Fehler Berechnung Personalkosten (- CHF 97'000). Anteilsmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Reduktion Personalrückstellung in der Höhe von rund CHF 60'000.

Sachkosten: Reduktion der Sachkosten (0.663% - CHF 54'700).

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Der Globalkredit gegenüber 2012 sinkt. Dies ist auf die Massnahmen aus Effort14+ zurückzuführen.

Umsetzung der GGR Budget Beschlüsse: Korrektur Personalkosten; anteilmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Personalrückstellungen; Reduktion Sachkosten. (siehe oben unter "Abweichung Voranschlag 2013/2014").

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'993'983	2'915'307	2'661'343
Sachkosten	5'135'104	4'678'305	4'510'234
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	750'920	599'306	599'306
Mietkosten	58'513	57'980	0
Übrige interne Kosten	244'137	265'509	272'251
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'182'658</i>	<i>8'516'407</i>	<i>8'043'133</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'182'658	8'516'407	8'043'133
Externe Erlöse	2'032'722	1'850'900	2'080'200
Interne Erlöse	41'550	19'700	28'700
Beiträge von Dritten	987'853	1'027'000	1'027'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'062'125</i>	<i>2'897'600</i>	<i>3'135'900</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'062'125	2'897'600	3'135'900
Total Nettokosten / Globalkredit	6'120'533	5'618'807	4'907'233
Kostendeckungsgrad in %	33	34	39

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	25.47	24.95	22.50
▪ Auszubildende	3.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":

Im Rahmen von effort14+ hat das Theater seine Aufgaben und Funktionen systematisch überprüft und die Ausrichtung des Theaters den Anforderungen angepasst. Mit den Anpassungen wurden auch Stellen aufgehoben oder Stellen um insgesamt 2.45 Stellen reduziert (auf 1.1.2014). Die Theaterleitung kann die meisten Reduktionen durch natürliche Abgänge auffangen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Ende Mai 2014 findet das erste Schweizer Theatertreffen in Winterthur statt (siehe auch: schweizertheatertreffen.ch). An diesem Festival werden sieben von einer Jury ausgewählte Produktionen gezeigt. Gleichzeitig richtet der Bund (Bundesamt für Kultur) im Rahmen des Theatertreffens zum ersten Mal den Schweizer Theaterpreis aus. Ein breites Programm rundet das Festival ab und macht Winterthur während 10 Tagen zur Theaterhauptstadt der Schweiz.

Im Rahmen des Stadtrechts-Jubiläums Winterthur 750 organisiert das Theater Winterthur die «Trilogie» mit, an der das Musikkollegium und die Stadtkirche beteiligt sind.

Das Theater hat beim Lotteriefonds verschiedene Anträge für Infrastrukturinvestitionen gestellt. Dabei geht es um den Erhalt und die Modernisierung der technischen Anlagen (Beleuchtung, Ton, Video etc.). Je nach Entscheidung des Lotteriefonds können erste Teilprojekte in der Sommerpause 2014 realisiert werden.

Produkt 1 Theateraufführungen

Leistungen

Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	9'166'463	8'456'563	8'043'133
Erlös	2'772'601	2'575'100	2'759'400
Nettokosten	6'393'862	5'881'463	5'283'733
Kostendeckungsgrad in %	30	30	34

Aufgrund der wegfallenden Staatsbeiträge, welche ab VO 2012 zentral beim Finanzamt verbucht werden, wird der Kostendeckungsgrad ab 2012 verändert dargestellt. Aus Transparenzgründen wird die mit dem Parlament ausgehandelte Eigenwirtschaftlichkeit unten dargestellt.

Eigenwirtschaftlichkeit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	9'182'658	8'554'546	8'247'079
Eigene Erlöse	2'099'272	1'578'100	2'138'900
Nettokosten, finanziert durch:	7'083'386	6'976'446	6'108'179
Globalkredit Stadt Winterthur (exkl. Staatsbeiträge Kt. ZH)	6'120'533	5'979'446	5'111'179
Staatsbeiträge Kanton Zürich (1)	0	0	0
Beitrag aus Kulturförderungsgesetz (2)	837'000	837'000	837'000
Beiträge Gemeinden	125'853	160'000	160'000

1) Mit dem neuen Finanzausgleich werden die zweckgebundenen Staatsbeiträge neu zentral beim Finanzamt verbucht und erscheinen nicht mehr in den Rechnungen der Kultur.

2) Der Beitrag aus dem Kulturförderungsgesetz wird ab 2012 nicht mehr auf die beiden Produkte

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Aufwandüberschuss pro Besucher/in in CHF	106.89	116.70	88.10
Öffentlicher Beitrag pro Besucher/in Stadt Winterthur und Kanton Zürich 1)	114.83	142.00	105.00

Die öffentlichen Beiträge berechnen sich: Aufwandüberschuss netto plus ausgewiesene Beiträge Kanton und Gemeinden dividiert durch Zuschauerzahl. Im Aufwandüberschuss netto sind auch die Kantonsbeiträge enthalten, die seit 2012 nicht mehr in der Rechnung des Theaters ausgewiesen werden. Mit der Erhöhung der Eigenwirtschaftlichkeit sinkt der öffentliche Beitrag pro Besucher/in.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen

Leistungen

Neben seiner Aufgabe als Gastspielhaus soll das Theater den Winterthurer in spielfreien Zeiten Institutionen und Vereinen als Bühne für lokale und regionale Kulturproduktionen dienen. Die Unternehmen und Organisationen in Winterthur finden hier eine günstige und attraktive Kongressinfrastruktur. Für private Kongresse, Tagungen, Feierlichkeiten und andere Veranstaltungen verrechnet das Theater marktkonforme Preise.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'161	59'844	0
Erlös	289'525	322'500	376'500
Nettokosten	-285'364	-262'656	-376'500
Kostendeckungsgrad in %	6'958	539	0

Gemäss Absprache mit der Parlamentskommission (BSKK) vom 4. Juli 2012 werden ab 2012 nur noch die direkten Kosten und effektiven Mieterträge ausgewiesen.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Vergünstigungen der Miete für lokale Veranstalter/innen:			
Anzahl Vermietungstage	75	75	75
Gesamter Vergünstigungswert auf die Vollpreise	91'517	Fr	45'000

Das Theater Winterthur stellt für viele Organisationen und Vereine in Winterthur eine wertvolle Auftrittsmöglichkeit dar. Diesen wird das Theater zu einem vergünstigten Tarif (-35%) vermietet. Die Vergünstigungen werden ausgewiesen.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Investitionsrechnung Theater Winterthur

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	300'000	800'000		200'000	200'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Das Theater plant zusammen mit dem Musikkollegium die Entwicklung, Produktion und Durchführung einer grossen Kinderoper. Es wurde dafür ein Beitragsgesuch an den Kantonalen Lotteriefonds gestellt. Unter der Voraussetzung, dass dieses Gesuch bewilligt wird, wird die Oper 2015 aufgeführt.

Für die Theatersanierung wurden vom Stadtrat Mittel für Sofortmassnahmen beschlossen. Die Gesamtsanierung des Theaters (Gebäudetechnik, energetische Sanierung etc.) wird in der Investitionsrechnung neu terminiert. Der Stadtrat hat beim Lotteriefonds einen Beiträge an die Sanierung der Bühnentechnik (Tonanlagen, Beleuchtung, Bühne) beantragt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Im Rahmen von effort14+ hat das Theater den Auftrag erhalten, die Eigenwirtschaftlichkeit systematisch und kontinuierlich zu erhöhen. Die vorläufige Zielgrösse liegt bei 40%. Damit wäre das Theater als Gastspielhaus im mittleren Feld der Schweizer Theater. Um diese Zielgrösse zu erreichen, wird das Verhältnis zwischen eigenen, künstlerischen Produktionen und Vermietungen verändert. Es werden mehr Vermietungen geplant. Zudem werden im künstlerischen Programm auch Produktionen eingeplant, die einen höheren Beitrag an die effektiven Kosten leisten sollen.

Die Organisationsform des Theaters soll überdacht werden und das Theater möglicherweise in eine gemeinnützige Trägerschaft überführt werden. Die Theaterleitung arbeitet an den Eckwerten und Rahmenbedingungen für ein solches Konzept.

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Angebot der Studienbibliothek

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996
Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 27. November 2013
Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 16. Januar 2014
Reglement für die städtische Bildersammlung, 1971

Stufe Verwaltungseinheit

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Februar 2014
Strategischer Plan der Winterthurer Bibliotheken, 2011 - 2015
Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Verantwortliche Leitung

Hermann Romer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung/Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrößen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe in CHF Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	6.76 3	7.04 5	6.95 5
2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in % <i>Messung/Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl	18.12	>19	>17
3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	22.00	<20	<22
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliotheksssoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	83.10	>81	>80

Umsatzprognose 1'400'000 Ausleihen; Bevölkerungswachstum und Zunahme der Bibliotheksnutzenden verlaufen nicht mehr parallel, d.h. das Bevölkerungswachstum verläuft schneller als die Marktdurchdringung der Bibliotheken. Sparmassnahmen, insb. beim Medienangebot und Dienstleistungen in den einzelnen Bibliotheken wirken sich auf die Leistungsindikatoren aus.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	8'489'573	8'826'358	8'560'259

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Globalkredit reduziert sich im Vergleich zum Voranschlag 2013 um CHF 266'000. Dies reflektiert den Beitrag der Winterthurer Bibliotheken an effort14+ sowie die pauschalen Budgetkürzungen, welche die betriebsnotwendigen Ausgaben erhöhungen mehr als kompensieren. Getrieben durch die Sparmassnahmen reduziert sich der Bruttoaufwand um CHF 291'000, was leider nicht ohne eine Reduktion des Leistungsangebotes realisierbar ist. Die Erlöse gehen um CHF 25'000 zurück, die Hauptfaktoren hier sind zu optimistische Annahmen im Budget 2013 sowie ein erwarteter Rückgang der kantonalen Subventionen, welche durch die Erlössteigerungen aus effort14+ nur teilweise kompensiert werden.

Bei gleichbleibenden Stelleneinheiten sind die Personalkosten insgesamt um CHF 163'000 tiefer budgetiert. Hauptfaktoren sind der Sanierungsbeitrag für die Pensionskasse (CHF 41'000), je CHF 71'000 Mutationsgewinne und Reduktion der Rückstellung für Gleitzeit-/Feriensaldi (wobei insbesondere die Realisierung der Mutationsgewinne unwahrscheinlich ist), CHF 20'000 tiefere Rentenleistungen an Pensionierte sowie CHF 10'000 tiefere Weiterbildungskosten.

Die Sachkosten reduzieren sich um CHF 97'000 oder 4%. Haupttreiber dahinter sind die effort14+-Massnahmen sowie Infrastruktur- und Unterhaltskürzungen.

- CHF 145'000 Reduktion des Medieneinkaufs, hauptsächlich infolge effort14+
- CHF 20'000 Kostenreduktion durch Senkung des Medien-Ausrüstungsstandards (effort14+)
- CHF 10'000 Kostenreduktion durch Verschiebung von Mobiliar-Unterhalt und -Anschaffungen auf 2015
- CHF 5'000 Reduktion in der Bibliothekspädagogik
- + CHF 85'000 Kostenerhöhung infolge Aufbau der virtuellen Bibliothek (u.a. EBook-Portal) und azyklischer Einkauf Bibliothekskarten

Während die kalkulatorischen Kosten unverändert bleiben, sinken die Mieten um rund CHF 23'000 (letzteres aufgrund eines zu hohen Budgets 2013, eingestellt durch die städtische Immobilienverwaltung).

Die übrigen internen Kosten sinken um CHF 8'000 als Folge tieferer Umlagen der Bereichsleitung sowie des Departementssekretariates, welche teilweise kompensiert werden durch höhere Kosten des Museumsgebäudes.

Der Erlösrückgang von insgesamt CHF 25'000.-- trotz Mehrerlösen aus effort14+ ist zurückzuführen auf folgende Hauptfaktoren:

- CHF 8'000 tiefere Gebühreneinnahmen (Erlösbudget 2013 bei den Jahresgebühren ist zu optimistisch)
- CHF 22'000 erwarteter Rückgang der kantonalen Subventionen (Überarbeitung der Rechtsgrundlagen beim Kanton)
- CHF 5'000 höhere interne Erlöse

Parlamentarische Zielvorgaben: Der Trend der abnehmenden Nutzung der physischen Bibliothek zu Gunsten der elektronischen Medien wird anhalten. Die Bibliotheksnutzung wird zudem beeinflusst sein durch den Abbau des Leistungsangebots im Zuge von effort14+, und die pauschalen Budgetkürzungen werden die Attraktivität des Bibliotheks-Aussenauftrittes negativ beeinflussen. Es ist zu erwarten, dass diese Faktoren die Leistungsindikatoren in allen vier Dimensionen negativ beeinflussen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Im Vergleich zur Rechnung 2012 erhöht sich der Globalkredit für 2014 um lediglich CHF 71'000. Beim Vergleich mit 2012 muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass die Sachkosten in diesem Jahr aufgrund nicht realisierter bzw. verschobener Projekte ausserordentlich tief waren (CHF 188'000.-- unter Budget). Dieser Effekt sowie höhere stadtinterne Verrechnungen von Mieten, IT- und Energiekosten (CHF 107'000.--) sowie den Kostenzunahmen, welche unter der Begründung zur Abweichung zum Voranschlag 2013 aufgeführt sind, führen zusammen mit den effort14+-Massnahmen zu dieser geringen Erhöhung. Die Mehrkosten durch die neue Bibliothek Hegi werden somit vollständig im Rahmen des Globalbudgets aufgefangen.

Personalkosten: Trotz erhöhten Stelleneinheiten (+1.75 Stellen in neuer Bibliothek Hegi) ist der Personalaufwand um CHF -174'000 rückläufig. Die Mehrkosten der neuen Bibliothek Hegi von rund CHF 150'000 werden überkompensiert durch die beim Voranschlag 2013 erwähnten Massnahmen sowie die Rotationsgewinne des Jahres 2013.

Die Sachkosten steigen um CHF 136'000.--. Neben dem zur Abweichung zum Voranschlag 2013 Gesagten sind die Mehrkosten v.a. getrieben durch die höhere Kostenbasis der erneuerten/erweiterten Bibliothek Hegi, höhere IT-Kosten (sowohl stadtinterne Kosten von IDW infolge Umstellung auf Windows 7, als auch externe IT-Kosten durch den teureren Unterhalt der Bibliotheks-IT-Infrastruktur) und höhere Energiekosten. Zudem waren die Sachkosten 2012 tief (CHF 188'000 unter Budget), weil diverse Projekte ins 2013 verschoben wurden, was die Sachkostendifferenz 2014 vs. 2012 ebenfalls stark beeinflusst.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die tieferen kalkulatorischen Kosten (CHF -90'000.--) werden mehr als kompensiert durch höhere Mietkosten (CHF +111'000.--), welche verursacht sind durch die neue Bibliothek Hegi sowie höhere Mieten für städtische Liegenschaften (Stadtratsbeschluss).

Die übrigen internen Kosten steigen um CHF 101'000.--, dies reflektiert die höheren Unterhaltskosten für die Liegenschaft Museumsstrasse 52 sowie höhere Kostenumlagen seitens des Departementssekretariates.

Die Erlöse werden für 2014 leicht über dem Niveau von 2012 erwartet (CHF +13'000.--). Die höheren Gebühreneinnahmen (infolge Gebührenerhöhungen im 2012 sowie Massnahmen effort14+) vermögen dabei die tieferen Lohnrückerstattungen und abnehmenden Staatsbeiträge zu kompensieren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	5'574'623	5'563'245	5'400'387
Sachkosten	1'950'637	2'183'589	2'086'731
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	817'234	727'658	727'658
Mietkosten	344'096	477'890	455'050
Übrige interne Kosten	953'090	1'062'121	1'053'803
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'639'680</i>	<i>10'014'503</i>	<i>9'723'629</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'639'680	10'014'503	9'723'629
Externe Erlöse	820'346	862'000	854'000
Interne Erlöse	18'492	4'145	9'370
Beiträge von Dritten	311'269	322'000	300'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'150'107</i>	<i>1'188'145</i>	<i>1'163'370</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'150'107	1'188'145	1'163'370
Total Nettokosten / Globalkredit	8'489'573	8'826'358	8'560'259
Kostendeckungsgrad in %	12	12	12

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	48.00	49.47	49.46
▪ Auszubildende	6.20	6.20	6.20
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Umsetzen Sparvorgaben effort14+
 Zentralisierung und Submittierung Medienkredit Winterthurer Bibliotheken
 Verkauf von Werbeflächen
 Aufrechterhalten eines attraktiven Medienangebots für die Bevölkerung
 Fördern der Zusammenarbeit der Bibliotheken und Schulen im Quartier
 Teilnahme am Programm Winterthur750
 Konsolidierung der Virtuellen Winterthurer Bibliotheken

Schwerpunkt der Massnahmen und Projekte bilden die Realisierung des Pakets von Sparmassnahmen des Stadtrats

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Leistungen

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Angebot von online Datenbanken und externen Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Genres
- Bereitstellen der notwendigen elektronischen Infrastruktur für die Wissensvermittlung
- aufbereitete Angebote an Schulen, schulnahe Institutionen und Organisationen, die sich der Vermittlung von Informationskompetenz widmen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	6'007'983	6'075'937	5'862'891
Erlös	870'297	820'186	876'413
Nettokosten	5'137'686	5'255'752	4'986'478
Kostendeckungsgrad in %	14	13	15

Die Abnahme der Bruttokosten 2014 vs. 2013 reflektiert primär die Sparanstrengungen im Rahmen effort14+ sowie die pauschalen Budgetkürzungen. Die Erlöse werden im 2014 leicht über dem Niveau von 2012 erwartet, d.h. die erlösseitigen Massnahmen aus effort14+ kompensieren die rückläufigen Staatsbeiträge. Die Erlösentwicklung 2014 vs. 2013 ist hauptsächlich begründet durch die Umlageschlüssel (P1 profitiert im 2013 zulasten P2)

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	82.07	81.00	80.00
Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	6.35	6.19	6.20

Aufgrund der Einschnitte beim Medieneinkauf wird das aktuelle Angebot kleiner, das heisst, alte Bücher bleiben länger im Bestand. Diese sind weniger attraktiv, werden deshalb weniger ausgeliehen und folglich sinkt der Anteil jener Bücher, die mindestens ein Mal pro Jahr ausgeliehen werden.

Die Bruttokosten pro ausgeliehenem Medium sind leicht rückläufig (6.20 im 2014 versus 6.40 im Soll 2013 [Wert von 6.19 ist falsch]).

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zahl der Besucherinnen und Besucher	348'950	365'000	340'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	2'805	3'200	2'600
Zahl der ausgeliehenen Medien	945'810	950'000	945'000
- davon Bücher	534'919	530'000	530'000
- davon CDs	196'361	180'000	170'000
- davon DVDs / Videos	203'178	200'000	200'000
- davon übrige	11'352	40'000	45'000

Die Besucherzahlen sind rückläufig, u.a. auch infolge der sinkenden Attraktivität der Stadtbibliothek als Auswirkung der effort14+ Massnahmen und der pauschalen Budgetkürzungen.

Zwischen der klassischen Nonbooksausleihe (CDs, DVDs) und dem Bezug von virtuellen Medien (elektronische Dateien) zeichnet sich ein Verhaltenswechsel der Kundschaft ab. Diese Trendanalyse ist berücksichtigt in den Zielwerten 2014 dieser Medientypen.

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Leistungen

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'483'386	2'779'343	2'681'981
Erlös	245'881	312'315	223'565
Nettokosten	2'237'505	2'467'028	2'458'416
Kostendeckungsgrad in %	10	11	8

Die Abnahme der Bruttokosten 2014 im Vergleich zum 2013 reflektiert primär die Sparanstrengungen im Rahmen effort14+ sowie die pauschalen Budgetkürzungen. Die Kostenzunahme versus 2012 ist primär begründet durch die neue/erweiterte Bibliothek Hegi und höhere Mieten für Quartierbibliotheken in städtischen Liegenschaften. Die Erlösentwicklung 2014 versus 2013 ist hauptsächlich begründet durch die Umlageschlüssel (P1 profitiert im 2013 zulasten P2), im Vergleich zu 2012 sind die damaligen Lohnrückerstattungen von CHF 17'000.-- zu erwähnen, die im 2014 weggefallen.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	84.75	83.00	82.00
Kosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	5.45	5.79	5.89

Kommentare zu beiden Indikatoren vgl Fussnote bei Produkt 1

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zahl der Besucherinnen und Besucher	201'728	230'000	200'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	1'298	1'400	1'300
Zahl der ausgeliehenen Medien	455'593	480'000	455'000
▪ davon Bücher	294'569	320'000	300'000
▪ davon CDs	57'682	50'000	45'000
▪ davon DVDs / Videos	71'230	70'000	70'000
▪ davon übrige	32'112	40'000	40'000

Kommentare vgl. Fussnote bei Produkt 1

Produkt 3 Angebot der Studienbibliothek

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Digitalisierung von wichtigen Winterthurer Handschriften und anderen Quellen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.
- Betrieb einer Studienbibliothek mit individuellen elektronischen Arbeits- und Studienplätzen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'142'345	1'159'223	1'178'757
Erlös	33'930	55'645	63'392
Nettokosten	1'108'416	1'103'578	1'115'365
Kostendeckungsgrad in %	3	5	5

Der Kostendeckungsgrad kann bei 5% gehalten werden: Die Kosten steigen im 2014 vs. Vorjahr um CHF 20'000, begründet durch zusätzlichen Aufwand für die Digitalisierung der Bildersammlung sowie höhere Kosten des Museumsgebäudes. Die Erlöse werden leicht höher erwartet.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten pro benutztes Dokument in CHF	79.72	305.05	235.75

Dank steigenden Nutzungszahlen sinken die Bruttokosten pro Dokument im 2014 verglichen mit dem Vorjahr. Der Wert 2012 ist beeinflusst durch ausserordentlich hohe Nutzungszahlen im Zusammenhang mit den Arbeiten zur neuen Stadtgeschichte (Veröffentlichung 2014).

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Zahl der benutzten Dokumente	14'330	3'800	5'000
Zahl der unterstützten Publikationen	1	1	1
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)	1'160	650	600

Investitionsrechnung Bibliotheken

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	150'000	0	550'000	0

2014: CHF 150'000 Update des bestehenden Bibliothekssystems (OCLC)

2016: CHF 550'000, davon CHF 300'000 für die Umstellung auf Bibliocommons (einheitliche Oberfläche für alle digitalen Angebote) und CHF 250'000 für den Generationswechsel der Bibliotheks-Hardware und -Software

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Hybride Bibliothek unter Einbezug von web2.0-tools weiterentwickeln
 Ausbau der Virtuellen Winterthurer Bibliotheken
 neue digitale Strategie unter Einbezug von "bibliocommons"-Möglichkeiten
 Fortsetzung an den Arbeiten der mobilen Anwendung elektronischer Ressourcen
 Reorganisation der Magazinbewirtschaftung der Winterthurer Bibliotheken
 Digitales Archiv der Winterthurer Bibliotheken
 Bibliothekspädagogik und Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung festigen

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die künftigen Bibliotheksentwicklungen sind geprägt durch eine immer höhere Vernetzung von Dienstleistungen mit anderen Bibliotheken und Bibliotheksverbünden. Bibliotheken können immer weniger Entwicklungen allein vorwärts bewegen. Dies bedingt, dass die Winterthurer Bibliotheken sich freier in elektronischen Netzen ausserhalb der Stadtverwaltung bewegen können müssen. Die Unterstützung durch Bibliothekssystemanbieter ist nur gewährleistet, wenn das Cloud-Computing möglich ist.

Von Seiten der Bibliothekskundschaft werden nationale Vernetzungen bei Katalogen aber auch bei virtuellen Angeboten erwartet. Grosse Verbünde bei den wissenschaftlichen Bibliotheken und bei den Kantonsbibliotheken setzen die Trends. Parallel dazu verliert die physische Ausleihe von Medien an Bedeutung. Dies bedeutet aber kein Rückgang bei der bibliothekarischen Arbeit, denn die Arbeiten innerhalb der Verbünde setzen neue Massstäbe bei den Kernaufgaben der Informationsbeschaffung, -erschliessung und -vermittlung vor Ort.

Insbesondere die Vermittlung an die lokale Kundschaft, die Aufbereitung der Information im Rahmen der Bibliothekspädagogik und die Bereitstellung von Lernressourcen und Lerninfrastruktur wird ständig anspruchsvoller.

Durch ständige Weiterbildung halten sich die Mitarbeitenden der Winterthurer Bibliotheken auf aktuellem Wissensstand, jedoch müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass die hohe Professionalität auch zum Tragen kommen kann. Die IT-Lastigkeit der geplanten Massnahmen für die Jahre 2015-2017 zeigt die Entwicklungstendenz.

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Förderung im Bereich der bildenden Kunst mit Kunstankäufen. Ausrichtung von Kulturpreisen (Förderpreise, Kulturpreis und Kurzfilmpreis der Stadt Winterthur).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes
- Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt Winterthur
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Fotostiftung Schweiz (ehemals Stiftung für Photographie), GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 13.11.2013
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 13.11.2013

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	127 138	130 140	113 123
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	299 714	299 > 700	299 > 700
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'141	> 1'100	> 1'000
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	558	> 680	> 560
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	98	98	98

(1) Ab 2012 veränderte Berechnungsgrundlagen: Der bisherige Ertrag aus den Staatsbeiträgen in dieser Produktgruppe fällt weg, da er neu zentral bei der PG Steuern und Finanzausgleich verbucht wird. Weiter fallen ab 2012 Pauschalbeiträge des Kantons Zürich aus dem Finanzausgleich weg, die bisher direkt an die Institutionen weitergeleitet wurden (2011 für diese Produktgruppe: CHF 1 Mio.). Die Stadt budgetiert diese Beiträge seit dem 2012 in reduzierter Höhe.

Einwohner: 105'844 Stand per 31.12.2012 / Prognose per Ende 2013 = 107'444 / Prognose per Ende 2014 = 108'600

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	14'584'651	14'896'810	13'372'743

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014**Massnahmen "effort14+" aus der 1. Runde:**

Gegenüber dem Voranschlag 2013 nicht mehr budgetiert sind die Subventionserhöhung zugunsten des Musikkollegiums, ein Überbrückungsbeitrag an das Fotomuseum. Weitere Sparmassnahmen wie die Kürzung der projektbezogenen Beiträge an Private, Reduktion des IAFP und die Zusammenführung der Sammlung Briner und Kern mit Museum Oskar Reinhart wirken sich zusätzlich auf den Globalkredit aus.

Sparmassnahmen:

1.029 Kürzung des Gesamtbetrages der Subventionsbeträge / Beiträge an Dritte: CHF 470'000

1.030 Zusammenschluss Briner und Kern mit Museum Oskar Reinhart: CHF 100'000

Massnahmen "effort14+" aus der 2. Runde:

Diverse Kürzungen der Subventionsbeiträge (gemäss Weisung GGR-Nr. 2013-107, total CHF 514'000), Kürzungen Nebenleistungen Museum Oskar Reinhart, Kürzungen Nebenleistungen Villa Flora aufgrund Schliessung ab Frühling 2014 (total CHF 178'000). Kürzungen der projektbezogenen Beiträge (Kunstankauf CHF 20'000 und Beiträge an Dritte CHF 100'000).

Sparmassnahmen:

1.054 Reduktion der Beiträge an Dritte (inkl. IAFP): CHF 1'000'000

Umsetzung GGR-Budget-Beschlüsse:

Reduktion der Sachkosten (0.663%): weitere Kürzung Globalkredit über Reduktion der projektbezogenen Beiträge: CHF 104'800;

Anteilmässige Verbuchung des Rotationsgewinns und Reduktion der Personalarückstellungen in der Höhe von rund CHF 18'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Der Voranschlag 2014 fällt rund CHF 1'200'000 tiefer aus als die Rechnung 2012 vor allem aufgrund der oben beschriebenen Sparmassnahmen. (siehe oben "Abweichung Voranschlag 2013/2014").

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	1'076'596	1'077'779	905'456
Sachkosten	735'563	686'508	464'100
Beiträge an Dritte	10'388'068	10'791'449	9'719'586
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'131'154	1'053'697	1'053'697
Mietkosten	611'096	690'650	702'318
Übrige interne Kosten	1'970'557	1'918'197	1'826'620
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'913'034</i>	<i>16'218'280</i>	<i>14'671'777</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	15'913'034	16'218'280	14'671'777
Externe Erlöse	-24'414	25'770	12'150
Interne Erlöse	129'497	72'400	63'584
Beiträge von Dritten	1'223'300	1'223'300	1'223'300
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'328'383</i>	<i>1'321'470</i>	<i>1'299'034</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'328'383	1'321'470	1'299'034
Total Nettokosten / Globalkredit	14'584'651	14'896'810	13'372'743
Kostendeckungsgrad in %	8	8	9

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	12.59	14.20	14.22
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Bei den Personalinformationen wurde die Stellenreduktion aufgrund der Schliessung der Villa Flora (Nebenleistungen) im Jahr 2014 noch nicht berücksichtigt.

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Kulturleitbild
- Museumskonzept: Vorlage Villa Flora / Kunstverein; Umzug Museum Briner und Kern
- Die üblichen Massnahmen (Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge und projektbezogene Förderung) werden fortgesetzt.

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen**Leistungen**

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge sind für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Bemerkung: Da die Sparmassnahmen der 2. Runde pauschal eingestellt wurden, ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen nur bedingt möglich. Die Auflistung zeigt den Stand nach der 1. Sparrunde.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	15'005'959	15'276'782	14'044'156
Erlös	1'327'883	1'321'470	1'299'034
Nettokosten	13'678'075	13'955'312	12'745'122
Kostendeckungsgrad in %	9	9	9

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten		1'489'492	1'495'411
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	1'451'017	1'508'712	1'500'411
- davon Ertrag in CHF	-20'798	-19'220	-5'000
Sammlungen Briner und Kern		345'960	356'397
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	347'335	350'110	360'547
- davon Ertrag in CHF	-2'062	-4'150	-4'150
Kunstmuseum		2'526'258	2'345'522
- davon Beitrag in CHF	1'142'516	1'142'516	1'032'284
- davon Nebenleistungen in CHF	1'692'934	1'656'442	1'577'122
- davon Ertrag in CHF	-264'936	-272'700	-263'884
Villa Flora		394'854	127'867
- davon Beitrag in CHF	103'632	103'632	0
- davon Nebenleistungen in CHF	275'540	291'222	127'867
- davon Ertrag in CHF	-10'623	0	0
Kunsthalle Winterthur		116'054	78'602
- davon Beitrag in CHF	62'179	62'179	26'979
- davon Nebenleistungen in CHF	76'864	53'875	51'623
Museum Lindengut		352'939	362'085
- davon Beitrag in CHF	31'090	31'090	31'090
- davon Nebenleistungen in CHF	286'777	380'249	389'995
- davon Ertrag in CHF	-59'824	-58'400	-59'000

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Technorama		1'422'353	1'384'853
- davon Beitrag in CHF	829'978	829'978	792'478
- davon Nebenleistungen in CHF	664'125	592'375	592'375
Fotomuseum		605'897	415'647
- davon Beitrag in CHF	505'897	605'897	415'647
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Fotostiftung Schweiz		90'000	90'000
- davon Beitrag in CHF	90'000	90'000	90'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musik			
Orchester Musikkollegium		4'444'729	4'182'180
- davon Beitrag in CHF	4'973'333	5'123'329	4'855'313
- davon Nebenleistungen in CHF	231'430	288'400	293'900
- davon Ertrag in CHF	-967'000	-967'000	-967'000
Musikfestwochen		196'901	189'401
- davon Beitrag in CHF	196'901	196'901	189'401
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musikverband der Stadt Winterthur		207'265	202'765
- davon Beitrag in CHF	207'265	207'265	202'765
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Jazz in Winterthur		77'724	77'724
- davon Beitrag in CHF	77'724	77'724	77'724
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein LMK - Live Musik Kultur		340'000	336'250
- davon Beitrag in CHF	300'000	300'000	296'250
- davon Nebenleistungen in CHF	40'000	40'000	40'000
Theater / Tanz			
Sommertheater		300'256	295'006
- davon Beitrag in CHF	259'081	259'081	253'831
- davon Nebenleistungen in CHF	41'739	41'175	41'175
Marionettentheater		99'381	88'319
- davon Beitrag in CHF	72'543	72'543	72'543
- davon Nebenleistungen in CHF	29'968	26'838	15'776
Kellertheater		200'275	199'125
- davon Beitrag in CHF	176'175	176'175	173'925
- davon Nebenleistungen in CHF	25'199	24'100	25'200
Theater am Gleis		321'260	317'510
- davon Beitrag in CHF	321'260	321'260	317'510
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Theater für den Kanton Zürich		86'450	89'285
- davon Beitrag in CHF	83'373	84'400	87'235
- davon Nebenleistungen in CHF	2'105	2'050	2'050
Theater Katerland/bravebühne		55'000	55'000
- davon Beitrag in CHF	55'000	55'000	55'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein tanzinwinterthur		67'361	67'361
- davon Beitrag in CHF	67'361	67'361	67'361
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Film			
Filmfoyer Winterthur		62'179	62'179
- davon Beitrag in CHF	62'179	62'179	62'179
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Filmbulletin		20'726	20'726
- davon Beitrag in CHF	20'726	20'726	20'726
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Internationale Kurzfilmtage		93'269	93'269
- davon Beitrag in CHF	93'269	93'269	93'269
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Übrige Beiträge			
Astronomische Gesellschaft Winterthur		26'944	26'944
- davon Beitrag in CHF	26'944	26'944	26'944
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.	22	22	22

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur, Ausrichtung von Kulturpreisen, Ankauf von Kunstwerken, Inventarisierung der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Bemerkung: Die eingangs beschriebenen Sparmassnahmen wirken sich vor allem bei den operativen Zielen aus. (siehe auch Informationsteil, Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014).

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	868'904	941'498	627'621
Erlös	500	0	0
Nettokosten	868'404	941'498	627'621
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Diverse Beiträge an Kulturschaffende in CHF	43'560	37'150	36'450
Kulturpreise der Stadt Winterthur in CHF	22'000	29'000	27'200
Kunstankäufe in CHF	164'611	89'600	71'000
Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission) in CHF	2'070	3'000	3'000
Projektbezogene Beiträge in CHF	632'846	785'000	489'200

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl eingegangener Gesuche	161	180	150
Anzahl bearbeiteter Gesuche	156	170	145
Anzahl unterstützter Gesuche	91	100	90

Investitionsrechnung Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	280'000	295'000	350'000	700'000	1'400'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Detailplanung Umbau Villa Flora (Vorlage sistiert)
- Umsetzung Museumskonzept
- Umsetzung Kulturleitbild
- Umsetzung der Sparmassnahmen

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Begründungen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungs-, Forschungs- und Vermittlungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit durch besucherfreundliche Ausstellungen und Veranstaltungen kulturelle und naturwissenschaftliche Themen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft. Im Aufgabengebiet der Bauten liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne verankert die städtische Jugend- und Soziokultur und dient dem kulturellen Austausch. Weiter ist es Veranstaltungs- und Tagungsort für lokale und regionale Vereine und Gruppen.
3. Das Veranstaltungsmarketing leistet einen Gesamtüberblick über die kulturellen Veranstaltungen in Winterthur und erleichtert den Zugang zur Kultur für alle Bevölkerungsgruppen. Die Kulturvermittlung fördert mit einem breiten museums- und theaterpädagogischen Angebot das Verständnis und die Freude an Kultur.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

Substanzerhaltung, Unterhalt und Wartung der Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung; Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Nutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen.

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Publikation des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellen eines umfassenden Angebotes in der Museums- und Theaterpädagogik für Schulklassen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1996)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	65	67	51
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	78	79	63
2 Kundenorientierung			
Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-
3 Zugänglichkeit			
Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne	42 12 45 17 bzw. 33 95	42 12 45 17 bzw. 33 95	42 12 45 je 17 95
4 Substanzerhaltung			
Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur werden werterhaltend betreut. <i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudeversicherungswertes	0.25	0.20	0.20
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen			
Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens	985	900	920
Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens	4	0	4

(1) Einwohner: 105'844 Stand per 31.12.2012 / voraussichtliche Einwohnerzahl per Ende 2013 = 107'444 / Prognose per Ende 2014 = 108'600

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	8'284'352	8'407'058	6'873'561

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Massnahmen "effort14+" aus der 1. Runde:

Gebührenerhöhung Alte Kaserne, Verzicht auf den monatlichen, gedruckten Veranstaltungskalender, Verzicht auf den Ankaufskredit bei der Uhrensammlung, Reduktion des Globalbudgets beim Münzkabinett im Hinblick auf die geplante Überführung in eine neue Trägerschaft. Weiter sind die mit dem Voranschlag bewilligten Stellen für die Alte Kaserne, das Naturmuseum und das Gewerbemuseum nicht freigegeben worden.

Sparmassnahmen:

- 1.031 Münzkabinett: Überführung in neue Trägerschaft: CHF 208'000
- 1.032 Streichung des Ankaufskredit Gewerbemuseum der Uhrensammlung: CHF 15'000
- 1.033 Neue Tarifgestaltung Alte Kaserne: CHF 15'000
- 1.034 Verzicht auf gedruckten Veranstaltungskalender: CHF 50'000

Massnahmen "effort14+" aus der 2. Runde:

Abbau der Mehrzeit / Ferienguthaben, weitere Reduktion der Werbung, Herabsetzung der Kredite der städtischen Kultureinrichtungen und Verkürzung Öffnungszeiten Mörsburg.

Sparmassnahmen:

- 1.055 Abbau Mehrzeit / Ferienguthaben: CHF 170'000
- 1.056 Reduktion Werbemassnahmen: CHF 30'000
- 1.057 Herabsetzung der Kredite der städtischen Kultureinrichtungen: CHF 200'000

Umsetzung GGR Budget Beschlüsse:

Erzielung eines höheren Kostendeckungsgrad bei der Alten Kaserne CHF 200'000; Reduktion der Sachkosten (0.663% - CHF 64'800); Anteilsmässige Verbuchung des Rotationsgewinns und Reduktion der Personalarückstellungen in der Höhe von rund CHF 550'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Der Voranschlag 2014 fällt gegenüber der Rechnung 2012 um rund CHF 1'400'000 tiefer aus. Dies hauptsächlich aufgrund der oben genannten Sparmassnahmen (siehe auch oben "Abweichung Voranschlag 2013/2014").

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	4'274'046	4'107'481	3'280'535
Sachkosten	3'089'347	3'034'726	2'681'811
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'362'433	1'358'926	1'358'926
Mietkosten	366'733	333'380	366'220
Übrige interne Kosten	1'086'862	1'074'839	1'108'606
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'179'422</i>	<i>9'909'353</i>	<i>8'796'099</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	36'939
Total effektive Kosten	10'179'422	9'909'353	8'759'160
Externe Erlöse	1'464'828	1'237'040	1'564'580
Interne Erlöse	394'242	235'255	327'958
Beiträge von Dritten	36'000	30'000	30'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'895'070</i>	<i>1'502'295</i>	<i>1'922'538</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	36'939
Total effektive Erlöse	1'895'070	1'502'295	1'885'599
Total Nettokosten / Globalkredit	8'284'352	8'407'058	6'873'561
Kostendeckungsgrad in %	19	15	22

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	43.74	31.38	29.77
▪ Auszubildende	4.27	6.00	5.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

In den Personalinformationen sind die Sparmassnahmen (Stellenabbau) aus effort14+ nicht berücksichtigt.

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":
Die geplanten Stellenerhöhungen von 1.2 Stellen aus dem VO 2013 wurden nicht umgesetzt bzw. bewilligt. Aufgrund der Öffnungszeitenreduktion bei der Mörsburg und dem Schloss Hegi verringert sich das Stellenetat um 0.41 Stellen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Naturmuseum

Galapagos (Oktober 2013 - März 2014); Biodiversität in Entenhausen (März 2014 - Mai 2014); Reh (Juni 2014 - September 2014);

Gewerbemuseum

Tattoo (September 2013 - Juni 2014); Skin to Skin, über Haut und Häute (Dezember 2013 - Juni 2014); Sonderpräsentation Leder / Material Archiv (Dezember 2013 - Juni 2014); Fashion Talks (Juli 2014 - Dezember 2014);

Münzkabinett

Geld macht Geschichte (Juni 2012 - März 2014); Kunst und Wissenschaft (September 2013 - März 2014);
Planung Überführung in neue Trägerschaft

Produkt 1 Städtische Museen und Bauten

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechselausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen, erforschen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungs-, Vermittlungs- und Forschungsinstitutionen. Unterhalt, Substanzerhaltung sowie Gewährleistung des technischen Betriebs, Aufsicht und Reinigung von folgenden Gebäuden: Museums- und Bibliotheksgebäude, Waaghaus, Schlösser Hegi* und Mörsburg*, Barockhäuschen*, Kapelle Rossberg*, Musikpavillon*, Ateliers*, Cafeteria Museumsgebäude. Bei den mit * markierten Objekten ergeben sich keine Umlagekosten. Die dort anfallenden (vernachlässigbaren) Kosten werden unter Produkt 1 erfasst. Der Mietertrag im Waaghaus wird ebenfalls über dieses Produkt geführt.

Bemerkung: Die Sparmassnahmen effort14+ und die Umsetzung der GGR Budget Beschlüsse sind bei den operativen Zielen ersichtlich (siehe auch unter Informationsteil "Abweichungen Voranschlag 2013/2014").

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	6'612'842	6'375'259	5'474'947
Erlös	640'865	472'504	626'334
Nettokosten	5'971'977	5'902'755	4'848'613
Kostendeckungsgrad in %	10	7	11

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Ausstellungen	12	12	10
Anzahl Veranstaltungen	59	62	55
Anzahl Führungen (1)	173	221	200
Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte in % (2)	100 / 32 / 12.8	100 / 31 / 13	100 / 32 / 13

1) Ohne Führungen für Schulklassen

2) Als "inventarisiert" gelten Objekte, welche nicht nur aufbereitet, sondern auch in einer Datenbank erfasst sind. Bei der Uhrensammlung im Gewerbemuseum sind dies 100%. Im Münzkabinett geht man von 32% aus und im Naturmuseum schätzt man den inventarisierten Stand per Ende 2013 auf 13%.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Besuchende Naturmuseum	27'313	25'000	25'000
Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung	2'201	2'400	2'000
Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung	28'344	25'000	25'000
Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg	10'301	6'500	5'000

Produkt 2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen sowie Projektbegleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der kulturellen Vielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Bemerkung: Die Umsetzung des GGR Budget Beschlusses "Erreichung eines höheren Kostendeckungsgrades bei der Alten Kaserne" ist bei den Nettokosten ersichtlich.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'702'245	2'559'182	2'466'585
Erlös	1'152'483	941'140	1'198'540
Nettokosten	1'549'762	1'618'042	1'268'045
Kostendeckungsgrad in %	43	37	49

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (45 Wochen) durch regelmässige Benutzende	3'420	3'600	3'400

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr	1'609	1'700	1'600
Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne in %	4	3	3

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung:

Museums- und theaterpädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen und Theatern für Schul- sowie Kindergartenklassen
Führungen und Weiterbildung für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen

Veranstaltungsmarketing:

Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören Internetauftritt kultur.winterthur.ch und chinderthur.ch mit Veranstaltungskalender und Veranstaltungen für Kinder, Museumsprospekt, Inserierung von Förderpreisen und Auslandateliers usw. sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit wie die Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Der Veranstaltungskalender wird als Folge von "effort14+" nur noch auf dem Internet publiziert.

Bemerkung: Die Sparmassnahmen aus "effort14+" sind bei den Nettokosten ersichtlich. Es wird zudem ein höherer Kostendeckungsgrad erwartet.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	864'335	974'911	854'566
Erlös	98'557	88'651	97'663
Nettokosten	765'778	886'261	756'903
Kostendeckungsgrad in %	11	9	11

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Anfragen im Verhältnis zur Anzahl durchgeführten Führungen (in %)	98	97	98

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Mindestanzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender	111'359	90'000	90'000
Mindestanzahl Winterthurer Schüler in % von allen Schulklassen, die das Angebot Museumspädagogik nutzen	100	98	98

Investitionsrechnung Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	1'380'000	1'070'000	700'000	750'000	200'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Umsetzung der Sparmassnahmen
- Umsetzung Kulturleitbild

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Begründungen.

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtmann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtmann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtmannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramts

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Schlichtungsbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten (inkl. arbeitsrechtlichen Klagen) nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und können bis SCHF 2'000.00 Streitwert auf Antrag der klägerischen Partei einen Entscheid fällen respektive bis SCHF 5'000.00 Streitwert einen Urteilsvorschlag unterbreiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtmann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, GOG, EZPO, EGzSchKG

Friedensrichteramts

ZGB, OR, SchKG, EGzZGB, EZPO, GOG u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtmann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtmann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiellrechtlich sind die Stadtmann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesrat) unterstellt.

Friedensrichteramts

Das Friedensrichteramts ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive administrativ zugeteilt. Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht Winterthur und dem Obergericht des Kantons Zürich unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtmann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramts der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

Verantwortliche Leitung

Roland Isler / Regina Müller

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Stadttammann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0 0	0 0	0 0
2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> ▪ Stadttammann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt	39.50 37.50	39.50 37.50	39.50 37.50

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	112'290	375'122	233'178

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Personalkosten

Insbesondere die Sanierungsbeiträge an die PK und AHV-Ersatzrenten führen im VO14 zu einer Erhöhung der Kosten gegenüber dem VO13. Durch die nachträgliche Berücksichtigung des Rotationsgewinns, verringerten sich jedoch die Personalkosten von ursprünglich CHF 4'090'912 auf CHF 4'038'974, weshalb die Kosten im VO14 gegenüber dem VO13 nun ausgeglichen sind.

Sachkosten

Insbesondere die steigenden Geschäftsfälle bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) führen im VO14 zu höheren Auslagen, vor allem in Bezug auf die Porti bei Postfinance.

Interne Kosten

Da sich die Umlagen des Departementsekretariat reduzieren, verringern sich die internen Kosten im VO14 gegenüber dem VO13.

Erlös

Bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) wird gegenüber dem VO13 ein Anstieg der Geschäftsfälle erwartet, was zu einem höheren Erlös im VO14 führt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Personalkosten

Die nicht unmittelbare Besetzung einer Stelle bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) im Geschäftsjahr 2012, die Sanierungsbeiträge an die PK und AHV-Ersatzrenten im VO14, führten in der Rechnung 2012 gegenüber dem VO14 zu tieferen Personalkosten.

Sachkosten

Die Kosten der IDW für die Erhöhung des Wintop 2012-Kredits sowie die durch die Stadt Winterthur für die vom Obergericht bewilligten unentgeltlichen Rechtsbeistände für das Schlichtungsverfahren (Produkt 2) aufgrund der eidg. Zivilprozessordnung zu leistenden Honorare, führen im VO14 gegenüber der Rechnung 12 zu höheren Kosten.

Mietkosten

Mit dem SRB 08.776-7 wurden ab dem Geschäftsjahr 2013 die Raumkosten erhöht, was zu höheren Mietkosten im VO14 führt.

Erlös

Im Geschäftsjahr 2014 wird ein leichter Geschäftsrückgang bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) erwartet, weshalb sich der Erlös im VO14 gegenüber der Rechnung 12 leicht vermindert.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	4'002'900	4'030'100	4'038'974
Sachkosten	1'036'802	994'935	1'069'246
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	48'828	61'380	61'380
Übrige interne Kosten	178'314	205'907	195'878
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'266'844</i>	<i>5'292'322</i>	<i>5'365'478</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'266'844	5'292'322	5'365'478
Externe Erlöse	5'152'884	4'917'200	5'132'300
Interne Erlöse	1'669	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'154'553</i>	<i>4'917'200</i>	<i>5'132'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	5'154'553	4'917'200	5'132'300
Total Nettokosten / Globalkredit	112'290	375'122	233'178
Kostendeckungsgrad in %	98	93	96

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.93	31.12	31.12
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Keine Bemerkungen.

Produkt 1 Stadtmann- und Betreibungsämter

Leistungen

Betreibungsamt

- Betreibungsverfahren einleiten
- Pfändungen vollziehen
- Rechtshilfeverfahren bearbeiten
- Konkursandrohungen ausstellen
- Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
- Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
- Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Stadtmannamt

- Beglaubigungen vollziehen
- Privatrechtliche Anzeigen tätigen
- freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
- Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
- Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
- Allgemeine Verbote erlassen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'708'829	4'790'088	4'848'881
Erlös	5'049'052	4'816'000	5'021'000
Nettokosten	-340'223	-25'912	-172'119
Kostendeckungsgrad in %	107	101	104

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende	1'182	1'109	1'137
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit der Stadtmann- und Betreibungsämter	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene schriftliche Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter (in %)	0.0	0.1	0.1

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren	32'861	31'500	32'300
Anzahl Pfändungsvollzüge	15'261	14'700	15'000
Anzahl Konkursandrohungen	683	600	640
Anzahl ausgestellter Verlustscheine	11'798	11'700	11'500
Anzahl stadtmannamtlicher Geschäfte	855	640	780
▪ davon Beglaubigungen	672	490	630
▪ davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen)	68	50	60
▪ davon Ausweisungen (Exmissionen)	46	45	45

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Schlichtungsverfahren in zivilrechtlichen Streitigkeiten (inkl. arbeitsrechtliche Klagen) führen
- Entscheid bis SCHF 2'000.00 Streitwert auf Antrag der klägerischen Partei fällen
- Urteilstvorschlag bis SCHF 5'000.00 Streitwert unterbreiten
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	491'991	502'233	516'597
Erlös	105'501	101'200	111'300
Nettokosten	386'490	401'033	405'297
Kostendeckungsgrad in %	21	20	22

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Fälle pro Friedensrichterin	173	160	160
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung / Urteil / Urteilstvorschlag erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)	76	60	60
Anzahl der Fälle, welche nach einer Schlichtungsverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung, Urteil oder Urteilstvorschlag erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle in %	82	70	70
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene Beschwerden/Berufungen im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	0.19	0.40	0.40

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Audienzgespräche	322	400	380
Anzahl behandelter Schlichtungsverfahren in Zivilstreitigkeiten (total)	518	480	480
davon arbeitsrechtliche Klagen	134	110	110

Investitionsrechnung Rechtspflege

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung der Fallzahlen wie auch die Komplexität des Einzelfalles sind schwierig voraussehbar. Die Entwicklung ist von diversen äusseren Faktoren abhängig, welche unsererseits - als Organ der Rechtspflege - nicht beeinfluss- und/oder planbar sind, weshalb eine künftige Prognostizierung lediglich auf Erfahrungswerten beruht.

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig.

Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltskontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) vom 16.12.2005

OR Art. 727 (Externe Revisionsmandate)

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom 15. April 2013

Verantwortliche Leitung

Georg Ludwig bis 31.12.2013

Sandra Berberat 01.01.2014

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit			
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:			
Externe Revisionsmandate in %	99	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	98	100	100

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	813'370	806'103	752'549

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Interne Verrechnungen: höhere Einnahmen aus Residualkosten Abrechnung
 Sachaufwand: externe IT-Revisionen und Fachrevisionen

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Siehe oben (Begründung Abweichung Voranschlag)

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	927'760	924'220	907'888
Sachkosten	66'525	46'760	89'947
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	50'777	65'900	66'300
Übrige interne Kosten	54'175	53'239	28'116
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'099'238</i>	<i>1'090'119</i>	<i>1'092'251</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	1'099'238	1'090'119	1'092'251
Externe Erlöse	14'452	12'600	14'700
Interne Erlöse	271'416	271'416	325'002
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>285'868</i>	<i>284'016</i>	<i>339'702</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	285'868	284'016	339'702
Total Nettokosten / Globalkredit	813'370	806'103	752'549
Kostendeckungsgrad in %	26	26	31

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.70	4.80	4.80
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Pilotprojekt HRM2

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht

Leistungen

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.
- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'083'521	1'077'692	1'078'659
Erlös	273'118	271'516	325'702
Nettokosten	810'403	806'176	752'957
Kostendeckungsgrad in %	25	25	30

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfindervall in Jahren	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Volumen des zu beaufsichtigenden Finanzhaushaltes in CHF:			
Laufende Rechnung	1.491 Mia.		
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	237 Mio.		
Investitionsrechnung Finanzvermögen	5 Mio.		
Bilanzsumme	2.092 Mia.		

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	12'938	12'427	13'592
Erlös	12'750	12'500	14'000
Nettokosten	188	-73	-408
Kostendeckungsgrad in %	99	101	103

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckungsgrad externe Revisionsmandate in %	99	100	100
Kostendeckungsgrad gesetzliche Aufsichtsmandate in %	98	100	100

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Revisionsmandate	4	4	6
Anzahl Aufsichtsmandate	12	12	12

Investitionsrechnung Finanzkontrolle

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Einführung HRM2

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Neue Leitung der Finanzkontrolle.

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahe stehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz
 Verordnung über den Gemeindehaushalt
 Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons
 Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden
 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung
 Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksamt genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine
2 Finanzierung Der interne Zinssatz der Stadt Winterthur liegt unter demjenigen des Kantons. <i>Messgrössen:</i> - interner Zinssatz Stadt Winterthur - interner Zinssatz Kanton	2.625% 3.000%	2.5% 2.5%	2.5% *
3 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrösse:</i> Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen.	keine	keine	keine
4 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	100	100	100

* Interner Zinssatz des Kantons noch nicht bekannt

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	2'626'376	2'617'011	2'474'971

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Für den Voranschlag 2014 ergeben sich folgende wesentlichen Änderungen verglichen zum Vorjahr:

- **Personalaufwand:** Entlastung von CHF 70'000 aufgrund von nicht bzw. zu günstigeren Bedingungen besetzte Positionen welche die zusätzlichen Kosten durch 1.1 neu zu besetzende Stellen im Bereich der Kreditoren (Zentralisierung der Buchungsfunktionen der Departemente) mehr als kompensieren. Zusätzlich reduziert sich das Budget um CHF 35'000 durch zugewiesene Mutationsgewinne und Abbau von Ferien- und Mehrstundenguthaben.
- **Sachaufwand:** Mehrbelastung von CHF 115'000 - hauptsächlich Aufgrund erhöhter IT Kosten in Verbindung mit dem HRM2 (neue Rechnungslegungsnorm) Projekt
- **Interne Verrechnungen:** Entlastung aufgrund des erhöhten Residualkostenbeitrags

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Siehe Begründung zu Abweichung gegenüber Voranschlag 2013

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'500'730	2'330'970	2'211'137
Sachkosten	763'395	608'782	718'566
Beiträge an Dritte	0	5'000	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	26'087	25'356	25'356
Mietkosten	139'856	131'900	132'000
Übrige interne Kosten	553'852	654'318	657'349
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'983'921</i>	<i>3'756'326</i>	<i>3'744'407</i>
Verrechnungen innerhalb PG	73'024	68'000	70'000
Total effektive Kosten	3'910'897	3'688'326	3'674'407
Externe Erlöse	349'478	141'500	134'000
Interne Erlöse	1'008'067	997'815	1'135'436
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'357'545</i>	<i>1'139'315</i>	<i>1'269'436</i>
Verrechnungen innerhalb PG	73'024	68'000	70'000
Total effektive Erlöse	1'284'521	1'071'315	1'199'436
Total Nettokosten / Globalkredit	2'626'376	2'617'011	2'474'971
Kostendeckungsgrad in %	33	29	33

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	17.85	15.60	15.10
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen „effort14+“:

- 1 Stelle Kaufm. Sachbearbeitung mbA

(Die Investitions- und Controllingstelle des DFI wird in die Hauptabteilung städtisches Rechnungswesen verschoben und ist gleichzeitig die Stellvertretung des Hauptabteilungsleiters. Daraus können Einsparungen von einer Stelle gewonnen werden.)

- 0.6 Stellen Kaufm. Sachbearbeiter

(Der Stelleninhaber der Sekretariatsstelle des Amtschefs geht per 31. Juli 2013 in Pension und wird nicht mehr ersetzt.)

+ 1.1 Stellen Sachbearbeitung Zahlungsverkehr (stadinterne Verschiebung)

(Im Rahmen der Rezentralisierung des Erfassens der Kreditorenrechnung wird der Stellenetat im Finanzamt um 1.1 Stellen erhöht.)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014**Vom Jahr 2013 zur Weiterführung zu übernehmende Projekte**

- Einführung von HRM2 als Pilotgemeinde
- Abschluss Pensionskassensanierung
- Überarbeitung der Investitionsapplikation im Intranet
- Überprüfung der Umsetzung der effort14+ Massnahmen

Neue Projekte

- Einführung der Hochrechnung im 1. Quartal

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens**Leistungen**

- Organisieren des städtischen Rechnungswesens
- Führen der Buchhaltung
- Organisieren des Controllings
- Erstellen des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'883'844	3'688'326	3'674'407
Erlös	1'275'847	1'071'315	1'199'436
Nettokosten	2'607'997	2'617'011	2'474'971
Kostendeckungsgrad in %	33	29	33

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 1 und 2			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Projekte	6	5	6
Anzahl Mitberichte	389	300	350

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate**Leistungen**

- Führen von externen Buchhaltungen
- Beratung der Pensionskassenverwaltung in finanziellen Angelegenheiten

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	73'024	68'000	70'000
Erlös	73'024	68'000	70'000
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 3			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl verrechneter Stunden	490	500	500

Investitionsrechnung Finanzamt

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	-790'000	-605'000	-605'000	-605'000	-605'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Das Projekt HRM2 ist ein städtisches Grossprojekt und wird das Finanzamt bis ins Jahr 2016 beschäftigen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Finanzpolitik der Stadt Winterthur muss unter den Voraussetzungen des neuen Finanzausgleichs weiterentwickelt werden.

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste (IDW) sind der Informatik- und Kommunikationsdienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Optimierung von Geschäftsprozessen

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme, Webmastering für Intranet und Internet

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Umsetzung und Überprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) vom 12.02.2007, Inkraftsetzung am 1.10.2008
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008, Inkraftsetzung am 1.10.2000
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie 2005 (SRB Nr. 2006-0080 vom 18.01.2006)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2009

Verantwortliche Leitung

Markus Freuler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet. * ohne verwaltungsnah externe Kundinnen und Kunden wie Pensionskasse der Stadt Winterthur, Ombudsmann, Winterthur Tourismus, Friedensrichteramt, Standortförderung Region Winterthur. Dienstleistungen für diese Organisationen sind nur kostendeckend.	96.60 erfüllt 99.00	> 95 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer statistisch repräsentativen Befragung alle drei Jahre erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	 80.20 99.60	 mind. 85 mind. 90	 mind. 70 mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der Benutzer/innen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	 keine	 keine	 keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	 OK	 OK	 OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	 erfüllt	 erfüllt	 erfüllt

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	158'858	-88'868	-991'733

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die höheren Personalkosten sind hauptsächlich mit den Sanierungsbeitrag für die Pensionskasse und den zusätzlichen Rentenleistungen (diverse Frühpensionierungen durch Mitarbeitende infolge Anpassung der Pensionskasse) begründet. Desweiteren wurde im Zuge von Effort14+ der Helpdesk insourced was zu zusätzlichen Personalkosten mit einer entsprechenden Entlastung der in den Sachkosten geführten Dienstleistungen Dritter führt (Nettoersparnis CHF 100'000). Gegenläufig wirken sich die Rotationsgewinne sowie die durch den GGR beschlossene Reduktion der Personalkostenrückstellung aus.

In den Sachkosten sind Einsparungen aus Effort14+ berücksichtigt (unter anderem Einschränkung im internen Kursangebot und einfachere Verrechnung von Informatikleistungen, Priorisierung von Informatikprojekten sowie das oben erwähnte Insourcing des Helpdesks), andererseits steigen die Mietkosten für Hardware nochmals infolge Ersatzbeschaffungen im Zusammenhang mit den Projekt Wintop2012. Weiter wurden höhere Clickkosten (Kosten der Kopien) durch die einzelnen Organisationseinheiten budgetiert. Dies führt in den IDW zu höheren Kosten und Einnahmen.

Infolge der Umstellung auf HRM2 werden für den Voranschlag 2014 die Abschreibungen vom Voranschlag 2013 übernommen gemäss Entscheid des Finanzamtes. Somit ist der Anstieg der Abschreibungen infolge von Wintop2012 (Fertigstellung 2013) nicht im Voranschlag 2014 ersichtlich.

Im Voranschlag 2014 wurden gemäss aktuellem Projekthandbuch (Seite 5, SR.13.272-1) keine Kosten und Erträge für das Projekt "Fokus" eingestellt. Die IDW werden 2014 / 2015 Arbeiten im Umfang von bis zu 5 Personenjahre für alle umziehenden Bereiche zu erbringen haben. Ein Antrag für die Vergütungen dieser Aufwendungen ist im Stadtrat zum Zeitpunkt der Berichterstattung hängig.

Der Mehrertrag ist hauptsächlich mit Preiserhöhung zur Finanzierung diverser Aufwendungen in Zusammenhang mit Wintop (Abschreibungen, Lizenzkosten) zu begründen, sowie mit dem zusätzlichen Ertrag für die Verrechnung der Anschlüsse ICT Sek.

Als Effort14+ Massnahme werden die internen Kundenbefragungen nur noch alle 3 Jahre durchgeführt. Ebenso wird die Messgrösse bezüglich Kundenzufriedenheit auf „mind. 70 % „ festgesetzt. In den heutigen privatwirtschaftlichen Umfeldern wird für die Zufriedenheit der Informatikbenutzer davon ausgegangen, dass ein Erreichungsgrad von 70% sinnvoll ist. Höhere Erreichungsgrade erzeugen übermässige IT-Kosten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die höheren Personalkosten sind hauptsächlich mit den Sanierungsbeitrag für die Pensionskasse und den zusätzlichen Rentenleistungen (diverse Frühpensionierungen durch Mitarbeitende infolge Anpassung der Pensionskasse) begründet. Weiter wurde eine zeitlich befristete Stelle für das Projekt HRM2 geschaffen. Andererseits fallen 2014 keine Aufwände mehr für Ferien-/Überzeitrückstellung an (Kosten in 2012 = 105'000 CHF). Desweiteren wurde im Zuge von Effort14+ der Helpdesk insourced was zu zusätzlichen Personalkosten mit einer entsprechenden Entlastung der in den Sachkosten geführten Dienstleistungen Dritter führt. Gegenläufig wirken sich die Rotationsgewinne sowie die durch den GGR beschlossene Reduktion der Personalkostenrückstellung im Voranschlag aus.

In den Sachkosten sind Einsparungen aus Effort14+ berücksichtigt (unter anderem Einschränkung im internen Kursangebot und einfachere Verrechnung von Informatikleistungen, priorisierung von Informatikprojekten sowie das oben erwähnte Insourcing des Helpdesks). Die Mietkosten für Hardware steigt infolge Ersatzbeschaffungen im Zusammenhang mit den Projekt Wintop2012. Diese Kosten werden der jeweiligen Organisationseinheit weiterverrechnet und führen damit zu einer Steigerung der Erlöse. Weiter fallen in 2014 die gesamten Jahreskosten für den Ausbau des Helpdesk an. 2012, als die Einführung per 1.7 erfolgte, haben nur 50% der Kosten die Rechnung belastet.

Der Anstieg der Abschreibungen ist auf das Projekt Wintop2012 zurückzuführen. Durch die Verrechnung einer Finanzierungspauschale pro PC/Notebook können diese zusätzlichen Kosten gedeckt werden.

Im Voranschlag 2014 wurden keine Kosten für das Projekt "Fokus" eingestellt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	8'512'459	8'492'222	8'573'145
Sachkosten	8'917'258	8'789'759	8'517'088
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	657'969	1'294'133	1'294'133
Mietkosten	1'383'501	1'536'084	1'479'125
Übrige interne Kosten	1'967'090	3'722'185	2'767'270
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>21'438'277</i>	<i>23'834'383</i>	<i>22'630'761</i>
Verrechnungen innerhalb PG	1'754'592	3'472'144	2'490'521
Total effektive Kosten	19'683'686	20'362'239	20'140'240
Externe Erlöse	1'858'291	2'546'996	2'246'260
Interne Erlöse	19'421'128	21'376'255	21'376'235
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>21'279'419</i>	<i>23'923'251</i>	<i>23'622'495</i>
Verrechnungen innerhalb PG	1'754'592	3'472'144	2'490'522
Total effektive Erlöse	19'524'828	20'451'107	21'131'973
Total Nettokosten / Globalkredit	158'858	-88'868	-991'733
Kostendeckungsgrad in %	99	100	105

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	53.67	55.19	56.59
▪ Auszubildende	7.00	7.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Auszubildende:

- 7 (4 Informatiklernende / 2 Praktikanten / 1 KV Lernender)

Erläuterungen zu den Personalinformationen
- 1 Stelle Projektleiter SAP (stadtinterne Verschiebung) (Ein Projektleiter SAP wird an die Stadtwerke transferiert im Rahmen von „effort14+“.) + 2.4 Stellen Helpdeskmitarbeitende (Der Helpdesk wird wieder direkt von den Informatikdiensten übernommen (Insourcing), was eine Kostenreduktion zur Folge hat, aber den Stellenplan erhöht.)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Stadtweite Umsetzung der Informatikstrategie 2013
- Planen und Realisieren der verschiedenen Infrastruktur-Projekte zum Bezug des Fokusgebäudes
- Weiterführung Umsetzung Projekt Grekos (Grundsteuern, Einwohnerkontrolle, ordentliche Steuern und Feuerpolizei)
- Umsetzung HRM2 (hauptsächlich Anpassungen der Finanz-Intranet-Applikationen und der Schnittstellen)
- Weiterführung ERMS (Elektronisches Records Management System)
- Weitere Umsetzung der E-Government-Strategie im Rahmen des stark reduzierten Budgets
- Umsetzung Projekt zur Vereinfachung und Aufwandreduktion der Inventarisierung und Verrechnung
- Weiterführung Ablösung / Migration von rund 100 ASP-Anwendungen (Active-Server-Page) und ca. 500 Reportlösungen
- Start Planung Ersatz Kopierer- und Druckergeräte im Zusammenhang mit Umzug Fokus
- Durchführung Submission für Standardlieferant der Peripherie-Geräte (Bildschirme, Tastaturen, usw.)
- Etablierung Störungsbehebungs- und Problemlösungsprozess über die ganze IDW
- Bedarfsgerechte Ausbreitung WLAN (Lokales Funknetzwerk zur Datenübertragung)
- Ersatz und Ausbau der Internet-Datenverkehrs-Überwachungs-Geräte (Proxy- und Firewall)
- Bedarfsgerechte weitere Erschliessung von städtischen Liegenschaften mit Glasfaseranschlüssen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Abschluss Ausbreitung restlicher „Sprach über Internet-Telefon-Geräte (VoIP-Geräte) (excl. Fokus Gebäude)
- Abschluss Projekt „Gerätezugriff-Kontrolle auf das städtische Verwaltungsnetzwerk“
- Start Projekt „Internet-Adressierung Version 6“ (IPv6)
- Start Software-Inventarisierung (SAM) Projekt
- Fertigstellung Planung und Beginn Realisierung "2. Rechenzentrum" bei Annahme GGR und Volk
- Start der Planungsarbeiten zum Ersatz des Rechenzentrums Obertor
- Fortsetzung Umstellung der Datensicherungs-Infrastruktur
- Ersatzbeschaffung des zentralen Archiv-Speichergerätes (Centerra)
- Ersatzbeschaffung der Hochleistungsdrucker für das Drucken von Steuerunterlagen, Abstimmungsausweise und Rechnungen
- Anschaffung Software für systemübergreifendes Überwachen der Systeme und Anwendungen inkl. Alarmierung

Produkt 1 Software & Consulting**Leistungen**

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Unterstützung der Verwaltungseinheiten bei der Optimierung von Geschäftsprozessen
- Konzeption und Umsetzung von Internetauftritten mit Integration in das Portal von Winterthur
- Koordination von eGovernment-Aktivitäten sowie Aufzeigen von Möglichkeiten und Einsatzgebieten von eGovernment

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'530'255	4'351'349	3'663'120
Erlös	3'442'326	4'073'280	3'611'318
Nettokosten	87'929	278'068	51'802
Kostendeckungsgrad in %	98	94	99

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verrechenbarer Umsatz pro Mitarbeitende in CHF	192'000	200'000	200'000
Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	73.90	mind. 85	mind. 70

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl betreute Anwendungen	212	220	180
Stundensätze für interne Dienstleistungen			
▪ Beratung in CHF	150	150	150
▪ Realisierung in CHF	120	120	120
Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST)			
▪ Beratung in CHF	180	180	180
▪ Realisierung in CHF	150	150	150

Produkt 2 PC-Benutzerservice

Leistungen

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der Benutzenden in IT-Fragen, konzipieren, Beschaffen, Installieren und Integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reparatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Standards und Richtlinien, Evaluationen und Vertragsverhandlungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	7'677'283	8'655'572	9'021'787
Erlös	7'929'083	9'231'819	9'847'854
Nettokosten	-251'800	-576'247	-826'067
Kostendeckungsgrad in %	103	107	109

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Während den Betriebszeiten eingehende Anrufe auf die Hotline werden bedient (in %)	77.76	> 80	> 80
Maximale Anzahl auf Voice Mail gesprochener Anrufe (in %)	2.51	5.00	5.00
Maximal aufgelegte Anrufe während den Betriebszeiten (in %)	19.41	10.00	10.00
Abgearbeitete Probleme innerhalb von 4 Arbeitstagen (in %)	81.80	> 80	> 80
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	84.70	mind. 85	mind. 70
Grad der Kundenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung) in %	81.50	mind. 85	0.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl stadtweit installierte PC*	2'796	2'600	2'800
Anzahl installierte Schul-PC (Primarschulen)	1'718	2'000	2'000
Informatikschulung für Benutzende			
▪ Anzahl abgeschlossener E-Learningkurse	1'823	3'000 **	0
▪ Anzahl Personen mit besuchten Kursen im E-Learn-Portal	2'356	600	0

* am Verwaltungsnetz und im BVJ angeschlossene Geräte (PC und Notebook)

** Mit dem Spar-Programm effort14+ wird die Informatik-Basiserschulung nicht mehr angeboten.

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'167'676	4'559'413	4'071'672
Erlös	4'409'240	4'959'632	4'515'644
Nettokosten	-241'564	-400'219	-443'972
Kostendeckungsgrad in %	106	109	111

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verfügbarkeit Stadtnetz in %	99.90	> 99	> 99
Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems in %	100.00	> 99	> 99
Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung Betriebsbereitschaft wieder hergestellt in %	92.60	> 90	> 90
Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen) in %	> 99	> 98	> 98

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Überwachter Betrieb	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30
Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)*	55	50	50
Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat)*	22	29	29
Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	35	35	35
Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	30	30	30
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	82	mind. 85	mind. 70

* Dank verrechenbaren Projekten ist der Preis pro Stadtnetzanschluss / Telefonanschluss tiefer als die effektiven Kosten.

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Betreiben der im Rechenzentrum installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS und weiterer Anwendungen für Gemeinden im Kanton Zürich
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Webmastering für Intranet und Internet
- Pflegen der Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen und Restores

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	5'074'215	5'598'049	5'343'566
Erlös	5'338'435	5'658'519	5'517'679
Nettokosten	-264'221	-60'470	-174'113
Kostendeckungsgrad in %	105	101	103

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Systemverfügbarkeit			
▪ Anwendungen (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
▪ Server (Unix, Linux, Windows) (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
Interne Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	85.00	mind. 85	mind. 70
Externe Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	99.60	mind. 90	mind. 90

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner			
▪ UNIX (AIX)	4	2	4
▪ Virtuelle Unix-Server	6	12	10
▪ Windows 2003 / 2008 R2	65	60	50
▪ Virtuelle Server Windows 2003 / 2008 R2	295	290	300
▪ Linux	63	40	60
Anzahl registrierte Benutzende	4'450	4'400	4'500

*Anzahl verrechenbare Benutzende

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	988'848	670'000	530'616
Erlös	152'114	0	130'000
Nettokosten	836'734	670'000	400'616
Kostendeckungsgrad in %	15	0	25

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Ämtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet. Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten 'Owner' belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um 'Konzernregelungen'. Sie sind im Produkt 5 'Zentrale städtische Informatikdienstleistungen' zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten ▪ Lehrverhältnisse	3 4 (1)	4 * 4 / 2 / 1	4 4 / 2 / 1
Kostenaufteilung in CHF:			
▪ Vorstudien und Konzepte	120'000	100'000	100'000
▪ Intranet für die Stadtverwaltung	185'000	185'000	185'000
▪ Gesamtstädtische Informatikstrategie; E-Gov.	220'000	195'000	170'000
▪ Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5)	120'000	100'000	100'000
▪ Datenschutz und Datensicherheit	20'000	20'000	20'000
▪ Ausbildung von Lernenden (Basislehrjahr)	20'000	25'000	25'000
▪ Stadtweite Archivlösung (Langzeitarchivierung und Aufbewahrung)		0	
▪ Datenlogistik, zentrale Datenhaltung	50'000	45'000	50'000
▪ Aufbau einer Plattform für Microsoft Office Sharepoint (MOSS)		0	

*) 4 Informatiklernende / 2 Praktikanten / 1 KV Lernender

Investitionsrechnung Informatikdienste (IDW)

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	4'895'000	3'255'000	1'575'000	225'000	3'139'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Bereitstellung der IT-Infrastruktur inkl. sämtlicher Endgeräte und Telefonie im Fokus, sowie operativer Umzug ins neue Gebäude
- Abschluss Projekt Grekos (Grundsteuern, Einwohnerkontrolle, ordentliche Steuern und Feuerpolizei)
- Weiterführung HRM2
- Konsolidierung und Standardisierung der in der Stadtverwaltung eingesetzten Anwendungen
- Aufbau und Verbesserung des Applikationsmanagements
- Fortführung der Umsetzung der eGovernment Strategie und der damit verbundenen Erneuerung des Stadtportals
- Planung Nachfolge der aktuellen Client Windows 7 Version
- Ersatzbeschaffung Drucker/Kopierer im Zusammenhang mit dem Umzug Fokus
- Fertigstellung und Inbetriebnahme des 2. Rechenzentrums (bei Annahme GGR und Volk)
- Planung, Bewilligung Ersatz-Rechenzentrum Obertor
- Ersatzbeschaffung Datenspeicher-Infrastruktur (Storage)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der vermehrte Einsatz von Standardsoftware, deren Unterstützung und Werterhalt sowie die Transparenz für den gesamten Life-Cycle einer Software mit Change-, Release und Configurations-Management aber auch der Lizenzverwaltung und Überwachung ruft vermehrt nach übergeordneten organisatorischen und technischen Lösungen und muss ausgebaut werden.
- Die zunehmende Komplexität der Systeme, deren gegenseitige Abhängigkeiten sowie die geforderte hohe Verfügbarkeit und Sicherheit zwingen die Stadt weiterhin, die Standardisierung der IT zu forcieren und werden in den kommenden Jahren weiterhin verstärkten Einfluss auf die Kostenentwicklung haben.
- Die Menge der gespeicherten Daten wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich jährlich um ca. 10 - 20 TB steigen. Die Datenverfügbarkeit ist mit der Spiegelung der Daten an zwei verschiedene Standorte gewährleistet (nach der Inbetriebnahme des 2. RZ). Infolge der grossen Datenmenge muss die Datensicherungs-Strategie umgestellt und anstelle auf Tapes mittels Snapshot-Technologie auf Disks gesichert werden.
- Der Fokus-Umzug, das Raumangebot und die veränderten Anforderungen in- und ausserhalb der Verwaltung werden digitale Archivierungsvorhaben (ERMS) fördern und nötig machen. Dies führt wiederum zu massiv höherem Speicherbedarf.
- Die beiden zentralen Diskspeichergeräte müssen alternierend durch neue ersetzt werden: Gerät 1 Ende 2014 und Gerät 2 Anfangs 2018. Dazu kommt der Ersatz des Diskspeichergerätes zur Datensicherung Ende 2015.

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnete Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnete Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechnete Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28. Mai 2008
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Staats- und Gemeindesteuern vom 29.04.1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000 / August 2005 / Dezember 2010

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn, Leiter Steueramt bis 31.8.2013

Dr. Caroline Lüthi, Leiterin Steueramt ab 1.9.2013

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	12.57 73.28 1'209.63	12.03 76.24 1'131.53	5.88 66.29 1'231.19
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Oeffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	90	90
3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	760 436 99 90 384'497 30	1'000 500 60 55 200'000 25	900 450 60 55 250'000 25

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	2'817'425	2'828'428	2'378'425

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

- Der Globalkredit 2014 wird aufgrund der Massnahmen aus dem Budgetprozess stark reduziert. Die Gründe sind die Rotationsgewinne sowie der Abbau von Mehrzeiten und Ferien sowie die Pauschale Kürzung der Sachkosten. Die Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen durch die Übernahme von Kundengemeinden des aufgelösten Scanzentrums Wallisellen. Weitere Faktoren für Mehrerträge sind die Verbreitung der Direktzustellung sowie die zusätzlichen Einschätzungen aufgrund Bevölkerungswachstum.
- Speziell zu erwähnen ist, dass sich die veränderte Situation im Scanzentrum indirekt auf die durchschnittliche Kostenentwicklung pro nat. Person auswirkt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Der Globalkredit 2014 wird auch gegenüber der Rechnung 2012 reduziert werden. Grundsätzlich werden höhere Kosten durch die Kapazitätserweiterung des Scanzentrums anfallen. Mit den zusätzlichen Kundengemeinden und der damit verbundenen Stellenprozentanpassung, der Erhöhung der Mietkosten, der Steigerung von Sachkosten wie Betreibungs- und Postcheckgebühren sowie Aufwendungen für Drucksachen werden die Personal- sowie Sachkosten steigen. Dem stehen die Massnahmen aus dem Budgetprozess (Reduzierung Mehrstunden und Ferien, Rotationsgewinne sowie Pauschale Sachkostenkürzung) gegenüber. Zudem können mit der Kapazitätserweiterung des Scanzentrums und der zusätzlichen Einschätzungen aufgrund des Bevölkerungswachstums Mehrerträge generiert werden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	6'545'865	6'463'795	6'514'195
Sachkosten	2'261'813	2'430'923	2'249'466
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	29'375	29'375
Mietkosten	368'192	474'400	469'300
Übrige interne Kosten	1'095'958	1'005'475	1'025'179
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'271'828</i>	<i>10'403'968</i>	<i>10'287'515</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	10'271'828	10'403'968	10'287'515
Externe Erlöse	7'363'422	7'470'400	7'816'400
Interne Erlöse	90'982	105'140	92'690
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'454'403</i>	<i>7'575'540</i>	<i>7'909'090</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'454'403	7'575'540	7'909'090
Total Nettokosten / Globalkredit	2'817'425	2'828'428	2'378'425
Kostendeckungsgrad in %	73	73	77

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	56.90	58.90	59.90
▪ Auszubildende	6.00	6.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	5.00	5.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen VA 14:

+ 1 Stelle Sachbearbeitung

(Die Anzahl der Steuerpflichtigen hat in den letzten fünf Jahren um 6'000 Steuerpflichtige zugenommen. Ab 2013 verarbeitet unser Scanzentrum durch die Übernahme des Scanzentrums Wallisellen zusätzlich rund 60'000 Steuereinträge und benötigt mit der Ausbreitung der Direktzustellung für weitere zusätzliche 125'000 Dossier einen neuen Prozessschritt. Diese Entwicklungen führen nun endgültig dazu, dass der Stellenetat zwingend um eine Stelle erweitert werden muss. Der Stellenausbau kann durch die erwirtschafteten Erträge refinanziert werden.)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Produktivsetzung und Abschluss des Projektes GREKOS
- Produktivsetzung und Abschluss der Migration der Datenbank- und Entwicklungsplattform für die Steuersoftwarelösung
- Weitere kantonale Projekte aktiv mitgestalten
- Weiterführung der Überarbeitung der Prozesslandschaft "Steuern erheben"
- Die Zahl der Einschätzungen mit guter Qualität halten
- Erkenntnisse aus dem Controlling der Kundenorientierung umsetzen
- Projekt Fokus unterstützen und interne Projektbegleitung vorantreiben
- Den internen Ausbildungsstand der Mitarbeitenden weiter fördern und fordern

Produkt 1 Steuern natürliche Personen**Leistungen**

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren
- Inventarisierung im Todesfall

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	8'005'870	8'104'422	8'027'193
Erlös	7'175'029	7'310'827	7'632'603
Nettokosten	830'841	793'595	394'590
Kostendeckungsgrad in %	90	90	95

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisierung, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	12.57	12.03	5.88
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle in %	0*	0.2	0*

* Im Jahr 2012 wurde keine Revision durch die Steuerkontrolle durchgeführt, im Jahr 2014 ist keine geplant.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen	66'113	65'955	67'100
Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I	9'725	9'500	9'800
Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II	852	950	870
Anzahl Inventarisationen	856	800	800
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	34'654	33'000	35'000
Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen)	21'293	20'000	23'000
Anzahl Betreibungen	3'317	3'000	3'400
Anzahl Einsprachen	1'211	1'400	1'200
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	6	10	10
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	471	630	500
Anzahl passive Steuerauscheidungen	200	275	220
Anzahl Steuerausweise	1'109	2'000	1'300
Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen	438	500	450

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristische Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	490'541	498'187	490'560
Erlös	224'593	217'233	230'390
Nettokosten	265'948	280'954	260'170
Kostendeckungsgrad in %	46	44	47

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	73.28	76.24	66.29
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle in %	0*	0.2	0*

* Im Jahr 2012 wurde keine Revision durch die Steuerkontrolle durchgeführt, im Jahr 2014 ist keine geplant.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen	3'629	3'685	3'925
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	1'162	1'300	1'200
Anzahl Betreibungen	111	100	120
Anzahl Einsprachen	80	70	85
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	0	2	2
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	200	130	220
Anzahl passive Steuerauscheidungen	73	70	80

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstückgewinnsteuer)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'772'679	1'801'360	1'769'762
Erlös	51'370	47'481	46'097
Nettokosten	1'721'309	1'753'879	1'723'665
Kostendeckungsgrad in %	3	3	3

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert. in %	79	90	90
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert. in %	100	100	100
Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren. in %	100	100	100
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall. in CHF	1'209.63	1'131.53	1'231.19

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle	1'423	1'550	1'400
Anzahl Handänderungen	1'361	1'490	1'300
Anzahl Mahnungen	175	120	200
Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)	131	60	100
Anzahl Betreibungen	1	1	1
Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern	3	3	3
Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern	1	0	0
Anzahl Beanstandungen	43	50	50
Anzahl Restanzen	1'559	1'100	1'100
Anzahl Pfandrechtseintragungen	2	2	2

Investitionsrechnung Steuerbezug

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	430'000	651'000	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Die Standardisierung und Weiterentwicklung der Steuersoftware der Nestgemeinden Kanton Zürich mit der Stadt Zürich binden weiterhin Mittel
- Neue Aufgabenteilung, Prozessanpassungen und Optimierungen mit und nach dem Umzug in den Superblock
- Projekt neue Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden mit dem Kantonalen Steueramt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Planungshorizont für die kantonalen Projekte Züri Primo (IT-Ausbau Kanton) ist neu über das Jahr 2015 ausgerichtet.
- Geplante oder sich in Planung befindliche Projekte in Verbindung mit der neuen Aufgabenteilung Kanton und Gemeinde des Kantons Zürich im Steuerbereich können zu veränderten Kompetenz und Verantwortlichkeiten führen.
- Die Auswirkungen in Organisation wie auch der Prozesslandschaft können mit dem heutigen Informationsstand diesbezüglich gar nicht abgeschätzt werden.
- Deshalb ist die Mitwirkung in den kantonalen Projekten für uns wesentlich und von uns angestrebt. Damit können mögliche Tendenzen und Entwicklungen frühzeitig erkannt und beeinflusst werden.
- Die Vorstösse und Entwicklungen auf politischer Ebene werden soweit erkennbar, berücksichtigt.

Immobilien

Auftrag

Die Aufgaben des Bereich Immobilien lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftenverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen

2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

3 Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Schweizerisches Obligationenrecht (OR)
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10.07.2006
- ASRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)
- Immobilienhandbuch (IHB)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Departement Finanzen
- Leitbild Immobilien
- Arbeitshandbuch und Prozessabläufe Immobilien

Verantwortliche Leitung

Erich Dürig / Beat Fehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit Bei vermieteten Objekten des Finanzvermögens wird eine marktübliche Rendite erzielt. <i>Messung / Bewertung:</i> Bruttorendite (Bruttorendite = Nettoertrag*100/Anlagenwert) <i>Messgrössen:</i> - Finanzvermögen: (Durchschnitt) (in %) - Wohn- und Geschäftshäuser (in %) - Subventionierter Wohnungsbau (in %) - Restaurantbetriebe (in %) - Landwirtschaftliche Pachtbetriebe (in %) - Baurechte (in %) - Unbebaute Grundstücke (in %)			
2 Energie- und umweltgerechte Bauten Neubauten erreichen den MINERGIE-Standard. Bei der Erneuerung von bestehenden Bauten wird in 1. Priorität der Standard für MINERGIE-Sanierungen umgesetzt. Auf eine Komfortlüftung kann verzichtet werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Sanierungen <i>Messgrössen:</i> - Anteil Sanierungen mit Gebäudestandard 2008 (in %) - Anteil Sanierungen mit MINERGIE-P-Standard (in %)			
3 Kundenzufriedenheit Kundenzufriedenheit bei der Bewirtschaftung des Finanzvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit bei der Bewirtschaftung des Finanzvermögens ist hoch. <i>Messgrössen:</i> - Gesamtzahl Schlichtungsfälle - Anzahl rechtslose Schlichtungsfälle			
4 Liegenschaften Finanzvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Finanzvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zum Finanzvermögen und detaillierte Angaben über die einzelnen Bereiche. <i>Messgrössen:</i> - Anzahl Städtische Gebäude (ohne Baurechte und unbebaute Grundstücke) - Verhältnis Liegenschaftenaufwand / Ertrag (in %) - Verhältnis Verwaltungsaufwand / Ertrag (in %) <u>Wohn- und Geschäftshäuser</u> - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TCHF) - Buchwert (in TCHF) <u>Subventionierter Wohnungsbau</u> - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TCHF) - Buchwert (in TCHF) <u>Restaurantbetriebe</u> - Anzahl Betriebe - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TCHF) - Buchwert (in TCHF)			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
<u>Landwirtschaftliche Pachtbetriebe</u>			
▪ Anzahl Bauernhöfe	8	9	8
▪ davon BIO-Betriebe	1	1	2
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TCHF)	-288	-2'405	-199
▪ Buchwert (in TCHF)	5'358	7'000	7'000
<u>Baurechtsgrundstücke</u>			
▪ Anzahl Verträge	68	68	68
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TCHF)	75	611	540
▪ Buchwert (in TCHF)	25'205	23'200	25'200
<u>Unbebaute Grundstücke</u>			
▪ Anzahl Verträge	555	550	560
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TCHF)	-2'364	-2'344	-2'281
▪ Buchwert (in TCHF)	81'944	88'600	78'100
5 Liegenschaften Verwaltungsvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zu den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. <i>Messgrössen:</i>			
▪ Anzahl Städtische Gebäude (ohne Baurechte und unbebaute Grundstücke)	68	68	68
▪ Anlagewert (in TCHF)	235'095	235'095	257'971
▪ Intern verrechenbare Mietkosten (in TCHF)	6'045'000	11'489	7'466
▪ Anzahl Externe Anmietverhältnisse	1	1	1
▪ Mietaufwand für externe Mieten inkl. NK (in TCHF)	620	620	635
▪ Verhältnis Liegenschaftenaufwand / Ertrag (in %)	72.00	62.00	59.00
▪ Verhältnis Verwaltungsaufwand / Ertrag (in %)	10.90	9.50	9.70
6 Liegenschaften Finanz- und Verwaltungsvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zu den Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. <i>Messgrössen:</i>			
▪ Bewirtschafteter Anlagewert (in TCHF)	620'195	620'195	639'806
▪ Sanierungsaufwand Investitionsrechnung (in TCHF)	3'655	5'770	260
▪ Aufwand in der Laufenden Rechnung für Instandhaltung und Instandsetzung (in TCHF)	8'855	10'629	8'854

(Minusbeträge = Aufwandüberschuss) (Anlagewert = GVZ-Wert) (Buchwert = ohne unvollendete Bauten und überbewertetes Grundeigentum)
(Aufzählung der Restaurantbetriebe beinhaltet 1 Restaurant des Verwaltungsvermögens)

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	7'662'379	-133'647	-8'426'179

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die Personalkosten konnten auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Sachkosten liegen, aufgrund des reduzierten Sachaufwandes für baulichen Unterhalt aus Gesamtsanierungen, unter dem Vorjahresniveau.

VO 2013 = 5,770 Mio. [Badgasse 8 (560'), Büelrainstrasse 16 (1'160'), Talwiesenstrasse 14 - 18 (390'), Wartstrasse 37/39 (420'), Restaurant Bruderhaus (1 Mio), Eidbergstrasse 57 (630'), Eschenbergstrasse 2 (610'), Weierstrasse 47 (1 Mio)]

VO 2014= 260' Wartstrasse 37/39

Die externen Erlöse haben sich aufgrund der getätigten Zukäufe sowie der individuellen Mietzinsanpassungen durch die ausgeführten Gesamtsanierungen entsprechend erhöht. Eine weitere Komponente ist, dass sich die Buchgewinne zum Vorjahr massiv reduziert haben (Buchgewinn VO 2013 = 5,4 Mio. und Buchgewinn VO 2014 = 2,8 Mio.).

Die internen Erlöse reduzieren sich aufgrund Auszug Materialverwaltung Ackeretstrasse.

effort14+ 2. Sparrunde

Zusätzliche Erträge und allgemeine Kosteneinsparungen von CHF 400'000

Buchgewinn aus Verkauf KVA-Areal von CHF 3'900'000

Novemberbrief

Die zusätzlichen Erträge im Umfang von 520'000 Franken setzen sich aus 350'000 Franken zusätzlichen Gewinnen aus Verkäufen von Liegenschaften aufgrund der Verkaufspreiserfahrung des Vorjahres sowie der internen Umbuchung von 170'000 Franken Mietertrag aus der Nutzung des Areals der Deponie Riet zusammen.

GGR-Kürzungsanträge

Die Facility Management Stelle (30') für den Bezug Superblock wird nicht besetzt sowie wird eine Kürzung des Globalkredits um 0.6631% des Bruttoaufwands vorgenommen zur Minimierung der Sachkosten (190').

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Nach Bereinigung der jährlich in unterschiedlicher Höhe anfallenden Aufwendungen der werterhaltenden Investitionen für Gesamtsanierungen, sowie der Buchgewinne und Verluste, konnten die Nettokosten innerhalb der vorgegebenen Sparrmassnahmen eingehalten werden.

Die im Produkt 1 "Bewirtschaftung Finanzvermögen" angegliederte Übersichtstabelle "Grundeigentum im Finanzvermögen" zeigt die Zahlen pro Sparte auf.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	4'387'897	4'412'662	4'254'492
Sachkosten	15'014'759	15'277'922	9'325'796
Beiträge an Dritte	117'100	128'000	1'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	13'710'096	13'467'862	13'419'243
Mietkosten	634'026	635'512	649'412
Übrige interne Kosten	1'058'635	1'030'265	978'998
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>34'922'513</i>	<i>34'952'223</i>	<i>28'628'941</i>
Verrechnungen innerhalb PG	209'105	248'100	248'600
Total effektive Kosten	34'713'408	34'704'123	28'380'341
Externe Erlöse	17'782'502	23'462'000	25'252'700
Interne Erlöse	9'041'568	11'623'870	11'802'420
Beiträge von Dritten	436'064	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>27'260'134</i>	<i>35'085'870</i>	<i>37'055'120</i>
Verrechnungen innerhalb PG	209'105	248'100	248'600
Total effektive Erlöse	27'051'029	34'837'770	36'806'520
Total Nettokosten / Globalkredit	7'662'379	-133'647	-8'426'179
Kostendeckungsgrad in %	78	100	130

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.23	42.86	42.11
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen VA 14: - 0.75 Stelle (Schliessung Jugendunterkunft)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	23'244'243	23'107'209	17'031'903
Erlös	17'063'407	22'995'521	24'962'020
Nettokosten	6'180'836	111'688	-7'930'117
Kostendeckungsgrad in %	73	100	147

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	1.2	0.2	0.5

Temporäre Leerstände infolge Gesamtanierungen an Wohnhäusern.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarischen Zielvorgaben' 1 - 3			
Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Wohn- und Geschäftshäuser			
- Wohnungsverträge	408	420	420
- Einfamilienhäuser	49	45	30
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	235	200	240
- Garagenverträge	94	95	95
- Parkplatzverträge	206	200	210
Subventionierter Wohnungsbau			
- Einfamilienhausverträge	23	23	23
- Garagenverträge	2	2	2
- Parkplatzverträge	27	27	27
Restaurants			
- Restaurants	11	9	7
- Wohnungsverträge	20	20	14
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	5	7	5
- Garagenverträge	0	0	0
- Parkplatzverträge	0	0	0
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe			
- Bauernhöfe	8	9	8
- davon nach Bewirtschaftungsform "BIO"	1	1	2
- davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN"	7	8	6
Unbebaute Grundstücke			
- Land in ha	457	492	460
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	555	550	560
Baurechte			
- Baurechte für Wohnbauten	26	25	26
- Baurechte für Industriebauten	42	43	42
Verwaltungsmandate			
Liegenschaften der Pensionskasse			
- Wohnungsverträge	191	189	191
- Einfamilienhausverträge	0	0	0
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	7	6	7
- Garagenverträge	81	81	81
- Parkplatzverträge	33	34	33
Diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	6	6	6
- Einfamilienhausverträge	7	7	7
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	93	77	93
- Restaurants	4	4	4
- Baurechte	8	9	8
- Garagenverträge	33	32	33
- Parkplatzverträge	130	127	130
Inkassomandat für diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	120	179	120
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	17	17	17
- Garagenverträge	44	44	44
- Parkplatzverträge	48	48	48

(1 Are a = 100m²)(1 Hektara ha = 10'000m²)

Übersicht "Grundeigentum im Finanzvermögen"

Sparte	Buchwert 01.01.2014	Überbewertetes Grundeigentum 01.01.2014	Unvollendete Bauten 01.01.2014	Total aktiviertes Grundeigentum 01.01.2014	Ertrag 2014	* in %	Int. Kapitalzins	Übriger Aufwand (Unterhalt, Verwaltung)	Soll 2014 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)	Ist 2012 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)
Wohn- / Gesch. Häuser	205'000'000	4'840'000	9'000'000	218'840'000	12'532'670	5.73	5'373'470	4'523'080	2'636'120	-2'290'801
Sub. Wohnungsbau	7'500'000	780'000	0	8'280'000	412'500	4.98	208'503	164'043	39'954	-12'192
Restaurants	21'300'000	5'200'000	1'000'000	27'500'000	1'965'400	7.15	782'964	1'423'031	-240'595	-434'780
Landw. Pachtbetriebe	7'000'000	250'000	2'000'000	9'250'000	172'000	1.86	141'964	229'221	-199'185	-287'552
Baurechte	25'200'000	540'000	0	25'740'000	1'531'600	5.95	594'686	396'984	539'930	74'775
Unbebaute Grundstücke	78'100'000	390'000	4'000'000	82'490'000	1'294'850	1.57	2'503'545	401'876	-1'610'571	-2'363'700
Total	344'100'000	12'000'000	16'000'000	372'100'000	17'909'020	4.63	9'605'132	7'138'235	1'165'653	-5'314'250
Buchgewinne aus Verkauf FV									7'050'000	
Buchverluste aus Verkauf FV									-100'000	
Grundbuchgeschäfte									-185'536	
Total Nettokosten Bewirtschaftung FV									7'930'117	

* Bruttoerträge (Ertrag x 100 / Anlagewert)

Im Aufwandüberschuss der Institution Wohn- und Geschäftshäuser ist ein Anteil von 260' enthalten.

Im Mietzinsertrag der Wohn- und Geschäftshäuser ist die Reduktion des Referenzzinssatzes von 2,5% auf 2,25% bereits berücksichtigt.

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	10'786'786	10'946'123	10'736'646
Erlös	9'929'002	11'821'749	11'838'200
Nettokosten	857'785	-875'626	-1'101'554
Kostendeckungsgrad in %	92	108	110

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	0.4	0.0	0.0

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarische Zielvorgaben' 1 -3			
▪ Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Verwaltungsliegenschaften			
- Wohnungsverträge	8	8	8
- Benützungsverträge Stadtverwaltung	91	91	91
- Parkplatzverträge	28	28	28
Betrieb Mehrzweckanlage			
- MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1	1
- Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	0	0	0
- Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof)	1	1	1
- Objekte (Plätze, Parkplätze etc.)	10	10	10
Übrige Liegenschaften			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	39	32	39
- Garagenverträge	5	3	5
- Parkplatzverträge	14	11	14
Püntenverwaltung			
- Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	711	717	711

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	865'548	898'891	860'392
Erlös	267'726	268'600	254'900
Nettokosten	597'823	630'291	605'492
Kostendeckungsgrad in %	31	30	30

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Der Bereich Immobilien erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung: - Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte in CHF	597'823	635'383	661'701

Mehraufwand infolge Sanierungskostenbeitrag Pensionskasse 20'

Investitionsrechnung Immobilien

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	3'491'000	3'306'000	830'000	500'000	500'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Personalentwicklung durch situatives Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten
- Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Baulicher Unterhalt aus Gesamtsanierungen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Aufwände aus den Gesamtsanierungen aufgeführt, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

- Buchgewinne/-verluste aus Immobilienverkäufen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Erträge (Buchgewinne/-verluste aus Arealverkäufen) aus den Immobilienverkäufen aufgeführt, welche im Produkt 1 separat ausgewiesen werden, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeinkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeinkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeinkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeinkosten liegt beim Leiter des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeinkosten/Erlöse weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeinkosten/Erlöse" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz
Verordnung über den Gemeindehaushalt
Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons
Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden
Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung
Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	83.6	70.0	80.0
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	2.62	2.50	2.50
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8.1	7.9	8.1

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	-15'513'938	-18'062'284	-20'031'378

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014▪ **Personalaufwand - Verschlechterung um 0.8 Mio. CHF**

Erhöhung Sozialstellenkredit

▪ **Sachaufwand - Verschlechterung um 6.6 Mio. CHF**

Pauschale Sparaufträge des GGR im VO2013 - Verschlechterung um 5 Mio. CHF

Erhöhte Zinsbelastung aufgrund zusätzlichem Fremdkapitalbedarf (Sanierung PK und Investitionen) - Verschlechterung um 3.8 Mio. CHF

Reduzierte Abschreibungen aufgrund HRM 2 - Verbesserung um 1.8 Mio. CHF

Sparauftrag GGR - Verbesserung um 0.7 Mio. CHF

▪ **Beiträge von Dritten - Verbesserung um 5.4 Mio. CHF**

Erhöhte Ablieferung von Stadtwerk und Parkhäuser/Parkplätze

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012**siehe Abweichung Voranschlag 2013/2014**

zusätzlich zu berücksichtigen sind:

- Einfluss der Pauschalkorrektur im Voranschlag 2013 entfällt.
- Beiträge von Dritten in der Rechnung 2012 sind rund 2 Mio. CHF höher als im Voranschlag 2013

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	995'941	1'100'000	1'878'408
Sachkosten	75'214'023	73'125'000	79'735'902
Beiträge an Dritte	3'424'924	3'921'600	242'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	20'334'951	19'121'552	18'843'958
Mietkosten	0	0	3'840
Übrige interne Kosten	63'248	283'893	281'413
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>100'033'087</i>	<i>97'552'044</i>	<i>100'985'521</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	100'033'087	97'552'044	100'985'521
Externe Erlöse	15'037'485	10'055'000	9'910'000
Interne Erlöse	90'598'939	97'559'329	97'666'898
Beiträge von Dritten	9'910'600	8'000'000	13'440'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>115'547'025</i>	<i>115'614'329</i>	<i>121'016'898</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	115'547'025	115'614'329	121'016'898
Total Nettokosten / Globalkredit	-15'513'938	-18'062'284	-20'031'378
Kostendeckungsgrad in %	116	119	120

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Siehe Produktgruppe Finanzamt

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Sozialstellenplan	995'941	1'000'000	1'950'000
Diverser Personalaufwand (Teuerung, Stufe, Leistung) *		100'000	-71'592
Total Personalkosten	995'941	1'100'000	1'878'408
Sachaufwand	1'190'364	-4'525'000	85'900
Passivzinsen	22'475'671	24'850'000	28'610'000
Abschreibungen	51'347'988	52'600'000	50'840'000
Versicherungsfonds	200'000	200'000	200'002
Total Sachkosten	75'214'023	73'125'000	79'735'902
Vermögenserträge inkl. Buchgewinne	5'768'274	1'500'000	960'000
Entgelte	249'542	455'000	680'000
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	8'588'813	8'100'000	8'270'000
Entnahme Spezialfinanzierung	430'855	0	0
Total externe Erlöse	15'037'484	10'055'000	9'910'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

siehe Produktgruppe Finanzamt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Für die Lohnteuering ist in den Jahren 2015 bis 2017 jeweils mit 1% gerechnet. Dies belastet den IAFP jährlich mit jeweils CHF 3 Mio. zusätzlicher Aufwendungen
- Steigende Investitionen werden die Planjahre mit zusätzlichen Abschreibungen und Zinszahlungen belasten (Netto zwischen 2 - 2.5 Mio. CHF zusätzliche Kosten pro IAFP Planjahr)

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Leiter des Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Leiter des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Finanzausgleichsgesetz vom 12.07.2010, Inkraftsetzungsdatum 01.01.2012
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn, Leiter Steueramt bis 31.8.2013

Dr. Caroline Lüthi, Leiterin Steueramt ab 1.9.2013

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Steuern Steuerfuss in %	122	122	122

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	-549'621'270	-556'487'000	-526'423'500

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Steuern

- Die Steuererträge über alle Steuerarten verringern sich gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 0.2%. Bei den ordentlichen Steuern kann von einer Steigerung von 0.9% ausgegangen werden.
- Die Gemeindesteuern sind mit 122% gerechnet (gleich wie im Vorjahr).
- Die Entwicklung der Grundstückgewinnsteuern hält sich auf dem Niveau der Rechnung 2012 und verliert somit im Vergleich zum Vorjahresvoranschlag um 16.7%.

Ressourcen-/Zentrumslastenausgleich

- Der Zentrumslastenausgleich ist aufgrund der erwarteten Teuerungsanpassung mit rund 85 Mio. CHF leicht unter dem Vorjahresbudget.
- Beim Ressourcenausgleich ergibt sich eine Einbusse von rund 29 Mio. CHF gegenüber dem Vorjahresbudget. 2013 wirkte sich hier der sogenannte "Glencore-Effekt" positiv aus - für 2014 ist nicht mit solchen Einmaleffekten zu rechnen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Steuern

- Gegenüber der Rechnung 2012 verringern sich die Steuererträge um 1,3%.
Die natürlichen Personen legen beim laufenden Steuerjahr gegenüber der Rechnung 2012 um 4.9% zu, die juristische Personen um 16.3%. Dagegen muss mit grossen Rückgängen bei den Steuern der früheren Jahre gerechnet werden, da der Einschätzungsstand vor allem bei den juristischen Personen vom Kantonalen Steueramt stark aufgeholt werden konnte. Die Grundstückgewinnsteuern werden auf dem Niveau der Rechnung 2012 verharren.

Ressourcen-/Zentrumslastenausgleich

- Der Zentrumslastenausgleich ist mit rund 85 Mio. CHF aufgrund der erwarteten Teuerungsanpassung leicht unter dem Ergebnis der Rechnung 2012.
- Beim Ressourcenausgleich ergibt sich eine Einbusse von rund 17 Mio. CHF gegenüber der Rechnung 2012 welche auf damalige Sonderzahlungen im Einführungsjahr des neuen Finanzausgleichs zurückzuführen sind.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	5'826'151	5'682'000	5'761'500
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'826'151</i>	<i>5'682'000</i>	<i>5'761'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'826'151	5'682'000	5'761'500
Externe Erlöse	555'447'421	562'169'000	532'185'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>555'447'421</i>	<i>562'169'000</i>	<i>532'185'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	555'447'421	562'169'000	532'185'000
Total Nettokosten / Globalkredit	-549'621'270	-556'487'000	-526'423'500
Kostendeckungsgrad in %	9'534	9'894	9'237

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Steuern

- Keine Bemerkungen

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Passivzinsen	2'277'256	1'920'000	2'200'000
Abschreibungen	2'357'665	2'700'000	2'400'000
Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinden	1'191'230	1'062'000	1'200'000
Total Sachkosten (exkl. Sparbeitrag GGR)	5'826'151	5'682'000	5'800'000
Steuern	386'266'122	382'404'000	381'545'000
Vermögenserträge	2'822'372	2'465'000	2'640'000
Finanzausgleich	166'358'927	177'300'000	148'000'000
Total externe Erlöse	555'447'421	562'169'000	532'185'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Steuerfuss in %	122	122	122	122	122	122

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Steuern

- Im Bereich der Staats- und Gemeindesteuern wie auch bei den direkten Bundessteuern werden in immer kürzeren Abständen viele Vorstösse und Ideen für Veränderungen eingebracht. Aber auch die Forderungen von Europa, namentlich im Unternehmenssteuerrecht können zu massiven Steuerausfällen führen. Im IAFP sind solche Steuereinsparungen nicht berücksichtigt.
- Ungeachtet dessen kann davon ausgegangen werden, dass die Steuererträge sich moderat positiv entwickeln werden.

Ressourcen-/Zentrumslastenausgleich

- Neuverhandlungen mit dem Kanton - v.a. bezüglich der Höhe des Zentrumslastenausgleichs.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Steuern

- Keine Bemerkung

Ressourcen-/Zentrumslastenausgleich

- Keine Bemerkungen

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu bauen und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können und deren Wert langfristig erhalten bleibt.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormen Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro m2 (relative Werte)	3.93	4.15	3.90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrösse:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	109 82.3	100 76.0	100 80.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktegruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2009 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2009 Umfrage Resultat 82% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	82.00 3 3 1	82.00 10 10 10	82.00 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der Benützer und Benutzerinnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten beim Winterdienst und bei der Behebung von gefährlichen Belagsschäden. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	100 0	95 0	90 1
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	20'692'717	21'088'185	19'698'955

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Voranschlag 2014 inkl. Effort14+, 1. und 2. Sparrunde

- Der Nettoglobalkredit verringert sich um CHF 310'000 auf rund 20.8 Millionen Franken. Die Ergebnisverbesserungen stehen vor allem im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen aus Effort14+. Besonders stark betroffen sind die Produkte Winterdienst, Strassensignalisation sowie die Reinigung. Dies wird voraussichtlich eine Qualitätseinbusse bei der Auftrags erledigung zur Folge haben.
- Die Personalkosten sinken um rund CHF 242'000 aufgrund verschiedener Massnahmen aus Effort14+. Die Stelle des Graffiti-Entferners wird nicht besetzt. Generell werden Überzeiten kompensiert und nicht ausbezahlt. Im Winterdienst beginnt die Schneeräumung in den Quartieren nach 06:00 Uhr, so dass der Entschädigungszuschlag von 50% entfällt. Durch die Schliessung von WC-Anlagen kann der Personalaufwand zusätzlich reduziert werden.
- Die Sachkosten reduzieren sich um rund CHF 172'000, weil die Leistungen Dritter im Winterdienst und Unterhalt reduziert werden. Ebenso werden Ersatzanschaffungen für Fahrzeuge und Geräte nur zurückhaltend vorgenommen

GGR vom 16. Dezember 2013, erweiterte Sparmassnahmen

Durch die Sparaufträge vom GGR in den Produkten Strassenreinigung CHF 200'000, Strassensignalisation CHF 150'000 und öffentlichen Toiletten CHF 100'000 zuzüglich der pauschalen Massnahmen im Personal- und Sachaufwand wird der Voranschlag um rund CHF 1'079'000 auf CHF 19.7 Mio. reduziert. Die zweckbezogenen Kürzungen wurden, falls möglich, in den entsprechenden Produkten berücksichtigt. Infolge des umfangreichen Sparpakets ist es jedoch notwendig, die gesamte Produktgruppe in den Sparauftrag zu integrieren. In diesem Zusammenhang reduzieren sich auch die Unterhalts- und Reinigungskosten bei den überkommunalen Strassen. Die kostenabhängigen Einnahmen aus dem kantonalen Unterhaltsfonds fallen dadurch um mindestens 25 % tiefer aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Gegenüber der Rechnung 2012 fallen die Personalkosten im Jahr 2014 um über 1 Mio. Franken geringer aus. Die Minderkosten sind zum grossen Teil auf die erstmalige Abgrenzung der aufgelaufenen Ferien- und Gleitzeitsaldos im Jahr 2012 zurück zu führen. Zudem fallen im Voranschlag 2014 erstmals Sanierungsbeiträge zur Pensionskasse an. Weitere Verbesserungen ergeben sich aus der Vermeidung von Überzeitauszahlungen und höher erwarteten Fluktuationsgewinnen.
- Erstmals wurden in der Rechnung 2012 die Warenvorräte der Signalisationsabteilung inventarisiert und bewertet. Die Verbuchung der Warenwertkorrektur verringerte den Sachaufwand in der Rechnung 2012. Der Anstieg des Sachaufwands im Voranschlag 2014 von rund CHF 0.9 Mio. ist unter anderem auf die erwähnte Wareninventarisierung 2012, auf höhere Hard- und Softwareanschaffungen sowie zusätzlichen Finanzabschreibungen zurück zu führen.
- Höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen aufgrund des Investitionsvolumens um rund CHF 0.8 Mio. im Voranschlag 2014.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	13'113'908	12'332'760	11'693'390
Sachkosten	9'088'224	10'132'524	9'385'735
Beiträge an Dritte	25'516	20'000	24'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	7'938'710	8'756'443	8'763'150
Mietkosten	175'036	204'296	194'672
Übrige interne Kosten	3'704'300	2'752'037	2'834'490
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>34'045'694</i>	<i>34'198'058</i>	<i>32'895'437</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	34'045'694	34'198'058	32'895'437
Externe Erlöse	6'949'900	6'459'726	6'698'979
Interne Erlöse	6'161'211	6'409'148	6'256'504
Beiträge von Dritten	241'867	241'000	241'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'352'978</i>	<i>13'109'874</i>	<i>13'196'482</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	13'352'978	13'109'874	13'196'482
Total Nettokosten / Globalkredit	20'692'717	21'088'185	19'698'955
Kostendeckungsgrad in %	39	38	40

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	128.42	133.90	132.70
▪ Auszubildende	7.00	7.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen „effort14“:

- 1 Stelle Handwerker/in Graffiti-Entfernung in der Abteilung Signalisation

Änderungen VA 14:

- 0.20 Stellen departementsinterne Verschiebung von Administration zu Personaldienst

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Teilprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof:

- Städtebauliche, technische und zeitliche Koordination der öffentlichen und privaten Teilprojekte
- Gleisquerung 2. Etappe: Baubeginn
- Umgestaltung Rudolfstrasse: Erarbeitung Vorprojekt
- Personenunterführung / Veloquerung Nord: Projektkoordination und Erarbeitung Bauprojekt (Federführung SBB)

Weitere Projekte der PG Tiefbau:

- Bauprojekt Rad- und Gehwegunterführung Hegistrasse - Im Link
- Fertigstellung Knoten Schlosstalstrasse / Wieshofstrasse
- Baubeginn Breitestrasse, Breiteplatz - Langgasse, Instandstellung und Gestaltung
- Organisationsentwicklung Fuhrpark / Disposition
- Organisationsentwicklung Administration
- Einführung Elektronisches Records Management System (ERMS)

Produkt 1 Ingenieur-Dienstleistungen

Leistungen

- Planung und Projektierung von Tiefbauobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekten des Kantons gemäss Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und der Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'085'324	2'163'944	2'141'685
Erlös	1'597'734	1'627'787	1'868'527
Nettokosten	487'590	536'157	273'158
Kostendeckungsgrad in %	77	75	87

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte in %	82.3	76.0	80.0
Zustandsbericht der Strassen MSE (Management-Informationssystem), Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen.	6.0	5.0	5.0
Geringer oder gleich in %			
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	1	10	10

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau	16	10	10
Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau	9	10	10
Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteherin	13	10	10
Anzahl abgerechnete Projekte, Bauausschuss	9	10	10

Das Tiefbauamt ist in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, mehrere Strassen in einem Gesamtprojekt zusammenzufassen (z.B. Eichliacker, Tössfeld, Veltheim, Neuwiesen usw.). Dies führt zahlenmässig zu weniger Projekten, welche jedoch grössere Investitionssummen auslösen. In den vergangenen Jahren wurde die Investitionen für die Erneuerungen der Kanalisationen kontinuierlich gesteigert, dies mit einer geringeren Anzahl von Projekten. Die geringere Anzahl Projekte zieht zwangsläufig auch weniger Abrechnungen nach sich. Bei einer zukünftigen Uebearbeitung der Leistungsmengen und Messgrössen wäre es ev. sinnvoll, neu die Investitionssummen als Messgrösse zu nehmen.

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Leistungen

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	15'068'872	15'967'823	15'250'196
Erlös	5'724'817	5'712'963	5'581'547
Nettokosten	9'344'055	10'254'860	9'668'648
Kostendeckungsgrad in %	38	36	37

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen.			
Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58	0	0	0
Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen	109.0	100.0	100.0
Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten (max.)	3	10	10
Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Mindestens in %	100.0	95.0	95.0
Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche) in CHF.	0.74	0.95	0.90
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für den Belagsunterhalt. Max. in %	19.4	20.0	20.0

Die durchschnittlichen Kosten für den baulichen Unterhalt in vergleichbaren Schweizer Städten betragen per 2011 CHF -.82 / m2.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Strassenlänge in m	372'056	372'000	372'000
Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2	3'178'099	3'173'000	3'173'000

Produkt 3 Strassenreinigung und Wartehallen

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	10'201'470	9'173'912	9'392'532
Erlös	3'773'171	3'495'498	3'611'925
Nettokosten	6'428'300	5'678'414	5'780'607
Kostendeckungsgrad in %	37	38	38

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen. Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten in CHF. - Kosten pro m2 unterhaltene Fläche	82.00 3 2.35	82.00 10 2.35	82.00 10 2.30

A) Die Bevölkerungsbefragung bezüglich Sauberkeit auf öffentlichem Grund ist gekoppelt mit der Umfrage der gesamten Stadtverwaltung. Der Stadtrat bestimmt den Termin der nächsten Umfrage.

B) Die durchschnittlichen Reinigungskosten vergleichbarer Schweizer Städte betragen 2011 CHF 3.17 / m2.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren (Anzahl pro Jahr) Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2	4'700 3'178'099	4'400 3'173'000	4'400 3'173'000

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'977'630	2'304'987	2'271'778
Erlös	953'975	800'400	776'880
Nettokosten	2'023'655	1'504'587	1'494'898
Kostendeckungsgrad in %	32	35	34

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	95.0	95.0
Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	100.0	90.0
Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten Kosten pro m2 unterhaltene Fläche in CHF	0.84	0.80	0.70

Eingeleitete Sparmassnahmen werden Einfluss auf die Befahrbarkeit der Strassen und voraussichtlich auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden haben.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2	3'178'099	3'173'000	3'173'000

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.
- Entfernen von Graffiti und Schmierereien an öffentlichen Gebäuden und Kunstbauten

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'920'484	2'693'737	2'239'851
Erlös	1'173'254	1'391'826	1'250'897
Nettokosten	747'230	1'301'912	988'953
Kostendeckungsgrad in %	61	52	56

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für die Strassenmarkierung. Max. in %	3.7	10.0	10.0

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen in Stk.	2'800	2'000	2'000
Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern in m	17'000	12'000	12'000

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbette reinigen, Gras mähen, Gebüsch zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Ueberschwemmungen veranlassen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'075'921	1'049'261	951'924
Erlös	20'043	22'156	17'550
Nettokosten	1'055'878	1'027'105	934'374
Kostendeckungsgrad in %	2	2	2

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kontrolle der öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen	304 erfüllt	304 erfüllt	304 erfüllt

Aktuell per Mai 2013 sind in Winterthur 152 Gewässer verzeichnet, die vom Strasseninspektorat unterhalten werden.

Produkt 7 Öffentliche Toiletten

Leistungen

- Öffentliche WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und behindertengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	697'779	844'394	647'472
Erlös	91'769	59'245	89'156
Nettokosten	606'010	785'149	558'316
Kostendeckungsgrad in %	13	7	14

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen Realisierung von WC-Anlagen nach neuem Konzept	erfüllt 1	erfüllt 1	erfüllt 0

Aufgrund des Sparprogramms "effort14+" werden keine Sanierungen von WC-Anlagen geplant. Verschiedene sanierungsbedürftige Anlagen werden 2013 geschlossen. Dadurch verringert sich der Aufwand für Betrieb und Unterhalt. Neu in Betrieb genommen wird das öffentliche WC beim Teuchelweiher-Parkhaus. Es ersetzt die Toilette beim Reitweg.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die WC-Anlagen werden pro Jahr desinfiziert	4	4	2 - 3

Aufgrund der modernen, glatten Oberflächen bei den neuen Chromstahl WC-Anlagen muss nicht mehr so oft desinfiziert werden. Zudem haben die eingesetzten Reinigungsmittel schon eine desinfizierende Wirkung.

Investitionsrechnung Tiefbau

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	18'965'000	15'730'000	18'545'000	15'410'000	17'320'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Projekte Masterplan Stadtraum Bahnhof

- Bau Gleisquerung Seite Neuwiesen (2015)
- Planaufgabe Veloquerung / Personenunterführung Nord (2015)
- Planaufgabe Umgestaltung Rudolfstrasse (2015)
- Projektierung Veloquerung / Personenunterführung Nord (2016/2017)
- Projektierung Umgestaltung Rudolfstrasse (2016/2017)

Weitere Projekte

- Hochwasserrückhalteraum Chräbsbach Oberseen
- Projekte und Umsetzung städtisches Gesamtverkehrskonzept (sGVK)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Mit Blick auf das Zusammenführen der Stadtverwaltung sind im Tiefbauamt die Strukturen zu überdenken. Die Führung und Administration des Strasseninspektorats wird räumlich mit dem Ingenieurwesen der Hauptabteilung Verkehrswege zusammengeführt. Der verbleibende Werkhof im Obermühle-Areal muss sich ebenfalls neu organisieren.

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzips.

Produkte

1 Stadtentwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eidgenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantons Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr			
	1.80	1.80	1.80
	80.00	80.00	80.00
	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100	100	100
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad in %	85	85	85
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben (Eidg. Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des generellen Entwässerungsplans (GEP) eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahresberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt	erfüllt 51.6 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Voranschlag 2014 inkl. Effort14+, 1.Runde

- Die Produktgruppe Entsorgung setzt sich aus den Betrieben Stadtentwässerung, Abfallentsorgung und Deponie Riet zusammen. Alle diese Betriebe führen eine Betriebsreserve. Jährliche Schwankungen im Betriebsergebnis werden letztlich über die Betriebsreserven ausgeglichen. Der Globalkredit weist aus diesem Grunde immer einen Saldo von CHF 0 aus.
- Die Zunahme der Personalkosten steht unter anderem im Zusammenhang mit dem Sanierungsbeitrags für die Pensionskasse. Demgegenüber fallen geringere Sachkosten infolge Wegfalls der Direktamortisationen an.
- Die Einlagen und Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen fallen gegenüber dem Voranschlag 2013 wesentlich geringer aus, da nach HRM2 die Vornahme von Direktamortisationen über die Vorfinanzierung nicht mehr erlaubt sind.
- Die geringeren externen Erlöse beziehen sich auf tiefere Ausgaben bei der Stadtentwässerung, da die bisherige Einlage in die Spezialfinanzierung von CHF 2.5 Mio. entfällt. Dadurch fällt die Schlussrechnung an Stadtwerk zum Ausgleich des Betriebs Stadtentwässerung entsprechend tiefer aus (die Betriebsreserve der Siedlungsentwässerung wird durch Stadtwerk geführt).

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Dem gebührenfinanzierten Betrieb Deponie Riet wird wie einer privaten Firma eine Miete von CHF 670'000 für die Landnutzung in Rechnung gestellt. Der Ertrag fliesst in die steuerfinanzierte Rechnung der Stadt ein. Zusätzlich wird das Finanzamt für die Aufrechterhaltung der Liquidität mit CHF 50'000 entschädigt. Die erwähnten Massnahmen bei den Entsorgungsbetrieben werden durch entsprechende Entnahmen aus den Betriebsreserven finanziert.

GGR vom 16. Dezember 2013, erweiterte Sparmassnahmen

Durch den GGR-Sparauftrag von CHF 100'000 infolge Reduktion der Anzahl Grüntouren zuzüglich der pauschalen Kürzung der Sachaufwendungen verringert sich der Aufwand insgesamt um rund CHF 302'000. Die Kosteneinsparungen wurden im Voranschlag 2014 gemäss Antrag eingestellt. Die daraus hervorgehenden Ergebnisverbesserungen wurden in den Betrieben über die Reserven ausgeglichen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Geringere Personalkosten im Voranschlag 2014 infolge einmaliger Abgrenzungen der aufgelaufenen Ferien- und Gleitzeitsaldos per Ende 2012. Demgegenüber erhöhen sich die Kosten aufgrund des Sanierungsbeitrages an die Pensionskasse.
- Tiefere Sachkosten infolge Wegfalls der Direktamortisationen bei der Deponie Riet und der Stadtentwässerung.
- Die Entnahmen und Einlagen aus den Spezialfinanzierungen verringern sich infolge HRM2 wesentlich, da ab dem Jahr 2014 keine Vorfinanzierungen mehr geführt werden dürfen. Die budgetierten Einlagen im Voranschlag 2014 ergeben sich aus dem Kapitalzins und des Betriebsgewinns bei der Deponie Riet. Die Entnahme aus der Betriebsreserve deckt den Betriebsverlust der Abfallentsorgung.
- Geringere Einnahmen bei der Stadtentwässerung zum Ausgleich der Betriebsrechnung notwendig.
- Wesentlich geringere Entnahmen aus der Vorfinanzierung, da ab dem Voranschlag 2014 eine Finanzierung von Direktamortisationen nicht mehr möglich ist.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	74.70	71.40	71.40
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	10'533'944	9'866'830	10'220'778
Sachkosten	14'590'508	15'584'845	11'731'784
Beiträge an Dritte	4'500	7'000	7'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	7'708'814	4'427'258	935'466
Residualkosten	406'444	406'445	438'003
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	2'094'297	2'619'583	2'861'575
Mietkosten	116'181	135'447	805'928
Übrige interne Kosten	8'346'603	8'892'838	7'691'607
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>43'801'291</i>	<i>41'940'246</i>	<i>34'692'140</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'384'607	4'720'000	4'494'000
Total effektive Kosten	39'416'684	37'220'246	30'198'140
Externe Erlöse	26'272'114	27'894'762	25'116'831
Interne Erlöse	9'091'590	9'503'788	9'091'802
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	8'437'587	4'541'695	483'507
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>43'801'291</i>	<i>41'940'245</i>	<i>34'692'140</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'384'607	4'720'000	4'494'000
Total effektive Erlöse	39'416'684	37'220'245	30'198'140
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	7'708'814	4'427'258	935'466
./. Entnahme aus Betriebsreserve	8'437'587	4'541'695	483'507
Ergebnis vor Reserveveränderung	728'773	114'438	-451'959

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Stadtentwässerung

- Innensanierung Kanal Bachtelstrasse
- Bauprojekte für den Zulaufkanal Schützenwiese und das Regenbecken Schützenwiese
- Vorprojekte für das Regenbecken Talacker und den Düker Wässerwiesen Töss

Kehrichtsammeldienst

- Weiterführung der Erneuerung und Umgestaltung der Quartiersammelstellen: Voraussichtlich 4-6 Anlagen in Bearbeitung
- Einweihung und Inbetriebnahme des Werkhofs Scheidegg
- Projekt zur weiteren Erschliessung der Altstadt und der Zentrumszonen mit Unterflursystemen für die Kehrichtsammlung

Deponiegelände Riet

- Einweihung und Inbetriebnahme der Kompogasanlage

Organisation

- Abschluss des Projekts "KonsEnS" (Konsolidierung der Entsorgungsbetriebe in der Stadt Winterthur) zusammen mit Stadtwerk

Produkt 1 Stadtentwässerung

Leistungen

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP (genereller Entwässerungsplan)
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. Abwasserpumpwerk Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstückentwässerungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	20'298'159	17'778'494	11'489'197
Erlös	20'298'159	17'778'494	11'489'197
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Dokumentation			
- Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung in %	abgeschlossen	abgeschlossen	abgeschlossen
Funktionsverbesserung Kanalnetz:			
- Anzahl Eliminationen von grösseren, messbaren Fremdwasserquellen	1	1	1
Liegenschaftsentwässerung:			
- Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen	300	400	400
- Kundenzufriedenheit halten	erreicht	erreicht	erreicht
Industrieabwasser:			
Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken	70	80	80
Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz	0	0	0
Öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten in %	2.6	3.0	3.0
Öffentliches Kanalnetz reinigen in %	16.1	16.0	16.7

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Länge öffentliches Kanalnetz in km	322	324	322
Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke	31	31	31

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	19'756'831	20'125'928	19'387'928
Erlös	19'756'831	20'125'928	19'387'928
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen)			
Prozentsatz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	51.6	52.0	52.0
Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus	100.00	100.00	100.00
Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung			
Verursacherorientierte Finanzierung			
Gebühren Benchmark mit CH-Städten			
Ziel:			
Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte in CHF	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung pro Jahr in CHF	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr in CHF	140.00	140.00	140.00

Chur: Sackgebühr 35 Liter CHF 4.- / Sack; keine Grundgebühr
 Schaffhausen: CHF 2.35 / Sack; Grundgebühr nach Grösse Haushalt
 Frauenfeld: CHF 2.- / Sack; Grundgebühr CHF 90.- / Wohnung
 Bern: CHF 1.70 / Sack; Grundgebühr CHF 1.45 pro m2 Bruttogeschossfläche (BGF)
 Luzern: CHF 1.70 / Sack; Grundgebühr CHF 50.- / Person
 Zürich: CHF 1.70 / Sack; Grundgebühr CHF 86.40 / Wohnung (reduzierte Grüngutsammlung)
 St. Gallen: CHF 2.- / Sack; Grundgebühr CHF 24.- / Wohnung (reduzierte Grüngutsammlung)
 Dietikon: CHF 1.70 / Sack; Grundgebühr CHF 50.- / Grundstück
 Uster: CHF 1.60 / Sack; Grundgebühr CHF 72.- pro Wohnung
 Basel: CHF 2.30 / Sack; keine Grundgebühr (nicht kostendeckend)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total gesammelte Abfallmengen in Tonnen	38'338	38'000	38'000
Abfallmenge pro EinwohnerIn in kg	360	360	360

Produkt 3 Deponie

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'746'301	4'035'824	3'815'015
Erlös	3'746'301	4'035'824	3'815'015
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) in %	100	100	100
Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Deponiertes Material in Tonnen	19'978	26'000	25'000
Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen	5'693	2'000	1'000

Nach dem Umbau der Kehrichtverbrennungsanlage werden immer weniger brennbare Abfälle aus Anlieferungen von Handabladern und Shreddergut angenommen, sodass die Menge massiv zurückgehen wird.

Investitionsrechnung Entsorgung

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	27'790'000	18'200'000	26'250'000	24'600'000	17'700'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Umsetzung der Resultate aus dem Projekt "KonsEnS" (Konsolidierung der Entsorgungsbetriebe in der Stadt Winterthur)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Unterhalt des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Betrieb des zentralen städtischen Gebäudestamms (GSW)
- Geoinformationsdienstleistungen für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Strassenbenennung und Gebäudeadressierung

Produkte

Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der Geodaten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Strassenbenennung, Gebäudeadressierung, Betrieb eines zentralen städtischen Gebäudestamms

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz über Geoinformation vom 5. Oktober 2007 (Geoinformationsgesetz, GeoIG); SR 510.62
- Verordnung vom 21.05.2008 über Geoinformation (Geoinformationsverordnung, GeoIV); SR 510.620
- Verordnung vom 21.05.2008 über die geografischen Namen (GeoNV); SR 510.625
- Art. 950 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches (ZGB); SR 210
- Verord. der Bundesversammlung vom 06.10.2006 über die Finanzierung der amtlichen Vermessung (FVAV); SR 211.432.27
- Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung (VAV); SR 211.432.2
- Technische Verordnung des VBS vom 10. Juni 1994 über die amtliche Vermessung (TVAV); SR 211.432.21
- Verordnung vom 21.05.2008 über die Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer (GeomV); SR 211.432.261

Stufe Kanton

- Kantonales Geoinformationsgesetz (KGeoIG) vom 24. Oktober 2011; LS 704.1
- Kantonale Geoinformationsverordnung (KGeoIV) vom 27. Juni 2012; LS 704.11
- Kantonale Verordnung über die amtliche Vermessung (KVAV) vom 27. Juni 2012; LS 704.12
- Kant. Verord. über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (KÖREBKV) vom 27.6.2012; LS 704.13
- Leitungskatasterverordnung (LKV) vom 27. Juni 2012; LS 704.14
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumentwicklung (ARE)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Gewinnung von Geoinformation (Geoinformationsverordnung) vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Geoinformationsstrategie vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenumerierung vom 9. Dezember 1983

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

Verantwortliche Leitung

Herr Daniel Kofmel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)	101	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	87	-	85
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Auftragsvergabe für 3D-Stadtmodell ist erfolgt. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2012 sind die aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen GWR-Restfälle bereinigt. - Durchführung eines Tages der offenen Tür. - Bereitstellung der Software zur Überführung der städtischen Geodaten in das künftige städtische Geografische Informationssystem. - Bereitstellung von Grundstücksregister und Gebäudestamm zwecks Ablösung der veralteten Grundsteuerdatenbank des Steueramtes. - Im Portal der Stadt Winterthur steht ein moderner Kartenbrowser zur Verfügung, der den bisherigen Stadtplan ablöst. 3D-Stadtmodelldaten stehen zur Nutzung bereit. - Die Verdichtungsmessungen zwecks Bestimmung der Transformationsparameter zur Überführung der amtlichen Vermessung in den neuen Bezugsrahmen LV95 sind ausgeführt (Dienstanweisung Los 39A). - Das Vermessungsamt ist zertifiziert nach ISO 9001:2008. - Das Erstüberwachungsaudit des Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001:2008 ist erfolgreich [Antrag neuer Indikator ab VO 2014]. - Das erneuerte Geografische Informationssystem ist eingeführt [Antrag neuer Indikator ab VO 2014]. - Im Internet sind Leitungskatasterinformationen abrufbar [Antrag neuer Indikator ab VO 2014]. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur sind auf mobilen Geräten nutzbar [Antrag neuer Indikator ab VO 2014].	erfüllt zu 90% erfüllt * erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	609'491	593'914	508'766

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Voranschlag 2014 inkl. Effort14+, 1. Runde

- Höhere Personalkosten: Aufgrund tiefer eingestelltem Fluktuationsgewinn sowie des ab dem Jahr 2014 fälligen Sanierungsbeitrags an die Pensionskasse.
- Tiefere Sachkosten: Insbesondere aufgrund des Verzichts auf die Aktualisierung der City-Stadtpläne.
- Geringere externe Erlöse: Insbesondere weil im Jahr 2013 die angefangenen Arbeiten mit CHF 150'000 aktiviert wurden sowie aufgrund der zu erwartenden neuen Gebührenverordnung für Geodaten die auf den 1.1.2014 in Kraft treten soll.
- Höhere Beiträge von Dritten: Weil die Schlusszahlungen von Bund und Kanton für die Arbeiten zur Hohheitsgrenzbereinigung (Los 38) sowie zur ersten Etappe der Fixpunktbereinigung (Los 39a) fällig werden.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Der Nettoglobalkredit der PG Vermessung wird infolge Effort14+ 2. Sparrunde um CHF 130'000 auf rund CHF 610'000 gesenkt. Im Voranschlag 2014 wird auf die Praktikantenstelle verzichtet und Anschaffungen über die WoV-Reserven getätigt. Zudem wirkt sich die verzögerte Umsetzung der kantonalen Gebührenverordnung positiv aus, da dadurch voraussichtlich erst ab dem Jahr 2016 mit geringeren Gebühreneinnahmen gerechnet werden muss.

GGR vom 16. Dezember 2013, erweiterte Sparmassnahmen

Durch den Sparauftrag vom GGR zur pauschalen Kürzung der Personal- und Sachaufwendungen wird der Voranschlag um rund CHF 101'000 auf CHF 509'000 reduziert. Die Sparmassnahmen wurden auf den entsprechenden Kontos eingestellt. Die Ergebnisverbesserungen wirken sich auf alle drei Produkte der Produktgruppe Vermessung aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Höhere Personalkosten: Aufgrund einer Stellenbesetzung im Verlauf des Jahres 2013 (Vakanz 2012) sowie des ab dem Jahr 2014 fälligen Sanierungsbeitrags an die Pensionskasse.
- Tiefere Sachkosten: Aufgrund des Wegfalls insb. dreier ausserordentlicher Aufwendungen (Ersatzbeschaffung eines Vermessungsfahrzeuges nach Totalschaden infolge eines unverschuldeten Auffahrunfalls, Ersatzbeschaffung eines Tachymeters nach Totalschaden infolge eines Sturzes aus der Verankerung, Tag der offenen Tür aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der amtlichen Vermessung).
- Geringere externe Erlöse: Aufgrund der zu erwartenden neuen Gebührenverordnung für Geodaten die auf den 1.1.2014 in Kraft treten soll sowie der im Jahr 2012 getätigten Entnahme aus der WoV-Reserve.
- Höhere interne Erlöse: Insbesondere für den Betrieb der Geodateninfrastruktur sowie für die Erbringung von Geoinformationsdienstleistungen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'318'210	2'381'038	2'335'861
Sachkosten	609'884	570'810	465'851
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	161'432	148'533	148'533
Mietkosten	180'199	227'900	228'600
Übrige interne Kosten	104'305	75'932	73'920
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'374'030</i>	<i>3'404'214</i>	<i>3'252'766</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'374'030	3'404'214	3'252'766
Externe Erlöse	1'756'549	1'864'000	1'733'600
Interne Erlöse	770'950	886'300	862'400
Beiträge von Dritten	237'041	60'000	148'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'764'539</i>	<i>2'810'300</i>	<i>2'744'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'764'539	2'810'300	2'744'000
Total Nettokosten / Globalkredit	609'491	593'914	508'766
Kostendeckungsgrad in %	82	83	84

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15.71	16.40	16.40
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Das Projekt eBAGE ist im Jahr 2014 erfolgreich zum Abschluss zu bringen.
- Das neue Geografische Informationssystem ist in Betrieb zu nehmen.
- In Abstimmung mit dem Projekt GREKOS sind zwischen dem städtischen Gebäudestamm Winterthur (GSW) und den Umsystemen die notwendigen Datenschnittstellen zu implementieren (Projekt GSW+).
- Die Nutzungsprozesse für das 3D-Stadtmodell sind zu festigen sowie das zugehörige Dienstleistungsangebot bedarfsgerecht auszurichten.
- Im Rahmen der Revision des Fixpunktnetzes sind die Abschlussarbeiten vorzubereiten und zu starten.

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Leistungen

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'347'228	1'349'194	1'337'586
Erlös	1'362'024	1'375'233	1'431'580
Nettokosten	-14'796	-26'039	-93'994
Kostendeckungsgrad in %	101	102	107

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Kostendeckungsgrad in %	101	100	100
▪ Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honorarsätze (ohne Drittleistungen) in CHF	1'233'932	1'230'000	1'270'000

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Leistungen

- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadtkern
- Periodische Nachführung der amtlichen Vermessung
- Unterhalt der Grundstücksregister

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	452'287	428'682	307'907
Erlös	318'608	293'412	178'261
Nettokosten	133'679	135'270	129'646
Kostendeckungsgrad in %	70	68	58

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Einführung der elektronischen Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch. ▪ Abschluss einer Vereinbarung mit dem Amt für Raumentwicklung betreffs weiterem Vorgehen im Hinblick auf die Fixpunktrevision. ▪ Ein Konzept für den Unterhalt der Nivellementfixpunkte liegt vor. ▪ Die Eidgenössische Grundstücksidentifikation (E-GRID) ist in der amtlichen Vermessung eingeführt. ▪ Die Dienstanweisung zum Abschluss der Revisionsarbeiten am Bezugsrahmen der amtlichen Vermessung (Fixpunkte) liegt vor.	erfüllt erfüllt	erfüllt	erfüllt erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in CHF	377'409	550'000	440'000

Produkt 3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Leistungen

- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Betrieb eines zentralen städtischen Gebäudestamms (GSW)
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der Geodaten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftsstelle
- Strassenbenennung und Gebäudeadressierung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'549'642	1'626'338	1'607'273
Erlös	1'059'444	1'141'655	1'134'159
Nettokosten	490'198	484'683	473'114
Kostendeckungsgrad in %	68	70	71

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Technologische Entwicklung:			
▪ Der Auftrag zur Bereitstellung eines 3D-Stadtmodells ist vergeben.	zu 90% erfüllt *	erfüllt	
▪ Geodaten erster Fachanwendungen sind in eine Pilotumgebung des künftigen städtischen Geografischen Informationssystems überführt.	erfüllt		
▪ Städtischen Mitarbeitenden wird jährlich ein Kurs zur Nutzung von Kartenbrowsern im Internet und Intranet angeboten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
▪ Die Fachanwendungen des neuen Geografischen Informationssystems sind getestet und in Bezug auf die Inbetriebnahme bewertet.		erfüllt	
▪ In Abstimmung mit dem Projekt GREKOS sind die notwendigen Datenschnittstellen zwischen "Gebäudestamm" und den "Umsystemen" implementiert.			erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in CHF			
▪ GIS Betriebsführung	571'882	540'000	575'000
▪ Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben	1'046'726	990'000	1'040'000

Investitionsrechnung Vermessung

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	460'000	620'000	180'000	100'000	100'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Neuerungen die sich aus dem kantonalen Geoinformationsgesetz sowie den Geoinformationsverordnungen ergeben, sind laufend umzusetzen. Insbesondere stehen der Aufbau des Katasters der öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB), die Überarbeitung des Leitungskatasters entsprechend der SIA Norm 405, der Aufbau einer Geometadatenbank sowie die Vernetzung der Geoportale zwecks Aufbau der Nationalen Geodateninfrastruktur (NGI) an.
- Die Bestellung und Auslieferung von Geodaten soll über das Internet erfolgen können. Hierbei ist das kantonale Vertriebsportal für Daten der amtlichen Vermessung resp. das künftige kantonale Geodatenportal in die Datenbewirtschaftungs- und Datenbereitstellungsprozesse des Vermessungsamtes einzubeziehen. Zwecks Nutzung von Synergien wird die Zusammenarbeit mit dem Kanton gesucht.
- Nach Abschluss der Revisionsarbeiten am Fixpunktnetz ist der städtische Geodatenbestand entsprechend zu transformieren und in den neuen Bezugsrahmen der Landesvermessung 95 zu überführen.
- Der Bund hat den Detaillierungsgrad der amtlichen Vermessung überarbeitet. Nach Vorliegen der entsprechend angepassten kantonalen Richtlinie zur Anwendung des Detaillierungsgrads wird diese umzusetzen sein. Gegebenenfalls sind gewisse Anpassungen am Vermessungswerk vorzunehmen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Das kantonale Geoinformationsgesetz (KGeolG) sowie die zugehörigen Verordnungen sind seit November 2012 in Kraft. In einem nächsten Schritt wird der Kanton die entsprechenden Ausführungsbestimmungen, Weisungen und Richtlinien auszuarbeiten haben. Das Vermessungsamt wird sich dabei aktiv einbringen. Aus diesen Vorschriften wird sich der konkrete Handlungsbedarf für die nächsten Jahre ergeben.
- Nach Abschluss der Projekte "Gesamterneuerung GIS", "3D-Stadtmodell", "GSW+" und "eBAGE" gilt es den Betrieb zu konsolidieren sowie die Nutzungsprozesse zu optimieren.

Baupolizei

Auftrag

- Sensitive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, spezielle Projektleitungen, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur
gemäss Homepage www.baupolizei.winterthur.ch

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur
gemäss Homepage www.baupolizei.winterthur.ch

Stufe Verwaltungseinheit

Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Dr. Lena Ruoss Fierz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung:</i> - Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %) *	91	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	73 89 107	64 100 100	70 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	 21 52 73 88	 30 60 86 96	 30 60 86 96
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ** <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	 95 75 55	 100 100 100	 100 100 100
5 Umweltschutz (Ökologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	 75 90 9	 80 85 10	 80 90 10

* Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelfverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

** Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	3'192'566	2'303'587	1'599'487

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Voranschlag 2014 inkl. Effort14+, 1. Runde

- Der Voranschlag weist einen Globalkredit von CHF 2'072'000.-- aus. Dieser reduziert sich gegenüber dem Voranschlag 2013 infolge der erforderlichen Sparmassnahmen Effort14+ um rund CHF 231'000.--. Die Gebühreneinnahmen sollen mittels Gebührenerhöhung um CHF 350'000.-- gesteigert werden.
- Der Personalaufwand reduziert sich um rund CHF 50'000.--. Dies ist vor allem auf die kostengünstigeren Stellenbesetzungen sowie auf den Verzicht der Wiederbesetzung einer Projektleiterstelle beim Bauinspektorat zurückzuführen (bereits im Voranschlag 2013 teilweise berücksichtigt). Dem stehen erstmalige Kosten zur Sanierung der Pensionskasse gegenüber.
- Der Sachaufwand erhöht sich vor allem infolge der Lizenzkosten eBage sowie der Zunahme von Honoraren und Dienstleistungen von Dritten.
- Die Mietkosten reduzieren sich um CHF 30'000.-- infolge derzeitigen Verzichts auf die Umsetzung des Kompetenzzentrums für Energie und nachhaltiges Bauen.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Der Nettoglobalkredit der PG Baupolizei wird infolge Effort14+ 2. Sparrunde um CHF 250'000 auf rund CHF 1'822'000 gesenkt. Durch die schnellere Umsetzung der Verordnung über die Baubewilligungsgebühren werden Mehreinnahmen von CHF 150'000 erwartet (Zeitplan: neu 1.1.14 / bisher 1.5.14). Die GGR-Weisung wird im Herbst 2013 durch den Stadtrat verabschiedet. Zusätzlich werden die Honorare und Dienstleistungen Dritter, die zentral durch den Amtsleiter bewirtschaftet werden, um CHF 100'000 gekürzt (Budget neu CHF 90'000).

GGR vom 16. Dezember 2013, erweiterte Sparmassnahmen

Durch den Sparauftrag vom GGR zur pauschalen Kürzung der Personal- und Sachaufwendungen wird der Voranschlag um rund CHF 223'000 auf CHF 1.6 Mio. reduziert. Die Sparmassnahmen wurden auf den entsprechenden Kontos eingestellt. Die Ergebnisverbesserungen wirken sich auf alle drei Produkte der PG Baupolizei aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Im Vergleich zur Rechnung 2012 reduziert sich der Globalkredit um rund CHF 1.1 Mio. Diese Reduktion ist vor allem auf die einmalige Abgrenzungen infolge Einführung von HRM2 im Rechnungsjahr 2012 und auf die Massnahmen aus effort14+ zurückzuführen.
- Geringerer Personalaufwand infolge einmaliger Abgrenzung der Mitarbeiterguthaben per Ende Jahr 2012 aus Gleitzeit- und Ferien. Zusätzliche Einsparungen ergeben sich aus dem Verzicht einer Projektleiterstelle beim Bauinspektorat sowie günstigeren Wiederbesetzungen. Dem stehen erstmalige Kosten im Jahr 2014 zur Sanierung der Pensionskasse gegenüber.
- Zunahme des Sachaufwandes vor allem infolge Lizenzkosten eBage.
- Zunahme der Bruttomieten für die Liegenschaften Neumarkt 4 und Technikumstrasse 81 aus Mieterhöhung Stadt.
- Höherer Ertrag infolge einmaliger Abgrenzung der Gebühreneinnahmen 2012 von noch zu leistenden Kontrollen und Abnahmen. Zudem erhöhen sich die Baubewilligungsgebühren aus dem Sparauftrag effort14+.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	5'751'559	5'595'900	5'373'278
Sachkosten	726'434	582'793	682'228
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	50'227	92'846	92'846
Mietkosten	321'050	431'400	401'100
Übrige interne Kosten	449'306	461'447	413'475
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'298'575</i>	<i>7'164'387</i>	<i>6'962'927</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	7'298'575	7'164'387	6'962'927
Externe Erlöse	3'931'663	4'730'800	5'233'440
Interne Erlöse	174'347	130'000	130'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'106'010</i>	<i>4'860'800</i>	<i>5'363'440</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'106'010	4'860'800	5'363'440
Total Nettokosten / Globalkredit	3'192'566	2'303'587	1'599'487
Kostendeckungsgrad in %	56	68	77

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	36.01	37.20	37.20
▪ Auszubildende	3.00	2.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	1.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Keine Veränderungen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens mit integrierter Geschäftskontrolle.
- Bereich Brandschutz/Rauchgaskontrolle Einführung neue Datenbanklösung GREKOS zusammen mit andern städtischen Bereichen der Verwaltung (Steuern/Einwohnerkontrolle).
- Weiterführung Projekt Immissionsgrenzwert Sanierung (IGW/Lärmschutz).
- Umsetzung des 2012 in Kraft gesetzten Energieplans.

Produkt 1 Bauaufsicht

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so schnell wie möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlagen während der Bauphase bezüglich Übereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'428'301	2'331'971	2'357'076
Erlös	2'166'024	2'513'005	2'951'900
Nettokosten	262'277	-181'034	-594'823
Kostendeckungsgrad in %	89	108	125

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen			
- Erteilung innert 1 Monat (in %)	21	30	30
- Erteilung innert 2 Monaten (in %)	52	60	60
- Erteilung innert 3 Monaten (in %)	73	86	86
- Erteilung innert 4 Monaten (in %)	88	96	96
Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren)	741	650	700
Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren	358	400	400
Anzahl Bauabnahmen	927	850	900

Alle Leistungsmengen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Händen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle
- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung und Abschluss der Energieplanung und Umsetzung

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'143'634	3'231'964	3'034'968
Erlös	1'314'560	1'892'615	1'984'997
Nettokosten	1'829'074	1'339'349	1'049'970
Kostendeckungsgrad in %	42	59	65

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle in %	89	100	100
Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle in %	107	100	100
Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz (soll 100%):			
- Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus (in %)	75	100	100
- Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus (in %)	55	100	100
Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung (in %)	98	100	100
Überwachung Anforderung BBV I:			
Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen			
- Stichprobenkontrolle (in %)	9	10	10

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Brandschutz			
Anzahl Vernehmlassungen	609	500	550
Periodische Gebäudekontrollen, Berichte:			
- Anzahl 2-jährig	40	50	50
- Anzahl 4-jährig	37	70	60
- Anzahl 6-jährig	9	170	15
- Anzahl 8-jährig	0	15	0
Kontrollen von Fall zu Fall	126	170	150
Feuerungskontrolle			
- Anzahl Bewilligungen	501	550	500
- Anzahl Sanierungen	82	150	100
- Anzahl Belästigungsklagen	6	10	10
Technischer Umweltschutz			
- Anzahl Vernehmlassungen	572	1'100	700
- Anzahl Baukontrolle	115	90	90
- Anzahl Stichproben Private Kontrollen	27	90	40

Die Mengen von Vernehmlassungen, Bewilligungen und Sanierungen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departement Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen (inkl. Beratung und Unterstützung)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'707'837	1'600'452	1'570'884
Erlös	617'529	455'180	426'543
Nettokosten	1'090'308	1'145'272	1'144'340
Kostendeckungsgrad in %	36	28	27

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Gewonnene Rechtsmittelverfahren (inkl. formelle Erledigungen) in % Max. 2 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden	91 erfüllt	90 erfüllt	90 erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Rechtsmittelverfahren:			
- Anzahl erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren *	73	65	65
- Anzahl gewonnener und formell erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren **	67	55	60
- Anzahl erledigter Submissionsbeschwerden *	6	2	2
- Anzahl erledigter Strafverfahren (inkl. Einstellungen, Strafverfügungen und Überweisungen an Statthalter) **	0	10	5
Baurechtliche Entscheide:			
- Anzahl Reklamen *	132	140	140
- Anzahl Mutationen *	57	60	60

*) nicht beeinflussbare Leistungsmengen

**) nur bedingt beeinflussbare Leistungsmengen

Investitionsrechnung Baupolizei

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	920'000	770'000	180'000	300'000	720'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Strassensanierungsprogramm IGW (Immissionsgrenzwerte) operativ 2010 - 2018.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Feuerpolizei: Durch die Revision der kantonalen Weisungen "Feuerpolizeiliche Kontrollen" wurden bestimmte Gebäudekategorien der Eigenverantwortung übergeben. Dazu gehören auch die Objekte, welche bis anhin einen 8-jährigen Kontrollturnus besaßen.

Städtebau

Auftrag

Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung auf der Basis eines zukunftsgerichteten, effizienten und ressourcenschonenden Umgangs mit dem Boden. Bereitstellung von Grundlagen zur Förderung des optimalen stadtverträglichen Verkehrs in Verbindung mit einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Erstellung, Erneuerung und Unterhalt stadtteigener Bauten unter Beachtung von Ökologie und Nachhaltigkeit. Abstimmung der Interessen zwischen Bauherrschaften und Bevölkerung. Erhaltung und Pflege der bestehenden Baukultur und Förderung einer innovativen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt.

Produkte

1 Raum und Verkehr

Bereitstellen von Planungsgrundlagen (inkl. Verkehrsdaten); Richt- und Nutzungsplanung (inkl. Bau- und Niveaulinien) sowie Sondernutzungsplanungen (Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften, Quartier- und Erschliessungspläne) gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung; Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben; Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen, Beauftragen von Schutzabklärungen und Beratung bei der Renovation von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen; Führen der Fachgruppe Denkmalpflege; Beraten und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmalern.

3 Beratung und Entwicklung

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses; Begutachten von privaten und städtischen Baugesuchen in gestalterischer Hinsicht; Führen der Fachgruppen Stadtgestaltung; Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien; Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben sowie Planerwahlverfahren.

4 Bau 1 und Bau 2

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und dem baulichen und technischen Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben. Umsetzung von Kunst am Bau.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG) und Raumplanungsverordnung (RPV)
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) inkl. Verordnungen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Kantonale Richtpläne (Siedlung und Landschaft; Verkehr; Versorgung; Entsorgung; Öffentliche Bauten und Anlagen)
- SIA Normen, VSS Normen
- Strassenverkehrsrecht (Bund); Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) inkl. Verordnungen
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Luftreinhalteverordnung (LRV); Lärmschutzverordnung (LSV)
- Energiegesetz (EnG) inkl. Verordnung (EnV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonaler Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Richtpläne Siedlung und Landschaft, Verkehrspläne
- Sondernutzungspläne
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Energieplan für die Stadt Winterthur
- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten
- Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Michael Hauser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Grundlagen <u>1.1 Raum und Verkehr</u> ▪ Erstellen des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter <u>1.2 Denkmalpflege</u> Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen) ▪ Anzahl erarbeitete Projekte <u>1.3 Beratung und Entwicklung</u> Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele) ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	Erfüllt 34 12	Erfüllt 20 5	Erfüllt 20 5
2 Vernetzen und informieren <u>2.1 Raum und Verkehr</u> Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund ▪ Anzahl Veranstaltungen <u>2.2 Denkmalpflege</u> ▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen ▪ daraus erreichte Besucherzahl <u>2.3 Beratung und Entwicklung</u> ▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	18 8 1'200 18	17 7 1'200 15	17 4 1'200 12
3 Beraten und Beurteilen <u>3.1 Raum und Verkehr</u> ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % <u>3.2 Denkmalpflege</u> ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % <u>3.3 Beratung und Entwicklung</u> Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben. ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % ▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	70 68 83 5	70 60 80 5	70 70 80 5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren <u>4.1 Raum und Verkehr</u> Planung von Strassenräumen und Plätzen ▪ Durchführung von Studien und Planungen <u>4.2 Beratung und Entwicklung</u> Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Verfahren <u>4.3 Bau 1 und Bau 2</u> ▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % (Durchschnitt aller Kredite) Ertrag ▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF	8 13 90.4 1.4	7 10 100.0 1.0	8 10 96.0 1.3

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
5 Nachhaltigkeit fördern			
5.1 Raum und Verkehr			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	23	22	22
5.2 Denkmalpflege			
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten [Antrag auf Streichung ab VO 2014]	160	158	160
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	8	5	8
5.3 Bau 1 und Bau 2			
▪ Anzahl Gebäude mit Energiebuchhaltung	143	150	155
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten			
▪ Anzahl Neubauten	1	5	3
zertifiziert	1	2	1
▪ Anzahl Gesamtsanierungen	6	0	5
zertifiziert	2	0	2
Primäranforderungen erfüllt	4	0	2

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	7'888'357	8'461'399	7'317'384

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Voranschlag 2014 inkl. Effort14+, 1. Runde

- Der Globalkredit 2014 wird unter anderem aufgrund der Sparmassnahmen effort14+ 1. Sparrunde um CHF 230'000 gegenüber dem Voranschlag 2013 gekürzt.
- Der Personalaufwand sinkt infolge Streichung von Stelleneinheiten bei Projektleitern sowie günstigeren Wiederbesetzungen bei Fluktuationen. Dem stehen erstmalige Kosten im Jahr 2014 zur Sanierung der Pensionskasse gegenüber.
- Geringere Sachaufwendungen bei Dienstleistungen und Honorare Dritter aufgrund der Sparmassnahmen aus Effort14+. Zusätzlich tiefere Unterhaltskosten für Hard- und Software.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Der Nettoglobalkredit der PG Städtebau wird infolge Effort14+ 2. Sparrunde um CHF 300'000 auf rund CHF 7'932'000 gesenkt. Durch Stellenreduktion und Stellenumwandlung wird der Personalaufwand um CHF 100'000 gekürzt. Die Honorare und Dienstleistungen durch Dritte werden um weitere CHF 100'000 gesenkt (Budget neu CHF 322'000). Die Bauherreneigenleistungen können durch das nach wie vor hohe Bauvolumen um CHF 100'000 auf CHF 1.3 Mio. erhöht werden.

GGR vom 16. Dezember 2013, erweiterte Sparmassnahmen

Durch die Sparaufträge vom GGR in den Produkten Raum und Verkehr CHF 150'000, Denkmalpflege CHF 100'000, Beratung und Entwicklung CHF 100'000 zuzüglich der pauschalen Massnahmen im Personal- und Sachaufwand wird der Voranschlag um rund CHF 615'000 auf CHF 7.3 Mio. reduziert. Die zweckbezogenen Kürzungen wurden, falls möglich, in den entsprechenden Produkten berücksichtigt. Infolge des umfangreichen Sparpakets ist es jedoch notwendig, die gesamte Produktgruppe in den Sparauftrag zu integrieren. Die parlamentarischen Zielvorgaben bezüglich Anzahl Publikationen zu Städtebau & Architektur in Zeitschriften wurden von 15 auf 12 gesetzt und die Anzahl Führungen & Veranstaltungen der Denkmalpflege von 7 auf 4 gesetzt (gemäss GGR Antrag).

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Der Globalkredit erhöht sich im Voranschlag 2014 um rund CHF 340'000. Die Zunahme ist vor allem auf die höheren kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen sowie auf die Mieterhöhung eigener Stadtliegenschaften zurück zu führen. Diese Aufwandszunahme können durch die Sparmassnahmen aus effort14+ nicht kompensiert werden.
- Geringere Personalaufwendungen infolge einmaliger Abgrenzung der Mitarbeiterguthaben per Ende 2012 aus Gleitzeit und Ferien sowie Wegfall einer Projektleiterstelle. Demgegenüber stehen erstmalige Kosten im Jahr 2014 zur Sanierung der Pensionskasse.
- Abnahme der Honorare und Dienstleistungen von Dritten infolge effort14+.
- Zunahme der Beiträge für die RWU, Regionalplanung Winterthur und Umgebung infolge höherer Aktivitäten.
- Geringerer Ertrag aus den Bauherreneigenleistungen und Lohnrückerstattungen infolge Krankheit und Unfall.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	6'636'409	6'465'319	5'777'979
Sachkosten	1'171'589	1'136'030	851'584
Beiträge an Dritte	103'333	165'000	165'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	935'392	1'129'032	1'129'032
Mietkosten	493'572	638'200	638'800
Übrige interne Kosten	329'790	304'817	287'389
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'670'085</i>	<i>9'838'399</i>	<i>8'849'784</i>
Verrechnungen innerhalb PG	2'500	0	0
Total effektive Kosten	9'667'585	9'838'399	8'849'784
Externe Erlöse	1'714'821	1'377'000	1'532'400
Interne Erlöse	66'907	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'781'728</i>	<i>1'377'000</i>	<i>1'532'400</i>
Verrechnungen innerhalb PG	2'500	0	0
Total effektive Erlöse	1'779'228	1'377'000	1'532'400
Total Nettokosten / Globalkredit	7'888'357	8'461'399	7'317'384
Kostendeckungsgrad in %	18	14	17

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.20	40.10	39.20
▪ Auszubildende	3.00	3.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen „effort14+“: - 0.40 Stellen Projektleiter/in Zentrales Immobilienmanagement (wird nicht umgesetzt) - 0.50 Stellen Projektleiter/in (innerhalb Amt für Städtebau)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Planerische Umsetzung der Massnahmen aus sGVK und Agglomerationsprogramm (u.a. ÖV-Hochleistungskorridor, Querung Grüze, Zentrumserschliessung, Veloschnellrouten, RVS-Konzept, Lindenplatz Zürcherstrasse)
- Umsetzung Tempo-30- und Begegnungszonen
- Projektierung/Ausführung: Villa Flora, SH Gutenberg, SH Wülflingen, SH Zinzikon, AZ Adlergarten, Stadion
- Abschluss: Werkhof Scheidegg, Busdepot Grüze
- Volksabstimmungsprojekte: SH Neuhegi und Polizeigebäude
- Sanierungen: Villa Büel, Gebäudetechnik SH Feld, Badewassertechnik Therapiebad Michaelschule, diverse LRV-Sanierungen
- Temporäre Wohnsiedlung für Asylsuchende
- Siedlungsinventar (Teilprojekt aus Inventarergänzung 1945 bis 1980)

Produkt 1 Raum und Verkehr

Leistungen

- Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung.
- Erarbeitung und Antragstellung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Beratung bei Planungsinstrumenten
- Gesamtkoordination in strategischen Verkehrsfragen
- Aufgleisen von Verkehrsprojekten
- Beratung und Koordination in Verkehrsfragen
- Erheben von Verkehrsdaten

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'481'895	2'656'275	2'344'375
Erlös	120'332	103'390	95'106
Nettokosten	2'361'563	2'552'885	2'249'269
Kostendeckungsgrad in %	5	4	4

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
Nachhaltigkeit fördern			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	23	22	22
Massnahmen zur baulichen Verdichtung			
▪ Anzahl erstellte Massnahmen	4	5	5
▪ Anzahl laufende Massnahmen	5	3	4

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Nicht Bauzone gesamt in ha	4'934.8	4'933.0	4'934.8
▪ Bauzone gesamt in ha	1'878.0	1'878.0	1'878.0
Bauzone überbaut			
▪ Bauzone überbaut gesamt in ha	1'670.8	1'679.0	1'682.0
Bauzone nicht überbaut			
▪ Bauzone nicht überbaut gesamt in ha	207.2	199.0	195.0
▪ davon rechtskräftig erschlossen in ha	162.9	171.0	165.0
▪ davon nicht erschlossen in ha	44.3	28.0	30.0
▪ Anzahl laufende Quartierpläne, Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften	9	10	9
▪ Anzahl Strassen- und Platzprojekte	8	10	9

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

- Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
- Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'384'726	1'410'149	1'288'324
Erlös	30'229	5'990	4'495
Nettokosten	1'354'497	1'404'159	1'283'829
Kostendeckungsgrad in %	2	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Grundlagen			
Erarbeiten von Artikeln und Publikationen			
▪ Anzahl erstellte Artikel und Publikationen	2	2	2
Vernetzen und informieren			
Vernetzung mit anderen Städten			
▪ Anzahl Veranstaltungen, Anlässe	8	6	6

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl inventarisierte Objekte absolut	1'143	1'143	1'143
▪ Anzahl inventarisierte Objekte in % des gesamten Gebäudebestandes	6.3	6.3	6.8
▪ Anzahl Schutzobjekte absolut	160	158	160
▪ Anzahl Schutzobjekte in % des gesamten Gebäudebestandes	0.8	0.8	0.8
▪ Fläche der Kernzone im Verhältnis zu sämtlichen Bauzonen	5.7	5.7	5.7
Geschäftsfälle			
▪ Geschäftsfälle Gesamt	495	500	500
▪ davon Anzahl Baugesuche zu Inventar- und Schutzobjekten	115	120	120
▪ davon Anzahl Baugesuche in Kernzonen	80	75	75

Produkt 3 Beratung und Entwicklung

Leistungen

- Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
- Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung
- Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben
- Geschäftsführung Fachgruppe Stadtgestaltung
- Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien und Durchführen von Planerwahlverfahren
- Bereitstellen von Entscheidungsgrundlagen zur optimalen Erhaltung und Entwicklung der städtischen Liegenschaften

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'832'300	1'803'675	1'674'986
Erlös	17'033	3'060	4'807
Nettokosten	1'815'267	1'800'615	1'670'179
Kostendeckungsgrad in %	1	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Grundlagen Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (Juryberichte, Leitbilder, Wettbewerbsprogramme) ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	12	5	5
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Anliegen	13	10	10

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl begleitete Studien und Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl selbst durchgeführte Studien und Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse	2 11 18	7 3 15	6 4 15
Geschäftsfälle ▪ Geschäftsfälle Gesamt ▪ davon Anzahl Baugesuche	1'094 547	950 550	950 550

Produkt 4 Bau 1 und Bau 2

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Führen der baulichen und haustechnischen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzerdepartement)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'965'393	3'968'301	3'542'100
Erlös	1'608'363	1'264'560	1'427'992
Nettokosten	2'357'030	2'703'741	2'114'108
Kostendeckungsgrad in %	41	32	40

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Beraten und beurteilen			
▪ Begleiten durch den politischen Prozess. Anzahl Projektverstellungen (BA, SR, GGR, Öffentlichkeit)	19	20	15
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
▪ Bauherrenaufwand in der laufenden Rechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	105	250	200
▪ Bauherrenaufwand in der Investitionsrechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	39	50	50
▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF	1.4	1.0	1.3

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Betreute Liegenschaften von der Stadt Winterthur	567	561	560
▪ Anzahl Anträge für den Stadtrat	28	30	30
Projekte im Rahmen der laufenden Rechnung			
▪ Anzahl laufende Projekte	845	800	800
▪ Bauvolumen (Total Zahlungen in CHF)	10'530'000	5'500'000	5'500'000
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	12'462	6'800	6'800
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung unter 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	134	130	130
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	1'372'000	1'300'000	1'300'000
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung über 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	13	13	13
Investitionen gesamt			
▪ Gesamtes Bauvolumen in der Investitionsrechnung (Total Zahlungen in CHF)	70'400'000	52'000'000	60'000'000

Investitionsrechnung Städtebau

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	2'680'000	1'920'000	1'600'000	1'250'000	1'250'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Neuausrichtung von Kommunikation, Information und Dokumentation (partizipative Verfahren, „Print on Demand“)
- Laufende Revision der Richt- und Nutzungsplanung wird fortgesetzt
- Vertiefung der Teilprojekte aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept sGVK (u. a. Zürcherstrasse, Technikumstrasse, Positivplanung stark verkehrsintensiver Nutzungen SVN, Hochleistungskorridor Stadtzentrum – Neuhegi, RVS).
- Planungszone Neuhegi-Grüze: Umsetzen und Sichern der Planungsergebnisse in der Nutzungsplanung
- Durchführung und Begleitung von Konkurrenzverfahren
- Grosse/wichtige stadteigene Bauten werden aufgelegt und umgesetzt, Villa Flora, Restaurant Bruderhaus, Hegfeldstrasse 76a/b, weitere Ökonomiegebäude, Polizeigebäude, SH Zinzikon, SH Neuhegi, SH Wallrüti, Stadion, AZ Oberi und zahlreiche weitere Gesamterneuerungen im Verwaltungs- und Finanzvermögen sowie der Pensionskasse

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Winterthur wächst mit rund 1.5% (Mehreinwohnende pro Jahr) weiterhin ungebrems. Das Bauvolumen beträgt insgesamt deutlich über eine halbe Milliarde CHF pro Jahr. Um die Attraktivität der Stadt auch für die kommende Generation sicher zu stellen, werden private Investoren professionell und effektiv begleitet. Das rasante Wachstum bedingt aber auch einen schnellen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Investitionen in den öffentlichen Raum und in die Verkehrswege. Es ist anzunehmen, dass in dieser hektischen Zeit mit grossen neuen Herausforderungen die Erneuerung des Bestandes reduziert und teilweise zurückgestellt werden muss. Neue Lösungen (etwa: mehrfach nutzen statt bauen) müssen entwickelt, in der Entscheidungsfindung diskutiert und in die Handlungsabläufe übernommen werden.

Stadtrichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Strafbefehle, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Vollzugsaufträge).

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erledigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, PBG, AuG usw.)
- Schweizerische Strafprozessordnung
- Zürcherisches Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozessrecht
- kantonale Verordnung über die Zuständigkeit der Gemeinden im Übertretungsstrafrecht
- kantonale Verordnung über die Gebühren, Auslagen und Entschädigungen der Strafverfolgungsbehörden
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

Verantwortliche Leitung

Gabi Bienz-Meier

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit			
Akzeptanz der Strafbefehle durch die Gebüssten			
Messung / Bewertung:			
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung			
Messgrössen:			
Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafbefehle in %	4.30	4.60	4.50
Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafbefehle)/eingehende Einsprachen in %	73.30	54.35	74.45
2 Erledigung der Fälle			
Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle			
Messung / Bewertung:			
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung			
Messgrössen:			
Verhältnis total bearbeitete Fälle/eingehende Verzeigungen in %	102.00	100.00	100.90
Verhältnis erledigte Einsprachen/eingehende Einsprachen in %	105.95	108.30	106.40

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	-510'993	-1'263'831	-1'500'745

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nebst den üblichen Schwankungen des Geschäftsganges wurde im Budget 2014 auch den zu erwartenden Gesetzesänderungen so gut als möglich Rechnung getragen.

Im Konkreten wird im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖTW) aufgrund der Schliessung der Gesetzeslücke betreffend "Fahren ohne gültigen Fahrausweis" mit ca. 2'500 Fällen für das Budgetjahr 2014 gerechnet. Allerdings handelt es sich hierbei um jenen Bereich, der im Verhältnis zu den andern Deliktsstämmen mit rund 70% jeweils die höchsten Debitorenverluste ausweist.

Bei den Übertretungen im Betäubungsmittelbereich (BM) ist wegen einer Gesetzesänderung (wonach der Besitz und Konsum von Cannabis unter 10 Gramm künftig als Ordnungsbusse ausgestaltet sein wird) eine starke Abnahme von eingehenden Fällen zu erwarten und demnach nur noch ca. 2/7 aller Betäubungsmittelfälle in der Kompetenz des Stadtrichteramtes verbleiben dürften. Die besagte Gesetzesänderung tritt voraussichtlich im Oktober 2013 in Kraft.

Bei den Diversen Delikten (DI) wird von den Erfahrungswerten bezüglich Anzahl Erledigungen des Rechnungsjahres 2011 ausgegangen.

Im Strassenverkehrsrecht (SVG) wird sich aufgrund einer Gesetzesänderung (Einführung der Halterhaftung*), welche für den 1. Januar 2014 geplant ist, eine Neuerung ergeben, deren Auswirkungen auf das Stadtrichteramt sich zum heutigen Zeitpunkt nur schwerlich abschätzen lassen.

Die Personalkosten werden voraussichtlich um gut 50'000 CHF tiefer ausfallen, da 15 Stellenprozente an das Departementssekretariat abgegeben wurden, und Vakanzen mit jüngeren Mitarbeitenden besetzt worden sind. Die höheren Sachkosten ergeben sich aus der Anpassung des Budgets für die Debitorenverluste. Aufgrund einer Pauschalisierung des Mehraufwandes der Stadtpolizei für Tatbestandsaufnahmen konnten die "übrigen internen Kosten" um etwa 30'000 CHF tiefer budgetiert werden.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- 200'000 CHF Mehrerträge

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 16'000 CHF Pauschale Kürzung des Globalkredits
- 14'259 CHF Verteilung Rotationsgewinne
- 12'769 CHF Einsparung Personalkostenrückstellungen

* Ordnungsbussen müssen vom Halter oder von der Halterin eines Fahrzeugs bezahlt werden, wenn der Täter oder die Täterin nicht bekannt ist.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Grundsätzlich kann auf das unter der Rubrik "Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014" Gesagte verwiesen werden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	1'142'821	1'124'303	1'044'332
Sachkosten	1'258'393	968'054	1'170'643
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	4'589	0	0
Mietkosten	83'021	82'928	82'600
Übrige interne Kosten	84'434	108'307	78'680
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'573'259</i>	<i>2'283'592</i>	<i>2'376'255</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'573'259	2'283'592	2'376'255
Externe Erlöse	3'084'251	3'547'400	3'877'000
Interne Erlöse	0	23	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'084'251</i>	<i>3'547'423</i>	<i>3'877'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'084'251	3'547'423	3'877'000
Total Nettokosten / Globalkredit	-510'993	-1'263'831	-1'500'745
Kostendeckungsgrad in %	120	155	163

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	8.10	8.50	8.35
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen VA 14:
- 0.15 departementsinterne Verschiebung zum Departementssekretariat

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Umzugsvorbereitungen im Hinblick auf Fokus.
- Diverse EDV-Projekte (JURIS) zur Optimierung der Statistikläufe, u.a. auch Vernetzung mit der Justiz-Informatikgruppe des Kantons Zürich.

Produkt 1 Uebertretungsstrafverfahren

Leistungen

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'573'259	2'283'592	2'376'255
Erlös	3'084'251	3'547'423	3'877'000
Nettokosten	-510'993	-1'263'831	-1'500'745
Kostendeckungsgrad in %	120	155	163

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verhindern des Ansteigens der Pendenzenzahlen (Verzeigungsfälle/Einsprachen).	634/76	800/98	800/70

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verzeigungsfälle			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	814	800	900
▪ Neueingänge	10'091	10'700	10'900
▪ Strafbefehle*	10'119**	10'000	10'500
▪ Sonstige Erledigungen*	432**	700	500
▪ Pendenzen Ende Jahr	613	800	800
Einsprachen			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	102	98	100
▪ Neue Einsprachen	438	460	470
▪ Rückzüge	281	200	300
▪ geänderte Strafbefehle	40	50	50
▪ Aufhebungen	90	130	90
▪ Überweisung an Bezirksgericht	21	20	20
▪ Sonstige Erledigungen	32	60	40
▪ Pendenzen Einsprachen Ende Jahr	76	98	70
Beurteilung der überwiesenen Fälle durch Bezirksgericht			
▪ Verurteilungen (Schuldsprüche)	9	10	10
▪ Freisprüche	5	5	5
erledigte Rechtshilfesuche	1	0	1

*Die Summe von „Strafbefehle“ plus „Sonstige Erledigungen“ entspricht nicht der Anzahl erledigter Verzeigungen (=„Geschäfte“), da aus einer Verzeigung und damit unter einer einzigen Geschäftsnummer mehrere Verfügungen („Strafbefehle“ oder „Sonstige Erledigungen“) resultieren können, wenn in einer Verzeigung mehrere Personen als Beschuldigte aufgeführt sind. 2012 wurden gemäss Juris-Statistik 10'292

Verzeigungen (=„Geschäfte“) erledigt.

** 2012 wurden total 10'551 Verfügungen (=„Strafbefehle“ plus „Sonstige Erledigungen“) erlassen.

Investitionsrechnung Stadtrichteramt

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Für die Planungsperiode gilt es im Hinblick auf das Projekt "Fokus" die notwendigen Investitionen zu planen. Weiter ist auch der Anschluss an das städtische Projekt "Records Management" (Elektronische Aktenführung im JURIS) ins Auge zu fassen und umzusetzen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Das Stadtrichteramt wird voraussichtlich erneut verschiedenen Gesetzesänderungen unterworfen sein, deren Auswirkungen sich derzeit nur schwerlich abschätzen lassen.

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenfällen

Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Handen dritter Stellen

Information / Prävention

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkermärkten

Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG); Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007.

Kanton unter anderem: Polizei-Organisationsgesetz vom 29. November 2004; Gewaltschutzgesetz (GSG) vom 19. Juni 2006; Polizeigesetz (PoLG) vom 23. April 2007.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 22. Dezember 2010; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 22. Dezember 2010; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmebewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 11. Juni 2008; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; Vollzugsvorschriften zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10. Juli 2006; Gemeinderechtliches Ordnungsbussenverfahren vom 30. September 2009.

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF # Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	249.87 37	248.09 38	229.29 40
2 Kundenorientierung 1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit) 2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung 3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin 4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent <i>Messung / Bewertung:</i> 1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit * 2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr 3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung * 4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind <i>Messgrößen:</i> 1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % * 2. Interventionszeit <=5' in % der Einsatzfahrten 3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % * 4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden			
	N/A 76 N/A 43	70 75 65 42	70 75 65 42

* Messung nur alle 2 Jahre (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	26'448'265	26'495'617	25'002'939

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die Zunahme der Personalkosten ist vor allem auf die Sanierungsbeiträge der Pensionskasse sowie auf höhere Ausbildungs- und Personalkosten im Zusammenhang mit der Erhöhung der Stellenzahl zurückzuführen.

Die Zunahme der Sachkosten ist hauptsächlich eine Folge der Umrüstung der Ordnungsdienst-Ausrüstung, die infolge der auslaufenden Tragzeit der alten Ausrüstung notwendig ist. In den Mietkosten waren 2013 unter anderem auch Kosten für die Hauswartung enthalten, die 2014 infolge des Einsatzes eines eigenen Mitarbeiters wegfallen.

Bei den Erlösen fallen die Einnahmen für 70 öffentliche Parkplätze weg (Kompensation der zusätzlichen Parkplätze im Bahnhofparking).

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- 320'000 CHF Stellenaufbau 2014 verschieben. Die durch den Volksentscheid vorgegebene Bestandserhöhung um 14 Stellen bis ins Jahr 2016 soll dadurch nicht in Frage gestellt werden.
- 200'000 CHF Anpassung Gebühren. Die Details müssen noch definiert werden.
- 480'000 CHF Diverse Massnahmen. Die Details müssen noch definiert werden.

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 428'902 CHF Verteilung Rotationsgewinne
- 758'584 CHF Einsparung Personalkostenrückstellung

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Personalkosten: vgl. die Begründung zur Abweichung Voranschlag 2013/2014.

In den Sachkosten der Rechnung 2012 war die Ausrüstung mehrerer Arbeitsplätze mit höhenverstellbaren Schreibtischen im Rahmen von "Gsund und zwäg" in der Höhe von rund CHF 100'000 enthalten.

Die Erlöse steigen aufgrund der zusätzlich installierten Verkehrsüberwachungsanlagen an.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	32'896'964	33'368'078	32'607'440
Sachkosten	5'652'746	5'460'672	5'048'883
Beiträge an Dritte	3'450	3'450	3'450
Residualkosten	8'102	8'103	8'111
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'651'704	1'684'025	1'684'025
Mietkosten	911'407	1'473'202	1'160'220
Übrige interne Kosten	1'024'082	963'041	964'852
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>42'148'455</i>	<i>42'960'571</i>	<i>41'476'981</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	42'148'455	42'960'571	41'476'981
Externe Erlöse	14'934'133	15'826'300	15'825'300
Interne Erlöse	669'245	638'654	648'742
Beiträge von Dritten	96'812	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'700'190</i>	<i>16'464'954</i>	<i>16'474'042</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	15'700'190	16'464'954	16'474'042
Total Nettokosten / Globalkredit	26'448'265	26'495'617	25'002'939
Kostendeckungsgrad in %	37	38	40

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	230.54	243.15	241.30
▪ Auszubildende	9.29	14.50	14.50
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	3.00	3.00	2.50

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":

- 1.50: Weitere Auslagerung Kontrolle ruhender Verkehr
- 0.35: Zentralisieren Buchen beim Finanzamt
- 3.00: Stellenaufbau (Verstärkung Sicherheitspolizei) verschieben

Änderungen VA 14:

+ 3.00 Verstärkung Sicherheitspolizei (Volksinitiative "Mehr Sicherheit für die Grossstadt Winterthur": Gegenvorschlag des Stadtrates und Grossen Gemeinderates am 25.11.2012 durch das Volk angenommen)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Planung und Volksabstimmung Polizeigebäude
- Personalverstärkung gemäss Volksentscheid (Rekrutierung)
- Konzeptänderungen Verkehrslotsendienst
- "Ggesund und zwäg" (Gesundheitsförderung, Arbeitsplatzergonomie)
- Fortsetzung des Projekts Rapportierung+
- Vorbereitung Einführung neuer Schichtplan
- Aufbau Sicherheitscontrolling Gesamtstadt

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung**Leistungen**

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fliessenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	15'724'375	16'244'295	15'267'670
Erlös	8'019'649	9'418'491	9'560'046
Nettokosten	7'704'726	6'825'804	5'707'624
Kostendeckungsgrad in %	51	58	63

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Patrouillen und Kontrolltätigkeit in Prozent der effektiven Arbeitszeit	17	20	20
Übertretungsquote bei Geschwindigkeitskontrollen in Prozent	5	6	6

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Gesamtstunden sichtbare Präsenz	52'761	60'000	60'000
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz	140	160	160
Anzahl Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	8	10	11
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte	6	6	6
Kontrollstunden Überwachung des fliessenden Verkehrs	101'433	96'000	110'000
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	5'489	5'000	5'000
Anzahl Gastwirtschaften	482	480	480
Anzahl Patente für Verkauf alkoholischer Getränke	161	150	160
Anzahl saisonale Strassencafés	82	80	80
Anzahl Lärmmessungen	37	20	20

Produkt 2 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'691'741	7'050'294	7'853'998
Erlös	48'387	74'307	79'092
Nettokosten	4'643'354	6'975'987	7'774'906
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Intervention vor Ort innerhalb von 5 Minuten (in %)	76	75	75
Mit der Intervention zufriedene Opfer in Prozent	N/A	85	N/A

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Verkehrsunfälle	1'150	1'200	1'200
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse	7'638	7'000	7'000
Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt	354	320	320
Anzahl Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt	114	110	110
Anzahl Einsätze mit Dienststunden	205	200	200

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	12'022'357	10'810'725	9'790'253
Erlös	639'447	73'697	121'834
Nettokosten	11'382'910	10'737'027	9'668'419
Kostendeckungsgrad in %	5	1	1

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Innert Monatsfrist erledigte und verfügte Fälle in Prozent	87	90	90

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten	75'652	66'000	70'000
Anzahl Berichte und Rapporte	18'082	18'000	18'000
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung	11'678	10'000	10'000
Anzahl Suchaktionen	0	0	0
Anzahl Verhaftungen tatverdächtiger Personen durch den Ermittlungsdienst	278	250	250
Anzahl Interventionen des Jugenddienstes	651	700	700
Anzahl Ermittlungen bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch	11		25
Anzahl Stunden für Ermittlungen bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch	112		250

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'494'420	1'489'620	1'331'130
Erlös	10'650	8'289	7'184
Nettokosten	1'483'770	1'481'331	1'323'946
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Maximale Anzahl Verkehrsunfälle	1'150.00	1'200.00	1'200.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Medieninformationen	286	300	300
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen	20	10	10
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)	487	520	500

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	5'684'480	5'484'920	5'892'862
Erlös	1'726'305	1'772'007	1'551'627
Nettokosten	3'958'176	3'712'912	4'341'234
Kostendeckungsgrad in %	30	32	26

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Innert Monatsfrist erledigte Rechtshilfegesuche in Prozent	87	90	90
Anteil erfolgreich vermittelter Fundgegenstände in Prozent	45	40	40

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl erledigte Rechtshilfegesuche	7'770	8'700	8'000
Anzahl erfasste Fundgegenstände	4'638	4'800	4'800
Anzahl Verkehrsanordnungen	588	500	500
Anzahl durchgeführte Märkte	125	120	120
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst	110	140	120
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial	443	470	450
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen	792	1'200	1'000
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)	20	20	20
Anzahl gemeldete Alarmanlagen, bei denen gebührenpflichtig ausgerückt wird (inklusive angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen)	1'106	1'000	1'000
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen	114	120	110

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'490'977	1'880'718	1'821'068
Erlös	5'255'753	5'118'160	5'154'259
Nettokosten	-2'764'775	-3'237'442	-3'333'191
Kostendeckungsgrad in %	211	272	283

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Kontrollstunden des ruhenden Verkehrs	11'063.00	10'000.00	10'000.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)	56'691	55'000	56'000
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze	866	1'055	985
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	10'879	10'000	10'000

Investitionsrechnung Stadtpolizei

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	2'770'000	3'334'000	8'552'000	20'274'000	24'000'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Realisierung Polizeigebäude
- Personalverstärkung gemäss Volksentscheid
- "Gsund und zwäg" (Gesundheitsförderung, Arbeitsplatzergonomie)
- Umsetzung neuer Schichtplan
- Umsetzung Sicherheitscontrolling Gesamtstadt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung in der Investitionsrechnung (Plan 2015) ist begründet durch den geplanten Baubeginn des neuen Polizeigebäudes.

Das anhaltende Wachstum der Stadtbevölkerung, das veränderte Freizeit- und Ausgehverhalten sowie der vermehrt auftretende exzessive Alkoholgenuß erfordern nach wie vor eine erhöhte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, insbesondere auch zu Nacht-, Wochenend- und Randzeiten. Dies führt zum zusätzlichen Personalbedarf, dessen finanzielle Auswirkungen in den IAFP eingeflossen sind. Der angenommene Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Mehr Sicherheit für die Grossstadt Winterthur" ist in den Zahlen berücksichtigt.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von vier Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

Parkgaragen

Betrieb von drei Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

Parkplätze

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

Dienstleistungen

Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen "Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Ertragsüberschuss	1'489'554	1'506'669	1'617'395
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	96	95	95
2 Kundenorientierung			
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt			
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt			
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt			
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf			
<i>Messung / Bewertung:</i>			
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre			
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen			
<i>Messgrößen:</i>			
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	80	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die Personalkosten nehmen infolge der Erhöhung der Stellenzahl (siehe Erläuterungen zu den Personalinformationen) zu. Die Mehrkosten werden durch die zusätzlichen Erlöse kompensiert.

In den Sachkosten 2013 sind die Sanierungen der Notrufanlagen in den Parkhäusern Technikum und Theater enthalten. Diese Aufwendungen sind einmalig und fallen 2014 nicht mehr an.

Die Erlöse werden höher als 2013 geplant ausfallen, da eine Anpassung der Mietzinsen auf das marktübliche Niveau und die Einnahmen aus der technischen Bewirtschaftung des Parkhauses Wachterareal im Voranschlag 2014 enthalten sind.

CHF 1'300'000 des budgetierten Ertragsüberschusses 2014 fliessen nicht in die Betriebsreserve (über die Position Spezialfinanzierungen) sondern in die allgemeine Stadtrechnung (über die Position Beiträge an Dritte).

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- CHF 300'000 zusätzliche Ablieferung an allgemeine Stadtrechnung anstelle Einlage in die Betriebsreserve (in den Zahlen der PG P^P nicht ausgewiesen)

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 21'100 CHF Pauschale Kürzung des Globalkredits (zusätzliche Einlage in die Betriebsreserve)

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Personalkosten: vgl. die Begründung zur Abweichung Voranschlag 2013/2014.

Die Sachkosten fallen höher als in der Rechnung 2012 aus, da 2014 das Mieterkartensystem erneuert werden muss.

Erlöse: vgl. die Begründung zur Abweichung Voranschlag 2013/2014.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	3.95	4.00	4.50
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen VA 14:

+ 0.50 für Bewirtschaftung Parkhaus Wachterareal durch Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	458'309	450'390	493'638
Sachkosten	576'687	637'231	579'576
Beiträge an Dritte	0	0	3'000'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	1'489'554	1'507'469	73'640
Residualekosten	28'357	28'357	28'389
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	81'333	72'146	73'800
Mietkosten	495'315	506'000	447'300
Übrige interne Kosten	-38'024	-38'464	-50'911
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'091'530</i>	<i>3'163'129</i>	<i>4'645'432</i>
Verrechnungen innerhalb PG	60'000	60'000	60'000
Total effektive Kosten	3'031'530	3'103'129	4'585'432
Externe Erlöse	2'686'095	2'751'100	2'808'600
Interne Erlöse	405'435	412'029	436'832
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	0	0	1'400'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'091'530</i>	<i>3'163'129</i>	<i>4'645'432</i>
Verrechnungen innerhalb PG	60'000	60'000	60'000
Total effektive Erlöse	3'031'530	3'103'129	4'585'432
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	1'489'554	1'507'469	73'640
./. Entnahme aus Betriebsreserve	0	0	1'400'000
Ergebnis vor Reserveveränderung	-1'489'554	-1'507'469	-1'326'360

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Übernahme der technischen Bewirtschaftung des Parkhauses Wachterareal

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)

Leistungen

Für die Parkhäuser Technikum Nord, AXA-Winterthur, Theater und Museum Nord ("Glaspalast"):

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'146'699	1'243'156	1'088'242
Erlös	2'331'075	2'444'425	2'450'256
Nettokosten	-1'184'376	-1'201'269	-1'362'014
Kostendeckungsgrad in %	203	197	225

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Auslastung der Parkhäuser			
▪ Dauermieter in %	98	95	95
▪ Kurzzeitparkierer in %	39	40	40

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Dauermietplätze	247	257	257
Anzahl Kurzzeitparkplätze	370	365	365

Produkt 2 Parkgaragen

Leistungen

Für die Parkgaragen Neumarkt, Flüeli, Berufsbildungsschule und Unteres Bühl:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	139'031	136'567	176'607
Erlös	243'563	240'685	255'028
Nettokosten	-104'532	-104'118	-78'421
Kostendeckungsgrad in %	175	176	144

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Auslastung der Parkgaragen ▪ Dauermieter in %	95	95	95

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Dauermietplätze	130	118	118

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

Für die Parkplätze Kreuzstrasse, Adlerstrasse, Auenrainbrücke, Bleichstrasse, Sägeweg, Schlosstalbrücke, Friedhofstrasse, Grüzefeldstrasse, NOK Töss, Breiteplatz und Rosentalstrasse:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	83'657	66'141	73'807
Erlös	172'829	165'213	143'452
Nettokosten	-89'172	-99'071	-69'645
Kostendeckungsgrad in %	207	250	194

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Auslastung der Parkplätze ▪ Dauermieter in %	93	90	90

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Dauermietplätze	201	205	
Anzahl Kurzzeitparkplätze	144	144	144

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	166'151	148'175	152'125
Erlös	287'635	261'637	293'496
Nettokosten	-121'484	-113'462	-141'372
Kostendeckungsgrad in %	173	177	193

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems (maximale Ausfallzeit in %)	1.00	3.00	3.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014

Produkt 5 Dienstleistungen

Leistungen

- Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	66'438	61'621	81'012
Erlös	56'427	51'170	103'200
Nettokosten	10'011	10'451	-22'188
Kostendeckungsgrad in %	85	83	127

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kundenbewertung	gut	gut	gut

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Geleistete Arbeitsstunden	872	800	800

Investitionsrechnung Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	290'000	290'000	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Für 2015 sind umfassende Malerarbeiten im 1. Untergeschoss des Parkhauses Technikum geplant.
Für 2016 - 2017 sind zurzeit keine weiteren wesentlichen Massnahmen und Projekte geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Feuerwehr

Auftrag

Kern- und Hilfeleistungsaufgaben

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen und Tieren sowie zur Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen, Elementarereignissen und Erdbeben verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr leistet Hilfe bei atomaren, biologischen und chemischen Schadenereignissen (ABC-Schutz) und leistet Nachbarschaftshilfe ausserhalb ihres Einsatzgebietes. Weiter leistet sie Hilfe bei Unfällen im Strassen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr, bei Fahrzeugbränden, bei Unglücksfällen und in Notlagen, insbesondere zur Rettung von Menschen und Tieren sowie bei Wasserschäden im Gebäude, die nicht durch ein Elementarereignis verursacht wurden.

Weitere übertragene Aufgaben: Einsätze bei ABC-Terrorereignissen, Seuchen und Hilfeleistungen für Partnerorganisationen. Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten.

Dienstleistungen

Die Feuerwehr kann für Dienstleistungen eingesetzt werden, wenn die Erfüllung der Kern- und Hilfeleistungsaufgaben gewährleistet ist.

Stützpunktaufgaben

Neben der Erfüllung der Aufgaben als Ortsfeuerwehr leistet die Stützpunktfeuerwehr Hilfe bei regionalen, kantonalen und überkantonalen Sonder- oder Grossereignissen.

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Eigentum. Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- 814.01 Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG) vom 7. Oktober 1983 (Stand am 1. August 2010).
- 814.20 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG) vom 24. Januar 1991 (Stand am 1. Januar 2011).
- 814.318.142.1 Luftreinhalte-Verordnung (LRV) vom 16. Dezember 1985 (Stand am 15. Juli 2010).

Richtlinien und Vorschriften

- Weisungen zur Ausrüstung von Fahrzeugen mit Blaulicht und Wechselklanghorn (mit integriertem Merkblatt zu deren Verwendung). In Kraft seit 6. Juni 2005.

Stufe Kanton

- 132.2 Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990. Fassung vom 22. März 2010. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 132.21 Staatsbeitragsverordnung (StBV) vom 19. Dezember 1990. Fassung vom 30. Juni 2010. In Kraft seit 1. August 2010.
- 172.5 Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation (KFOV) vom 22. Dezember 2010. In Kraft seit 1. April 2011.
- 520 Bevölkerungsschutzgesetz (BSG) vom 4. Februar 2008. In Kraft seit 1. Juli 2008.
- 520.1 Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) vom 4. Oktober 2002 (Stand am 1. Januar 2012).
- 528.1 Kantonale Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV) vom 28. Februar 2007. In Kraft seit 1. April 2007.
- 700.5 Normalien über die Anforderungen an Zugänge (Zugangsnormalien) vom 9. Dezember 1987 (vom Regierungsrat erlassen).
- 711.1 Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EG GSchG) vom 8. Dezember 1974. Fassung vom 22. März 2010. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 711.11 Verordnung über den Gewässerschutz vom 22. Januar 1975. Fassung vom 12. Dezember 2007. In Kraft seit 1. April 2008.
- 724.11 Wasserwirtschaftsgesetz (WWG) vom 2. Juni 1991. Fassung vom 13.9.2010. In Kraft seit 1. Januar 2011.
- 861.1 Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978. Fassung vom 13. September 2010. In Kraft seit 1. Juli 2011.
- 861.12 Verordnung über den vorbeugenden Brandschutz (VVB) vom 8. Dezember 2004. In Kraft seit 1. Januar 2005.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- 861.2 Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.21 Kantonale Verordnung über die Subventionen der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991. Fassung gemäss RRB vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.211 Vollzugsvorschriften für das Feuerwehrwesen vom 14. September 2010. In Kraft seit 1.1.2011.
- 861.31 Tarifordnung für die Aufwendungen der ABC-Wehr vom 8. Mai 2009. In Kraft seit 1.1.2013.
- 861.32 Tarifordnung für die Aufwendungen von Feuerwehreinsätzen bei Verkehrsunfällen und Fahrzeugbränden vom 16. November 2012. In Kraft seit 1.1.2013.
- 862.1 Gesetz über die Gebäudeversicherung (GebVG) vom 2. März 1975. Fassung gemäss Gesetz vom 22. März 2010. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 862.11 Vollzugsbestimmungen für die Gebäudeversicherung vom 1. Oktober 1999. In Kraft seit 1. Januar 2004.
- 862.111 Geschäftsreglement für die Gebäudeversicherung vom 10. Dezember 1999. Fassung vom 30. April 2009. In Kraft seit 31. Mai 2009.

Richtlinien und Vorschriften

- Weisung betreffend das Autodrehleiter- und Hubretter-Konzept vom 20. Dezember 2010. In Kraft seit 1. September 2010.
- Feuerwehrkonzept 2010 der GVZ/Kantonale Feuerwehr. Fassung vom 6. März 2006.
- Feuerwehrkonzept 2015. Beschluss der Regierungskonferenz der Feuerwehr Koordination Schweiz FKS vom 5. Juni 2009.
- Weisung bezüglich Einsätze bei Funden von Pulver mit Verdacht auf B-Agentien vom 6. September 2007. In Kraft seit 10. September 2007.
- Vorschrift über die Bekleidung und persönliche Ausrüstung der Feuerwehren vom 1. Januar 2009. Fassung vom März 2010.
- Weisung betreffend Feuerwehraufgebot bei Auslösung einer Brand-, Gasmelde- oder Sprinkleranlage (Gefahrenmeldeanlagen) der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) vom April 2006. In Kraft seit 6. April 2006.
- Weisung der GVZ für die Rechnungsstellung bei Feuerwehreinsätzen vom 5. Juli 2011.
- Richtlinien SFV für die ärztliche Untersuchung von Feuerwehrleuten SFV (Ausgabe 2007).
- Weisung First Responder der Feuerwehr (FRF) im Kanton Zürich vom März 2011. In Kraft seit 1. Januar 2009.
- Weisung zur Medienarbeit der Feuerwehr im Einsatz vom 7. Juli 2009.
- Reglement bezüglich Alarmierung von Angehörigen der Feuerwehr (AdF) vom 31. Oktober 2006. In Kraft seit 1. November 2006.
- Weisung betreffend das Strassenrettungs-Stützpunkt-Konzept vom April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- Weisung betreffend Gebrauch von Stützpunktfahrzeugen der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) vom 14. August 2006.
- Weisung betreffend Tierrettungen der Feuerwehren vom 1. Februar 2011.
- Weisung betreffend Zugänge für die Feuerwehr vom 27. Mai 2010. In Kraft seit 1. Juni 2010.

Leistungsvereinbarung

- Leistungsvereinbarung für Feuerwehrstützpunkte zwischen der GVZ und der Stadt Winterthur. Gültig ab 1. Januar 2014.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988.
- Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998.
- Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000.
- Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom 10.03.1999 (SRB-Nr. 99-0364).
- Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002 (SRB-Nr. 2002-2141 und SRB-Nr. 2004-1329).

Leistungsvereinbarungen

- Stadt Winterthur und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB betreffend Bezug von Leistungen bei der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur im Hinblick auf Ereignisse auf dem Schienennetz des SBB Betriebswehrstützpunktes Winterthur vom Mai 2007 (SRB-Nr. 2007-1193).
- Vereinbarung betreffend die rettungsdienstliche Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Städten Zürich und Bern (SR.10.1132-1).
- Stadt Winterthur und Bienenzüchterverein Winterthur (SRB-Nr. 2002-0436). In Kraft seit 1. April 2002.

Stufe Verwaltungseinheit

- Gebührenansätze für die Verrechnung von Feuerwehreinsätzen vom 14. Februar 2013
- Leistungsvereinbarung DSU mit Fw 2010 - 2014
- IAFP 2014 bis 2017
- Legislaturziele Fw 2010 bis 2014
- Jahresziele Feuerwehr 2014

Verantwortliche Leitung

Jürg Bühlmann, Kommandant und Bereichsleiter Feuerwehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit			
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	21	21	21
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	68.79	70.19	67.63
2 Kennzahlen und Leistungsstandards			
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	9.88	8.43	8.44
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.36	1.50	1.47
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.25	0.25
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude <i>Messung/Messgrösse:</i>			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	88%	95%	95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort <i>Messung / Messgrösse:</i>			
2 - 4 Fahrzeuge mit 9-10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	91%	95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	94%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 10 AdBF, Personalbestand Gesamtfeuerwehr 160 AdF, 920 Einsätze, Wohnbevölkerungszahl siehe Anhang Kennzahlen.

* automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	7'282'018	7'542'257	7'374'773

Soll 2013: Budgetkürzung von CHF 36'170 ist im publizierten Betrag von CHF 7'542'257 nicht berücksichtigt.

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Total Nettokosten / Globalkredit

- Der für die Aufgabenerfüllung notwendige Nettoglobalkredit für den VA 2014 steigt gegenüber dem VA 2013 um insgesamt rund CHF 215'000.

Personalkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 155'000 bedingt durch Mehrkosten von rund CHF 210'000 für Löhne (drei zusätzlichen Stellen aus dem letzten Jahr werden 2014 zu 100% verbucht, 2013 für 5 Monate), CHF 50'000 für die Berufsausbildung und dem PK-Sanierungsbeitrag von rund CHF 50'000. Minderaufwand von CHF 125'000 infolge Wegfall der Soldentschädigung für Berufsfeuerwehrmitarbeitenden und CHF 30'000 durch geringere Kosten für Sozialleistungen.

Sachkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 60'000 bedingt durch Mehrkosten von CHF 15'000 für den Fahrzeugunterhalt, CHF 20'000 für den baulichen Unterhalt des Feuerwehrgebäudes, CHF 10'000 für Funkkonzessionen, Gebühren und Alarmierungskosten sowie rund CHF 15'000 für IC-Unterstützung, Treib- und Schmierstoffe, Büromaterial und Drucksachen.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- gleichbleibend

Mietkosten

- marginale Veränderung

Übrige interne Kosten

- marginale Veränderung

externe Erlöse

- marginale Veränderung

interne Erlöse

- marginale Veränderung

Beiträge von Dritten

- marginale Veränderung

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- 100'000 CHF Reduktion Personal- und Sachkosten
 - Personalkosten: Verminderung von Mehrzeiten durch Reduktion von Freizeiteinsätzen wie Tagesübungen, Tauglichkeitsuntersuchungen, Kaderübungen mit der Freiwilligen Feuerwehr am Abend, Teilnahme an städt. Kursen, Rekrutenausbildungstag vor der eidg. Abschlussprüfung.
 - Sachkosten: Reduktion durch Einföhrungeines abgestuften Fahrzeugwartungskonzepts, Zurückstellen von Ersatzbeschaffungen, vermindertem Liegenschaftenunterhalt.

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 64'200 CHF Pauschale Kürzung des Globalkredits
- 94'771 CHF Verteilung der Rotationsgewinne
- 86'130 CHF Einsparung Personalkostenrückstellungen

Voranschlag 2013: Budgetkürzung von CHF 36'170 ist im publizierten Globalbudgetbetrag von CHF 7'542'257 nicht abgezogen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Total Nettokosten / Globalkredit

- Der für die Aufgabenerfüllung notwendige Nettoglobalkredit steigt gegenüber der Rechnung 2012 um insgesamt rund CHF 435'000.

Personalkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 390'000 bedingt durch drei zusätzlichen Berufsfeuerwehrstellen im Schichtdienst (CHF 360'000), CHF 100'000 für die Berufsausbildung, höheren Sozialleistungen inkl. AHV-Ersatzrenten im Umfang von CHF 65'000 und dem PK-Sanierungsbeitrag von rund CHF 50'000. Minderaufwand von CHF 125'000 infolge Wegfall der Soldentschädigung für Berufsfeuerwehrmitarbeitende und rund CHF 60'000 weniger Soldkosten für die Freiwillige Feuerwehr.

Sachkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 30'000 wegen höherem Aufwand für die Infrastrukturerhaltung des Feuerwehrgebäudes (CHF 20'000) und für Ersatzteile von Gerätschaften (CHF 10'000).

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Erhöhung der Kapitalzins- und Abschreibungskosten von insgesamt rund CHF 15'000 höheren Abschreibungen auf Mobilien.

Mietkosten

- marginale Veränderung

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012**übrige interne Kosten**

- Minderkosten von insgesamt rund CHF 25'000 (Verrechnungen zwischen den Departementen).

externe Erlöse

- Mehreinnahmen von insgesamt rund CHF 65'000 aus Einsätzen und Dienstleistungen.

interne Erlöse

- Mindereinnahmen von insgesamt rund CHF 90'000 (Verrechnungen zwischen den Departementen).

Beiträge von Dritten

- marginale Veränderung

Voranschlag 2013: Budgetkürzung von CHF 36'170 ist im publizierten Globalbudgetbetrag von CHF 7'542'257 nicht abgezogen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	7'232'654	7'478'248	7'393'552
Sachkosten	1'042'109	1'041'125	962'477
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	692'355	706'019	706'019
Mietkosten	1'678	0	0
Übrige interne Kosten	301'687	277'706	276'725
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'270'483</i>	<i>9'503'099</i>	<i>9'338'773</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'270'483	9'503'099	9'338'773
Externe Erlöse	837'548	898'000	901'000
Interne Erlöse	88'217	142	0
Beiträge von Dritten	1'062'700	1'062'700	1'063'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'988'465</i>	<i>1'960'842</i>	<i>1'964'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'988'465	1'960'842	1'964'000
Total Nettokosten / Globalkredit	7'282'018	7'542'257	7'374'773
Kostendeckungsgrad in %	21	21	21

Soll 2013: Budgetkürzung von CHF 36'170 ist im publizierten Betrag von CHF 7'542'257 nicht berücksichtigt.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	44.75	50.00	50.00
▪ Auszubildende	5.08	4.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Auszubildende: 1 Ausbildungsplatz Berufsfeuerwehr (Ersatz für eine anstehende Pensionierung), 1 Lehrstelle Fachmann / Fachfrau Betriebsunterhalt, 1 KV-Rotationsausbildungsplatz.

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Änderungen gegenüber dem VA 13.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014**Schwerpunkteziele**

- Projekt Entwicklung Feuerwehr 2014 bis 2020 / Aufbau- und Ablauforganisation, Bestände, Einsatzplanung, Dienstbetrieb, Evaluation von Entwicklungen in modernen Rettungsorganisationen
 - Teilprojekt 1, Überarbeitung Dienstreglement Berufsfeuerwehr
- Einsatzführung "Rück"; Informationsanzeigen im Feuerwehrgebäude für: Alarmtext, Fahrzeugdisposition ab ELZ und ergänzende Einsatzinformationen
- Projekt moderne Ausbildungshilfsmittel / E-Learning

Weitere Ziele

- Anschlussvertrag mit der Gemeinde Elsau; Übernahme der Feuerwehrtätigkeit

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Projekt höhere Fachausbildung für Rettungskader; Ausbildung der Rettungskader (Fw, RettD, ZS) auf eidgenössischer Ebene (höherer Fachabschluss mit BBT-Anerkennung)
- Umsetzung der Projektauswirkungen Effort14+
- Sold und Entschädigungen FFw; Reorganisation der Sold- und Entschädigungsreglemente im Hinblick auf die Einführung der neuen Steuerordnung per 1.1.2015
- Einsatzunterstützung Front; Übermittlung von Einsatzinformationen wie Pläne, Karten, Datenblätter etc. aus unserer EZ und der Alarmstelle zum EL Front und in die Ersteinsatzfahrzeuge
- Werbung "Feuerwehrtalente gesucht"; Rekrutierung von Freiwilligen Feuerwehrleuten sicherstellen

geplante Investition

- Beschaffung Logistikcontainer

Produkt 1 Ereignisbewältigung**Leistungen**

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum.
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	9'270'483	9'503'099	9'338'773
Erlös	1'954'712	1'960'842	1'964'000
Nettokosten	7'315'771	7'542'257	7'374'773
Kostendeckungsgrad in %	21	21	21

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	9.88	8.43	8.44
Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.36	1.50	1.47
Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.25	0.25
Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmierung im Feuerwehrgebäude <i>Messgrösse:</i>			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	88%	95%	95%
Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort <i>Messgrösse:</i>			
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	91%	95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	94%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	95%	95%

Berechnungsgrundlagen: Personalbestand 24h-Schicht 10 AdBF, Personalbestand Gesamfeuerwehr 160 AdF, 920 Einsätze, Wohnbevölkerungszahl siehe Anhang Kennzahlen.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Brände	173	210	220
▪ Alarme automatischer Brandmelde- und Löschanlagen	185	180	180
▪ Öl- und Chemiewehr	80	90	100
▪ Technische Einsätze	551	420	420
Einsätze im Total	989	900	920
davon Einsätze zusammen mit der Freiwilligen-Feuerwehr	359	180	180

Investitionsrechnung Feuerwehr

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	110'000	110'000	340'000	230'000	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Projekt Entwicklung Feuerwehr 2014 bis 2020 / Aufbau- und Ablauforganisation, Bestände, Einsatzplanung, Dienstbetrieb, Evaluation von Entwicklungen in modernen Rettungsorganisationen
- Umsetzung GVZ-Feuerwehrkonzept 2020
- Übernahme der Feuerwehrtätigkeit für umliegende Gemeinden (Anschlussverträge)
- Massnahmenumsetzungen im Zusammenhang mit dem Sparprojekt Effort14+
- Projekt "Kader der Zukunft": Realisation einer höheren Fachausbildung für Feuerwehrkader mit BBT-Abschluss. Projekt der schweizerischen Profirettungsorganisationen

Investitionen

- Fahrzeugersatzbeschaffungen: Tanklöschfahrzeug (2015), je ein Kommando- und Mannschaftstransportfahrzeug (2016), Oel-/Wasserwehrfahrzeug (2017)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Feuerwehr Winterthur: Entwicklungsschritte 2014 bis 2020

Mit dem Ziel, den wachsenden Ansprüchen des Kantons und der Stadtbevölkerung nach integraler Sicherheit gerecht zu werden, die Einsatz- und Dienstleistungsqualität der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr zu erhalten und nach Möglichkeit noch zu verbessern, hat das Kommando mit der Ausarbeitung des Entwicklungskonzeptes 2014 bis 2020 begonnen. Das Sicherheitsumfeld in Städten verändert sich laufend. Wachstum, verdichtetes Bauen, gestiegene Mobilität, verändertes Freizeit-, Konsum- und Ausgehverhalten, demographischer Wandel, technologische Innovationen oder soziale Entmischung sind allesamt Trends, welche die Feuerwehr stark fordern.

Unsere Organisation muss sich somit kontinuierlich weiter entwickeln, um neuen Herausforderungen (z.B. Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre) stets zeitgerecht und angemessen (Wachstum und Stellenschaffungen durch Anpassung der Organisationsform) zu begegnen.

Freiwillige Feuerwehr

Mit dem Wandel von der traditionellen Feuerwehr zu einer multifunktionalen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation wird nicht nur laufend die Aufgabenvielfalt grösser, gleichzeitig steigen auch die Anforderungen an jeden einzelnen AdFFw stetig. Durch die Erweiterung des Einsatzspektrums sind die Feuerwehrleute nicht nur in fachlicher Hinsicht stark gefordert, sondern auch vermehrt in persönlichen, zwischenmenschlichen und kommunikativen Belangen.

Bei den Arbeitgebern sinkt die Bereitschaft, Personal für die Ausbildung und den Einsatz in der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Wohn- und Arbeitsort sind je länger je mehr nicht mehr identisch. Dies führt dazu, dass auswärts Erwerbstätige der Feuerwehr am Wohnort tagsüber nicht zur Verfügung stehen (verminderte Tagesverfügbarkeit). Der Verbleib in einer Feuerwehrorganisation ist durchwegs kürzer, als dies früher der Fall war (höhere Fluktuationsrate).

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Schutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002
 Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz) vom 8. Oktober 1982 (Stand am 5. Juni 2001 bzw. 13. Juni 2006)
 Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003 bzw. 18. August 2010
 Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003 bzw. 6. Juni 2008
 Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003
 Verordnung über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung (Organisationsverordnung Landesversorgung) vom 6. Juli 1983 (Stand am 22. Juli 2003)
 Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation (KFOV) vom 22. Dezember 2010
 Weisungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die Durchführung von Sirenentests vom 1. März 2004
 Weisungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz betreffend Steuerung des Schutzraumbaus und Zuweisungsplanung vom 20.12.2012, in Kraft treten am 1. Januar 2013
 Weisungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die periodische Schutzraumkontrolle vom 01.10.2012, in Kraft treten am 1. Januar 2013
 Weisungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die Verwendung der bestehenden Schutzanlagen vom 01.10.2012
 Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss Erwerbsersatzordnung (gültig ab 1. Juli 2005 bzw. 1. Januar 2010 bzw. 1. Januar 2012)
 Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004
 Anhang Weisungen des BABS über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse (WZSK) vom 1. Januar 2013
 Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977
 Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982
 Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984
 Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)
 Leitfaden zur Bewilligung von Einsätzen des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft auf kantonomer und kommunaler Ebene vom 15.02.2012
 Gesundheitsgesetz vom 1. Juli 2008 (ersetzt Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962)
 Regierungsrätliche Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003
 Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 19. März 2007, Inkrafttreten: 1. August 2007 inkl. Änderung vom 15. April 2013 betreffend Schutzraumfonds
 Kantonale Zivilschutzverordnung (KZV) vom 17. September 2008, Inkrafttreten: 1. November 2008
 Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1. März 2004 bzw. 18. Februar 2010
 Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000
 Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur

Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur

Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung

Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)

Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur

Leitidee

Strategische Erfolgspositionen (SEP)

Legislatur- und Jahreszielplanungen

Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

Verantwortliche Leitung

Thomas Engesser, Amtsvorsteher / Kommandant Zivilschutz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Massgebende Anzahl Einwohner/innen Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	 118'949 27.59 30	 119'781 28.27 27	 122'149 25.11 27
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	 95.00 ---	 >90 >90	 >90 ---
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	 57 95 98.00 8	 50 95 >98 8	 50 95 >98 8

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Die Einwohnerzahlen sind in den Leistungsmengen detailliert aufgeführt.

Ab 01.01.2014: Fusion der Gemeinden Bertschikon und Wiesendangen; Gemeindename Wiesendangen.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	3'282'503	3'386'834	3'067'222

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Nettoglobalkredit im Voranschlag 2014 liegt gegenüber dem Voranschlag 2013 höher. Auf der Kostenseite wirken sich die höheren Sachkosten aufgrund der Umsetzung der kantonalen gesetzlichen Bestimmungen zur Beschaffung von Einsatzmaterial sowie der persönlichen Ausrüstung aus. Die Kostentragung erfolgt vollumfänglich durch die Gemeinden (ZSG Art. 20, Abs. 2, Ziff c.). Aus dem Umbau und der Erweiterung des Busdepots Grüzefeld resultieren dauernde Ertragsausfälle aus dem Wegfall von bewirtschafteten Parkfeldern sowie vorübergehende aus dem Wegfall von Vermietungen. Aufgrund der Verschiebung der Kostentragung für den Unterhalt der Zivilschutzanlagen vom Bund auf die Gemeinden sowie der restriktiven Bewilligung zur Entnahme aus dem Schutzraumsatzabgabefonds resultiert ein markanter Beitragsausfall.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- 500'000 CHF Strukturelle und weitere Massnahmen. Die Details werden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie definiert.

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 32'100 CHF Pauschale Kürzung des Globalkredits
- 34'141 CHF Verteilung Rotationsgewinne
- 72'012 CHF Einsparung Personalkostenrückstellungen

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Der Nettoglobalkredit im Voranschlag 2014 liegt gegenüber der Rechnung 2012 höher.

Auf der Kostenseite wirken sich die höheren Sachkosten aufgrund der Umsetzung der kantonalen gesetzlichen Bestimmungen zur Beschaffung von Einsatzmaterial sowie der persönlichen Ausrüstung aus. Die Kostentragung erfolgt vollumfänglich durch die Gemeinden (ZSG Art. 20, Abs. 2, Ziff c.). Aus dem Umbau und der Erweiterung des Busdepots Grüzefeld resultieren dauernde Ertragsausfälle aus dem Wegfall von bewirtschafteten Parkfeldern sowie vorübergehende aus dem Wegfall von Vermietungen. Aufgrund der Verschiebung der Kostentragung für den Unterhalt der Zivilschutzanlagen vom Bund auf die Gemeinden sowie der restriktiven Bewilligung zur Entnahme aus dem Schutzraumsatzabgabefonds resultiert ein markanter Beitragsausfall.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'810'096	2'848'410	2'694'260
Sachkosten	1'103'659	1'057'582	677'103
Beiträge an Dritte	102'966	110'000	190'500
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	350'592	345'452	345'452
Mietkosten	223'973	221'500	224'000
Übrige interne Kosten	71'288	67'544	64'507
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'662'573</i>	<i>4'650'488</i>	<i>4'195'822</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'662'573	4'650'488	4'195'822
Externe Erlöse	1'134'721	1'094'500	959'500
Interne Erlöse	148'417	87'554	87'500
Beiträge von Dritten	96'933	81'600	81'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'380'071</i>	<i>1'263'654</i>	<i>1'128'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'380'071	1'263'654	1'128'600
Total Nettokosten / Globalkredit	3'282'503	3'386'834	3'067'222
Kostendeckungsgrad in %	30	27	27

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.50	19.31	19.16
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":

- 0.15: Zentralisieren Buchen beim Finanzamt

Allfällige weitere Änderungen des Stellenplans aufgrund von "effort14+" können erst im Rahmen der vorgesehenen Machbarkeitsstudie definiert werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014**(vorbehältlich Ergebnisse Machbarkeitsstudie)**

Beschaffung sowie Schulung und Einführung des neuen Materials und der persönlichen Ausrüstung gemäss Vorgaben des AMZ.

Abschluss des Um- und Erweiterungsbaus Busdepot Grüzefeld für das Zivilschutzamt und die ZSO.

Vorbereitung und Durchführung des Stadtführungsstabes auf die Übung SVU 2014.

Einführung und Konsolidierung des Regelwerks über die Führung bei Grossereignissen und Notlagen (Koordination Bevölkerungsschutz).

Behördenanlass.

Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Zivilschutz 2015+ des Bundes.

Vermehrte Überprüfung der Qualität der ELZ 2011.

Produkt 1 Zivilschutzorganisation**Leistungen**

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'662'537	4'650'488	4'695'822
Erlös	1'380'071	1'263'654	1'128'600
Nettokosten	3'282'466	3'386'834	3'567'222
Kostendeckungsgrad in %	30	27	24

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen	0	0	0
Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt in %	87	87	87
Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet in %	98	98	98
Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Jährlicher Sirentest	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Schutzdienstpflichtige			
▪ Offiziere	42	60	60
▪ Unteroffiziere	121	160	160
▪ Zivilschutzsoldaten	729	680	680
Gesamte Anzahl Dienstage	4'608	4'100	4'100
▪ zu Gunsten WK / Werterhaltung	2'501	1'900	1'900
▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen	252	300	300
▪ zu Gunsten der Gemeinschaft	1'855	1'900	1'900
Anzahl Uebernachtungen in Zivilschutzanlagen	555	700	600
Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung	113'809	112'000	112'000
Anzahl kontrollierte private Schutzplätze	12'376	15'000	14'000
Anzahl neu erstellte Schutzplätze	1'194	600	600
Anzahl Sirenen			
▪ stationär	40	40	40
▪ mobil	6	6	6
Anzahl Stabsübungen	2	2	2
Anzahl Stabsrahmenübungen	1	1	1
Bevölkerungszahl total: Grundlage für Parlamentarische Zielvorgaben	118'949	119'781	122'149
Bevölkerungszahl Winterthur (gemäss Finanzamt)	105'844	106'798	109'044
Bevölkerungszahl Bertschikon (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	1'050	1'048	0*
Bevölkerungszahl Seuzach (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	7'128	7'062	7'128
Bevölkerungszahl Wiesendangen (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	4'927	4'873	5'977

(* Fusion der Gemeinden Bertschikon und Wiesendangen ab 01.01.2014, Gemeindegemeinschaft Wiesendangen).

Investitionsrechnung Zivilschutz

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	525'000	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

(vorbehältlich Ergebnisse Machbarkeitsstudie)

Beschaffung von neuem Zivilschutzmaterial
 Bauliche Anpassungen im Zusammenhang mit dem Neu- und Umbau des Busdepots Grüzefeld
 Vorbereitung der Umstellung auf das System Polyalert
 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Zivilschutz 2015+ des Bundes
 Umstellungen im Rahmen des Projektes HRM2
 Umsetzung des vom Bund erlassenen Gesetzes betreffend Einführung PISA

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die sich abzeichnenden Veränderungen aufgrund der "Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+" werden aktiv verfolgt und mögliche strukturelle Anpassungen frühzeitig erkannt.

Melde- und Zivilstandswesen

Auftrag

Die Einwohnerkontrolle registriert, verwaltet und bewirtschaftet die Daten der Einwohnerinnen und Einwohner Winterthurs als Grundlage für alle weiteren Verwaltungsbereiche. Sie erstellt Auszüge und Bestätigungen (u.a. Wohnsitzbestätigung und Handlungsfähigkeitszeugnis) und nimmt Gesuche für das Ausstellen von Schweizerischen Dokumenten (Identitätskarte) entgegen. Das Personenregister der Einwohnerkontrolle bildet die Grundlage aller auf die Einwohnerinnen und Einwohner bezogenen Verwaltungstätigkeiten der Gemeinde. Sie registriert alle in Winterthur lebenden Hunde sowie überprüft die Haltevoraussetzung. Das Führen des Stimmregisters, die Mit-Organisation von Wahlen und Abstimmungen und Entgegennahme der brieflichen Stimmabgabe gehört auch zu ihren Hauptaufgaben. Sie ist die 1. Anlaufstelle für die ausländische Bevölkerung und erledigt Aufgaben (u.a. Gesuch für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung, Verlängerung des Ausländerausweises und Verpflichtungserklärung) für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Das Zivilstandsamt ist hauptsächlich für die Beurkundung des Personenstandes, für die Vorbereitung und Durchführung der staatlichen Trauungen und für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft zuständig. Die professionelle Beratung und Begleitung der Bevölkerung und der Bürger und Bürgerinnen (Heimatort) in Personenstands- und Bürgerrechtsfragen zählen ebenfalls zu den Kernaufgaben. Das Zivilstandsamt beurkundet im Personenstandsregister Infostar natürliche Zivilstandsereignisse (Geburt, Todesfall), Erklärungen (u.a. Anerkennung, Namenserklärung), Gerichts- und Verwaltungsentscheide (u.a. Scheidungen, Einbürgerungen) sowie Auslandereignisse. In Form von Registerauszügen werden persönliche wie auch familiäre Verhältnisse bestätigt (Bekanntgabe von Personendaten). Im Zuge der gesamtschweizerischen Professionalisierung im Zivilstandswesen übernahm das Zivilstandsamt Winterthur die zivilstandsrechtlichen Aufgaben aller 21 Gemeinden des Bezirks Winterthur.

Produkte

1 Einwohnerkontrolle

2 Zivilstandsamt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und Verordnungen / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen / Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts / Bundesgesetz über das internationale Privatrecht / Eidg. Partnerschaftsgesetz / Registerharmonisierungsgesetz und Verordnung dazu.

Stufe Kanton

Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch / Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Information und den Datenschutz / Gemeindegesezt des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich / Kantonale Dolmetscherverordnung / Hundegesetz und Verordnung.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Kennzahlen:

Bevölkerung am 31.12.2012: 106'542 (gemäss Bevölkerungsstatistik EK)
Prognose Bevölkerung 2013: 107'444
Prognose Bevölkerung 2014: 109'044
Prognose Bevölkerung 2015: 110'544
Prognose Bevölkerung 2016: 112'044
Prognose Bevölkerung 2017: 113'344

Verantwortliche Leitung

Daniel Bugeđa, Bereichsleiter

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen			
<i>Messgrössen</i>			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	15.80	15.02	15.44
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	59	61	60
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	64	65	64
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	61	63	62
2 Kundenorientierung			
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden			
<i>Messgrössen</i>			
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	97	97
Kurze Reaktionszeit			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	98	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	99	99
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	100	98	98
Kurze Wartezeiten			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %	88	90	86

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	1'673'140	1'613'871	1'683'903

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Nettoaufwand liegt gegenüber dem VA 2013 deutlich höher. Die grössten Abweichungen ergeben sich auf der Aufwandseite bei den Positionen Personalkosten (Erhöhung Stelleneinheiten, Aus- und Weiterbildung), und bei den Sachkosten (Anschaffung Hard- und Software und diverse Dienstleistungen Dritter).

Die Hauptabteilungen Einwohnerkontrolle und Zivilstandsamt planen, ihren Personalbestand je um eine Stelleneinheit zu erhöhen (siehe Erläuterungen zu den Personeninformationen). Die fachliche Aus- und Weiterbildung ist einer der Grundpfeiler der Personalentwicklung und für unseren Bereich sehr wichtig. Wir erwarten höhere Aufwendungen für die Kaderausbildung, den eidgenössischen Fachausweis im Zivilstandswesen sowie für fachliche Seminare.

Der Bundesrat hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement beauftragt, das heutige auf Papier basierende Antragsverfahren für Identitätskarten durch ein modernes elektronisches Verfahren abzulösen. Die Einwohnerkontrolle erhält daher eine neue Applikation. In Zukunft muss sie dafür sorgen, dass Berechtigte Zugriff auf den Rechner mit installiertem Client haben. Zudem muss die Einwohnerkontrolle die Mindestanforderungen an die IT-Infrastruktur erfüllen, und die Beschaffung eines Scanners stellt ebenfalls eine neue Voraussetzung für die Bearbeitung von IDK-Anträgen dar. Dieses neue Verfahren muss im Budgetjahr umgesetzt werden.

Die Einwohnerkontrolle wird ihr heutiges EK-Programm EK2000 ca. im Mai 2014 durch eine bestehende, etablierte und erprobte Standardlösung ablösen. Das neue System wird bereits ca. Mitte 2013 installiert. Ein halbes Jahr später werden für das neue System Lizenzkosten fällig.

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 50'000 CHF Geplante Stellenerhöhung rückgängig machen
- 30'400 CHF Pauschale Kürzung des Globalkredits
- 39'678 CHF Verteilung Rotationsgewinne
- 68'710 CHF Einsparung Personalkostenrückstellungen

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die grössten Abweichungen gegenüber der Rechnung 2012 resultieren aufwandseitig aus den Positionen Personalaufwand und Informatikdienstleistungen.

Die Einwohnerkontrolle und das Zivilstandsamt werden im 2014 je eine neue Stelle beanspruchen. Dies bedingt durch Übernahme von zusätzlichen Aufgaben (siehe Erläuterungen zu den Personalinformationen). Für das Projekt GREKOS (Ablösung der Einwohnerkontroll-Software EK2000 durch die NEST-Standardapplikation) sind im 2012 nicht budgetierte Aufwände verrechnet worden. Auch für das Budget 2014 werden für das GREKOS-Projekt Kosten anfallen. Diese sind im Budget vorgesehen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'919'881	2'927'983	2'904'325
Sachkosten	990'121	874'471	957'650
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	56'250	56'250
Mietkosten	223'564	289'900	287'100
Übrige interne Kosten	207'188	182'340	185'478
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'340'754</i>	<i>4'330'943</i>	<i>4'390'803</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'340'754	4'330'943	4'390'803
Externe Erlöse	2'667'614	2'717'000	2'701'400
Interne Erlöse	0	72	5'500
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'667'614</i>	<i>2'717'072</i>	<i>2'706'900</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'667'614	2'717'072	2'706'900
Total Nettokosten / Globalkredit	1'673'140	1'613'871	1'683'903
Kostendeckungsgrad in %	61	63	62

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	26.51	27.20	28.20
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	4.00	4.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen VA 14: + 0.80 Einwohnerkontrolle: Neue, zusätzliche Aufgaben im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) (Erstinformation und persönliche Beratung von Neuzugezogenen aus dem Ausland); Zunahme der Arbeitsbelastung aufgrund höherer Einwohnerzahl und grösserem Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung + 0.20 Zivilstandsamt: Bekämpfung von Scheinehen, Einführung des neuen Namens- und Bürgerrechtsgesetzes (Namensabklärungen, Beratungsaufwand), Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Automatische Verarbeitung von Meldungen auf der Einwohnerkontrolle via Datentransfer
- Anträge für Identitätskarte in elektronischer Form bearbeiten und an das Passbüro übermitteln
- Elektronischer Zugriff der Kantonalen Stellen auf die Einwohnerdaten: Aufbau des Kantonalen Personenregister (Replik)
- eUmzugCH: Gesamtschweizerisches Projekt Meldung und Abwicklung Adressänderung, Wegzug, Zuzug
- Projekt GREKOS: Ablösung der Einwohnerkontrollsoftware EK2000 durch eine markterprobte Standardsoftware
- Elektronisches Meldewesen aus Infostar an die Einwohnerkontrolle
- Abschlusskontrolle Infostar
- Projekt Fokus; Detailplanung, Umzug in Superblock

Produkt 1 Einwohnerkontrolle

Leistungen

- Führen und pflegen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und fachliche Beratung
- Entgegennahme des Antrages für die Schweizerische Identitätskarten
- Führen des Hunderegisters, Einzug der Hundesteuer und Überprüfung der Haltebewilligung
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Entgegennahme der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen im Zusammenhang mit der fremdenpolizeilichen Regelung des Aufenthalts ausländischer Personen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen
- Versand von Mutationsmeldungen an andere Verwaltungseinheiten sowie Kantonale Verwaltung
- Überprüfung der Unterschriften auf Initiativen und Referenden

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'537'433	2'518'077	2'591'899
Erlös	1'509'590	1'537'540	1'550'720
Nettokosten	1'027'843	980'537	1'041'179
Kostendeckungsgrad in %	59	61	60

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte) in CHF:	42.47	40.97	42.66

Für die Berechnung der operativen Ziele sind folgende Leistungsmengen zu berücksichtigen: Mutationen im Einwohnerregister, Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register, Anträge für Schweizer Identitätskarte

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Mutationen im Einwohnerregister	37'901	40'000	39'000
Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register	15'608	15'000	16'000
Anträge für Schweizer Identitätskarte	6'112	6'800	6'500
Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben	117'592	120'000	120'000
Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum)	39'150	30'000	40'000
Total aller Dienstleistungen	216'363	211'800	221'500

Produkt 2 Zivilstandsamt

Leistungen

- Führung des Personenstandsregisters (Infostar)
- Beurkundung aller Zivilstandsereignisse
- Beurkundung von Gerichts- und Verwaltungsentscheiden sowie Auslandereignissen
- Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern
- Erteilen von Auskünften und Beratung in Personenstands- und Bürgerrechtsfragen sowie im Namensrecht
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen
- Durchführung des Vorverfahrens und Beurkundung der eingetragenen Partnerschaften
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Amtliche Mitteilung an andere Amtsstellen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'803'321	1'812'867	1'798'904
Erlös	1'145'101	1'179'532	1'156'180
Nettokosten	658'220	633'334	642'724
Kostendeckungsgrad in %	64	65	64

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Messgrössen:			
▪ Kosten pro Einwohner/in des Zivilstandskreises Winterthur in CHF	5.90	6.45	6.95
▪ Kosten pro Geschäftsfall in CHF	34.15	38.30	40.37
▪ Geschäftsfälle pro 100 Stellenprozente	2'269	2'621	2'276

Für die Berechnung der Messgrössen sind die untenstehenden Nettokosten Zivilstandskreis sowie die nachfolgenden drei Basiszahlen zu berücksichtigen.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten Zivilstandskreis (Kosten minus Gebühreneinnahmen, ohne Berücksichtigung Beitragszahlungen der Bezirksgemeinden)	930'860	1'034'681	1'130'427
Einwohnerzahl Zivilstandskreis per 31.12. (zivilrechtlicher Wohnsitz)	158'001	160'000	163'000
Anzahl Geschäftsfälle	27'234	27'000	28'000
Ist-Stellenplan Zivilstandsamt inkl. Leitung per 31.12.	12.00	10.30	12.30
Rück Erfassung Personen in Infostar	6'251	0	0
Auszüge und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern	11'213	15'500	16'300
Geburten (Spital- und Hausgeburten)	1'916	1'900	1'900
Trauungen	937	880	880
Todesfälle	1'272	1'300	1'300
Gerichts- und Verwaltungsentscheide	1'903	2'000	1'900

Rück Erfassung Personen in Infostar: Projekt abgeschlossen

Auszüge und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern: Ab 2013 werden alle Auszüge, Dokumente und Bestätigungen berücksichtigt.

Investitionsrechnung Melde- und Zivilstandswesen

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	230'000	1'109'000	0	0	0

Die Nettoinvestition von insgesamt CHF 1'339'000 ist für die Ablösung des bestehenden Einwohnerkontrollsystems durch eine bestehende, etablierte und erprobte Standardlösung. Aufgrund detaillierter Berechnungen hat sich gezeigt, dass das Melde- und Zivilstandswesen mit einer rund doppelt so hohen Investitionssumme rechnen muss, als zu Beginn geschätzt wurde. Das GREKOS-Projekt wird zusammen mit dem Steueramt und der Feuerpolizei umgesetzt. Es handelt sich dabei um ein Update der bestehenden Lösung um zusätzliche Funktionalität in der Steueramtlösung, die Erweiterung des Objektdatenteils (Grundsteuer) und der Schnittstellen zur Einwohnerkontrolle. Das Projekt GREKOS hat eine zeitliche Verschiebung erfahren, weshalb die Investition auf das Jahr 2013 und 2014 verschoben werden musste.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Einwohnerkontrolle

- Einführung des Ausländerausweises für EU/EFTA-Staatsangehörige
- Absicht ab 2015 Führung des neuen Erfassungszentrums Winterthur im Auftrag des Kantons
- Elektronische Meldung und Abwicklung Adressänderung, Wegzug, Zuzug Schweizweit
- Strukturierter Adressaustausch Post <-> Gemeinden
- Kantonales Personenregister
- Elektronische An- und Abmeldung in den Gemeinden des Kantons Zürich („online-Umzugsmeldung“)

Zivilstandsamt

- Mikroverfilmung der Familienregister aller Gemeinden des Zivilstandskreises
- Erarbeitung und Umsetzung Konzept Trauungen 2015
- Elektronische Speicherung der Belege (Verkürzung der Aufbewahrungsfrist von 50 auf 10 Jahre)
- Abschlusskontrolle Infostar

Melde- und Zivilstandswesen

- Projekt Fokus; Detailplanung, Umzug in Superblock

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Gemäss Weisung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen EAZW 10.13.01.01 vom 1. Januar 2013 ist die definitive Sicherung der Familienregister auf Mikrofilm obligatorisch. Sie erfolgt nach Abschluss der Kontrolle über die Vollständigkeit der Rück Erfassung und muss bis spätestens 31. Dezember 2016 durchgeführt werden. Die Kosten sind von den Zivilstandskreisen selber zu tragen. Im IAFP 2016 sind CHF 100'000.00 für das Projekt eingestellt worden.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

- Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern.
- Im Rahmen der Arbeitssicherheits-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung und gesundheitspolizeilichen Anforderungen sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
- Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sowie der Nachhaltigen Entwicklung.
- Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lufthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Ortshygiene. Koordination von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie mit der strategischen "Kommission Umwelt und Energie" sowie den beiden operativen Gruppen "Fachgruppe Umwelt" und "Fachgruppe Energie". Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über den Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Nachhaltige Entwicklung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)

Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / SMOG-Verordnung / Massnahmenplan Lufthygiene Kanton Zürich 2008 / Bauverfahrensverordnung (BVV Ziffer 4.1+4.2) Kanton Zürich / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung / Gebührenordnung zum Vollzug des Umweltrechts

Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz [ArGV I bis IV]

Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])

Tierseuchenverordnung

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)

Energiegesetz (EnG) / Energieverordnung des Bundes (EnV)

Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten des Kantons (Energieverordnung)

Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung [StFV]) / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur / Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (SRB Nr. 11.454-1) / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)

Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffung der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)

Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept

Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)

Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS) (SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)

Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Strategiepapier 2004-2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678), Zusammenlegung Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle (SRB-Nr. 2005-1039), Organisation Umwelt und Energie: Strategiepapier 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2309), Energiekonzept 2000-2020: Aktivitätenprogramm 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2254), Ausbau Lebensmittelkontrolle für Gemeinden (SRB-Nr. 2007-0254), Kommunikationskonzept und Massnahmenprogramm Mobilität (SRB-Nr. 2007-0544), Beschaffung umweltschonender und energieeffizienter Fahrzeuge (SRB-Nr. 2006-1146), Massnahmenplan Luftreinhaltung (SRB-Nr. 11.454-1), Vollzugsanweisung (SRB-Nr. 11.454-2).

Stufe Verwaltungseinheit

Strategie und Legislaturplanung Stadtrat / Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Dr. Anna Roschewitz (bis 31.12.2013)

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung - Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF - Kostendeckungsgrad insgesamt in %	19.14 43	26.88 32	17.03 44
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrössen:</i> - Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur - Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	0.85 911 81 698 4'307 22 7 242	0.85 850 55 600 3'600 23 8 220	0.85 850 55 600 3'600 23 8 220
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrössen:</i> - Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren - Anzahl Besucher/innen auf Internetseite - Anzahl Kampagnen / Aktionen - Umweltbericht (alle 4 Jahre) - Label Energiestadt - Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal	6'621 89'907 12 - k.A. 76%	7'000 80'000 7 1 k. A. 78%	6'000 100'000 7 - - -

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre).

SR-Entscheid „effort14+“ betrifft Energiestadt: Verzicht auf Goldlabel, Motto „mehr Taten statt Label“ und Budgetkürzung UGS CHF 100'000 (Hinweis: Mitgliedschaft im Trägerverein kostet CHF 2'600/Jahr).

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	2'026'104	2'888'565	1'857'499

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Personalkosten (+ 42'000 CHF)

- Sanierungsbeitrag an Pensionskasse
- AHV-Ersatzrenten
- Kleinere Verschiebungen im Lohngefüge

Sachkosten (- 250'000 CHF)

- Umweltbericht (alle 4 Jahre) entfällt 2014: - 100'000 CHF
- Emissionskataster entfällt 2014: - 40'000 CHF
- Förderprogramm Partikelfilter (Massnahmenplan Luftreinhaltung): - 60'000 CHF
- Verzicht auf diverse kleinere Positionen (u.a. Honorare, Anschaffung Geräte): - 50'000 CHF

Beiträge an Dritte (- 87'000 CHF)

- Wegzug Bluetech; Beitrag entfällt: - 87'000 CHF

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- 350'000 CHF Strukturelle und weitere Massnahmen. Die Details werden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie definiert.
- 110'000 CHF Erhöhung Gebühren LMI (Stadt Winterthur). Zusätzliche Gebühreneinnahmen aufgrund der Gebührentabelle für die Dienstleistungen des Lebensmittelinspektorates gemäss SRB vom 26.06.2013 (in Kraft ab 01.09.2013).
- 200'000 CHF Reduktion Kosten für Dienstleistungen Dritter.

GGR-Beschlüsse (Budgetkürzungen)

- 26'100 CHF Pauschale Kürzung des Globalkredits
- 34'627 CHF Verteilung Rotationsgewinne
- 35'515 CHF Einsparung Personalkostenrückstellungen

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die Begründungen Abweichung Voranschlag 2013/2014 gelten weitgehend auch hier. Die vergleichsweise tiefen Sachkosten in der Rechnung 2012 resultierten aus Vakanzen in der Fachstelle Nachhaltige Entwicklung und teilweise daraus entstandenen Projektverzögerungen. Das Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung ist durch den Stadtrat vorläufig sistiert worden. Die entsprechenden Positionen wurden bereits im Budget 2013 zu den Städt. Allgemeinkosten transferiert und sind daher nicht mehr im Budget UGS enthalten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	2'633'660	2'687'219	2'339'371
Sachkosten	586'891	1'215'482	772'260
Beiträge an Dritte	130'090	102'000	15'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	138'741	178'237	172'380
Übrige interne Kosten	86'350	44'679	46'487
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'575'732</i>	<i>4'227'616</i>	<i>3'345'499</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'575'732	4'227'616	3'345'499
Externe Erlöse	1'223'408	1'029'000	1'178'000
Interne Erlöse	15'946	51	0
Beiträge von Dritten	310'274	310'000	310'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'549'628</i>	<i>1'339'051</i>	<i>1'488'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'549'628	1'339'051	1'488'000
Total Nettokosten / Globalkredit	2'026'104	2'888'565	1'857'499
Kostendeckungsgrad in %	43	32	44

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.22	19.36	19.36
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.50
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.50

Seit 2012 bildet das UGS zusammen mit der Gewerbepolizei eine/n Lernende/n aus (je 1/2 Jahr).

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen "effort14+": Allfällige Änderungen des Stellenplans aufgrund von effort14+ können erst im Rahmen der vorgesehenen Machbarkeitsstudie definiert werden. Änderungen VA 14: Keine Änderungen gegenüber dem VA 13.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

(vorbehältlich Ergebnisse Machbarkeitsstudie)

- Energiekonzept 2050: (a) Gesamtstädtischen Massnahmenplan [Erarbeitung im 2013] umsetzen. UGS hat Koordinationsaufgabe. (b) Öffentlichkeitsarbeit 2000-Watt-Gesellschaft. UGS nimmt an INTERREG-Projekt "2000-Watt-Gesellschaft Bodenseeregion" teil und erhält Fördergelder.
- Diverse Projekte zu den Themen Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Luft durchführen
- Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt Gold: reduzieren aufgrund SRB effort14+
- Erarbeitung Smart-City-Projekte
- Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur: Statusbericht alle 2 Jahre ab 2011 einschliesslich Öffentlichkeitsarbeit, Umsetzung diverser Projekte.
- Mitwirkung an diversen Veranstaltungen: Tag der Sonne, Velobörse, Wohga, Wintimäss, Nachhaltigkeits-Kampagne, EnergyDay, BlueDay
- Pflege der UGS-Websites

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle

Leistungen

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
- Vollzug Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Koordination von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'598'196	2'842'906	2'441'262
Erlös	1'379'937	1'339'037	1'408'000
Nettokosten	1'218'260	1'503'869	1'033'262
Kostendeckungsgrad in %	53	47	58

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende	680	680	650
EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) in CHF	229'884	235'000	235'000
Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren in %	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.85	0.85	0.85
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.74	0.80	0.75
Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	911	850	850
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	81	55	55
Lebensmittelkontrollen in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	4'294	3'800	4'000
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Partnergemeinden	324	240	250
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur	698	600	600
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Partnergemeinden	2'021	2'100	2'000
Besucher/innen Pilzkontrolle	377	300	300
Wägungen von PM10-Filtern	4'307	3'600	3'600
Beurteilte Emissions-Messberichte	22	23	23
VOC-Bilanzen	7	8	8
Arbeitssicherheitskontrollen	242	220	220
Planbegutachtungen	179	120	120
Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren	0	0	0
Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen	0	0	0

Der Indikator für die Lebensmittelkontrollen in den Partnergemeinden pro Betrieb werden leicht tiefer veranschlagt, da durch die Vorgabe der Kantonschemiker risikobasierte Kontrollen durchgeführt werden. Dies hat einen Einfluss auf die Häufigkeit der Betriebskontrollen und damit auf die WOV-Indikatoren der Lebensmittelkontrolle.

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur Nachhaltigen Entwicklung
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	960'014	1'384'710	904'237
Erlös	169'691	14	80'000
Nettokosten	790'323	1'384'696	824'237
Kostendeckungsgrad in %	18	0	9

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	89'907	80'000	100'000
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	6'621	7'000	6'000
Label Energiestadt (Re-Audit 2011)	-	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Gesamttotal	76	78	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Entwicklung, Raumordnung'	84	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunale Gebäude, Anlagen'	64	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Versorgung, Entsorgung'	76	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Mobilität'	75	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Interne Organisation'	82	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunikation, Kooperation'	77	-	-

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre).

SR-Entscheid „effort14+“ betrifft Energiestadt: Verzicht auf Goldlabel, Motto „mehr Taten statt Label“ und Budgetkürzung UGS CHF 100'000 (Hinweis: Mitgliedschaft im Trägerverein kostet CHF 2'600/Jahr).

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien	29	18	18
Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate	10	7	7
Anzahl Kampagnen / Aktionen	12	7	7
Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	1	-

Investitionsrechnung Umwelt- und Gesundheitsschutz

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

(vorbehältlich Ergebnisse Machbarkeitsstudie)

- Diverse Projekte zu den Themen Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Luft durchführen
- Energiekonzept 2050: a) Gesamtstädtischen Massnahmenplan (Erarbeitung im 2013) umsetzen. UGS hat Koordinationsaufgabe. b) Öffentlichkeitsarbeit 2000-Watt-Gesellschaft. UGS nimmt an INTERREG-Projekt "2000-Watt-Gesellschaft Bodenseeregion" teil und erhält Fördergelder.
- Implementierung Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (Statusbericht alle 2 Jahre ab 2012)
- Lebensmittelinspektorat: Voraussichtliche Änderung des Lebensmittelgesetzes. Neu: Inspektion von Gebrauchsgegenständen und Kontrolle von Dusch- und Badewasser durch Übernahme der EU-VO.
- Fachstelle Umwelt (Immissionsüberwachung): Planung / Abbau Messstation am Obertor 32 und Aufbau der neuen Messstation an noch festzulegendem Standort (da nicht im Superblock möglich).
- Mitwirkung an diversen Veranstaltungen: Tag der Sonne, Velobörse, Wohga, Wintimäss, Nachhaltigkeits-Kampagne, EnergyDay, BlueDay
- Umweltbericht (100'000 CHF) und Emmissionskataster (40'000 CHF) im 2017
- Pflege der UGS-Websites

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Lebensmittelinspektorat: Anpassung der Gebühren für die Partnergemeinden und damit verbunden Neukalkulation der Erlöse (zusätzliche Erlöse von jährlich 175'000 CHF ab 2015). Zusätzlicher Mittelbedarf von 290'000 CHF (2 neue Stellen = 240'000 CHF wiederkehrend ab 2016; Anschaffung neuer Messgeräte = 50'000 CHF einmalig 2016) als Folge der geplanten Änderung des Lebensmittelgesetzes voraussichtlich per 2016. Neu sind die Inspektion von Gebrauchsgegenständen und Kontrolle von Dusch- und Badewasser durch Übernahme der EU-VO. Eine anteilige Verrechnung an die Partnergemeinden (Annahme: 192'000 CHF wiederkehrend ab 2016) ist im Erlös berücksichtigt.
- Fachstelle Umwelt (Immissionsüberwachung): Zusätzliche Mittel für Planung / Abbau Messstation am Obertor 32 und Aufbau der neuen Messstation (insgesamt = 150'000 CHF einmalig 2015) an noch festzulegendem Standort (im Superblock nicht möglich).

Volksschule

Auftrag

Die Stadt Winterthur führt im Auftrag und entsprechend den Vorgaben des Kantons die Volksschule in der Stadt Winterthur. Die Volksschule ist integrativ ausgerichtet. Die Förderung der Chancengerechtigkeit sowie der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz der Schüler/innen steht im Mittelpunkt. Sie bereitet die Schüler/innen ihren Fähigkeiten entsprechend auf eine weiterführende Schule, Berufsausbildung oder weitere Anschlusslösung vor. Um ihren Auftrag zu erfüllen, arbeitet sie mit den Erziehungsberechtigten zusammen.

Bedarfsgerechte Tagesstrukturen runden das umfassende Bildungsangebot der Schule ab.

Die Unterstützenden und Präventiven Dienste stehen bei Bedarf den Schüler/innen zur Verfügung. Weiter unterstützen sie die Lehrpersonen, Erziehungsberechtigten und Schulbehörden in der Förderung der Schüler/innen.

Produkte

1 Kindergarten- und Primarstufe, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für den Kindergarten und die Primarschule. Dazu gehören auch die sonderpädagogischen Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Besondere Klassen.

2 Sekundarstufe I, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für die Sekundarstufe I. Dazu gehören auch die sonderpädagogischen Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Besondere Klassen.

3 Ergänzende Angebote

Das Produkt beinhaltet ergänzende Angebote gemäss Volksschulgesetz (§§ 15 – 18) wie Aufgabenhilfe, Musikalische Grundausbildung, freiwilliger Schulsport, Blockflötenunterricht, handwerkliche Kurse etc.

4 Tagesstrukturen

Das Produkt beinhaltet sämtliche Angebote an Tagesstrukturen für Kinder und Jugendliche im Volksschulalter. Das Volksschulgesetz verlangt, dass die Gemeinden bei Bedarf Tagesstrukturen anbieten.

5 Unterstützende Präventive Dienste (UPD)

Das Produkt beinhaltet unterstützende, präventive Angebote des Schulpsychologischen Dienstes (SPD), der Schulsozialarbeit (SSA), des Schulzahnärztlichen Dienstes (SZD) und des Schulärztlichen Dienstes (SAD). Diese Leistungen müssen – mit Ausnahme der Schulsozialarbeit – gemäss kantonalem Recht von der Stadt angeboten werden.

Mit Inkraftsetzung des neuen Jugendhilfegesetzes per 1.1.2012 wird die Stadt Winterthur voraussichtlich in der Pflicht sein, eine "bedarfsgerechte Versorgung mit Schulsozialarbeit" sicherzustellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998, Art. 62 Abs. 2 und 3

Stufe Kanton

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, Art. 115 und 116 (LS 101)

Kantonale Volksschulgesetzgebung, insbesondere Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (LS 412.100)

Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962 (LS 810.1)

Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 14. März 2011 (LS 852.1)

Stufe Stadt (Volk/GGR / SR)

Gemeindeordnung vom 26.11.1989

Geschäftsordnung Volksschule Winterthur vom 3. Mai 2010

Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 27. April 1998

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung im schulischen Bereich vom 23.5.2012

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung im ausserschulischen Bereich vom 23.5.2012

Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Stufe Zentralschulpflege

Stufe Verwaltungseinheit

Reglement Schuldienste in der Stadt Winterthur vom 13.5.2008

Verantwortliche Leitung

Zentralschulpflege

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Chancengerechte Förderung der Schüler/innen Die Schüler/innen erwerben ihre Fähigkeiten grundsätzlich in der Regelklasse und erfahren in ihrer Förderung Chancengerechtigkeit. (W) ▪ Anteil (in %) Schüler/innen in der Regelklasse <i>Anteil (in%) fremdsprachiger (Definition gemäss Bildungsstatistik) Schüler/innen in den Abteilungen A, B, C der Sekundarstufe (2)</i> ▪ A ▪ B ▪ C Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit (Ermöglichung zum Verbleib in der Regelklasse) der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher. (L) ▪ Anteil (in %) schulpyschologische Arbeit in den Schulen (vor Ort) (11) ▪ Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Primarstufe ▪ Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Sekundarstufe ▪ Anteil (in %) Lehrpersonen der Primarstufe, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben (3) ▪ Anteil (in %) Lehrpersonen der Sekundarstufe, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben (3)	95 33 64 83 24	95 32 64 83 21 1'100 700 15 10	95 32 64 83 20 1'100 840 15 10
2 Kompetenzen und Befähigung der Schüler/innen Die Schüler/innen erreichen eine hohe Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz. (W) ▪ Anteil (in %) Schüler/innen in der 5. Klasse Primarstufe mit positiver Verhaltensbeurteilung (Stichprobe Erhebung aus Zeugnissen) ▪ Anteil (in %) Schüler/innen in der 2. Klasse Sekundarstufe mit positiver Verhaltensbeurteilung (Stichprobe Erhebung aus Zeugnissen) ▪ Die Leistungen der Schüler/innen der 5. Klasse Primarstufe in Deutsch entsprechen bei den Klassen-Cockpits mindestens der Vergleichsgruppe (4) ▪ Die Leistungen der Schüler/innen der 5. Klasse Primarstufe in Mathematik entsprechen bei den Klassen-Cockpits mindestens der Vergleichsgruppe (4) Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen. (L) ▪ Anteil (in %) stattgefundene Lektionen Die Schulen fördern und realisieren im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation Vorhaben. (L) ▪ Anteil (in %) Schulen, die mindestens einen von Schüler/innen angeregten Vorschlag umsetzen Die Gesundheitsförderung und Prävention ist in den Schulen verankert. (L) ▪ Anteil (in %) Schulen, die mindestens ein Projekt im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention durchführen (5)	 96 96 99 100	 100b 85b 100 100 99a 90 65	 90 85 100 100 99 90 65
3 Gemeinsame Förderung der Kinder und Jugendlichen Die Schule und die Erziehungsberechtigten fördern gemeinsam die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung. (W) (6) Zufriedenheit (in %) der ▪ Erziehungsberechtigten ▪ Lehrpersonen ▪ Schüler/innen	86 84 87	84a 73a 74a	84 80 80

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung. (L) Anteil (in %) Schulen die mindestens zwei, von Eltern und Schule, gemeinsam organisierte Anlässe umsetzen (7)		80	80

(W) Wirkung/ (L) Leistung

a: Gemäss Rechnung 2011

b: Schätzung, der Indikator wurde bisher nicht erhoben.

(2) Fremdsprachig: Als Muttersprache gilt die Sprache, in welcher die Lernenden denken und die sie am besten beherrschen. Die Zahlen werden der Bildungsstatistik entnommen.

Anteil Fremdsprachige in Winterthur: 48%. Kennzahlen Schuljahr 2011/12

Kantonaler Wert gemäss Bildungsstatistik: Sek A 26%, Sek B 50%, Sek C 71%. Anteil Fremdsprachige im Kanton Zürich: 39%. Kennzahlen Schuljahr 2011/12

(3) Beispiele für entsprechende Weiterbildungen sind CAS (Certificate of Advanced Studies) Deutsch als Zweitsprache DaZ, CAS Umgang mit Vielfalt, CAS oder MAS Schulische Heilpädagogik

(4) Der Index ist 100. Ein Ergebnis grösser als 100 entspricht Anzahl Prozente, welche die Winterthurer 5. Klassen besser sind als die Vergleichsgruppe (und umgekehrt).

(5) Das Projekt kann auf Klassen- oder Schulhausebene durchgeführt werden. Das Projekt muss in Zusammenarbeit mit der Suchtpräventionsstelle der Stadt Winterthur, der Schulsozialarbeit oder im Rahmen des „Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen“ durchgeführt werden.

(6) Erhebung durch Fachstelle Schulevaluation der Bildungsdirektion.

(7) Beinhaltet gemeinsam organisierte Anlässe (Bsp. Umgang mit neuen Medien. Erziehungsfragen. etc.) und nicht allgemeine Infoveranstaltungen (Bsp. Elternabend zur Klasseneinteilung etc.)

(11) Die schulpsychologische Arbeit vor Ort beinhaltet nicht-fallbezogene Angebote (Schulhaussprechstunden, Fachteams etc) sowie die Arbeit vor Ort, die aus der konkreten Fallarbeit resultiert.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	185'769'787	184'160'645	182'801'245

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Personalkosten: Vollzug beschlossener Lohnmassnahmen für Lehrpersonen gemäss Vorgaben des Kantons

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Es wurden die folgenden Sparmassnahmen beschlossen: Reduktion Wahlfächer 3. Sek um 4 Lektionen je Klasse, Reduktion Schulkredit, Einsparungen beim methodisch/didaktischen ICT-Support in den Schulen. Insgesamt führten diese Massnahmen zu einer Budgetreduktion von CHF 500'0000

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Sachkosten: Im Jahr 2012 werden BVK-Rückstellungen von 8.6. Mio unter Sachkosten ausgewiesen

Kalkulatorische Kosten: Zusätzliche Kosten aufgrund Investitionen in Pavillons und Neubau Schulhaus Zinzikon

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Siehe Kommentar Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	133'973'756	137'074'456	136'686'336
Sachkosten	31'491'981	23'456'938	22'423'868
Beiträge an Dritte	8'136'644	8'143'500	8'493'896
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	17'028'562	18'075'573	18'075'573
Mietkosten	1'935'805	2'304'258	2'343'989
Übrige interne Kosten	5'410'248	4'745'052	4'978'225
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>197'976'995</i>	<i>193'799'777</i>	<i>193'001'887</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	197'976'995	193'799'777	193'001'887
Externe Erlöse	9'621'218	9'053'017	9'599'690
Interne Erlöse	480'810	228'115	223'253
Beiträge von Dritten	2'105'180	358'000	377'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'207'208</i>	<i>9'639'131</i>	<i>10'200'643</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	12'207'208	9'639'131	10'200'643
Total Nettokosten / Globalkredit	185'769'787	184'160'645	182'801'245
Kostendeckungsgrad in %	6	5	5

Die Beiträge an Dritte im Jahr 2014 steigen hauptsächlich aufgrund höherer Beiträge an das Untergymnasium und das Konservatorium.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	300.97	298.66	301.11
▪ Auszubildende	43.00	39.00	42.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderung "effort14+":

- 0.1 Stellen beim Schulzahnärztlichen Dienst zugunsten des Finanzamtes, Zentralisierung Verbuchung der Kreditoren

Änderung VA 14:

- 0.44 Stellen durch Reduktion der Anzahl der Schulkreise von 7 auf 4 ab dem 1. August 2014. Dadurch Reduktion der Stellen Kreisschulpräsidien von bisher 5.0 auf 4.0 ab August 2014

+ 2.05 Stellen in der Schülereergänzenden Betreuung um die steigende Anzahl von Kindern betreuen zu können. Der Betreuungsschlüssel pro Betreuungsperson ist gesetzlich vorgeschrieben.

+ 0.1 Stellen Schulsozialarbeit, Anpassung an GGR-Beschluss 2013.

+ 0.9 Stellen Fachleitung Integrierte Sonderschulung in der Volksschule, kostenneutrale Verschiebung aus dem

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Lehrerstellenplan in den Verwaltungsstellenplan.

- 0.2 Stellen aus der Integrierten Sonderschulung in der Volksschule zur Abteilung Sonderpädagogik in der Sonderschule.

+ 0.65 Stellen Reinigung, Anpassung der Kapazitäten in der Reinigung aufgrund der zusätzlichen Fläche im Pavillon Eichliacker, Pavillon Guggenbühl, Pavillon Schönengrund, Provisorium Laubegg und Pavillon Erlen.

- 0.51 Stellen schulindizierte Betreuung, aufgrund der Umstellung auf musikalische Grundschulung und der Anpassung an die Ist-Situation.

Produkt 1 Kindergarten- und Primarstufe, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für den Kindergarten und die Primarschule. Gleichzeitig umfasst es integrative, sonderpädagogische Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Aufnahmeunterricht, Besondere Klassen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	122'544'273	120'732'016	119'565'868
Erlös	2'323'809	1'735'161	1'853'056
Nettokosten	120'220'464	118'996'854	117'712'812
Kostendeckungsgrad in %	2	1	2

Abweichungen der Kosten Soll 13 zu Soll 14 auf den Produkten Primar/Sek entstehen daher, weil der Schulkredit und die Kosten des baulichen Unterhaltes für das Budget 14 im Gegensatz zum Budget 13 bereits auf die Produkte Primar und Sek aufgrund der Detailplanung zugeteilt wurden.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen.			
▪ Anteil (in %) stattgefundene Lektionen	99	99	99
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) Lehrpersonen in der Primarschule, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema Vielfalt haben		15*	15
Anteil (in %) Lehrpersonen in der Sekundarschule, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema Vielfalt haben		10*	10
Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung.			
▪ Anteil (in %) Schulen in denen mindestens ein, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass stattfindet		80*	80

*Neu formulierte Ziele ab 2013. Vergleichbarkeit ist daher nicht gegeben.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl Schüler/innen im Kindergarten und Primarschule	7'493	7'611	7'800
▪ Durchschnittliche Klassengrösse	20.0	20.8	20.8
▪ Übertritte (in %) Mittelschule ab 6. Primar (3j-Mittel)	14	13	13
▪ Fremdsprachenquote (in %)	48	47	47
▪ Ausländerquote (in%)	26	26	26
▪ Anzahl Nationalitäten, die unterrichtet werden	22	21	21

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl Vollzeitinheiten für Kindergarten- und Primarstufe	453.7	467.8	475.0
▪ Anzahl Vollzeitinheiten / Lektionen sonderpädagogischer Massnahmen für die Unterstützung der integrativen Ausrichtung der Volksschule			
- gesamt	119.2	120.0	115.4
- davon Deutsch als Zweitsprache (DaZ)	42.0	39.3	36.6
- davon Integrative Förderung (IF)	38.3	38.3	37.4
- davon Integrative Förderung plus	10.9	14.0	13.5
- davon Therapien	26.5	26.5	26.0
- davon Begabtenförderung	1.9	1.9	1.9
▪ Anteil (in %) von Schüler/innen in besonderen Klassen	1	1	1
▪ Kosten / Bildungsaufwand pro Schüler/in	16'044	15'635	15'091

Produkt 2 Sekundarstufe I, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für die Sekundarstufe I. Gleichzeitig umfasst es integrative, sonderpädagogische Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Aufnahmeunterricht, Besondere Klassen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	51'229'390	48'851'875	49'041'440
Erlös	699'762	492'444	601'126
Nettokosten	50'529'628	48'359'431	48'440'314
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Abweichungen der Kosten Soll 13 zu Soll 14 auf den Produkten Primar/Sek entstehen daher, weil der Schulkredit und die Kosten des baulichen Unterhaltes für das Budget 14 im Gegensatz zum Budget 13 bereits auf die Produkte Primar und Sek aufgrund der Detailplanung zugeteilt wurden.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen.			
▪ Anteil (in %) stattgefunden Lektionen	99	99	99
Die Schulen fördern und realisieren Vorhaben im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation			
Anteil (in%) Schulen, die mindestens einen vom Schüler/innen angeregten Vorschlag umsetzen		80.00	80.00
Anschlusslösungen			
Anschlusslösungen			
Anteil (in %) Schüler/innen mit Anschlusslösung in der Berufsbildung oder weiterführenden Schule		90.00	90.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl Schüler/innen in der Sekundarstufe I	2'238	2'277	2'300
▪ Durchschnittliche Klassengrösse	19	18	18
▪ Übertritte (in %) in die Mittelschule ab 2. Sek. (3j-Mittel)	9	5	6
▪ Übertritte (in %) in die Mittelschule ab 3. Sek. (3j-Mittel)	7	6	6
Fremdsprachenquote (in %)			
▪ nach A (1)	33	28	28
▪ nach B (1)	64	61	64
▪ nach C (1)	83	81	84

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Ausländerquote (in %)			
▪ nach A (1)	14	14	14
▪ nach B (1)	36	36	36
▪ nach C (1)	59	64	64
▪ Anzahl Nationalitäten die unterrichtet werden	18	21	21
▪ Anzahl Vollzeiteinheiten für Sekundarstufe I	150.3	150.6	150.0
▪ Anzahl Vollzeiteinheiten / Lektionen sonderpädagogischer Massnahmen für die Unterstützung der integrativen Ausrichtung der Volksschule			
- gesamt	12.5	12.1	11.8
- davon Deutsch als Zweitsprache (DaZ)	2.5	2.1	1.9
- davon Integrative Förderung (IF)	6.7	6.7	6.6
- davon Integrative Förderung plus	1.0	1.3	1.3
- davon Therapien	2.0	2.0	2.0
- davon Begabtenförderung	0	0	0
▪ Anteil (in %) von Schüler/innen in besonderen Klassen		2	2
▪ Kosten / Bildungsaufwand pro Schüler/in	22'578	21'238	21'061

Produkt 3 Ergänzende Angebote

Leistungen

Das Produkt beinhaltet ergänzende Angebote gemäss Volksschulgesetzes (§§ 15 – 18) wie Aufgabenhilfe, Musikalische Grundschule, freiwilliger Schulsport, Blockflötenunterricht.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'964'788	1'811'028	1'756'591
Erlös	211'485	227'200	179'000
Nettokosten	1'753'303	1'583'828	1'577'591
Kostendeckungsgrad in %	11	13	10

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Schulen stellen vielfältige und bedürfnisgerechte ergänzende Angebote zur Verfügung.			
▪ Anteil (in %) Kindergarten- und Primarstufen-Schüler/innen, die schulergänzende Unterrichtsangebote besuchen (1)	**	**	**
▪ Anteil (in %) Sekundarstufen-Schüler/innen, die mehr Wahlfächer besuchen als minimal erforderlich	***	***	***

(1) Kurse wie Schulsport, handwerkliche Kurse, Musikurse etc.

** Freiwillige Handarbeitskurse auf der Primarstufe werden per Schuljahr 13/14 aus Spargründen nicht mehr angeboten. Das Minderangebot lässt sich rechtfertigen, weil in der 5. und 6. Klasse der Primarschule mehr Handarbeitslektionen obligatorisch durchgeführt werden.

*** Operative Ziele sind mit vernünftigem Aufwand nicht erhebbar. BSKK diskutiert neue operative Ziele

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl der freiwilligen Schulsportkurse	90	85	85

Produkt 4 Tagesstrukturen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet sämtliche Betreuungsangebote in den Tagesschulen, die Ferienbetreuung und die Mittagstische in Sekundarschulen.

- Zu den städtischen schulergänzenden Betreuungseinrichtungen für Primarschulkinder zählen (Stand Mai 2013): Obertor, Neuwiesen, Tössfeld, Schachen, Schachen Pavillon, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Wülflingerstrasse, Eulach, Linde, Wartstrasse, Langwiesen, Wyden, Laubegg, Laubegg Pavillon, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Gutschick, Schooren, Guggenbühl, Unterwegli, Talwiesen, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägemoos, Steinacker 1, Steinacker 2, KK Steinacker, Sennhof, Brühlberg, Hegi TMZ, Hegifeld, Hegi Dorf, Hegi Im Gern, Inneres Lind, Geiselweid, Schönnengrund, Tiefenbrunnen, Mattenbach, Weberstrasse, Am Bach.

Schulergänzende Betreuung auf Primarstufe, Öffnungszeiten:

Mittagstische: 11.50 - 13.45

Nachmittagsbetreuung: 13.30 - 18.00 oder im Anschluss an den Unterricht

- Mittagstische auf Sekundarstufe: Sekundarschulen Heiligberg, Rychenberg, Feld, Hohfurri

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	13'689'071	13'819'078	14'254'872
Erlös	5'074'190	4'672'496	5'396'899
Nettokosten	8'614'881	9'146'582	8'857'973
Kostendeckungsgrad in %	37	34	38

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Schule stellt bedürfnisgerechte Tagesstrukturen zur Verfügung.			
▪ Anzahl betreute Schüler/innen pro 100%-Stelle Betreuungspersonal (Stichtag 31.12.)	28	29	29
▪ Anzahl der Schüler/innen auf Warteliste (per Semesterbeginn 1.2/1.8)	0	0	0
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) Betreuungspersonen, die eine Weiterbildung zum "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben	20	30	30

Mit Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes werden keine Wartelisten mehr geführt. Auf jedes neue Schulsemester werden alle Anmeldungen entgegengenommen.

Die Anzahl der betreuten Kinder sagt wenig aus, weil die Kinder sehr unterschiedlich und z.T. mehrmals pro Woche und z.T. nur über Mittag angemeldet sind.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl Plätze			
- in Tagesschule (Kindergarten, Primarstufe)	1'350	1'478	1'526
- Mittagstische (Sekundarstufe)	90	160	100
▪ Anzahl betreute Schüler/innen	2'364	2'550	2'550
▪ Anteil (in %) der betreuten Schüler/innen	24	25	25
▪ Kosten pro Betreuungsstunde (1)			
- in Tagesschule (Kindergarten, Primarstufe)	7.21	7.79	7.63
- Mittagstische (Sekundarstufe)	*	--	--

(1) Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten, geteilt durch Stunden (= angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienbetreuungsstunden pro Platz pro Jahr). Von den 1526 Plätzen, sind 330 reine Mittagsplätze. Der Anteil betreuter Schülerinnen und Schüler auf der Primarstufe beträgt 33%. Der Anteil aller Schülerinnen und Schüler, inklusive Sekundarstufe beträgt die oben erwähnten 25%. Das Ferienbetreuungsangebot wird 2014 eingeschränkt, was zu weniger angebotenen Betreuungsstunden führt.

*Durch die neue Tarifberechnung, resp. -erhöhung, hat das Mittagstischangebot auf Sekundarstufe für die Eltern an Attraktivität verloren. Mittagstische (Sekundarstufe): Der Mittagstisch Sekundarschule wird seit 1.1.2012 nicht mehr separat ausgewiesen.

Produkt 5 Unterstützende Präventive Dienste (UPD)

Leistungen

Unterstützende und Präventive Dienste (UPD)

In den Unterstützenden und Präventiven Diensten sind der Schulpsychologische Dienst (SPD), die Schulsozialarbeit (SSA), der Schulzahnärztliche Dienst (SZD) und der Schulärztliche Dienst (SAD) zusammengefasst.

Der Schulpsychologische Dienst bietet diagnostische Abklärungen und Beratungen bei schulischen Fragestellungen an. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen arbeiten auch in den Schulen vor Ort (Schulhaussprechstunden, Fachteams, schulische Standortgespräche u.a.). Wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen, Schulleitungen, Kreisschulpflegern und anderen Fachstellen. Der SPD ist zwingend beizuziehen für die Abklärung für Sonderschulung und bei Fragen im Dissensfall.

Die Schulsozialarbeit unterstützt die Kinder und Jugendlichen in ihrer sozialen Entwicklung und der Bewältigung des Alltags. Ebenso zielt sie auf eine Verbesserung des Lernumfeldes und der sozialen Integration ab. Die Schulsozialarbeit hat in den 15 Stammschulen ein niederschwelliges Angebot und bietet Beratung bei sozialen Problemen, Konflikten und Gefährdungen an. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden auf Anfrage von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern aktiv, in den 20 Kontaktschulen nur auf Anfrage der Schulleitungen.

Der Schulzahnärztliche Dienst untersucht gemäss kantonalem Gesundheitsgesetz regelmässig die Zähne der Schülerinnen und Schüler. Die Untersuchungen sind für die Eltern kostenlos und erfolgen jeweils im Klassenverband. Zusätzlich werden Massnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung in den Schulen (Prophylaxe-Unterricht) durchgeführt. Auf Wunsch werden auch konservierende und kieferorthopädische Behandlungen durchgeführt. An diese Behandlungen werden einkommensabhängig Unterstützungsbeiträge entrichtet.

Der Schulärztliche Dienst führt in allen öffentlichen Schulen und Kindergärten (2. Kindergarten, 4. und 8. Klasse) die gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen durch, um Krankheiten und Epidemien vorzubeugen und die Gesundheit der Kinder zu erhalten und zu fördern. Die schulärztlichen Leistungen umfassen verschiedene Tests, die Überprüfung des Impfstatus und Impfungen, schulärztliche Beratungen für Kinder, Jugendliche, Lehrpersonen und Eltern sowie Grundlagenvermittlung in der Prävention bei Jugendlichen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	8'439'767	8'585'781	8'383'117
Erlös	3'819'953	2'511'830	2'170'562
Nettokosten	4'619'814	6'073'950	6'212'555
Kostendeckungsgrad in %	45	29	26

Der Kostendeckungsgrad verschlechtert sich ab 2013 aufgrund wegfallender Subventionen des Kantons für den schulpsychologischen Dienst (SPD)

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) schulpsychologische Arbeit in den Schulen (vor Ort)	24	20	20
Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Primarstufe		1'100.00	1'100.00
Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Sekundarstufe		700.00	700.00
Die Schule stellt bedürfnisgerechte unterstützende präventive Angebote zur Verfügung.			
▪ Wartezeit Abklärung im Schulpsychologischen Dienst (in Tagen)(1)	39	30	45

(1) Definition: Zeit von definitiver Auftragserteilung bis zur ersten Kontaktaufnahme bezüglich Abklärung. Begründung für den Anstieg: neue Richtlinien Zuweisungsprozess zu Sonderschulungen und erhöhter Anteil Administration (SAV).

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
<i>Anzahl Fälle Schulpsychologischer Dienst (SPD)</i>	<i>1'114</i>	<i>1'210</i>	<i>1'163</i>
▪ Abklärungen/Beratungen	517	510	511
▪ Beratungen	468	550	515
▪ Kurzberatungen	129	150	137
Kosten pro Fall SPD			
▪ Abklärungen/Beratungen	1'306	1'260	1'339
▪ Beratungen	703	670	721
▪ Kurzberatungen	100	97	103
<i>Anzahl Stellenprozent pro 100 Schüler/innen</i>			
▪ im Schulpsychologischen Dienst	8.1	8.1	8.0
▪ in der Schulsozialarbeit	9.8	10.2	11.0
▪ Anzahl Fälle Schulsozialarbeit (SSA) (1)	1'250	1'551	1'700
▪ Kosten pro Fall SSA	1'082	1'066	970
▪ Anzahl Time-outs	17	20	20
▪ Anzahl obligatorische Untersuchungen Schulzahnärztlicher Dienst (SZD)	8'393	8'700	8'800
▪ Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen in CHF	410'227	460'000	455'000
▪ Anteil (in %) gesunde Znüni	62	62	62
▪ Anzahl obligatorische Untersuchungen Schulärztlicher Dienst (SAD)	2'603	2'650	2'650
▪ Anzahl verabreichte Impfungen gemäss Impfplan	510	520	520

(1) Schulsozialarbeit SSA. Fälle SSA sind durchschnittliche Werte.

Untersuchungen im Schulärztlichen Dienst SAD

Durch SAD ausgeführt

Schuljahr 2010 / 2011 = 2088 Untersuchungen 78.76%

Schuljahr 2011 / 2012 = 2151 Untersuchungen 82.64%

Durch Privatarzt ausgeführt

Schuljahr 2010 / 2011 = 563 Untersuchungen 21.23%

Schuljahr 2011 / 2012 = 452 Untersuchungen 17.36 %

Gesamte obligatorische Untersuchungen

Schuljahr 2010 / 2011 = 2651 Untersuchungen 100.00%

Schuljahr 2011 / 2012 = 2603 Untersuchungen 100.00 %

Der Wunsch der Eltern ihr Kind vom Privatarzt / der Privärztin untersuchen zu lassen beeinflusst die Anzahl der SAD-Untersuchungen.

Ausgeführte Impfungen:

Basisimpfungen Schuljahr 2010 / 2011 299 = 22 % der Kinder der 4. Kl. und 2. OS

Basisimpfungen Schuljahr 2011 / 2012 262 = 19% der Kinder der 4. Kl. und 2. OS

Hepatitis Impfungen Schuljahr 2010 / 2011 173 = 27% der Jugendlichen der 2. OS

Hepatitis Impfungen Schuljahr 2011 / 2012 161 = 26% der Jugendlichen der 2. OS

HPV Impfungen Schuljahr 2010 / 2011 52 = 16% der Jugendlichen der 2. OS

HPV Impfungen Schuljahr 2011 / 2012 87 = 26% der Jugendlichen der 2. OS

Gesamte Schuljahr 2010 / 2011 524 Impfungen

Gesamt Schuljahr 2011 / 2012 510 Impfungen

Investitionsrechnung Volksschule

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	28'635'000	32'048'000	35'550'000	28'750'000	24'088'500

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Zunahme der Schülerzahlen, Inbetriebnahme des Schulhauses Zinzikon, Bau des Schulhauses Neuhegi

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Einkauf und Logistik Winterthur

Auftrag

Einkauf und Logistik Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

Beschaffung und Verkauf

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000 (LS 412.14)
- Gesetz vom 15.9.2003 über den Beitritt des Kantons Zürich zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss (2003-0932) vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Richtlinie Beschaffungswesen soziale Nachhaltigkeit (genehmigt mit SR 12.1218-2 vom 14.11.2012)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Einkauf und Logistik Winterthur vom April 2000
- Richtlinien für das Beschaffungswesen in der geleiteten Volksschule vom 11.12.2012

Verantwortliche Leitung

Peter Buchwalder, Leiter Einkauf und Logistik Winterthur

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit Einkauf und Logistik Winterthur ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrössen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	102 61	102 69	105 67
2 Wirkung Der Warenkorb mit den 100 umsatzstärksten Lagerartikeln wird im Durchschnitt gegenüber dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei Einkauf und Logistik Winterthur um mindestens x % günstiger angeboten. 1) <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	21	18	20
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen von Einkauf und Logistik Winterthur zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Zufriedenheit wird anhand der Reklamationen erhoben. 2) ▪ Anzahl Reklamationen infolge falschem Auslieferungsort ▪ Anzahl Reklamationen infolge verspätetem Liefertermin ▪ Anzahl Reklamationen infolge mangelnder Produktqualität	12 21 5	40 35 25	12 20 8
4 Ökologie Der Anteil von A4 Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % (mindestens) ▪ Anteil von Recycling + FSC-Papier gemessen am Gesamtverbrauch in % ▪ Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	86 100 71 91	95 100 70 90	95 100 70 90

1) Gemäss dem Mehrwertsteuergesetz vom 1.1.2010 sind stadtinterne Leistungen nicht mehr mehrwertsteuerpflichtig. Es wird deshalb der interne Verkaufspreis ohne Mehrwertsteuer dem externen Kaufpreis inklusive Mehrwertsteuer gegenübergestellt.

2) Die Erhebung erfolgt während je eines Monats pro Quartal.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	4'694	-13'106	-192'073

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

VA 13 ging von einem höheren Verkaufs- und Einkaufsvolumen basierend auf den Einschätzungen 11 aus. Im VA 14 wurden die Prognosen aufgrund der Zahlen 12 angepasst.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Es wurden die folgenden Massnahmen beschlossen: Abbau der Stelle Chauffeur Einkauf & Logistik, Auslagerung Transportdienste an Dritte, erneute Überprüfung Einkaufskonditionen, geringerer Mietaufwand, Mutationsgewinne Salär Mitarbeiter, Reduktion externe Informatikkosten. Insgesamt beträgt die Einsparung CHF 100'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Aufwand und Ertrag bleiben stabil-> keine nennenswerten Abweichungen

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Begründung siehe Abschnitt Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	1'022'916	1'009'544	827'463
Sachkosten	5'854'630	6'899'919	5'952'007
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	25'138	23'941	23'941
Mietkosten	190'912	213'240	234'600
Übrige interne Kosten	89'552	78'262	70'929
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'183'149</i>	<i>8'224'907</i>	<i>7'108'941</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	7'183'149	8'224'907	7'108'941
Externe Erlöse	1'223'504	1'905'000	1'294'067
Interne Erlöse	5'954'951	6'333'012	6'006'947
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'178'455</i>	<i>8'238'012</i>	<i>7'301'014</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'178'455	8'238'012	7'301'014
Total Nettokosten / Globalkredit	4'694	-13'106	-192'073
Kostendeckungsgrad in %	100	100	103

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	8.90	8.90	7.30
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":

- 0.2 Stellen an das Finanzamt aufgrund der Zentralisierung der Verbuchung der Kreditoren.
- 0.9 Stellen Chauffeur, Auslagerung eines Teils der Transportdienste an Dritte

Änderungen VA 14:

- 0.5 Stellen aufgrund des Umzuges an die Industriestrasse 40a, bessere Effizienz in den Abläufen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Projekt Fokus:
Durchführung Submission für das Mobiliar und die Umzugsarbeiten. Planung und Vorbereitung für den "Verkauf" des freiwerdenden Mobiliars mit externen Partnern.
- Projekt Neubau Schulhaus Zinzikon:
Durchführung der Beschaffungen im Bereich Mobiliar (Submission), interaktiven Wandtafeln, Maschinen und Geräten. Erarbeitung eines neuen Einrichtungskonzeptes betreffend den im Neubau vorhandenen "Lernlandschaften" in Zusammenarbeit mit den zukünftigen Nutzern
- Konsolidierung am neuen Standort von Einkauf & Logistik Winterthur (ELW) an der Industriestrasse 40a
- Projekt Schulmobiliarstandard:
Überarbeitung und Aktualisierung des ca. 15-jährigen Schulmobiliarstandards mit Abnahme durch die ZSP.

Produkt 1 Beschaffung und Verkauf**Leistungen**

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und Auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und Aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbüchern etc.
- Beschaffung von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen im Rahmen von Sammelbestellungen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	6'682'934	7'732'129	6'684'561
Erlös	6'875'654	7'897'995	7'016'930
Nettokosten	-192'720	-165'866	-332'368
Kostendeckungsgrad in %	103	102	105

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Anzahl der Einkaufsbestellungen für Lagermaterial wird durch Optimierung der Bestellabläufe reduziert Anzahl Einkaufsbestellungen	1'184	1'240	1'150

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen	384	450	360
Umsatzanteil der städtischen Schulen in %	65	65	65
Anzahl Bestellungen insgesamt	14'125	14'300	14'000
Anzahl Bestellungen im Internet-Shop	9'735	8'200	9'800
Anzahl Kundinnen und Kunden	1'237	1'250	1'250

Produkt 2 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, Erscheinungsbildkommission, Arbeitsgruppe Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
- Beratungen bezüglich städtischen Erscheinungsbildes.
- Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
- Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
- Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
- Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
- Planen und Durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.
- Planen und Durchführen von Kursen in den Bereichen Handarbeit und Werken.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	254'135	253'855	218'620
Erlös	161'558	185'009	129'072
Nettokosten	92'577	68'846	89'548
Kostendeckungsgrad in %	64	73	59

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl der Produktberatungen bei Beschaffungen von > CHF 5'000			
▪ Für Druckaufträge	50	50	50
▪ Für allgemeine Dienstleistungsaufträge	62	65	60
Bis zur Realisierung von Fokus:			
Die Kosten für Beschaffungsvorhaben von Büromobiliar werden durch Beratungen und das zusätzliche Angebot von Alternativen (z.B. Occasionsmobiliar, Einsatz von Günstigprodukten) um x % reduziert.	15.00	20.00	15.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %	75	75	75

Produkt 3 Lagerung, Transport und Entsorgung

Leistungen

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Beleuchtungsmaterial und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar und -maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	239'186	238'922	205'760
Erlös	141'243	155'008	155'005
Nettokosten	97'943	83'914	50'755
Kostendeckungsgrad in %	59	65	75

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar - Einhaltung der Lieferfristen in %	90.00	90.00	90.00
Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht - Zielerreichungsgrad: prozentualer Rücklauf in Relation zur Anzahl verkaufter Produkte	95	96	95
Lagerumschlag pro Jahr (Umsatz : Lagerwert)	3.80	3.90	3.80

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte	247	220	230

Investitionsrechnung Einkauf und Logistik Winterthur

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Realisierung Möblierung Fokus, Verkauf und Entsorgung von nicht mehr benötigtem Mobiliar nach Bezug Fokus

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Sonderschulung

Auftrag

Die Sonderschulen bereiten Kinder und Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf, bzw. mit Behinderungen auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung oder angemessene Anschlusslösung vor. Die möglichst selbstständige Bewältigung des Alltags steht dabei im Mittelpunkt.

Die Umsetzung richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben sowie nach Möglichkeit nach dem Lehrplan für die Zürcher Volksschule. Die Integrierte Sonderschulung in Regelklassen ist ein wichtiges Angebot der Sonderschulen. Ziel ist, möglichst viele Kinder und Jugendliche durch heilpädagogische Unterstützung in Regelklassen integriert zu unterrichten.

Produkte

1 Sonderschulische Angebote

Das Produkt beinhaltet sämtliche sonderschulischen Angebote wie Heilpädagogische Schule (Michaelschule HPS), Schule für Kinder mit cerebraler Lähmung, körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderungen (Maurerschule CPS), Kleingruppenschule (KGS) für verhaltensauffällige Jugendliche, Angebote der Integrierten Sonderschulung (IS), auswärtige Sonderschulungen und weitere Dienstleistungen (Therapien, Einzelunterricht, Transporte).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998, Art. 62 Abs. 2 und 3

Stufe Kanton

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, Art. 115 und 116

Kantonale Volksschulgesetzgebung, insbesondere Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (LS 412.100)

Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen vom 11.7.2007

Stufe Stadt (Volk/GGR / SR)

Gemeindeordnung vom 26.11.1989

Geschäftsordnung Volksschule Winterthur vom 3.5.2010

Stufe Zentralschulpflege

Reglement über die sonderpädagogischen Massnahmen in Winterthur vom 13. Mai 2008, Art. 19 bis Art. 21

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Zentralschulpflege

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Förderung der individuellen Fähigkeiten Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf bzw. mit Behinderungen können eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren. (W) - Anzahl Jugendliche, die im Anschluss eine Berufsausbildung oder einer weiterführende Schule besuchen (1)(2) - HPS - CPS - KGS Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (L) - Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen (1)	 8 6 5 0	 3 5 6 12	 3 5 6 12
2 Förderung der Selbstständigkeit und Integration Während ihrer Schulzeit sind die Kinder und Jugendlichen möglichst selbstständig und integriert. (W) Zu diesem Zweck schöpfen die Sonderschulen und Eltern die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können. (L) - Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können - Anteil (in %) Kinder und Jugendliche, die sich selbstständig im Schulhaus bewegen, bzw. orientieren können Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse). (L) - Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen (3)	 41 80 108	 33 74 104	 33 74 108

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Im ersten Indikator wird die Anzahl Jugendliche aufgeführt, die eine Ausbildung (Berufsausbildung oder weiterführende Schulen) absolvieren. Im zweiten Indikator wird die Anzahl Jugendliche ausgewiesen, welche keine Ausbildung absolvieren und direkt ins Erwerbsleben (berufliche Tätigkeit oder ausserfamiliäre Tagesstruktur) einsteigen. Die beiden Indikatoren sind zu kumulieren. Ziel ist, dass alle Jugendlichen eine Anschlusslösung haben. Total Anzahl Austritte: 26 Jugendliche

(2) Anzahl vorhandene Plätze, HPS: 149, CPS: 125, KGS: 21

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	17'890'856	24'693'886	21'806'006

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die höheren Personalkosten resultieren aus den erhöhten Aufwendungen für die Betreuungsangebote und dem neu zu entrichtenden Sanierungsbeitrag für die städtische Pensionskasse.

Die externen Erlöse sind im Voranschlag 2014 tiefer als im 2013, weil eine für das Jahr 2013 geplante Schulgelderhöhung (aus rechtlichen Gründen) nicht umgesetzt wird.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Es wurden folgende Massnahmen beschlossen: Verzicht auf Ausbau der Betreuungsleistungen CPS, Plafonierung baulicher Unterhalt und weitere kleine Massnahmen. Insgesamt beträgt die Einsparung CHF 200'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die höheren Personalkosten resultieren aus den erhöhten Aufwendungen für die Betreuungsangebote und dem neu zu entrichtenden Sanierungsbeitrag für die städtische Pensionskasse.

Die tieferen Sachkosten im Voranschlag 2014 sind buchhalterisch begründet: Ein Teil der unter "Beiträge an Dritte" budgetierten Aufwendungen werden effektiv in der Gruppe "Sachkosten" verbucht. Die Erhöhung der "Beiträge an Dritte" resultiert aus einer erhöhten Zahl an Platzierungen in nicht städtischen Sonderschulen. Diese Aufwendungen werden auf Basis des Voranschlags 2013 plafoniert.

Die Beiträge von Dritten fielen im 2012 ausserordentlich hoch aus, weil ab 2012 die Staatsbeiträge periodengerecht verbucht wurden und dadurch zwei Betriebsjahre als Erlös ausgewiesen werden.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Begründung siehe Abschnitt Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	21'333'372	21'460'581	22'264'961
Sachkosten	4'020'190	3'366'878	3'430'323
Beiträge an Dritte	11'442'311	13'250'000	9'510'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'469'121	1'469'398	1'469'398
Mietkosten	17'325	38'857	40'000
Übrige interne Kosten	601'035	567'127	532'114
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>38'883'354</i>	<i>40'152'841</i>	<i>37'246'796</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	38'883'354	40'152'841	37'246'796
Externe Erlöse	4'726'600	5'347'500	4'965'500
Interne Erlöse	747	384	291
Beiträge von Dritten	16'265'151	10'111'071	10'475'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>20'992'498</i>	<i>15'458'955</i>	<i>15'440'791</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	20'992'498	15'458'955	15'440'791
Total Nettokosten / Globalkredit	17'890'856	24'693'886	21'806'006
Kostendeckungsgrad in %	54	39	41

Die höheren Personalkosten resultieren aus den erhöhten Aufwendungen für die Betreuungsangebote und dem neu zu entrichtenden Sanierungsbeitrag für die städtische Pensionskasse.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	49.08	48.55	49.65
▪ Auszubildende	21.00	20.80	20.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen VA 14:

- + 0.2 Stellen, Verschiebung aus dem Bereich Integrierte Sonderschulung in der Volksschule zur Abteilung Sonderpädagogik.
- + 0.2 Stellen Hauswirtschaft für die Zubereitung und Verteilung der Mahlzeiten an der Oberstufe und der anschliessenden Reinigung, dadurch dass an der Oberstufe der Maurerschule nicht mehr für die ganze Oberstufe durch die Schülerinnen und Schüler gekocht werden kann. Die Behinderungen sind zu gross, dass dies weiterhin noch möglich ist.
- + 0.37 Stellen in der Betreuung in der Integrierten Sonderschulung an der Volksschule. Anpassung an den effektiven Betreuungsaufwand der behinderten Kinder, welche in die Regelklassen der Volksschule integriert werden.
- + 0.33 Stellen Hauswirtschaft an der Michaelschule an die effektiven Gegebenheiten gemäss Ist-Zustand und Berechnungen Gebäudemanager.

Produkt 1 Sonderschulische Angebote

Leistungen

Das Produkt beinhaltet sämtliche sonderschulischen Angebote wie Heilpädagogische Schule (Michaelschule HPS), Schule für Kinder mit cerebraler Lähmung, körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderungen (Maurerschule CPS), Kleingruppenschule (KGS) für verhaltensauffällige Jugendliche, Angebote der Integrierten Sonderschulung (IS), auswärtige Sonderschulungen und weitere Dienstleistungen (Therapien, Einzelunterricht, Transporte).

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	38'883'354	40'152'841	37'246'796
Erlös	20'992'498	15'458'955	15'440'791
Nettokosten	17'890'856	24'693'886	21'806'006
Kostendeckungsgrad in %	54	39	41

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (1) <i>Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen</i>			
▪ HPS	0	10	10
▪ CPS	0	2	2
▪ KGS	0	0	0
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können			
▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können	41	33	33
▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die sich im Schulhaus selbstständig bewegen, bzw. orientieren können	80	74	74
Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse).			
▪ Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen	108	104	108
Die Sonderschulen stellen Plätze zur Verfügung. <i>Angebotene Plätze (Total)</i>			
▪ HPS	149	149	149
▪ CPS	125	125	125
▪ KGS	21	21	21

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
<i>Belegte Plätze (Winterthurer Schüler/innen)</i>			
▪ HPS	120	120	120
▪ CPS	89	79	79
▪ KGS	20	21	21
<i>Belegte Plätze (insgesamt)</i>			
▪ HPS	148	149	149
▪ CPS	123	125	125
▪ KGS	21	21	21
Auswärtige Sonderschulplatzierungen			
▪ Anzahl	201	215	215

(1) Individualisierte Lernziele: Kein vollständiges Zeugnis.
Platzzahlen werden per Stichtag 15.11. erhoben.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anteil (in %) Schüler/innen in Sonderschulen	5	4	5
▪ Davon Anteil (in %) Schüler/innen in nicht städtisch geführten Sonderschulen	41	43	42
▪ Kosten pro Schulplatz (ohne integrierte Sonderschulung):			
- HPS	63'000	63'000	63'000
- CPS	68'000	63'000	68'000
- KGS	62'000	62'000	64'000
- Nicht städtisch geführte	51'000	45'000	49'000
▪ Kosten pro Schulplatz (mit integrierter Sonderschulung):			
- HPS	25'000	23'000	23'000
- CPS	27'000	31'000	31'000
▪ Anzahl schulisch indizierte Sonderschulheimplatzierungen	82	90	90
▪ Anzahl sozial indizierte Sonderschulheimplatzierungen	1	6	1
▪ Durchschnittliche Kosten von Sonderschulheimplatzierungen	99'000	98'000	52'500 1)

Die Schulplatzkosten der Städtischen Sonderschulen HPS, CPS und KGS werden ab dem Voranschlag 2014 als Nettokosten aufgewiesen (davor Bruttokosten).

Die Nettokosten fielen im 2012 ausserordentlich tief aus, weil ab 2012 die Staatsbeiträge periodengerecht verbucht wurden und dadurch zwei Betriebsjahre als Erlös im Rechnungsjahr 2012 ausgewiesen werden.

1) Das Departement Soziales übernimmt ab Jan 2014 die Wohnkosten der in Sonderschulen platzierten Kinder vom Departement Schule und Sport (DSS) gemäss der Verordnung über die Finanzierung der Sonderschulung vom 05.12.2007 (§4 - Kosten von Heimplatzierungen bei Kindern mit gemischter Indikation sind je zur Hälfte zwischen Schulgemeinde und politischer Gemeinde aufzuteilen).

Investitionsrechnung Sonderschulung

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	-60'000	950'000	250'000	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Unterstützung berufliche Integration von Jugendlichen in den städtischen Sonderschulen
Anpassung Elternbeiträge Betreuung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Familie und Jugend

Auftrag

Kindertagesstätten und weitere Angebote für Kinder im Vorschulalter fördern die Kinder in ihrer Sozial- Sach- und Selbstkompetenz. Eine gute Vorbereitung auf den Kindergarten bedeutet namentlich für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien bessere Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn.

Die Elternbildung stärkt die Erziehungsberechtigten in ihrer Erziehungsaufgabe und bereitet sie auf die Kooperation mit der Schule vor. Die Angebote geben Impulse für den Familienalltag, vermitteln Informationen und zeigen Lösungsansätze für vielfältige Erziehungssituationen auf.

Das Kinder- und Jugendheim Oberi bietet Kindern und Jugendlichen mit einer oft schon bewegten Vergangenheit einen längerfristigen Lern- und Lebensplatz und eine sichere und fördernde Umgebung. Diese Kinder und Jugendlichen werden im Alltag begleitet und unterstützt, um ihre persönlichen Defizite aufzuarbeiten und ihre Ressourcen und Stärken weiterzuentwickeln auf dem Weg in ein selbstverantwortliches Leben.

Produkte

1 Frühförderung

Das Produkt beinhaltet die Vernetzung und Unterstützung der Akteur/innen welche mit Kindern im Vorschulalter befasst sind sowie die Subventionierung und Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften (Spielgruppen, Eltern-Kind-(Elki-)Gruppen, Frühförder-Programme, Familienzentrum).

2 Beiträge an Kinderbetreuung in Kitas und Tagesfamilien

Das Produkt beinhaltet die Subventionierung von Elternbeiträgen für Einrichtungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien Winterthur).

3 Eltern- und Erwachsenenbildung

Das Produkt beinhaltet städtische Kurse in Elternbildung sowie Deutschkurse mit Kinderbetreuung. Zudem beinhaltet es Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote der Erwachsenenbildung bereit stellen (Volkshochschule Winterthur VHSW).

4 Wohnangebot für Kinder- und Jugendliche

Das Produkt beinhaltet die Betreuung verhaltens- und entwicklungsauffälliger Kinder, die nicht unter der Obhut der Eltern leben können, im Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur. Dieses erfüllt die kantonalen Qualitätsvorgaben und wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt. Es erhält aufgrund der Anerkennung Betriebsbeiträge des Kantons und des Bundesamtes für Justiz.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Kanton

Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge vom 1.4.1962 (LS 852.2)

Verordnung über die Jugendheime vom 4.10.1962 (LS 852.21)

Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 14.3.2011 (LS 852.1)

Kinder- und Jugendhilfeverordnung vom 7.12.2011 (LS 852.11)

Verordnung über die Vermittlung von Pflegeplätzen und die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten vom 25.1.2012 (LS 852.23)

Richtlinien der Bildungsdirektion über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 6. Dez. 2012

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 15. Juni 2009 zur Weisung 2009/038: "Frühförderung in der Stadt Winterthur"

Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung im ausserschulischen Bereich vom 23. Mai 2012

Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vom 3. Mai 2010

Verantwortliche Leitung

Regula Forster

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Verbesserte Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter Kinder mit entsprechendem Bedarf profitieren von den Angeboten zur Frühförderung mit dem Ziel, den Kindergarten-Eintritt erfolgreich zu meistern. (W) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässer motorischer Entwicklung (W) (1) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässen kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten (W) (2) Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Plätze in Spielgruppen mit Zweierleitung - Anzahl Plätze in Elki-Gruppen - Anzahl Plätze pro Jahr im Programm "schrittweise"	97.20	-	91 95.00
2 Unterstützung der Erziehungsberechtigten Eltern/Erziehungsberechtigte mit entsprechendem Bedarf nutzen die Angebote der Elternbildung mit dem Ziel, ihre Erziehungskompetenz zu verbessern und sich auf die Kooperation mit der Schule vorzubereiten. (W) - Anteil (in %) positiver Einschätzungen der Erziehungsberechtigten (Befragung) (3) Städt. Institutionen bieten Erwachsenen attraktive, bedarfsgerechte Weiterbildung in Fragen der Erziehung und Lebensgestaltung an. (L) - Anzahl durchgeführte Erwachsenenurse p.a.	- 81	- 82	- 68
3 Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberi Die zuweisenden Stellen beurteilen die Vorgaben bezüglich Wohnen, Förderung und Erziehung als erfüllt. (W) Anteil (in %) erfüllter Vorgaben (4)	97	80	97

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Grundlage: sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern. Wird ausgewiesen ab 2014

(2) Anteil der Kinder, die in Spielgruppen mit Zweierleitung oder bei schrittweise teilnahmen, die nach zwei Jahren Kindergarten regulär in die erste Klasse übertreten. (W) Nichtkognitive Fähigkeiten sind beispielsweise Selbstkontrolle, Selbstvertrauen, Durchhaltevermögen, Zuverlässigkeit oder Motivation. Wird erstmals 2013 ausgewiesen

(3) Befragung kann aus Kapazitätsgründen nicht konzipiert werden.

(4) Befragung (Masterarbeit) 2012. Zeitpunkt der Wiederholung nicht bestimmt.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	8'420'694	8'935'508	9'055'029

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Zunahme subventionierter Plätze in Kindertagesstätten

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Es wurde folgende Massnahme beschlossen: Anpassung Beitragsberechnung für Betreuung in Kitas aufgrund neuer Verordnung. Insgesamt beträgt die Einsparung CHF 250'000

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Zunahme subventionierter Plätze in Kindertagesstätten

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Bemerkungen siehe Abschnitt Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	3'980'863	3'892'905	3'638'079
Sachkosten	876'210	960'699	802'479
Beiträge an Dritte	7'268'449	7'755'566	8'160'532
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	354'743	230'989	230'989
Mietkosten	70'871	0	83'533
Übrige interne Kosten	257'411	241'983	175'996
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'808'547</i>	<i>13'082'143</i>	<i>13'091'609</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	12'808'547	13'082'143	13'091'609
Externe Erlöse	3'572'098	2'916'000	2'912'550
Interne Erlöse	442	134	70'100
Beiträge von Dritten	815'314	1'230'500	1'053'930
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'387'853</i>	<i>4'146'634</i>	<i>4'036'580</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'387'853	4'146'634	4'036'580
Total Nettokosten / Globalkredit	8'420'694	8'935'508	9'055'029
Kostendeckungsgrad in %	34	32	31

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	25.14	23.65	23.15
▪ Auszubildende	8.00	4.00	7.80
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen VA 14:

- 0.5 Stellen Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur aufgrund der Anpassungen an die effektiven Gegebenheiten. Für die Stadt Winterthur ist dieser Abbau kostenneutral, da die Rechnung des Kinder- und Jugendheimes durch Einlage oder Entnahme aus den Spezialfinanzierungen ausgeglichen ist.

Produkt 1 Frühförderung

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Vernetzung und Unterstützung der Akteur/innen welche mit Kindern im Vorschulalter befasst sind sowie die Subventionierung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an Förderangeboten durch Drittmittel. Zudem beinhaltet das Produkt Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote im Bereich der Frühförderung bereitstellen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	524'388	499'746	462'487
Erlös	118	34	40'028
Nettokosten	524'269	499'712	422'459
Kostendeckungsgrad in %	0	0	9

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Elki-Gruppen - Anzahl Spielgruppen mit Zweierleitung - Anzahl vermittelte Kinder in Frühförder-Angebote	 3 10 71	 3 10 120	 4 11 80

Anzahl vermittelte Kinder in Frühförder-Angebote: durch aufsuchende Sozialarbeiterin der Fachstelle Frühförderung vermittelt (Kooperation kjz Winterthur - DSS).

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Anteil (in %) Kinder mit altersgemässer motorischer Entwicklung (1) - Anteil (in %) Kinder mit altersgemässen kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten (2)	91	91	91 95

(1) Grundlage: Sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern.

(2) Grundlage: Schülerdatenbank Sclaris. Anteil der Kinder insgesamt, die nach 2 Jahren Kindergarten regulär in die 1. Klasse eintreten

Produkt 2 Beiträge an Kinderbetreuung in Kitas und Tagesfamilien

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Subventionierung von Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung in privaten Einrichtungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien Winterthur).

Es werden bei folgenden Kindertagesstätten subventionierte Plätze eingekauft (Stand 30.6.2013): Äntenäscht, Am Park, Child Care Corner, Dampfschiff, Eitzberg, Fantasia, Fugu, Heckenrose, Kinderhaus Winterthur, Kinderhaus Sonne, Kindertreff Hegi, Kindertreff Im Gern, Loki, Luftibus, Montessori, Nakita, Pinocchio, Rumpelchischtä, SalZH (Büelwiesen, Tellstrasse, Espenstrasse), Schnäggehuus, Spielberg, Strickhof, Sunneberg, Sunneschii, Tandem Dättnau, Tandem Troll, Trotro, Villa Ninck, Wässerwiesen, Windrädli, Zauberschiff.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	7'099'079	7'836'160	8'132'030
Erlös	204'714	193'522	19
Nettokosten	6'894'365	7'642'637	8'132'011
Kostendeckungsgrad in %	3	2	0

Aufgrund auslaufenden Subventionsprogrammen (Bund, Kanton) gibt es 2014 praktisch keinen Erlös mehr

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L)			
▪ Anzahl subventionierte Kinderplätze in Kitas 1)	317	347	1)
▪ Anzahl subventionierte Betreuungstage in Kitas 1)	1)	1)	113'000
▪ Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas (< 18 Monate) 1)	106	122	1)
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien	50'598	70'000	55'000

1) Die Ziele Anzahl subventionierte Kinderplätze in Kitas und Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas werden ab 2014 durch das Ziel Anzahl subventionierte Betreuungstage in Kitas ersetzt.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kennzahlen zu subventionierten Plätzen von privaten Anbietern mit Leistungsvereinbarungen.			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	2'915'186	3'200'000	3'500'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	32	31	31
▪ Maximale Subvention pro Betreuungstag à 11 Std. in CHF (2)	89	89	89
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge in Kitas (1)	748	772	861
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge in Tagesfamilien (1)	139	160	150
▪ Anteil (in %) subventionierter Plätze am Gesamtangebot der Kitas	45	44	48

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

(2) Es wird der Wert des bestehenden Subventionierungsmodells ausgewiesen.

Produkt 3 Eltern- und Erwachsenenbildung

Leistungen

Das Produkt beinhaltet städtische Kurse in Elternbildung und Deutsch mit Kinderbetreuung. Zudem beinhaltet es Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote der Erwachsenenbildung bereit stellen (Volkshochschule Winterthur VHSW).

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'258'223	971'196	698'265
Erlös	245'984	160'034	155'028
Nettokosten	1'012'239	811'162	543'236
Kostendeckungsgrad in %	20	16	22

Der Wegfall der Staatsbeiträge an die hauswirtschaftliche Fortbildung führt zu einem tiefen Kostendeckungsgrad.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die Eltern- und Erwachsenenbildungskurse sind attraktiv und gut besucht.			
▪ Anzahl durchgeführte Kurse in Elternbildung	22	35	32
Deutsch für fremdsprachige Frauen	30	34	36
Kochen	3	0	0
Textiles Arbeiten	26	13	0

Bedarf nach Deutschkursen steigt weiterhin. Kurse in textilen Arbeiten wurden 2013 aufgehoben.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl Teilnehmende an Elternbildungskursen	300	420	320
Deutschkursen für fremdsprachige Frauen	338	340	360
Kochkursen	26	0	0
Textiles Arbeiten	283	145	0
Institutionen mit Leistungsvereinbarungen:			
▪ Anzahl durchgeführte Kursteilnehmer/innen-Stunden der Volkshochschule p.a.	4'504	2'000	2'000

Produkt 4 Wohnangebot für Kinder- und Jugendliche

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Betreuung verhaltens- und entwicklungsauffälliger Kinder, die nicht in der Obhut der Eltern leben können, im Kinder- und Jugendheim Oberi. Dieses erfüllt die kantonalen Qualitätsvorgaben und wird vom kant. Amt für Jugend und Berufsberatung beaufsichtigt. Es erhält aufgrund der Anerkennung Betriebsbeiträge des Kantons und des Bundesamtes für Justiz.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'915'946	3'773'952	3'798'827
Erlös	3'937'037	3'793'044	3'841'505
Nettokosten	-21'091	-19'092	-42'678
Kostendeckungsgrad in %	101	101	101

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Das Kinder- und Jugendheim Oberi stellt Plätze für Wohnen und Erziehen zur Verfügung			
▪ Angebotene Plätze (Stichtag 1.9.)	32	32	32
▪ Belegte Plätze total (Stichtag 1.9.) (1 Platz = 360 Betreuungstage)	30	30	30
Das Kinder- und Jugendheim Oberi führt unter Einbezug der Bezugspersonen des Kindes pro betreutes Kind eine professionelle Erziehungs- und Förderplanung durch.			
▪ Anteil (in %) Kinder mit dokumentierten Förderplänen (2 pro Jahr)	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Tagestaxen pro Platz und Tag in CHF	230	230	245

Investitionsrechnung Familie und Jugend

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	150'000	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Keine Bemerkungen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das Berufsvorbereitungsjahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als Polymechaniker oder Polymechanikerin
- Anlagen- und Apparatebauer oder Anlagen- und Apparatebauerin
- Automatiker oder Automatikerin
- Elektroniker oder Elektronikerin
- Informatiker oder Informatikerin

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet Berufsvorbereitungsjahre an:

- Berufswahl Profil A
- Berufsfeld Gestaltung und Druck
- Berufsfeld Bau und Gebäudetechnik
- Berufsfeld Malerei und Oberflächenveredelung

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein Berufsvorbereitungsjahr Berufswahl Profil B an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet Berufsvorbereitungsjahre an:

- Berufswahl A
- Berufsfeld Gesundheit/Soziales
- Berufsfeld Gestaltung/Textilien/Schönheit
- Berufsfeld Gastronomie/Nahrung
- Berufsfeld Wirtschaft/Verwaltung
- Berufsfeld Verkauf
- Sprache Kultur
- Vorlehre Gesundheit und Soziales

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Regierungsratsbeschluss vom 01.02.2006; Beitragsberechtigung
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS / HFS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Verordnung zum EG BBG vom 8. Juli 2009
- Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 bis 2012/2013 vom 22.4.2009 (Verlängerung ausstehend)
- Verordnung über die Zulassung zu den Berufsvorbereitungsjahren 2011/2012 und 2012/2013 und die Anforderungen an die Lehrpersonen vom 28. Februar 2011

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Reglement der Bildungsdirektion über das Absenzenwesen und die Disziplinarordnung an den Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen sowie an Schulen die Berufsvorbereitungsjahre anbieten (Disziplinarreglement vom 14. August 2009)
- Reglement über die Abschlussbeurteilung der Berufsvorbereitungsjahre 2011/2012 und 2013 vom 28. September 2009

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur
- Schulordnung msw-winterthur vom 13. Juni 2005 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Schulordnung HFS vom 5. Juni 2007 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Submissionsordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Reglement über den Erlass des Schulgeldes für den Besuch der Berufsvorbereitungsjahre, für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler vom 25. Mai 2009

Verantwortliche Leitung

Pierre Zesiger, Bereichsleiter Berufsbildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots			
Produkt msw-winterthur			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'281.00	19'900.00	18'571.00
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	11'425.00	10'156.00	9'205.00
2 Angebot			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	248	248	248
▪ Anteil Winterthurer/Winterthurerinnen an Lernenden in %	31.44	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	436	410	450
3 Wirkungsorientierter Faktor			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.70	4.70	4.70
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)			
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	94.00	93.00	93.00

Die Anzahl Ausbildungsplätze bei BVJ sind bei 450, da in den letzten 3 Jahren die Anmeldungen in Sprache und Kultur und Vorlehre (HFS) gestiegen sind. Hier ist für 2014 ein Rückgang zu erwarten, da verschiedene BVJ's im Kt. ZH gleiche Angebote lancieren (erhöhte Konkurrenz).

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	9'259'729	9'283'487	8'673'246

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Wegfallende interne Mieterlöse aufgrund der Reform in der Erwachsenenbildung, tiefere Einschätzung der Subventionszahlung des Kantons aufgrund des Geschäftsganges 2012, Neueinschätzung der Einnahmen aus Dienstleistungsverkäufen aufgrund des Geschäftsverlaufes 2012

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Es wurden folgende Massnahmen beschlossen: Verzicht auf Ersatzbeschaffungen und Optimierung der Klassengrössen, Reduktion einer Praktikumsstelle und Reduktion temporäre Mitarbeitende, Reduktion Kredit Lehrmittelbeschaffung und diverse Kürzungen Sachaufwand. Insgesamt beträgt die Reduktion CHF 700'000

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Subventionen ZHAW und STFW werden ab 2013 über den Bereich Berufsbildung statt den Bereich Familie und Jugend ausgerichtet.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Bemerkungen siehe Abschnitt Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	16'035'494	15'927'637	15'350'535
Sachkosten	3'600'634	4'064'964	3'935'812
Beiträge an Dritte	0	250'000	250'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'703'631	1'157'070	1'157'070
Mietkosten	788'871	947'619	786'704
Übrige interne Kosten	565'701	376'734	209'191
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>22'694'330</i>	<i>22'724'024</i>	<i>21'689'311</i>
Verrechnungen innerhalb PG	233'810	138'000	0
Total effektive Kosten	22'460'520	22'586'024	21'689'311
Externe Erlöse	4'492'184	4'694'254	4'515'165
Interne Erlöse	701'021	431'583	324'946
Beiträge von Dritten	8'241'396	8'314'700	8'175'954
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'434'601</i>	<i>13'440'537</i>	<i>13'016'065</i>
Verrechnungen innerhalb PG	233'810	138'000	0
Total effektive Erlöse	13'200'791	13'302'537	13'016'065
Total Nettokosten / Globalkredit	9'259'729	9'283'487	8'673'246
Kostendeckungsgrad in %	59	59	60

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	24.03	22.94	22.59
▪ Auszubildende	248.00	248.00	244.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":
 - 0.2 Stellen Sekretariat msw an das Finanzamt aufgrund der Zentralisierung der Verbuchung der Kreditoren.
 Änderungen VA 14:
 - 0.09 Stellen Sekretariat BVJ.
 - 0.06 Stellen Sekretariat msw

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Keine Bemerkungen.

Produkt 1 msw winterthur

Leistungen

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - Polymechaniker und Polymechanikerinnen in Theorie und Praxis
 - Automatischer und Automatischerinnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und Apparatebauer und Anlage- und Apparatebauerinnen in der Praxis
 - Elektroniker und Elektronikerinnen in Theorie und Praxis
 - Informatiker und Informatikerinnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind.
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	11'520'322	12'095'279	11'738'864
Erlös	7'303'687	7'201'391	7'207'649
Nettokosten	4'216'635	4'893'888	4'531'215
Kostendeckungsgrad in %	63	60	61

Kosten: Zusätzliche Umlagen vom Bereich Berufsbildung (+194k) und einmalige Ausgaben von (ca. 300k) erklären den Anstieg gegenüber 2012.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Abschlusserfolgsquote in %	97.92	100.00	100.00
Lehrabbruchquote in %	2.08	3.00	3.00
Ø Anzahl Lernende /Klasse	16.00	17.00	17.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	38'128	41'000	37'420
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'281	20'328	18'571
Ertrag aus produktiven Aufträgen in CHF	935'025	926'500	856'000

Ertrag aus produktiven Aufträgen geht in 2014 um CHF 63'000.- zurück (Verrechnung von 3 SWISS-Lernenden entfällt in 2014).

Zusammenarbeit mit Swiss wird im 2014 wieder aufgenommen.

Vollkosten je Ausbildungsplatz mit 244 Plätzen gerechnet

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Plätze	248	248	248
Anzahl Lernende	232	233	233
davon Anzahl Winterthurer Lernende	70	70	70

Anzahl Plätze: 244 msw-Ausbildungsplätze und 4 Praktikantenplätze. Die msw unterstützt die Wiedereingliederung mit 4 Praktikumsplätzen.

Mit der Abbruchquote und der Einstellung von Lehrabrechern wird sich die Zahl der Lernenden bei ca. 233 stabilisieren.

Produkt 2 Werkjahrschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'188'374	2'129'186	1'935'459
Erlös	981'635	1'056'485	1'090'973
Nettokosten	1'206'739	1'072'702	844'487
Kostendeckungsgrad in %	45	50	56

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	8.0	11.0	11.0
Schulabbruchquote in %	10	8	8
Anschlussersfolgsquote in %	90	95	90
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	28'496	28'114	25'321
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'239	15'428	12'064

Schulgeld für Schüler/innen: CHF 2'500.00

Beitrag der Gemeinden für auswärtige Schüler/innen ab SJ 2012/13: CHF 12'000.00

Kantonsbeitrag pro Schüler/innen: CHF 12'000 (Praktische Profile mit hohem Anteil an benötigter Infrastruktur, Maschinen etc.)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Plätze	70	70	70
Anzahl Schülerinnen und Schüler	55	54	57
davon Winterthurer und Winterthurerinnen	35	34	37

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'824'245	1'810'085	1'744'240
Erlös	1'220'234	1'242'731	1'001'038
Nettokosten	604'011	567'354	743'202
Kostendeckungsgrad in %	67	69	57

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	20	19	18
Schulabbruchquote in %	3	3	3
Anschlussersfolgsquote in %	97	95	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	15'305	15'420	15'152
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	6'040	5'732	7'432

Schulgeld für Schüler/innen: CHF 2'500.00

Beitrag von Gemeinden für auswärtige Schüler/innen ab SJ 2012/13: CHF 12'000.00

Kantonsbeitrag pro Schüler CHF 5'200 (Schulisches Profil mit niedrigem Anteil an benötigter Infrastruktur, Maschinen etc.)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Plätze	100	100	100
Anzahl Schülerinnen und Schüler	82	94	70
davon Winterthurerinnen und Winterthurer	43	54	36

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	7'099'664	6'689'474	6'270'749
Erlös	3'929'046	3'939'931	3'716'406
Nettokosten	3'170'619	2'749'543	2'554'343
Kostendeckungsgrad in %	55	59	59

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	13.00	13.00	13.00
Schulabbruchquote in %	10.00	7.00	7.00
Abschlusserfolgsquote in %	97.50	91.00	91.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	23'518.00	23'976.00	20'004.00
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	11'920.00	9'905.00	9'123.00

Schulgeld für Schüler/innen: CHF 2'500.00

Beitrag von Gemeinden für auswärtige Schüler/innen ab SJ 2012/13: CHF 12'000.00.

Kantonsbeitrag pro Schüler CHF 8'000 (Praktische und schulische Profile mit unterschiedlich hohem Anteil an benötigter Infrastruktur)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Plätze	266	280	280
Anzahl Schülerinnen und Schüler	265	258	251
▪ davon Winterthurerinnen und Winterthurer	159	150	134

Gerechnet wird mit gleich viel Klassen wie 2012= 20 Kl à 14 Schüler/innen -> 280 Plätze

Investitionsrechnung Berufsbildung

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	610'000	300'000	700'000	1'000'000	200'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Keine Bemerkungen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Sportamt

Auftrag

Die Stadt Winterthur fördert den Sport im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Sie betreibt eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Sportorganisationen abgestimmte Sportpolitik.

Die Leitsätze der städtischen Sportpolitik

- Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung wird erhöht.
- Es wird ein gutes Angebot an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geschaffen.
- Die Stadt stellt attraktive Sportanlagen bereit und sorgt für deren Unterhalt und intensive Nutzung.
- Speziell gefördert werden der obligatorische und der freiwillige Schulsport, der Jugendsport und Breitensport.
- Die Stadt würdigt die Leistungen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und leistet in Einzelfällen Unterstützung.
- Sportlich besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden speziell gefördert.
- Die Stadt setzt in der Sportförderung Prioritäten und unterstützt gezielt Projekte von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.
- Die Sportentwicklung der Stadt Winterthur hat eine Ausstrahlung auf die Region Winterthur.
- Der Stellenwert und die Akzeptanz des Sports in der Stadt (-Politik) werden erhöht.
- Auf ökologische Anliegen wird beim Bau von Sportanlagen und bei der Durchführung von Sportanlässen Wert gelegt.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna und Naturpool, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung: 4 Freibäder inkl. Saunen sind im städtischen Besitze. Die Betriebsgenossenschaften werden unterstützt

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung am Unterhalt der Sportinfrastruktur

7 Sportförderung

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Sportförderungsprojekte, Information; Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Jugendsportförderung, Ehrungen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Sportförderungsgesetz vom 17.6.2011
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik in der Schweiz (2000)
- NASAK (Nationales Sportanlagenkonzept)
- Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- Kantonsverfassung vom 27.2.2005 Art. 121
- KASAK (Kantonales Sportanlagen Konzept)
- Kantonales Nachwuchsförderungskonzept
- Volksschulgesetz (Schulsport) vom 7.2.2012 § 18

Stufe Stadt

- Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur (2006)
- Verordnung über die Benützung von Schul- und Sportanlagen der Stadt Winterthur durch Dritte vom 29.10.2007

Stufe Verwaltungseinheit

- Betriebsverträge mit Eulachhallen AG und Schwimmbadgenossenschaften
- Konzept Raum für Bewegung und Sport
- Führungsgrundsätze Sportamt (2012)

Verantwortliche Leitung

Dave Mischler, Bereichsleiter Sportamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit			
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohner/Einwohnerin (1) in CHF	123	129	124
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	0	22	23
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	30	38	39
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	200'000	200'000	200'000
2 Qualität			
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4)			Bericht
In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.			
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	--		
▪ Gebäudezustand erfassen;			
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht			
▪ Energieverbrauch (5)	761'486	821'870	685'261
3 Kundenorientierung und Imagepflege			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	11'074	15'000	15'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	242'475	370'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	77'142	80'000	80'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)			
▪ Mädchen	1'624	1'800	1'800
▪ Knaben	3'010	3'200	3'200
4 Wirkungsziele			
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.	--		
▪ Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen	--		erfüllt
▪ Der Anteil der 15 - 74jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)	--		<16%
▪ Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)	--		3.70

(1) Durchschnittliche Wohnbevölkerung in Winterthur: Prognose 2014: 109'044 (Vorgabe Finanzamt)

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2008 - 2012: 345'089 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2008 - 2012: 74'024 Eintritte

(4) Erhebung im 2013, Ergebnisse liegen im Mai 2014 für Rechnung 2014 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) 5-Jahres-Durchschnitt 2008- 2012: CHF 786'543. Die Zahlen für den Voranschlag 13 basieren auf Berechnungen der Stadtwerke. In den Werten sind die Tarifmodelländerungen der Stadtwerke miteingeflossen.

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18 %, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 auf unter 16 %

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	12'995'212	13'667'645	13'037'579

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Um das vorgegebene Globalbudget zu erreichen, muss der bauliche- und gärtnerische Unterhalt reduziert werden. Die technischen Einrichtungen auf vielen Sportanlagen sind veraltet und am Ende ihrer Lebensdauer. Dies bedingt einen höheren Unterhaltsaufwand und das Risiko von plötzlichen Ausfällen steigt.

Die Reinigungsarbeiten im Hallenbad Geiselweid werden zum Teil extern vergeben. Mit den nochmals gestiegenen Zutrittszahlen, dem zum Teil gestiegenen Reinigungsaufwand nach der Sanierung und dem Verlust von zwei Sozialstellen kann die nötige Reinigung nicht mehr mit den vorhandenen 120 Stellenprozenten erledigt werden.

Auf Grund der Sparmassnahmen von effort14+ werden die Betriebsbeiträge an die Schwimmbadgenossenschaften reduziert. Die Firma AXA-Winterthur will ihren Baurechtsvertrag für die Sportanlage Wallrüti nicht mehr verlängern. Es kommt per 4. Juli 2014 zum Heimfall. Da das Geld für den Betrieb fehlt, wird die Anlage an den Tennis- und Fussballclub AXA übergeben. Somit wird in Wallrüti voraussichtlich weiterhin Firmenfussball gespielt und die Platzprobleme des SC Hegi und des FC Oberwinterthur können nicht entschärft werden.

Die durch eine Petition geforderte Freibadsaisonverlängerung im Geiselweid kann mangels finanzieller und personeller Ressourcen nicht umgesetzt werden.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Es wurden die folgenden Sparmassnahmen beschlossen: Reduktion Beitrag an Schwimmbadgenossenschaften, Reduktion gärtnerischer Unterhalt Fussballwiesen bei Schulhäusern, Erhöhung Eismieten (Anpassung Verträge EHCW und WSC), Reduktion Werbung Sportpass, Erhöhung Beiträge Sportpasspoolgemeinden. Insgesamt beträgt die Reduktion CHF 200'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Personalkosten

Bei den Minderkosten handelt es sich um Rotationsgewinne.

Sachkosten

Auf Grund der hohen Auslastung im Hallen- und Freibad Geiselweid muss die Reinigung intensiviert werden. Neu werden der Eingangsbereich, die Garderobe und Duschen sowie die Sauna täglich durch eine externe Firma gereinigt (Mehrkosten CHF 90'000.-). Im Rahmen von Effort14+ werden demgegenüber diverse Unterhalts- und Betriebskosten reduziert.

Beiträge an Dritte

Die Betriebsbeiträge an die Schwimmbadgenossenschaften Töss, Wülflingen und Oberwinterthur werden um je CHF 25'000.- gekürzt.

Kapitalkosten

Auf Grund der diversen Bauvorhaben steigen die Kapitalkosten.

Mietkosten

Auf Grund eines neuen Vertrages mit dem Forstamt, wurde der jährliche Pachtzins für die Sportanlage Reitplatz massiv erhöht.

Übrige Kosten

Tiefere departementsinterne Umlagen; Einlage in Produktgruppenreserve werden nicht budgetiert

Externe Erlöse

Infolge Sanierung war das Hallenbad Geiselweid im 2012 während 7 Monate geschlossen.

Beiträge von Dritten

Es werden weniger Swisslosbeiträge erwartet, da weniger Abrechnungen von Sanierungsprojekten anstehen.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Bemerkungen siehe Abschnitt Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	4'652'311	4'682'957	4'472'355
Sachkosten	4'136'911	4'189'924	3'863'984
Beiträge an Dritte	859'465	835'000	718'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	5'987'837	7'498'318	7'498'318
Mietkosten	26'914	26'176	34'500
Übrige interne Kosten	392'987	352'355	320'288
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'056'425</i>	<i>17'584'730</i>	<i>16'907'445</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	16'056'425	17'584'730	16'907'445
Externe Erlöse	2'874'697	3'756'800	3'710'860
Interne Erlöse	145'616	150'285	145'006
Beiträge von Dritten	40'900	10'000	14'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'061'213</i>	<i>3'917'085</i>	<i>3'869'866</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'061'213	3'917'085	3'869'866
Total Nettokosten / Globalkredit	12'995'212	13'667'645	13'037'579
Kostendeckungsgrad in %	19	22	23

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.05	39.11	39.11
▪ Auszubildende	9.00	6.00	8.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Stellenplan unverändert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Eröffnung Rundweg Winterthur anlässlich der 750-Jahr Feier der Stadt Winterthur
- Eröffnung neue Kletterhalle
- Sanierung Stadion Schützenwiese: Umsetzung 1. Etappe (Neubau Gegentribüne)
- Sanierung Tribünengebäude Deutweg: Konzept und Kostenschätzung
- Sportpark Deutweg: Projektierung einer Beachvolleyballanlage im Zusammenhang mit WinCity
- Garderobengebäude Hegmatten: Sanierung der Wärmeerzeugung
- Freibad Geiselweid: Einbau einer Wasserabdeckung
- Umsetzung Konzept Raum für Bewegung und Sport
- Jubiläum 20-Jahre Sportpass
- Umsetzung Fit for Kids
- Projektierung Kunst und Sportschule

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'285'095	5'785'466	5'720'890
Erlös	1'269'040	2'192'877	2'147'366
Nettokosten	3'016'055	3'592'588	3'573'524
Kostendeckungsgrad in %	30	38	38

Gegenüber 2011 sind die reinen Betriebskosten tiefer. Die Kapitalkosten hingegen steigen um 1.25 Millionen

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in CHF	11.71	9.75	9.66
Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Fitness) in %	160.25	220.00	220.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid (Tage pro Jahr)	148	342	342
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (1)	242'475	370'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag	1'638	1'082	1'082
▪ Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (2)	9'406	20'000	20'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag (3)	-	1'250	1'250
- Sommersaison (Mitte Mai - Mitte September)			
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag (3)	-	958	958
- Wintersaison (Jan. - Mitte Mai und Mitte September - Ende Jahr)			

(1) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 345'089 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 19'846 Eintritte

(3) Indikatoren auf Tageswert geändert, Istwert 2012 entspricht Jahreswert, Gesamtdurchschnitt 1'087 Eintritte pro Tag

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung der Genossenschaften.
- Werterhalt der Bausubstanz

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'218'208	2'597'196	2'525'678
Erlös	931	12	353
Nettokosten	2'217'277	2'597'184	2'525'325
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

- Jährlicher Betriebsbeitrag an die Bäder Töss, Wülflingen und Oberwinterthur Wolfensberg Total CHF 470'000

- Die Kapitalkosten sind gegenüber der Rechnung 2011 um CHF 645'000 höher.

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt			
▪ Nettokosten pro Eintritt Wülflingen in CHF	8.8	8.9	9.2
▪ Nettokosten pro Eintritt Oberwinterthur in CHF	10.3	12.1	19.5
▪ Nettokosten pro Eintritt Töss in CHF	12.4	12.4	11.0
▪ Nettokosten pro Eintritt Wolfensberg in CHF	9.6	9.5	9.8
▪ Betriebsbeitrag pro Eintritt Quartierbäder Total in CHF	2.6	2.9	2.3

Schwimmbad Oberwinterthur: 2013 wurden die Kapitalkosten zu tief berechnet - die effektive Kennzahl betrug 2013: 24.20

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Erhaltung des Angebotes			
▪ Anzahl Freibäder	4	4	4
Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder			
▪ Anzahl Eintritte Quartierbäder Total, inkl. Saunen (1)	215'579	200'000	210'000
▪ Anzahl Eintritte Wülflingen (2)	65'528	60'000	60'000
▪ Anzahl Eintritte Oberwinterthur (3)	53'601	40'000	50'000
▪ Anzahl Eintritte Töss (4)	43'590	45'000	45'000
▪ Anzahl Eintritte Wolfensberg (5)	52'860	55'000	55'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 195'577 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 66'322 Eintritte Wülflingen

(3) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 35'870 Eintritte Oberwinterthur

(4) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 42'269 Eintritte Töss

(5) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 51'105 Eintritte Wolfensberg

Produkt 3 Eissportanlage Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'545'883	3'467'138	3'344'365
Erlös	1'006'784	898'639	944'001
Nettokosten	2'539'099	2'568'498	2'400'363
Kostendeckungsgrad in %	28	26	28

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt in CHF	31.88	32.30	30.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg (Tage pro Eissaison)	249	235	240
Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg			
▪ Anzahl Eintritte Eishalle Deutweg (1)	77'142	80'000	80'000
▪ Anzahl Veranstaltungen	8	5	8
▪ Belegung durch Vereine (Anzahl Std./Saison)	4'017	4'000	4'000
▪ Belegung durch öffentlichen Eislauf (Anzahl Std./Saison)	2'758	2'700	2'700

(1) 5-J.-Durchschnitt 2008-2012: 74'024 Eintritte

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	448'410	424'107	378'840
Erlös	71'546	58'008	65'370
Nettokosten	376'864	366'099	313'469
Kostendeckungsgrad in %	16	14	17

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Öffnungstag in CHF	1'050	1'030	876

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
▪ Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen	1	1	1
▪ Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-22.00 Uhr)	358	358	358
Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg			
▪ Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg	229	200	200
▪ Anzahl Dauerbelegungen	85	70	80

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'849'941	3'653'337	3'557'863
Erlös	286'631	210'025	219'115
Nettokosten	3'563'310	3'443'312	3'338'748
Kostendeckungsgrad in %	7	6	6

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen			
▪ Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (1)	24'008	23'841	23'186

(1) Saison 2012/13: 144, davon Damen-, 7 Juniorinnen- und 97 Junioren-Teams

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Angebot: Erhaltung des Angebots			
▪ Anzahl Fussballanlagen	7	7	7
▪ Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder)	23	21	21
▪ Naturrasenfläche aller Fussballplätze in m2	153'340	141'540	140'796
▪ Kunstrasenflächen in m2	19'200	25'600	25'600
▪ Fussballstadion	1	1	1

Heimfall AXA Wallrüti nicht berücksichtigt, dafür der Wegfall von zwei Plätzen durch die Baustelle WinCity

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- **Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport, Tennisanlagen)**
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich
- Unterhalt Freizeitanlage Reitplatz

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	234'496	302'802	124'734
Erlös	47'583	232'500	79'000
Nettokosten	186'913	70'302	45'734
Kostendeckungsgrad in %	20	77	63

Im Erlös Soll 2012 sind CHF 0.30 Mio. für den Baurechtszins WinCity budgetiert worden. Im Soll 2013 sind CHF 0.20 Mio. budgetiert (Baubeginn verzögert sich weiter).

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Jährliche Unterhaltskosten für Werterhaltung der übrigen Sportanlagen	103'907	191'500	14'000

Reduktion baulicher Unterhalt

Produkt 7 Sportförderung

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit. Ertrag budgetiert in den Liegenschaften der Produktgruppe Volksschule
- Freiwilliger Schulsport
- Sportförderungsprojekte (Senioren-sport, Raum für Bewegung und Sport u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)
- Unterstützung Vereinssport
- Ehrungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'437'368	1'340'784	1'255'076
Erlös	378'699	325'024	414'661
Nettokosten	1'058'669	1'015'760	840'415
Kostendeckungsgrad in %	26	24	33

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe - Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr - davon Jahrespässe gesamt	11'074 6'787	15'000 8'000	15'000 9'000

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern Beitrag an Jugendsportförderung in CHF	200'000	200'000	200'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche - Mädchen - Knaben	1'624 3'010	1'800 3'200	1'800 3'200
Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur - Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass - Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)	1 29'748	1 20'000	1 30'000
Übrige Daten - Anzahl städtische Turnhallen (davon 4 Grossraumhallen) - Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in % - Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %	47 98 15	47 98 20	47 98 20

Investitionsrechnung Sportamt

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	8'600'000	8'483'000	4'040'000	1'590'000	3'744'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Keine Bemerkungen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Auftrag

Die KESB Winterthur-Andelfingen erfüllt seit 1.1.2013 sämtliche Aufgaben des zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzes für die Bezirke Winterthur und Andelfingen. Gemäss der interkommunalen Vereinbarung ist Winterthur Sitz der Behörde. Die Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts werden von den 44 Vertragsgemeinden an die Stadt Winterthur übertragen, im Gegenzug beteiligen sie sich an den Kosten der KESB mit einem Anteil von 40%.

Produkte

Sicherstellung sämtlicher Aufgaben des zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzes für die Bevölkerung der Bezirke Winterthur und Andelfingen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

ZGB

Einführungsgesetz zum ZGB (EG ZGB)

Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR)

VO über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften (ESBV)

VO über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VVBV)

VO über die Entschädigung für Facharztentscheide betreffend die fürsorgerische Unterbringung freiwillig Eingetretener

Pflegekinderverordnung (PAVO)

Adoptionsverordnung (AdoV)

Sterilisationsgesetz

Zivilstandsverordnung

Verordnung über die Versicherungskarte für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (VVK)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Vertrag über die Zusammenarbeit der politischen Gemeinden im Kindes- und Erwachsenenschutzkreis Winterthur-Andelfingen vom 31. Oktober 2012

- Gemeindeordnung

Stufe Behörde

Geschäftsordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Winterthur-Andelfingen vom 22. November 2012

- Geschäftsordnung der KESB

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14

Verantwortliche Leitung

Dr. Karin Fischer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Gemäss Statistik der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF	1'222.00	1'000.00	1'700.00
2 Auftragserfüllung Eine korrekte und professionelle Erfüllung des gesetzlichen und behördlichen Auftrages erfordert die Begrenzung der Belastung der Mitarbeitenden. Dies bedeutet, dass sich der Stellenplan an der Fallentwicklung orientiert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Fallbelastung pro 100%-Stelle KESB-Mitglieder und Fachmitarbeitende - Anzahl pendente Verfahren per Ende Jahr [Antrag auf neue Messgrösse ab VO 2014] - Anzahl der laufenden Massnahmen per Ende Jahr [Antrag auf neue Messgrösse ab VO 2014]	720	900	500 1'400 3'000

Für das Soll 2014 können noch keine verlässlichen Zahlen genannt werden, da die KESB erst 2013 ihren Betrieb aufnahm. Die Zahlen des bisherigen Vormundschaftsamtes lassen sich mit denjenigen der KESB nicht vergleichen, da die Pensen der bisherigen nebenamtlichen Behördenmitglieder nicht eingerechnet wurden. Zudem wurden die Verfahren mit dem neuen Recht komplexer, zeit- und kostenintensiver.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	2'928'048	3'308'707	3'125'470

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Gemäss Ausführungen Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012. Die Fachstelle Private Mandate (Prima) wurde kostenneutral aus der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe in die KESB verschoben.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die Rechnung 2012 betraf noch das bisherige Vormundschaftsamt der Stadt Winterthur, der Voranschlag 2014 hingegen die KESB der Bezirke Winterthur und Andelfingen. 40% der Nettokosten (Kosten abzüglich Gebührenertrag) tragen die 44 Anschlussgemeinden.

Der Gebührenertrag ist eine erste Schätzung. Es ist noch nicht abzusehen, wie die neuen Gebührenrichtlinien der Kindes und Erwachsenenschutzbehörde des Kantons Zürich sich auswirken. Tendenzen zeigen, dass die Budgetierung zu optimistisch ist.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	3'105'044	4'798'963	5'048'695
Sachkosten	507'124	731'200	856'724
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	39'961	39'961
Mietkosten	3'388	372'760	453'400
Übrige interne Kosten	420'211	651'103	56'992
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'035'767</i>	<i>6'593'987</i>	<i>6'455'772</i>
Verrechnungen innerhalb PG	133'463	0	0
Total effektive Kosten	3'902'304	6'593'987	6'455'772
Externe Erlöse	928'788	3'285'280	3'330'251
Interne Erlöse	45'468	0	51
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>974'256</i>	<i>3'285'280</i>	<i>3'330'302</i>
Verrechnungen innerhalb PG		0	0
Total effektive Erlöse	974'256	3'285'280	3'330'302
Total Nettokosten / Globalkredit	2'928'048	3'308'707	3'125'470
Kostendeckungsgrad in %	24	49	52

Die Abweichung entsteht durch eine zusätzliche Ausbildungsstelle (AuditorIn) und Kosten für eine zusätzliche Überbrückungsrente.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten		34.90	38.90
▪ Auszubildende		2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze		2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen VA 2014

+ 3.20 Stellen departementsinterne Verschiebung Fachstelle Private Mandate von Sozial- und Erwachsenenhilfe (vgl. 621000)

- 0.20 Stellen departementsinterne Verschiebung Personalwesen an BL Soziale Dienste (vgl. 629000)

+ 1.00 zusätzliche Auditoren/Praktikumsstelle, da die KESB über zu wenig personelle Ressourcen verfügt, um den gesetzlichen Auftrag in der Aufbau- und Übergangsphase erfüllen zu können

Alle Stellen der KESB sind zu 40% refinanziert (+1.28 Verschiebung Fachstelle Prima, -0.8 Verschiebung Personalwesen, +0.40 zusätzliche Auditoren/Praktikumsstelle).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Nachdem 2013 erste Erfahrungen mit der Organisation gemacht werden konnten, sind die betrieblichen Abläufe und Arbeitsprozesse wo nötig anzupassen bzw. weiter zu konsolidieren. Der Pflege des Betriebsklimas und der weiteren Kulturentwicklung kommt ebenfalls ein grosser Stellenwert zu.

Produkt 1 Kindes- und Erwachsenenschutz**Leistungen****Erwachsenenschutz:**

Aufgaben im Rahmen des Vorsorgeauftrags
 Aufgaben im Rahmen der Patient(innen)verfügung
 Aufgaben im Rahmen der Vertretung durch Ehegatten und eingetragene Partner/innen
 Aufgaben im Rahmen der Vertretung bei medizinischen Massnahmen
 Aufgaben im Rahmen des Aufenthaltes Urteilsunfähiger in Wohn- und Pflegeeinrichtungen
 Sachverhaltsabklärungen aufgrund von Gefährdungsmeldungen und Anträgen
 Anordnung, Änderung und Aufhebung von Erwachsenenschutzmassnahmen
 Aufgaben im Rahmen der Inventaraufnahme
 Berichts- und Rechnungsprüfung
 Zustimmung zu Handlungen und Rechtsgeschäften
 Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen
 Anordnung von fürsorglicher Unterbringung
 Antragserteilung um Anordnung eines Erbschaftsinventars
 Anpassung aller Massnahme an das neue Recht

Kindesschutz:

Anordnung, Änderung und Aufhebung von Kindesschutzmassnahmen
 Vollstreckungshilfe von Unterhaltsansprüchen
 Neuregelung der elterlichen Sorge und Genehmigung des Unterhaltsvertrags
 Neuregelung des persönlichen Verkehrs in streitigen und nichtstreitigen Fällen
 Aufgaben im Rahmen von Adoptionsverfahren
 Unterbringung Minderjähriger in geschlossene Einrichtung
 Erteilung der Pflegekinderbewilligung
 Entgegennahme des Kindesvermögensinventars nach Tod eines Elternteils
 Anordnung von Massnahmen zum Schutz des Kindesvermögens
 Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten		6'593'987	6'455'772
Erlös		3'285'280	3'330'302
Nettokosten		3'308'707	3'125'470
Kostendeckungsgrad in %		50	52

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten pro Einwohner/in Winterthur Stadt		32.40	33.00
Kosten pro Einwohner/in Winterthur Land		26.20	26.75
Kosten pro Einwohner/in Bezirk Andelfingen		28.00	28.70
Kosten pro Einwohner Gesamt KESB		29.95	30.50

Die für die Berechnung verwendeten Einwohnerzahlen stammen aus der Kantonalen Bevölkerungsstatistik per 31.12.2012

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Erwachsenenschutz			
▪ Anzahl Fallaufnahmen		?	?
▪ Errichtete Massnahmen		220	150
▪ Aufgehobene Massnahmen		50	50
▪ Andere Lösungen i.S. der Subsidiarität		?	?
Kindesschutz			
▪ Anzahl Fallaufnahmen		?	?
▪ Errichtete Massnahmen		220	150
davon Obhutsentzüge		50	50
▪ Kontradiktorische Verhandlungen gemäss § 57 EG zum KESR		?	?
▪ Aufgehobene Massnahmen		160	120
Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit			
▪ Anzahl Inventaraufnahmen		200	200
▪ Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte		240	150
▪ Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen		1'200	1'500
▪ Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen		5	5

Es können noch keine genauen Leistungsmengen genannt werden, da die KESB erst 2013 den Betrieb aufnahm.

Investitionsrechnung Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	1'220'000	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Konsolidierung der betrieblichen Abläufe und Arbeitsprozesse, Teambildung und Pflege des Arbeitsklimas

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Erbringung von Sozialhilfeleistungen für Personen in persönlichen und/oder finanziellen Notlagen im Auftrag der Fürsorgebehörde und Führung deren Geschäftsstelle. Dies beinhaltet auch finanzielle Leistungen und Unterbringung von der Stadt Winterthur zugewiesenen Asylsuchende und Flüchtlinge.
- Führung von Erwachsenenschutzmassnahmen im Auftrag der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Schulung und Begleitung von Privatbeiständen im Wirkungsgebiet der KESB Winterthur.
- Ausrichtung von Zusatzleistungen zur AHV / IV, bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindezuschüssen.
- Anspruchsprüfung und Erbringung von administrativen Leistungen für die via kantonalem Jugendsekretariat beantragten Alimentenbevorschussungen und Kleinkinderbetreuungsbeiträge.
- Erbringung von administrativen Leistungen im Zusammenhang mit den Gemeinden zugeordneten Aufgaben im Krankenkassenwesen.

Produkte

1 Ausrichtung Sozialhilfe und Transferleistungen

Anspruchsklärung und Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration.

2 Erwachsenenschutzmassnahmen und persönliche Hilfe nach SHG

Führung von Erwachsenenschutzmassnahmen durch Berufs- und Privatbeistände. Schulung und Begleitung von Privatbeiständen im Wirkungsgebiet der KESB Winterthur. Durchführung von persönlicher Hilfe für Personen ohne Erwachsenenschutzmassnahme mit entsprechendem Bedarf.

3 Ausrichtung Zusatzleistungen zur AHV/IV

Durchführung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Zusatzleistungen zur AHV / IV.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesverfassung (Art. 115 BV) (SR 101)
 Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz, ZUG) (SR 851.1)
 Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) (SR 210)
 Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) (SR 831.10)
 Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) (SR 831.301)
 Sozialhilfegesetz (SHG) (LS 851.11)
 Verordnung zum Sozialhilfegesetz (SHV) (LS 851.11)
 Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR)
 Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Zusatzleistungsgesetz, ZLG) (LS 831.3)
 Zusatzleistungsverordnung (LS 831.31)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR
 Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Kosten der Leistungserbringung Die Kosten für die Fallführung werden ausgewiesen. <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungskosten pro Fall (Total bearbeitete Dossiers pro Jahr) (in CHF) <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG b) Erwachsenenschutzmassnahmen c) Zusatzleistungen zur AHV/IV		2'837.00 4'647.00 528.00	2'800.00 4'750.00 510.00
2 Belastung der Mitarbeitenden Eine korrekte Erfüllung des gesetzlichen und behördlichen Auftrages erfordert die Begrenzung der Belastung der Mitarbeitenden. Dies bedeutet, dass sich der Stellenplan an der Fallentwicklung orientiert. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle (Total bearbeitete Dossiers pro Jahr) <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle b) Erwachsenenschutzmassnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle c) Zusatzleistungen zur AHV/IV: Fälle pro 100%-Stelle		50 40 310	50 40 310
3 Unterstützungsdauer Sozialhilfe Sozialhilfe ist als vorübergehende Unterstützung konzipiert. Wenn weder Integration in den Arbeitsmarkt noch Versicherungsleistungen möglich sind, verbleiben Personen langfristig in der Sozialhilfe. <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Bezugsdauer der laufenden Fälle		38.0 Monate	38 Monate

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	18'067'199	18'372'527	17'133'538

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Nettoglobalkredit reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 1.24 Mio. Hauptgrund sind die im Rahmen des Sparprogrammes "Effort14+" vorgenommenen Sparmassnahmen, wie definitiver Verzicht auf zwei Stellen sowie Reduktion der Ausbildungsplätze für Sozialarbeitende (erste Runde), Streichung von weiteren 1.6 Stellen und Einsparungen bei Dienstleistungen Dritter (zweite Runde) sowie die durch den GGR beschlossenen Kürzungen bei den Personal- und Sachkosten.

Produkt 1 Ausrichtung Sozialhilfe und Transferleistungen:

- Minderkosten von insgesamt CHF 778'000 aufgrund Stelleneinsparung bzw. -abbau (-0.5 Stelle Sozialdienst Asyl, -0.8 Fachstelle Junge Erwachsene, 0.8 Leitung Fachsupport), Reduktion Auszubildende sowie weiterer Kürzungen bei Personal- und Sachaufwand.
- Reduktion der Leistungsmenge bei den Teilnehmenden Fachstelle Junge Erwachsene aufgrund Stellen- und somit Kapazitätsabbau.

Produkt 2 Erwachsenenschutzmassnahmen und persönliche Hilfe nach SHG:

- Minderkosten von CHF 303'000 aufgrund Stelleinsparung (-0.5 Stelle Gesetzlicher Betreuer), Reduktion Auszubildende sowie weiterer Kürzungen bei Personal- und Sachaufwand.
- Durch Wechsel der Fachstelle für Private Mandate (Prima) zu KESB weniger Aufwand und Ertrag (Vergütung der KESB).

Produkt 3 Ausrichtung Zusatzleistungen zur AHV/IV:

- Minderkosten von CHF 158'000 aufgrund Stelleneinsparung (-1.0 Stelle Sachbearbeitung) sowie weiterer Kürzungen bei Personal- und Sachaufwand.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Vorgaben bewegen sich im Rahmen des Vorjahres.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde:

- Verzicht auf Wiederbesetzung Fachstelle für Junge Erwachsene (-0.8 Stelle).
- Stellenreduktion bei Kaderstelle (-0.8 Stelle) sowie Einsparungen bei Dienstleistungen Dritter.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Verringerung des Aufwandes um rund CHF 934'000 aufgrund Sparmassnahmen im Rahmen Effort14+ sowie GGR-Beschlüsse.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	14'795'240	15'791'521	14'105'609
Sachkosten	3'221'238	2'870'632	2'907'403
Beiträge an Dritte	10'000	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	186'423	181'208	181'208
Mietkosten	117'248	37'398	41'000
Übrige interne Kosten	3'939'101	4'304'180	4'139'429
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>22'269'250</i>	<i>23'184'940</i>	<i>21'374'648</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	22'269'250	23'184'940	21'374'648
Externe Erlöse	2'231'719	1'779'556	2'221'600
Interne Erlöse	120'066	632'857	23'590
Beiträge von Dritten	1'850'266	2'400'000	1'995'920
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'202'051</i>	<i>4'812'413</i>	<i>4'241'110</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'202'051	4'812'413	4'241'110
Total Nettokosten / Globalkredit	18'067'199	18'372'527	17'133'538
Kostendeckungsgrad in %	18	21	20

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten		111.25	104.15
▪ Auszubildende		14.40	10.20
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze		5.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen "effort14+" -2.0 bewilligte Stellen werden nicht besetzt und abgebaut -1.6 Stellen werden abgebaut (Nichtwiederbesetzung) Änderungen VA 2014 - 3.2 Stellen departementsinterne Verschiebung Fachstelle Private Mandate an KESB (vgl. 613000) - 0.3 Stellen bereichsinterne Verschiebung Sekretariat Personalwesen (vgl. 629000)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Weitere Planung und Realisierung des Projekts Fokus mit Umzug in den Superblock von rund 180 Arbeitsplätzen. Erarbeitung der konkreten Umzugsplanung.
- Umsetzung des Projektes EDM (Elektronisches Daten Management) im Hinblick auf den Umzug in den Superblock zur Reduktion der Papierakten.
- Kontinuierliche Anpassung der Organisation im Zusammenhang mit den geplanten Sparmassnahmen (Effort14+) und den sich ändernden Rahmenbedingungen in Hinblick auf die neue Arbeitsumgebung im Superblock.
- Realisierung einer temporären Wohnsiedlung für Asylsuchende zur Sicherstellung von genügend Unterbringungskapazität.

Produkt 1 Ausrichtung Sozialhilfe und Transferleistungen

Leistungen

- Klärung des Leistungsanspruchs und Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen.
- Persönliche und wirtschaftliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz und Richtlinien der Fürsorgebehörde. Dies beinhaltet insbesondere Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration.
- Unterbringung sowie persönliche und wirtschaftliche Hilfe für Asylsuchende, die in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Winterthur bzw. einer Vertragsgemeinde fallen.
- Bearbeitung und Bewilligung von Gesuchen für Alimentenbevorschussungen und –inkasso (via kant. Jugendsekretariat).
- Bearbeitung und Bewilligung von Gesuchen für Kleinkinderbetreuungsbeträge (via kant. Jugendsekretariat).
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten.
- Bearbeitung von Nachmeldungen bei individuellen Prämienverbilligungen sowie weiteren den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben im Krankenkassenwesen.
- Führung der Geschäftsstelle der Fürsorgebehörde.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	13'634'842	13'834'498	12'910'256
Erlös	2'912'406	3'188'639	3'042'359
Nettokosten	10'722'436	10'645'858	9'867'896
Kostendeckungsgrad in %	21	23	24

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Durchschnittliche Fallbelastung der Dossier führenden Mitarbeitenden pro 100%-Stelle Sozialhilfe		95	95
Anteil zugewiesener Personen an Integrationsangebote in % aller laufenden Fälle		--*	35 %
Anteil Anschlusslösungen Fachstelle Junge Erwachsene in % aller Fälle		--*	30 %
Anteil Anschlusslösungen Work-in in % aller Fälle		--*	50 %
Abschlüsse in % der Anzahl Fälle		30 %	30 %
Kostendeckungsgrad für Leistungen im Asylbereich für Vertragsgemeinden		100 %	100%

*) Neue Messgrösse, welche bisher nicht in dieser Form erhoben wurde, darum fehlen Werte als Basis für Soll-Annahmen erst ab VA 2014 möglich.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Kontakte der Zentralen Anlaufstelle (Schalter)		--*	1'800
Anzahl Bedarfsabklärungen durch die Zentrale Anlaufstelle		1'700	1'600
Anzahl Fallaufnahmen Sozialhilfe (ohne Asyl)		1'000	1'100
Anzahl Fallabschlüsse Sozialhilfe (ohne Asyl)		850	900
Anzahl Fallaufnahmen Asylwesen (inkl. Vertragsgemeinden)		--*	120
Anzahl Fallabschlüsse Asylwesen (inkl. Vertragsgemeinden)		--*	100
Anzahl Zuweisungen an das Projekt Passage		400	400
Anzahl Teilnehmende Fachstelle Junge Erwachsene pro Jahr		200	120
Anzahl Teilnehmende Work-in pro Jahr		100	140
Anzahl bearbeitete Fälle pro Jahr (Total):			
▪ Sozialhilfe		3'100	3'150
▪ Asylwesen (Stadt Winterthur)		--**	230
▪ Asylwesen (Vertragsgemeinden)		--**	115
Anzahl aufgedeckte Missbrauchsfälle		120	120
Anzahl Beschlüsse der Fürsorgebehörde		3'500	3'500
Nachmeldungen Individuelle Prämienverbilligung		3'500	3'500

*) Neue Messgrösse, welche bisher nicht in dieser Form erhoben wurde, darum fehlen Werte als Basis für Soll-Annahmen erst ab VA 2014 möglich.

**) Messgrösse war bisher Anzahl abgerechneter Präsenztage, Wert muss neu erhoben werden.

Produkt 2 Erwachsenenschutzmassnahmen und persönliche Hilfe nach SHG

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB).
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Finanzen, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld und Gesundheit.
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. Geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln).
- Werbung, Schulung und Begleitung von Privatbeiständen im Wirkungskreis der KESB Winterthur.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	5'893'718	6'693'303	5'950'936
Erlös	999'277	1'380'331	940'583
Nettokosten	4'894'441	5'312'972	5'010'352
Kostendeckungsgrad in %	17	21	16

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Durchschnittliche Fallbelastung der Berufsbeistände pro 100%-Stelle:		85	85
Anteil Fälle mit Betreuung durch Privatbeistände in % aller Fälle		20 %	ab 01.07.13 bei KESB

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Fallaufnahmen Erwachsenenschutzmassnahmen		140	180
Anzahl Fallabschlüsse Erwachsenenschutzmassnahmen		90	90
Anzahl Fallaufnahmen Persönliche Hilfe nach SHG		30	30
Anzahl Fallabschlüsse Persönliche Hilfe nach SHG		20	15
Anzahl betreute Personen pro Jahr (Total):			
▪ Erwachsenenschutzmassnahmen		1'270	1'050
▪ Persönliche Hilfe nach SHG		150	150
▪ Betreuung durch Berufsbeistände		1'150	1'200
▪ Betreuung durch Privatbeistände		270	ab 01.07.13 bei KESB
Anzahl Privatbeistände per 31.12.:			
▪ Für die Stadt Winterthur tätig		210	ab 01.07.13 bei KESB
▪ Für die Gemeinden der Bezirke Winterthur-Land und Andelfingen tätig		--*	ab 01.07.13 bei KESB
▪ Anzahl geschulte Privatbeistände		--*	ab 01.07.13 bei KESB
Anzahl Anträge an KESB		--*	ab 01.07.13 bei KESB

*) Mit der Einführung der KESB ab 2013 werden auch die Privatbeistände der Bezirke Andelfingen und Winterthur-Land durch die Stadt Winterthur betreut. Die Mengenangaben werden ab VA 2014 vorliegen. Diese Leistungen werden durch die KESB entsprechend vergütet.

Produkt 3 Ausrichtung Zusatzleistungen AHV/IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche für Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonale Beihilfen und Gemeindezuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Berechnung und Auszahlung der Zusatzleistungen zur AHV/IV.
- Abrechnung mit kantonalen Stellen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten.
- Führung von Dossiers für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'525'613	2'657'139	2'513'457
Erlös	265'619	243'442	258'167
Nettokosten	2'259'994	2'413'697	2'255'290
Kostendeckungsgrad in %	11	9	10

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Fallaufnahmen		700	750
Anzahl Fallabschlüsse		550	600
Anzahl bearbeitete Fälle/Dossiers pro Jahr (Total):			
▪ Stadt Winterthur		4'440	4'500
▪ Vertragsgemeinden		60	70
Anzahl Verfügungen pro Jahr		14'000	14'000

Investitionsrechnung Sozial- und Erwachsenenhilfe

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	4'300'000	1'200'000	3'800'000	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Um das bei PG Individuelle Unterstützung prognostizierte Fallwachstum von knapp 3 % partiell auszugleichen, sind pro Jahr zwei zusätzliche Stellen unabdingbar. Infolge Umzug in den Superblock steigen die Mietkosten nicht, da vorläufig keine zusätzliche Fläche beansprucht wird.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Initiierung und Koordination von Präventionsangeboten zur Verhinderung von Suchtverhalten Einzelner und Gruppen der Stadt Winterthur und den Vertragsgemeinden mit dem Fokus auf die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene sowie ihre Bezugspersonen.
- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen in Kooperation mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur.
- Verhinderung von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit durch Bereitstellung von Unterkünften und Führung von niederschwelligen und teilweise begleiteten Angeboten.
- Führung einer Anlaufstelle für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen und Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe.
- Führung von spezifischen Angeboten für suchtgefährdete Kinder und Jugendliche.

Produkte

1 Prävention

Entwicklung, Planung und Umsetzung von suchthemenbezogener Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit im Bereich der Prävention mit dem Fokus auf die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene. Führung der Angebote Jump und Jumpina für suchtgefährdete Jugendliche.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschwelligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Wohnen und Tagesstruktur. Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial)-psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen Krankenkassenberechtigt). Führung eines speziellen Angebotes für Kinder von suchtkranken Eltern.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und Verordnungen
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe (BetmG) und Verordnung
- Dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 vom 13. 06.1999 (Ikarus und Substitution)
- Tarmed
- Institutionsbewilligung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) (Ikarus und Substitution)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)
- Kantonales Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)
- Kantonale Verordnung über Leistungen und Gebühren der kantonalen Spitäler (Taxordnung)
- Beschluss des Regierungsrats des Kantons Zürich vom 11.11.1971 (Ikarus und Substitution)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Psychiatriekonzept
- Kantonales Suchtpräventionskonzept
- Versorgungsmodell Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus und Substitution)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 zum Drogenkonzept (Begleitetes Wohnen)
- Volksabstimmung vom 25.06.1995 Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung (Ikarus)
- Beschluss des GGR vom 20.03.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Beschluss des GGR 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)
- Beschluss des GGR 2003/085 (jump und jumpina)
- SRB 1970/1366 (Drogenberatungsstelle)
- SRB vom Januar 1990 (Notwohnungen)
- SRB 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe
- Verträge mit ipw
- Verträge mit 20 Bezirksgemeinden betreffend die Leistungen der Prävention und Suchthilfe

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Präventionsangebot Präventionsangebote werden vor Ort in den Institutionen angeboten und entsprechend von diesen nachgefragt. <i>Messung / Bewertung:</i> Einzelanfragen und Projekte <i>Messgrößen:</i> Anzahl Auftraggeber / Kunden pro Gruppe: ▪ Mittelstufe ▪ Oberstufe ▪ auserschulische Partner Anzahl Projekte pro Gruppe: ▪ Mittelstufe ▪ Oberstufe ▪ auserschulische Partner		keine Angabe keine Angabe keine Angabe keine Angabe keine Angabe keine Angabe	10 20 10 20 30 10
2 Verhinderung von Wohnungslosigkeit Es wird verhindert, dass in Winterthur Personen bzw. Familien obdachlos werden. <i>Messgrößen:</i> ▪ Gesuchstellende ohne rechtzeitige Lösung (Unterkunft) ▪ Durchschnittliche Verweildauer in einer Notwohnung ▪ Anteil "gerettete" Wohnverhältnisse im Verhältnis zu den gefährdeten Wohnsituationen (in %)		0 2 Jahre 50 %	0 2 Jahre 50 %
3 Verhinderung offene Alkohol- und Drogenszene Die Drogenanlaufstelle wird von Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen als Aufenthaltsort genutzt. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Durchschnittliche Besucherfrequenz pro Tag (Anzahl Kontakte/Tag) ▪ Öffnungszeiten in Stunden pro Woche		95 55.0	95 55.0
4 Wirtschaftlichkeit <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Integrierten Suchthilfe Winterthur		85.00	87.00
5 Angemessene Wartezeiten Kurze Wartezeiten ermöglichen, dass die Angebote der Suchthilfe sowie die Jugendprogramme Jump/Jumpina wirksam genutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Wartezeit für Aufnahme in Tagen: ▪ in Suchtberatung ▪ ins Therapieangebot für Kinder aus suchtbelasteten Familien (Zebra) ▪ Jump und Jumpina		20 20 20	20 20 20
6 Kundenorientierung Das Angebot der Integrierten Suchthilfe Winterthur entspricht den Bedürfnissen der Patient/innen <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Patient/innen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden		80 %	80.00

**) Bei den neuen Indikatoren fehlen die Vorjahreswerte weitgehend, da diese nicht überall in dieser Form berechnet wurden. Kommentar zu Soll 2013 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	5'126'296	4'198'922	3'759'175

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Nettoglobalkredit liegt rund CHF 440'000 unter demjenigen des Vorjahres. Hauptgrund sind die Einsparungen im Rahmen des Sanierungsprogrammes "Effort14+" sowie die vom GGR vorgenommenen Kürzungen beim Personal- und Sachaufwand.

Produkt 1 Prävention:

- Minderkosten von CHF 137'000 aufgrund Verzicht Praktikumsstelle, leicht höheren Erträgen für Dienstleistungen an externe Stellen sowie durch den GGR beschlossenen Kürzungen beim Personal- und Sachaufwand.

Produkt 2 Wohnen und Tagesstruktur:

- Minderkosten von CHF 118'000 durch Abbau von 0.6 Stellen beim Begleiteten Wohnen sowie weiteren Kürzungen des Personal- und Sachaufwandes und leicht erhöhten Erlösen aufgrund höherem Bedarf an Wohnraum für von Obdachlosigkeit Betroffenen.
- Bei den Leistungsmengen Anpassung der Anzahl Spritzen an den Wert von 2012. Die Annahme für 2013 ist zu tief ausgefallen. Zudem Reduktion der Leistungsmenge beim Begleiteten Wohnen aufgrund Stellen- und somit Kapazitätsabbau.

Produkt 3 Therapie und Behandlung:

- Minderkosten von CHF 185'000 aufgrund Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand.
- Die höheren Kosten gegenüber 2012 resultieren vor allem daraus, dass 2012 eine Assistenzarztstelle längere Zeit vakant war.
- Die Leistungsmengen bleiben auf den Niveau des Vorjahres.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die parlamentarischen Zielvorgaben wurden für den Voranschlag 2013 neu gestaltet. Aus diesem Grund fehlen zum Teil langjährige Vergleichszahlen. Die Annahmen wurden entsprechend weitgehend übernommen.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

- Stellenreduktion (-0.6 Stelle Begleitetes Wohnen).
- Verzicht auf Präventionsprojekt für Schulen sowie weitere Einsparungen bei den Leistungen Dritter.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Abweichung von rund CHF 1.37 Mio. aufgrund dem Wechsel der Beiträge an Institutionen zur neu gebildeten PG Beiträge an Organisationen (ca. CHF 1 Mio.) sowie verschiedenen Einsparungen bei Personal- und Sachaufwand.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	5'886'229	6'038'780	5'781'136
Sachkosten	4'438'622	4'198'015	4'228'186
Beiträge an Dritte	964'154	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	70'010	107'744	107'744
Mietkosten	546'070	524'836	542'420
Übrige interne Kosten	1'030'959	1'048'890	1'035'742
Kosten inkl. Verrechnungen	12'936'044	11'918'265	11'695'228
Verrechnungen innerhalb PG	120'000	155'000	135'729
Total effektive Kosten	12'816'044	11'763'265	11'559'499
Externe Erlöse	6'531'286	6'487'100	6'647'237
Interne Erlöse	153'355	162'443	155'816
Beiträge von Dritten	1'125'107	1'069'800	1'133'000
Erlöse inkl. Verrechnungen	7'809'748	7'719'343	7'936'053
Verrechnungen innerhalb PG	120'000	155'000	135'729
Total effektive Erlöse	7'689'748	7'564'343	7'800'324
Total Nettokosten / Globalkredit	5'126'296	4'198'922	3'759'175
Kostendeckungsgrad in %	60	64	67

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	37.88	38.55	37.85
▪ Auszubildende	2.68	5.90	4.40
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen "effort14+" - 0.6 Stellen werden abgebaut Änderungen VA 2014 - 0.1 Stellen bereichsinterne Verschiebung Sekretariat Personalwesen (vgl. 629000)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Kontinuierliche Umsetzung der Massnahmen gemäss Suchtpolitik 2012-2016.
- Laufende Akquirierung von geeignetem Wohnraum für Wohnungssuchende.

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchgefährdete weibliche bzw. männliche Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und Sucht verhindert werden kann.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'451'347	1'556'560	1'461'524
Erlös	419'271	352'694	394'298
Nettokosten	1'032'076	1'203'866	1'067'226
Kostendeckungsgrad in %	29	23	27

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina in CHF	1'339 / 1'348	1450 / 1500	1'500 / 1'500
Wartefrist für Aufnahme in Projekt (in Tagen)	14	20	20

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention	41	25 - 30	25 - 30
Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention	18	15 - 20	15 - 20
Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention	98	50 - 60	50 - 60
Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina	53 / 47	55 / 55	55 / 55
Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina	23 / 21	25 - 30 / 25 - 30	25 - 30 / 25 - 30

Produkt 2 Wohnen und Tagesstruktur

Leistungen

Notwohnungen

- Bereitstellung von Unterkunft bzw. Wohnraum für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Begleitetes Wohnen

- Bereitstellung von Wohnraum und Begleitung von suchtmittelabhängigen und verhaltensauffälligen Menschen in ihrem Lebensalltag. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und die Verhinderung von Aufenthalt in stationären Einrichtungen.

Anlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und von Ausgrenzung bedrohte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Alkohol- bzw. Drogenszene.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	6'066'871	5'898'507	5'893'757
Erlös	3'611'257	3'546'208	3'659'650
Nettokosten	2'455'613	2'352'300	2'234'107
Kostendeckungsgrad in %	60	60	62

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Kontakte pro Jahr / Stellenprozent der DAS "Die Anlaufstelle"	7'723	7'000	6'600
Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen	19.0	17 - 19	17 - 19
Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen in %	94	95 - 100	100

Die Anzahl Kontakte / Stellenprozent bei der DAS reduziert sich durch die Stellenaufstockung, was zu einer spürbaren Entlastung der Mitarbeitenden führt.

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
DAS "Die Anlaufstelle":			
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher pro Jahr (Frequenz)	33'209	37'000	35'000
▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr	48'000	34'000	45'000
Begleitetes Wohnen:			
▪ Anzahl begleitete Personen	48	70 - 75	60-65
▪ Anzahl Mietobjekte	50	70 - 75	60-65
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	89 / 17 / 33	100 / 25 / 30	100 / 30 / 25
Notwohnungen:			
▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer	275 / 0 / 30	180 / 0 / 25	200 / 0 / 25
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember:			
Erwachsene / Kinder	417 / 189	250 / 150	300 / 150
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien /			
Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare	65 / 38 / 172 / 19	50 / 30 / 120 / 15	50 / 30 / 120 / 15
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	424 / 116 / 74	500 / 45 / 30	500 / 45 / 30
Objekte Sozialdienst Asyl:			
Anzahl verwaltete Mietobjekte		50	50

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Integrierte Suchthilfe Winterthur ISW

- Beratung und Behandlungen bei unterschiedlichen Suchterkrankungen (illegale Drogen, Alkohol, Medikamente, Spielsucht, etc.). Dies umfasst ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapie, Durchführung strafrechtlicher Massnahmen, Beratung von Angehörigen und Bezugspersonen suchtkranker Menschen.
- Methadon- und heroingestützte Behandlung von Patient/innen mit chronifizierter Suchtentwicklung.
- Behandlung von Kindern suchtkranker Eltern.
- Die Angebote werden in enger Zusammenarbeit mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur geführt.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'265'648	4'463'198	4'339'946
Erlös	3'776'577	3'820'441	3'882'105
Nettokosten	489'071	642'756	457'841
Kostendeckungsgrad in %	89	86	89

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Integrierte Suchthilfe Winterthur			
Alkoholberatungen / -behandlungen			
▪ Anzahl behandelte Personen		400 - 450	400 - 450
▪ Anzahl Konsultationen		3'000 - 3'200	3'000 - 3'200
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse		2'800 - 3'000	2'800 - 3'000
▪ Anzahl Ein- / Austritte		170 / 190	170 / 190
Zebra / Angebot für Kinder aus suchtblasteten Familien			
▪ Anzahl behandelte Kinder und Jugendliche		30 - 40	30 - 40
▪ Anzahl Konsultationen		500 - 550	500 - 550
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse		500 - 520	500 - 520
▪ Anzahl Ein- / Austritte		15 / 15	15 / 15
Spezialsprechstunden (Cannabis, Kokain, Onlineabhängigkeit, etc.)			
▪ Anzahl behandelte Personen		200 - 250	200 - 250
▪ Anzahl Konsultationen		900 - 1'100	900 - 1'100
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse		900 - 1'000	900 - 1'00
▪ Anzahl Ein- / Austritte		100 / 100	100 / 100
Methadonbehandlungen			
▪ Anzahl behandelte Personen		250 - 280	250 / 280
▪ Anzahl Konsultationen		12'000 - 13'000	12'000 - 13'000
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse		12'000 - 12'500	12'000 - 12'500
▪ Anzahl Ein- / Austritte		40 / 40	40 / 40
Heroinprogramm			
▪ Anzahl behandelte Patienten		60	60
▪ Anzahl Patienten per 31.12.		58	58
▪ Anzahl Ein- / Austritte		5 / 5	5 / 5

Investitionsrechnung Prävention und Suchthilfe

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Kontinuierliche Umsetzung der Suchtpolitik 2012 - 2016.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Individuelle Unterstützung

Auftrag

Geldleistungen an Einzelpersonen und Familien zur Verhinderung von Bedürftigkeit und finanziellen Notlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

- Die Produktgruppe "Individuelle Unterstützung" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe geführt, dahinter steht aber keine Verwaltungseinheit im herkömmlichen Sinn.

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Finanzielle Leistungen an Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe.

2 Sozialhilfe Asylsuchende

Finanzielle Leistungen an Asylsuchende (inkl. Unterbringungskosten).

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Zusatzleistungen für AHV- und IV-Rentner.

4 Alimentenbevorschussung

Finanzielle Leistungen zur Bevorschussung von Alimenten.

5 Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Finanzielle Leistungen als Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

6 Krankenkassenwesen

Finanzielle Leistungen zur Sicherstellung des Versicherungsschutzes.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfegesetz (SHG) (LS 851.1)

Verordnung zum Sozialhilfegesetz (SHV) (LS 851.11)

Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) (SR 142.2)

Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer (VIntA) (SR 142)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR

Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Rechtmässige Erbringung der Leistungen Die Leistungen werden gemäss gesetzlichen Vorgaben und übergeordneten Beschlüssen erbracht. <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der rechtmässigen Leistungserfüllung b) Anzahl der Fälle mit rechtmässiger bzw. mit nicht rechtmässiger Leistungserbringung		100 % keine Angabe	100 % 8'350 / 0

*) Die Indikatoren sind neu, darum fehlen die Vorjahreswerte. Kommentar zu Soll 2013 / Soll 2014 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	92'026'306	94'130'861	106'483'797

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Globalkredit erhöht sich um CHF 12.35 Mio. Franken. Hauptgrund sind insbesondere die höheren Kosten für die gesetzliche Sozialhilfe sowie höhere Kosten bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (KKBB). Zudem werden ab 2014 die Kosten bei Sonderschulung platzierter Kinder vom Departement Schule und Sport (DSS) gemäss der Verordnung über die Finanzierung der Sonderschulung zur Hälfte der Sozialhilfe belastet (CHF 4.24 Mio.).

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG:

- Grundsätzliche Bemerkung: Per 1.5.2013 erfolgte ein Systemwechsel im Asylbereich, indem die "Vorläufig Aufgenommenen" vom Asylwesen zur Sozialhilfe wechselten. Einerseits erhält diese Personengruppe nicht mehr die reduzierten Ansätze des Asylwesens, andererseits hat sich das (Re)Finanzierungssystem verändert. Bisher vergütete der Kanton pro Präsenztage CHF 36, nun können nur noch Fälle weiterverrechnet werden, welche <10 Jahre im Kanton Zürich leben. Ein beachtlicher Teil der "Vorläufig Aufgenommenen" ist länger in der Schweiz und die Kosten gehen voll zu Lasten der Stadt.
- Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe wird weiterhin mit einem Fallwachstum von rund 3 % gerechnet. Das Kostenwachstum ist schwierig abzuschätzen, da die Rückerstattungen generell rückläufig sind und so die Nettokosten überdurchschnittlich ansteigen. Der budgetierte Kostenanstieg von insgesamt CHF 4 Mio. fällt höher aus, da die im Voranschlag 2013 errechneten Kosten zu tief sind.
- Ab 2014 werden die Wohnkosten der in Sonderschulen platzierten Kinder vom Departement Schule und Sport (DSS) gemäss der Verordnung über die Finanzierung der Sonderschulung vom 5.12.2007 verrechnet. Diese Verordnung sieht vor, dass Kosten bei Heimplatzierungen mit gemischter Indikation (sozial und schulisch) je zur Hälfte von der Schulgemeinde und der politischen Gemeinde übernommen werden müssen. Aufgrund einer Spezialvereinbarung zwischen den beiden Departementen wurde bisher auf diese Verrechnung und entsprechender doppelter Fallführung verzichtet.

Produkt 2 Sozialhilfe für Asylsuchende:

- Hauptgrund für die Ergebnisverschlechterung von CHF 1 Mio. ist die bei Produkt 1 erwähnte grundsätzliche Bemerkung zu den Veränderungen der Zuordnung von "Vorläufig Aufgenommenen".
- Der Kanton besteht nach wie vor auf der Erfüllung des gesamten Aufnahmekontingents von 0.5 % der Bevölkerung, was im Bereich der Unterbringung immer wieder zu Engpässen führt.

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV:

- Das Wachstum hat sich aufgrund erster Hochrechnungen im Jahr 2013 etwas abgeschwächt, so dass die für 2013 budgetierten Aufwendungen wohl erst im Jahr 2014 erreicht werden.

Produkt 4 Alimentenbevorschussung:

- Trotz neuer gesetzlicher Grundlagen, welche zu höheren Ansätzen bei den Bevorschussungen und einer neuen Berechnungsgrundlage führen, wird mit gleichbleibenden Kosten gerechnet. Hauptgrund sind die Scheidungsurteile bzw. Unterhaltsbeiträge für Kinder, welche wohl erst bei neueren Fällen an die höheren möglichen Ansätze angepasst werden.

Produkt 5 Kleinkinderbetreuungsbeiträge:

- Auch hier haben sich die Grundlagen wesentlich verändert, indem der maximale Beitrag von CHF 2'000 auf fast CHF 3'000 pro Monat erhöht wurde und die Berechnungsgrundlagen vom Kanton grosszügiger ausgestaltet wurden. Gemäss erster Hochrechnung führt dies zu wesentlich höheren Kosten für die Stadt, da sich dadurch die Anspruchsgruppe stark erweitert hat.

Produkt 6 Krankenkassenwesen:

- Keine wesentliche Veränderung.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- a) Ziel ist die hundertprozentige rechtmässige Leistungserfüllung.
- b) Es wird von einer Gesamtzahl aller in dieser Produktgruppe abgebildeter Fälle ausgegangen. Auch hier soll das Ziel sein, alle Leistungen rechtmässig zu erbringen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Siehe dazu die Begründungen zur Abweichung 2013/2014.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	0	0	227'470
Sachkosten	2'005'875	1'422'044	1'665'332
Beiträge an Dritte	204'818'468	211'677'917	225'843'700
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	319'169	297'400	279'000
Übrige interne Kosten	200'322	131'500	195'295
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>207'343'834</i>	<i>213'528'861</i>	<i>228'210'797</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	207'343'834	213'528'861	228'210'797
Externe Erlöse	51'558'704	54'842'000	55'506'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	63'758'824	64'556'000	66'221'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>115'317'528</i>	<i>119'398'000</i>	<i>121'727'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	115'317'528	119'398'000	121'727'000
Total Nettokosten / Globalkredit	92'026'306	94'130'861	106'483'797
Kostendeckungsgrad in %	55	55	53

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Umsetzung der Massnahme aus dem Sanierungsprogramm "Effort14+": Reduktion des Aufwandes für soziale und berufliche Integrationsmassnahmen um CHF 500'000.
- Bereitstellung von genügend Unterbringungskapazität im Asylbereich.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG

Leistungen

Finanzielle Leistungen an Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe im Auftrag der Fürsorgebehörde

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	79'795'003	79'206'000	92'360'000
Erlös	38'084'143	38'468'000	42'520'000
Nettokosten	41'710'860	40'738'000	49'840'000
Kostendeckungsgrad in %	48	49	46

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total Unterstützungsfälle / Sozialhilfedossiers per 31.12.		2'250	2'600
Total Unterstützungsfälle / Sozialhilfedossiers kumuliert		3'100	3'150
Anzahl Personen kumuliert		5'200	5'400
Unterstützungsleistungen brutto in CHF		79'500'000	88'100'000
Unterstützungsleistungen netto in CHF		40'888'000	44'700'000
Durchschnittliche Nettokosten pro Fall in CHF		13'190	12'980
Durchschnittliche Nettokosten pro Person in CHF		7'863	7'572

Produkt 2 Sozialhilfe für Asylsuchende

Leistungen

- Finanzielle Leistungen an Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene. Vorläufig Aufgenommene werden separat abgerechnet (Sozialhilfe), zählen aber zum Asylkontingent.
- Kosten für die Unterbringung von vom Kanton zugewiesenen Asylsuchenden.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	6'300'256	7'430'278	5'566'097
Erlös	7'360'664	8'571'000	5'730'000
Nettokosten	-1'060'409	-1'140'722	-163'903
Kostendeckungsgrad in %	117	115	103

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Stadt Winterthur:			
Anteil betreuter Personen in % des vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingentes (inkl. angerechnete Heime)		100 %	100 %
Total Unterstützungsfälle per 31.12.		230	230
Total Unterstützungsfälle kumuliert		--*	320
Anzahl Personen kumuliert		--*	600
Abgerechnete Präsenztage		--*	72'000
Unterstützungsleistungen brutto in CHF		7'430'278	5'568'882
Unterstützungsleistungen netto in CHF		-1'140'722	-161'118
Vertragsgemeinden:			
Total Unterstützungsfälle per 31.12.		100	100
Total Unterstützungsfälle kumuliert		--*	136
Anzahl Personen kumuliert		--*	272
Abgerechnete Präsenztage		--*	45'000

*) Für einen Teil der durch den Sozialdienst Asyl betreuten Personen, wechselt die Art der Unterstützung und der Abrechnung per 1.5.2012. Dadurch fehlen Erfahrungs- und Vergleichswerte.

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Leistungen

Zusatzleistungen für AHV- und IV-Rentner.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	86'830'351	91'309'717	91'309'700
Erlös	38'689'119	40'926'000	40'926'000
Nettokosten	48'141'232	50'383'717	50'383'700
Kostendeckungsgrad in %	45	45	45

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total Fälle Stadt Winterthur per 31.12.		3'900	3'950
▪ davon Betagte		2'000	2'000
▪ davon Invalide		1'800	1'850
▪ davon Hinterlassene		100	100
Total Fälle Vertragsgemeinden per 31.12.		65	65
Unterstützungsleistungen brutto in CHF		91'309'717	91'307'717
Unterstützungsleistungen netto in CHF		50'383'717	50'383'717
▪ davon Gemeindegzuschüsse in CHF		3'524'000	3'524'000
Durchschnittliche Nettokosten pro Fall in CHF			
▪ Betagte im Heim		49'000	52'000
▪ Betagte im Privathaushalt		18'000	18'000
▪ Invalide im Heim		51'000	53'000
▪ Invalide im Privathaushalt		24'000	24'000

Produkt 4 Alimentenbevorschussung

Leistungen

Finanzielle Leistungen zur Bevorschussung von Alimenten.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'064'793	5'000'960	4'750'000
Erlös	1'549'028	2'153'000	1'906'000
Nettokosten	2'515'764	2'847'960	2'844'000
Kostendeckungsgrad in %	38	43	40

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Fallaufnahmen		--*	80
Anzahl Fallabschlüsse		--*	130
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten (kumuliert)		850	800
Summe der bevorschussten Alimenten in CHF		5'002'000	4'700'000
Summe Inkasso / Rückerstattungen in CHF		2'153'000	1'906'000

*) Diese Zahlen wurden bisher nicht erhoben

Produkt 5 Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Leistungen

Finanzielle Leistungen für Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	970'740	1'450'000	3'800'000
Erlös	176'793	65'000	200'000
Nettokosten	793'947	1'385'000	3'600'000
Kostendeckungsgrad in %	18	4	5

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Fallaufnahmen		--*	180
Anzahl Fallabschlüsse		--*	60
Anzahl Fälle mit Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (kumuliert)		130	250
Summe der Kleinkinderbetreuungsbeiträge in CHF		1'450'000	4'700'000

*) Diese Zahlen wurden bisher nicht erhoben.

Produkt 6 Krankenkassenwesen

Leistungen

Finanzielle Leistungen im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Versicherungsschutzes.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	29'382'692	29'140'000	30'425'000
Erlös	29'457'780	29'215'000	30'445'000
Nettokosten	-75'089	-75'000	-20'000
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Summe der Prämienübernahmen		28'000'000	30'425'000
▪ davon Zusatzleistungen		19'600'000	20'000'000
▪ davon Sozialhilfe		8'000'000	10'000'000
▪ davon Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe		400'000	425'000

Investitionsrechnung Individuelle Unterstützung

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Es handelt sich um gesetzlich vorgeschriebene Leistungen ohne grossen Handlungsspielraum für die Stadt Winterthur.
- Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre muss mit einem weiteren Kostenwachstum von rund 3 % pro Jahr gerechnet werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962
- Kantonales Pflegegesetz vom 27.9.2010
- Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung vom 22.10.2010

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Spitexdienste vom 21.1.2008 (GGR 2007/097)

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Verantwortliche Leitung

Heidi Kropf-Walter

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	53	50	50
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	0	86	0
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'175 77	1'180 200	1'200 200
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	67	69	63
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	15 359 4 1.9	16 220 0 1.7	18 300 0 1.7

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	8'870'591	8'659'355	8'258'085

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die hauptsächlichen Begründungen für Abweichungen werden im folgenden Abschnitt "Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012" aufgeführt, weil die Rechnung 2012 auf aktuelleren Informationen basiert als der Voranschlag 2013.

Zwischen den Jahren 2013 und 2014 gibt es lediglich zwei nennenswerte Veränderungen. Diese entstehen aufgrund der Gesetzgebung zur Pflegefinanzierung und sind ins Budget eingeflossen. Der Beschluss des Regierungsrats vom 15. August 2012 resultiert für die Spitex in einer leichten Erhöhung der Beiträge der Krankenkassen. Die auf Bundesebene vorgegebene neue Regel zur Rundung von "angebrochenen" Zeitintervallen bei der Verrechnung von Pflegeleistungen - ab 2014 werden lediglich noch 5-Minuten-Intervalle an Stelle von 15-Minuten-Intervallen verrechnet - führt zu einer Ertragsreduktion. Per Saldo ergibt sich eine Ertragsreduktion gegenüber dem Jahr 2013 von rund 230 TCHF.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Parlamentarische Zielvorgaben

1. Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung

Im Rahmen der Pflegefinanzierung wird der Abrechnungsmodus geändert. Bisher wurden „angebrochene“ Viertelstunden voll in Rechnung gestellt. Neu werden nach den ersten 10 Minuten lediglich „angebrochene“ 5-Minuten-Zeitintervalle verrechnet. Dies hat eine Ertragsreduktion zur Folge, die den Kostendeckungsgrad belastet.

2. Kundenorientierung

Im Jahr 2014 wird keine Befragung der Klienten durchgeführt.

3. Kapazität

Die vorhandenen Informationen zur Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen lassen vermuten, dass der Bedarf auch im Jahre 2014 grundsätzlich zunimmt. Weil aber der Stellenplan auf dem Stand 2011 eingefroren wurde, nehmen die nicht übernommenen Anfragen zu.

4. Effizienz

Die neuen Rundungsregeln (vgl. oben Wirtschaftlichkeit) wirken sich negativ auf die Kenngrösse der Effizienz aus, obwohl die operative Effizienz durch geeignete Massnahmen erhöht wird.

5. Ausbildungs- und Fort-/Weiterbildungsstätten

Die Nachfrage nach Studienplätzen ist variabel. Das Jahr 2012 war in dieser Hinsicht sehr erfolgreich. Aus diesem Grund wird für das Jahr 2014 etwas vorsichtiger budgetiert.

Nettokosten/Globalkredit

A) Personalkosten

Die Personalkosten nehmen gegenüber Rechnung 2012 um knapp 700 TCHF ab. Rechnet man die zusätzlich zentral ins Budget eingerechneten Arbeitgeberanteile für die Sanierung der Pensionskasse in Höhe von 100 TCHF hinzu, ergibt sich eine Reduktion der Personalkosten gegenüber Rechnung 2012 um rund 800 TCHF. Neben einem Abbau von rund 1.5 Stellen gegenüber 2012 wird auch von einem Fluktuationsgewinn sowie dem Abbau von Personalkostenrückstellungen ausgegangen.

B) Sachkosten

Der Sachaufwand ist grundsätzlich unverändert. Dieser war im Jahr 2012 im langjährigen Vergleich ungewöhnlich tief, weil in jenem Jahr insbesondere die Kosten für Fahrzeuge, für Honorare und für Dienstleistungen Dritter deutlich unter dem Vorjahreswert lagen.

C) Externe Erlöse

Zu den Gründen für den Rückgang der Erlöse vgl. oben Wirtschaftlichkeit. Die hier erwähnte letzte Tranche der Pflegefinanzierung führt zu einem Ertragsausfall von per Saldo ca. 500 TCHF. Diese Ertragsberechnungen basieren auf einer Hochrechnung der geleisteten Stunden und den Angaben des Spitexverbandes (-15% Ertragsreduktion wegen der angepassten Verrechnung von "angebrochenen" Zeitintervallen). Die Taxerhöhungen sind im Saldobetrag ebenfalls berücksichtigt. Weil sich die Effizienzsteigerung (Effort14+) im Ertrag widerspiegelt, kann ein Teil des oben erwähnten Rückgangs der Erlöse wettgemacht werden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	14'990'091	14'653'016	14'302'221
Sachkosten	735'753	919'006	731'792
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	117'424	121'058	77'606
Mietkosten	254'328	308'297	301'672
Übrige interne Kosten	9'215'850	9'675'398	9'090'842
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>25'313'446</i>	<i>25'676'776</i>	<i>24'504'133</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'994'724	8'384'322	7'844'819
Total effektive Kosten	16'318'722	17'292'454	16'659'314
Externe Erlöse	8'453'351	8'471'028	8'251'242
Interne Erlöse	7'992'196	8'513'405	7'991'720
Beiträge von Dritten	-2'692	32'988	3'085
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'442'855</i>	<i>17'017'421</i>	<i>16'246'048</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'994'724	8'384'322	7'844'819
Total effektive Erlöse	7'448'131	8'633'099	8'401'228
Total Nettokosten / Globalkredit	8'870'591	8'659'355	8'258'085
Kostendeckungsgrad in %	53	50	50

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	132.68	131.20	131.20
▪ Auszubildende	15.00	18.00	18.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Der Voranschlag ist identisch mit dem Jahr 2013.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Im Jahr 2014 steht die vollständige Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung an. Als weiteres wichtiges Projekt ist die Umsetzung des Beschwerde- und Verbesserungsmanagements zu nennen, das 2014 im ganzen Bereich Alter und Pflege eingeführt wird.

Produkt 1 Pflege

Leistungen

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	17'031'794	16'547'106	16'384'244
Erlös	11'325'279	10'988'802	10'891'288
Nettokosten	5'706'516	5'558'304	5'492'956
Kostendeckungsgrad in %	66	66	66

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	60	61	52
Kostendeckungsgrad Produkt Pflege in %	66.0	66.0	65.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	201	200	229

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl betreute Personen	1'509	1'480	1'500
Anzahl Einsatzstunden	84'525	83'000	73'000

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

Leistungen

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	8'281'651	9'129'670	8'119'835
Erlös	5'098'924	6'028'619	5'354'761
Nettokosten	3'182'728	3'101'051	2'765'075
Kostendeckungsgrad in %	62	66	66

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	77.8	79.0	78.0
Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung in %	62.0	66.0	64.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	114	122	115

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl betreute Personen	1'605	1'600	1'500
Anzahl Einsatzstunden	72'472	75'000	72'000

Investitionsrechnung Spitex

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Zum heutigen Zeitpunkt sind keine besonderen Projekte geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Alterszentren

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitbetreuung und -pflege

Wohngruppen für Menschen mit Demenz

Betreutes Wohnen

Alterswohnungen

2 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Ferienabteilungen

Temporäre Betreuung und Pflege (länger als 24 Stunden)

Tagespflege

3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen
- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung

Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung

Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962
- Kantonales Pflegegesetz vom 27.9.2010
- Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung vom 22.10.2010

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Altersplanung Stand 2005 - Schlussbericht der Projektgruppe
- Ausführungsplan "Altersplanung Stand 2005"

Verantwortliche Leitung

Heidi Kropf-Walter

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	86 51.0	86 46.0	87 51.0
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %. ▪ Anteil der befragten Bewohner: ▪ Anteil der befragten Angehörigen:	0 0	94 86	0 0
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnungen) - in Alterswohnungen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Eintritte in städtische Alterszentren: - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.) - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	596 50 35 32 40.00 68.00	580 50 49 36 22.00 71.00	584 50 47 32 40.00 50.00
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hoch stehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	103 1'116 2'299 2.0	106 700 2'000 2.2	103 1'100 2'000 2.0

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	10'382'886	10'598'208	9'657'966

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Die hauptsächlichen Begründungen für Abweichungen werden im folgenden Abschnitt "Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012" aufgeführt, weil die Rechnung 2012 auf aktuelleren Informationen basiert als der Voranschlag 2013.

Zwischen den Jahren 2013 und 2014 gibt es lediglich eine nennenswerte Veränderung, die ins Budget eingeflossen ist, nämlich die Senkung der Beiträge der Krankenkassen gemäss Beschluss des Regierungsrats vom 15. August 2012. Diese Ertragseinbusse gegenüber dem Jahr 2013 beträgt rund 0.7 Mio. CHF.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Parlamentarische Zielvorgaben

1. Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung

Der Kostendeckungsgrad steigt aufgrund des niedrigeren Globalkredits, der primär über Senkungen des Personalaufwands erreicht wird.

2. Kundenorientierung

Im Jahr 2014 findet keine Befragung von Bewohnenden und Angehörigen statt.

3. Kapazität

Die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten bedingt seit 1.11.2012 eine Reduktion der Anzahl Plätze während der Bauarbeiten. Relevant ist in 2014 die Erhöhung von Wohnplätzen in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz durch eine neue Gruppe im Alterszentrum Rosental. Dies geht zu Lasten der verfügbaren allgemeinen Plätze in der Langzeitbetreuung und -pflege.

4. Ausbildungs- und Fort-/Weiterbildungsstätten

Im Jahr 2012 wurden markante Erhöhungen bei den Ausbildungswochen für Studierende und den Praktikumswochen verzeichnet. Eine weitere Erhöhung gegenüber diesen Werten erscheint nicht realistisch, weil bereits das aktuelle Angebot an die Grenzen der Kapazitäten für die Begleitung der Praktikanten und Studierenden stösst.

Nettokosten/Globalkredit

A) Personalkosten

Gegenüber Rechnung 2012 nimmt der Personalaufwand um insgesamt rund 9.4 Mio. CHF ab, wovon rund 740 TCHF eine Verlagerung in die Sachkosten sind (Auslagerung der ärztlichen Dienstleistungen ans KSW) und rund 3.1 Mio. CHF eine Verschiebung in die internen Kosten betrifft (Support Fachstellen und Bereichsleitung). Die effektive Reduktion von 5.6 Mio. CHF setzt sich zusammen aus rund 2 Mio. CHF aufgrund der temporären Stellenreduktion wegen der Sanierung des Alterszentrums Adlergarten, rund 1.3 Mio. CHF für die im Februar 2013 beschlossene Reduktion der Fachmitarbeitenden in der Pflege um 13 Stellen sowie weiteren 2.3 Mio. CHF für Fluktuationsgewinne, der Effort14+-Massnahme Nr. 6.011 „Beitrag Alterszentren aus Massnahmenmix Personal- und Sachaufwand“ sowie der GGR-Kürzung. Der angenommene Fluktuationsgewinn ist relativ hoch und kann nur erreicht werden, wenn tatsächliche Fluktuation stattfindet und Stellen nicht schnell genug wieder besetzt werden können. Zusätzlich wird es im Rahmen von Effort14+ unumgänglich sein, weitere Stellen dauerhaft nicht wieder zu besetzen.

B) Sachkosten

Die Sachkosten sind rund 1 Mio. CHF tiefer budgetiert, unter Berücksichtigung der Verlagerung von Personalkosten für ärztliche Dienstleistungen auf die Sachkosten nehmen sie real gar 1.7 Mio. CHF ab. Diese Reduktion muss hauptsächlich im Unterhalt von Infrastruktur & Mobilien, im Einkauf von Pflegematerial sowie bei den internen Sachkosten durch Einsparungen beim Strom, Fernwärme (Pilotprojekt Display) und beim gärtnerischen Unterhalt erzielt werden.

C) Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Die Zunahme dieses Postens ist auf die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten zurückzuführen.

D) Externe Erlöse

Der markante Rückgang bei den externen Erlösen ist primär auf die Reduktion der Anzahl Plätze (Sanierung AZA, - ca. 1.3 Mio. Erträge aus Hotellerie, Pflege und Betreuung; - ca. 300 TCHF aus Wohnungs- und Parkplatzmieten), auf die Senkung der Tarife der Krankenversicherer (Regierungsratsbeschluss vom August 2012, - ca. 1.5 Mio. CHF) und auf tiefere Einnahmen aus ärztlichen Dienstleistungen zurückzuführen.

E) Beiträge von Dritten

Die im Jahre 2012 noch eingetroffenen Staatsbeiträge betrafen das Jahr 2011. Seit dem 1.1.2012 richtet der Kanton keine Beiträge für die Langzeitpflege mehr aus (Spitalfinanzierung).

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	60'884'394	52'068'837	51'432'599
Sachkosten	14'883'238	14'829'657	13'921'026
Beiträge an Dritte	30'350	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	4'259'212	5'025'112	5'025'112
Mietkosten	343'082	404'214	349'300
Übrige interne Kosten	16'646'842	21'281'496	20'287'704
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>97'047'119</i>	<i>93'609'316</i>	<i>91'015'740</i>
Verrechnungen innerhalb PG	16'695'689	16'361'417	15'376'127
Total effektive Kosten	80'351'430	77'247'900	75'639'613
Externe Erlöse	69'581'514	66'413'397	65'691'652
Interne Erlöse	16'972'571	16'597'711	15'659'836
Beiträge von Dritten	110'147	0	6'286
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>86'664'233</i>	<i>83'011'108</i>	<i>81'357'774</i>
Verrechnungen innerhalb PG	16'695'689	16'361'416	15'376'127
Total effektive Erlöse	69'968'544	66'649'692	65'981'647
Total Nettokosten / Globalkredit	10'382'886	10'598'208	9'657'966
Kostendeckungsgrad in %	86	86	87

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	539.35	528.80	512.58
▪ Auszubildende	103.00	105.00	105.00
▪ KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	3.00	3.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+"

- 13.00 Stellen Fachmitarbeiter/Fachmitarbeiterinnen Pflege und Betreuung (Die Massnahme „Beitrag Alterszentren aus Massnahmenmix Personal- und Sachaufwand“ kann darüber hinaus gehende Personalmassnahmen enthalten. Diese sind im erwähnten Abbau um 13 Stellen noch nicht enthalten).

Änderungen VA 2014

- 3.22 Stellen organisatorische Anpassungen wie z. B. personelle Folgen aus Sanierung Restaurant Brühlgut und Bettenreduktion Adlergarten

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Im Jahre 2014 ist aufgrund der Ergebnisse der im Bereich Alter und Pflege durchgeführten Analyse eine organisatorische Weiterentwicklung geplant. Im Zentrum steht eine Änderung der Organisationsstrukturen der Alterszentren, unter Berücksichtigung und Beibehaltung der mit den Reorganisationen 2005 und 2009/2010 einhergehenden zahlreichen Errungenschaften.

Im operativen Betrieb ist vorgesehen, per Anfang 2014 die flächendeckende Einzelerfassung der Pflege- und Betreuungsleistungen einzuführen. Die diesbezüglichen Projektarbeiten inkl. eines Pilotbetriebs werden im Jahr 2013 vorangetrieben. Als weiteres wichtiges Projekt ist die Umsetzung des Beschwerde- und Verbesserungsmanagements zu nennen, das 2014 im ganzen Bereich Alter und Pflege eingeführt wird.

Produkt 1 Langzeitbetreuung- und pflege

Leistungen

- Alterszentren:
Den individuellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes professionelles Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Je nach Angebot inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben gelegt. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes sowie Einbezug in den Alltag, soweit sinnvoll und gewünscht.
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankung im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.
- Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:
Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	88'381'743	83'353'961	82'873'343
Erlös	81'995'527	78'367'694	76'422'572
Nettokosten	6'386'216	4'986'267	6'450'771
Kostendeckungsgrad in %	93	94	92

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung)	95	98	98
- Aufwandüberschuss pro Bewohner*tag in CHF	24.9	26.1	28.8
- Qualitätskennziffern			
▪ Anzahl Stürze	1'639	1'900	1'700
▪ Dekubiti	97	60	80
▪ Menge der Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen	55	150	120
- Durchschnittliche Anzahl BESA-Punkte im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl Stellen der Abteilung Betreuung und Pflege	61.5	56.0	65.0
- Prozentualer Anteil des Personals der Abteilung Betreuung und Pflege am Stichtag 31.12. nach Fachbereichen			
▪ Fachmitarbeiterinnen in %	49	49	46
▪ Mitarbeiterinnen in %	31	31	34
▪ Assistentinnen in %	20	20	20

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Bewohnertage	231'658	220'000	220'000
Durchschnittliche Anzahl Bewohnende je BESA (Stufe 0-4) im Jahr			
▪ Stufe 0	47	40	
▪ Stufe 1	91	103	
▪ Stufe 2	142	123	
▪ Stufe 3	118	117	
▪ Stufe 4	219	208	
Durchschnittliche Anzahl Bewohnende je Pflege-Stufe nach KLV (Stufen 1-12)			
▪ Stufe 1			52
▪ Stufe 2			88
▪ Stufe 3			78
▪ Stufe 4			70
▪ Stufe 5			62
▪ Stufe 6			46
▪ Stufe 7			58
▪ Stufe 8			42
▪ Stufe 9			41
▪ Stufe 10			31
▪ Stufe 11			23
▪ Stufe 12			12
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen pro Bewohner	916	1'000	1'000

Produkt 2 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'822'729	4'561'819	3'585'486
Erlös	2'079'115	2'356'296	2'406'975
Nettokosten	1'743'614	2'205'523	1'178'511
Kostendeckungsgrad in %	54	52	67

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Auslastung der Kapazitäten (Betten / Plätze) in %	60.30	78.00	65.00
Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote in %	54	51	76
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	225.70	280.50	114.30
Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote in %	33.0	12.0	30.0

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Bewohnertage	7'726	8'000	8'000
Durchschnittliche Anzahl KlientInnen in der Tagesklinik pro Tag	15	16	15
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Überbrückungspflege pro Jahr	24	22	24

Produkt 3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants können nicht nur von Bewohnenden, sondern auch von externen Gästen besucht werden. Dadurch wird zusätzlicher Ertrag generiert und der Kontakt zwischen den Bewohnenden und der Bevölkerung ermöglicht. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'842'647	5'693'537	4'556'911
Erlös	2'448'554	2'287'118	2'528'214
Nettokosten	2'394'093	3'406'418	2'028'697
Kostendeckungsgrad in %	51	40	55

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckungsgrad Produkt 'Weitere Dienstleistungen' in %	51	40	55
Aufwandüberschuss pro Bohnertag in CHF	9.79	11.89	9.04

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Bruttoumsatz Restaurant in CHF	1'803'714	2'000'000	1'837'000
Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen	1'788'009	1'500'000	1'750'000
Anzahl Raumvermietungstage	48	30	30
Therapieleistungen für Dritte in Taxpunkten	127'754	170'000	170'000
Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF	131'000	80'000	80'000

Investitionsrechnung Alterszentren

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	21'402'500	16'957'500	8'538'400	3'720'764	2'115'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Im Jahr 2015 soll das sanierte Alterszentrum Adlertgarten wieder bezogen werden. Damit verbunden ist eine Erhöhung der Kapazität gegenüber dem Betrieb im Provisorium, was sich entsprechend auf die Erträge aber auch auf die Personalkosten auswirken wird.

Im Bereich der Ablauforganisation ist ein Projekt geplant zur elektronischen Führung der Dossiers der Bewohnenden. Dieses Projekt greift relativ tief in die Arbeitsprozesse der Betreuung und Pflege ein und bindet entsprechend viele Ressourcen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Beiträge an Organisationen

Auftrag

- Finanzielle Beiträge an Organisationen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, Gemeinderats- oder Stadtratsbeschlüssen, mit dem Ziel sicherzustellen, dass diese Organisationen bestimmte Leistungen für die Stadt erbringen. Die Beiträge an das kantonale Jugendsekretariat werden ebenfalls in dieser Produktgruppe aufgeführt.
- Die Produktgruppe "Beiträge an Organisationen" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe geführt, dahinter steht aber keine Verwaltungseinheit im herkömmlichen Sinn.

Produkte

1 Jugend und Familie

Beiträge an Organisationen mit der Zielgruppe Jugend und Familie und finanzielle Beiträge an das kantonale Jugendsekretariat

2 Erwachsene

Beiträge an Organisationen mit der Zielgruppe Erwachsene

3 Alter und Gesundheit

Beiträge an Organisationen mit der Zielgruppe Alter und Gesundheit

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfegesetz SHG (LS 851.1)

Verordnung zum Sozialhilfegesetz SHV (LS 851.11)

Pflegegesetz des Kantons (LS 855.1)

Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung (LS 855.11)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR

Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates

Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

-

Verantwortliche Leitung

Dr. Eva Weishaupt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Zielvereinbarungen mit Organisationen Die abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen erfüllen die Anforderungen der Revisionsstelle. <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der Leistungsvereinbarungen bei denen die Anforderungen erfüllt sind. b) Anzahl der Leistungsvereinbarungen bei denen die Anforderungen erfüllt bzw. nicht erfüllt sind. Die Einhaltung der Vereinbarungen wird gemäss interner Prüfliste regelmässig im Turnus überprüft. <i>Messgrösse:</i> c) Überprüfung erfolgt oder nicht erfolgt.		100 % 24 / 0 erfolgt	100 % 35 / 0 erfolgt

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	13'888'956	16'115'710	19'514'232

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Bei den Personalkosten hat es einen Systemwechsel bei der Erfassung gegeben. Bislang wurden die gestützt auf das kantonale Jugendhilfegesetz erfolgten Beiträge an die kantonale Jugendhilfe bei der Position "Personalkosten" budgetiert. Weil es sich dabei aber nicht um Lohnkosten bzw. Lohnkostenanteile der Stadt Winterthur handelt, sondern um die Vergütung von Dienstleistungen, wird dieser Betrag neu unter der Position "Sachkosten" geführt und auch entsprechend verbucht (Konto 351002 Anteil Dienstleistungen an den Kanton). Bei dem noch auf der Position Personalkosten verbleibenden Betrag handelt es sich um eine Auszahlung an einen städtischen Angestellten (unentgeltliche Rechtsauskunft).

Die höheren Kosten für Beiträge an Dritte gehen grösstenteils auf die Pflegefinanzierung zurück, wo von Mehrkosten in der Höhe von rund CHF 4 Mio ausgegangen wird. Dieser Anstieg basiert auf der Ist-Kosten Hochrechnung für 2013 (rund CHF 2.5 Mio) sowie einer Wachstumsprojektion für 2014 basierend auf der Entwicklung 2011-13 (rund CHF 1.5 Mio).

Produkt 1 Jugend und Familie

Die Kosten bleiben insgesamt stabil. Die Mehrkosten für nicht beeinflussbare, höhere Beiträge an die kantonale Jugendhilfe werden durch Effort14+ Massnahmen und dem GGR-Antrag kompensiert.

Produkt 2 Erwachsene

Beim Beitrag an das Wohnheim der Heilsarmee wurde im Budget 2013 auch ein Beitrag für ein neues Durchgangsheim miteingerechnet, der nun aufgrund der geplanten neuen Lösung für ein Durchgangsheim wegfällt. Neu budgetiert wird ein Beitrag an den Treffpunkt Vogelsang.

Produkt 3 Alter und Gesundheit

Die höheren Beiträge sind auf die oben erwähnten Mehrkosten bei der Pflege zurückzuführen. Die Erhöhung des Beitrags an den Verein Freiwilligenagentur (Benevol) wurde vom Gemeinderat bewilligt. Im Beitrag an Benevol enthalten ist auch der Mitgliedschaftsbeitrag. Bei der Pro Senectute wird von einem um CHF 85'000 weniger hohen Beitrag ausgegangen, weil sich eine Veränderung bei den Bundessubventionen nicht so stark ausgewirkt, wie ursprünglich erwartet.

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Überprüfung und Anpassung der Beiträge an private Organisationen

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die Differenz gegenüber der Rechnung 2012 in der Höhe von rund CHF 7.4 Mio ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Mehrkosten bei der Pflegefinanzierung (rund CHF 4.8 Mio)
- Wegfall der Miete St. Urban wegen, diese wird neu bei den Immobilien erhoben (CHF 1.05 Mio)
- Mehrkosten bei der kantonalen Jugendhilfe (rund CHF 0.5 Mio)
- Per 1.1.2013 wurde neu die Produktgruppe "Beiträge an Organisationen" gebildet. Weil die Beiträge an den Verein Läbesraum, die Heilsarmee und den Verein Aidsinfostelle in der Höhe von rund CHF 1.1 Mio. in der Rechnung der Produktgruppe 627 "Prävention und Suchthilfe" abgebildet (Produkt 4), sind Rechnung 2012 und Budget 2014 nur beschränkt vergleichbar.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	3'032'558	3'096'422	21'184
Sachkosten	38'208	51'340	3'226'200
Beiträge an Dritte	11'778'074	12'701'500	15'973'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	184'634	20'648	20'648
Mietkosten	29'561	252'800	273'100
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'063'035</i>	<i>16'122'710</i>	<i>19'514'232</i>
Verrechnungen innerhalb PG	47'196	0	0
Total effektive Kosten	15'015'839	16'122'710	19'514'232
Externe Erlöse	76'883	7'000	0
Interne Erlöse	1'050'000	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'126'883</i>	<i>7'000</i>	<i>0</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'126'883	7'000	0
Total Nettokosten / Globalkredit	13'888'956	16'115'710	19'514'232
Kostendeckungsgrad in %	7	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Keine Bemerkungen.

Produkt 1 Jugend und Familie**Leistungen**

- Finanzielle Beiträge der Stadt Winterthur an das kantonale Jugendsekretariat
- Beiträge an Organisationen, die Leistungen für die Zielgruppe Jugend und Familie erbringen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'307'449	4'429'100	4'368'600
Erlös	-6'258	7'000	0
Nettokosten	4'301'192	4'422'100	4'368'600
Kostendeckungsgrad in %	-0	0	0

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Jugend			
Kostenbeteiligung Kantonale Jugendhilfe	2'756'090	3'112'000	3'200'000
Beiträge Jugendhaus	402'100	402'100	402'100
Mobile Jugendarbeit: Trägerverein Subita	275'000	275'000	275'000
AG Jugendprobleme (AGJP), Dachlade	10'000	10'000	10'000
Familie			
Frauenhaus Winterthur 1)	96'845	150'000	150'000
Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen	60'000	60'000	60'000
Verein Partnerschafts- und Eheberatung	50'000	50'000	50'000
Scheidungsberatung	10'000	10'000	10'000

1) Defizitgarantie

Produkt 2 Erwachsene**Leistungen**

- Beiträge an Organisationen, die Leistungen für die Zielgruppe Erwachsene erbringen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	395'454	1'651'623	1'448'784
Erlös	0	0	0
Nettokosten	395'454	1'651'623	1'448'784
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Verein Läbesruum	884'154	930'000	850'000
Wohnheim der Heilsarmee 1)	150'018	326'528	228'900
Mobile Sozialarbeit	95'000	95'000	95'000
Frauenzentrale	85'000	85'000	85'000
Treffpunkt Vogelsang			50'000
Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes	42'000	42'000	42'000
Selbsthilfezentrum, Region Winterthur	30'000	30'000	30'000
Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur)	21'676	22'878	22'668
Die kirchliche Fachstelle bei Arbeitslosigkeit - DFA	20'000	20'000	20'000
Verein "Shalom" - Mittagstisch	0	15'000	20'000
Tele-Hilfe der Dargebotene Hand	18'000	18'000	18'000
Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich	19'800	17'000	17'000
Verein Stadtmuur 2)	0	20'000	0
Caritas - "KulturLegi" 3)	0	20'000	0

1) VO 2013 inkl. Kostenschätzung für Durchgangsheim

2) verzichtet im 2014 auf Beitrag

3) bis 2015 über Hilfsfonds (wurde im Budget 13 nachträglich gestrichen)

Produkt 3 Alter und Gesundheit

Leistungen

- Beiträge an Organisationen, die Leistungen für die Zielgruppe Alter und Gesundheit erbringen.
- Beiträge an die Pflegefinanzierung für nicht städtische Institutionen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	10'407'327	10'041'988	13'696'848
Erlös	-1'120'625	0	0
Nettokosten	9'286'702	10'041'988	13'696'848
Kostendeckungsgrad in %	-10	0	0

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Pflegefinanzierung stationär 1)	7'784'489	7'703'900	10'600'000
Pflegefinanzierung ambulant 1)	1'478'029	992'000	1'860'000
Pro Senectute Sozialberatung	731'805	971'500	886'200
Pro Senectute Mahlzeitendienst	159'451	170'000	170'000
Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik	80'000	80'000	80'000
ZALK ARGE Ligen und Heilstätten	24'000	29'000	29'000
Pikettentschädigungen Hebammen	25'909	27'000	25'000
Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)	20'000	20'000	20'000
Verein Freiwilligenagentur (Benevol)	20'000	20'000	45'000

1) Damit die Zahlen bei der Pflegefinanzierung vergleichbar sind, wurden die Zahlen im 2012 um den kantonalen Beitrag bereinigt

Investitionsrechnung Beiträge an Organisationen

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Keine Bemerkungen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Arbeitsintegration

Auftrag

Die Arbeitsintegration Winterthur erbringt

- im Auftrag des Kantons arbeitsmarktliche Massnahmen für Stellensuchende zur Qualifizierung und zur raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- im Auftrag der Stadt Winterthur Massnahmen zur beruflichen Integration für Sozialhilfe beziehende Personen.
- im Auftrag des Kantonalen Sozialamtes Massnahmen zur beruflichen Integration für vorläufig aufgenommene Asylsuchende
- im Auftrag der Sozialversicherungsanstalt Frühinterventionsmassnahmen, Arbeitstraining und Arbeitsvermittlung

Produkte

1 ALV-Angebote für Erwachsene

Förderung der Wiedereingliederung von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt mit arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG).

Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) finanziert.

2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Förderung der (Wieder)eingliederung von Sozialhilfe Beziehenden, vorläufig aufgenommenen Asyl Suchenden und IV-Versicherten in den Arbeitsmarkt sowie langfristige Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.

Das Produkt 2 wird von der Stadt und von den zuweisenden Stellen finanziert.

3 Berufliche Integration für Jugendliche

Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (Motivationssemester, Berufsintegrationsprogramm). Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen in der persönlichen und beruflichen Entwicklung (Trampolin).

Das Produkt 3 wird vom Bund (AVIG, Motivationssemester), von zuweisenden Stellen und von der Hilffsgesellschaft Winterthur (Trampolin) finanziert.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung
Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen

Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989.

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Arbeitsintegration Winterthur

Verantwortliche Leitung

Christoph Pohl

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester und Berufsintegrationsprogramm) finanziert. <i>Messung:</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen:</i> - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche	97 74 95	100 72 94	102 79 101
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung:</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrössen:</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche	29 84 53	40 90 60	30 80 50
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der Arbeitsintegration Winterthur teil <i>Messung / Messgrösse:</i> - Anzahl Personen pro Jahr Produkt 3 a) Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Übertritte in Anschlusslösungen c) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %)	81 85 72	90 90 75	90 90 75

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	2'478'777	2'690'528	1'690'056

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Der Globalkredit reduziert sich um rund CHF 1.0 Mio. aufgrund von effort14+ Massnahmen in der beruflichen Integration für Sozialhilfe Beziehende (Produkt 2) sowie dem Verzicht auf ein Nachfolgeprojekt "Römerpark" (Produkt 3). Der höhere Aufwand bei praktisch allen Positionen ist eine Folge der Zuschlagsentscheide aus dem kantonalen Submissionsverfahren für die Motivationssemester für Jugendliche (Produkt 3). Ab Sommer 2013 stellt die Arbeitsintegration 60 Plätze mehr zur Verfügung als bisher.

Produkt 1 ALV Angebote für Erwachsene

Ab Sommer 2013 stellt die Arbeitsintegration als Folge der Zuschlagsentscheide aus dem Submissionsverfahren für Beschäftigungsprogramme rund 50 Plätze weniger zur Verfügung. Aufwand und Ertrag bei den vollständig refinanzierten Angeboten sind um je rund CHF 500'000 tiefer.

Produkt 2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Minderaufwand von CHF 683'000 aufgrund von Effort14+-Massnahmen sowie weiteren Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand durch den GGR. Die Sparziele können voraussichtlich durch eine Kombination aus tieferen Kosten und zusätzlichen Einnahmen erreicht werden.

Produkt 3 Berufliche Integration für Jugendliche

Motivationssemester: Ab Sommer 2013 stellt die Arbeitsintegration als Folge der Zuschlagsentscheide aus dem Submissionsverfahren 60 Plätze mehr zur Verfügung. Aufwand und Ertrag bei den vollständig refinanzierten Angeboten sind um rund 1 Mio Franken höher.

Im Rahmen von Effort14+ wird auf ein Nachfolgeprojekt "Römerpark" verzichtet.

Parlamentarische Zielvorgaben

- Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung:
Produkt 2: Der reduzierte Globalkredit bewirkt eine leichte Verbesserung des Kostendeckungsgrades.
Produkt 3: Die im Vergleich zu den Vorjahren voraussichtlich tieferen Nettokosten beim Angebot "Trampolin" bewirken eine leichte Erhöhung des Kostendeckungsgrades.
- Zielgruppenorientierung:
Die Messgrößen entsprechenden den Erfahrungswerten der letzten Jahre.
- Wirksamkeit der Massnahmen:
Die Messgrößen entsprechen den budgetierten Werten der letzten Jahre.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Der höhere Aufwand bei praktisch allen Positionen ist eine Folge der Zuschlagsentscheide aus dem kantonalen Submissionsverfahren für die Motivationssemester für Jugendliche (Produkt 3). Ab Sommer 2013 stellt die Arbeitsintegration 60 Plätze mehr zur Verfügung als bisher.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	11'633'601	12'252'431	12'304'055
Sachkosten	1'811'463	1'674'384	2'109'684
Beiträge an Dritte	20'000	0	20'000
Residualkosten	261'961	261'962	241'983
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	1'033'810	1'204'701	1'265'800
Übrige interne Kosten	174'318	607'638	100'316
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'935'153</i>	<i>16'001'117</i>	<i>16'041'837</i>
Verrechnungen innerhalb PG	18'489	510'600	0
Total effektive Kosten	14'916'664	15'490'517	16'041'837
Externe Erlöse	6'098'384	6'336'674	7'658'540
Interne Erlöse	893'006	1'152'500	706'394
Beiträge von Dritten	5'464'986	5'821'415	5'986'848
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'456'376</i>	<i>13'310'589</i>	<i>14'351'782</i>
Verrechnungen innerhalb PG	18'489	510'600	0
Total effektive Erlöse	12'437'888	12'799'989	14'351'782
Total Nettokosten / Globalkredit	2'478'777	2'690'528	1'690'056
Kostendeckungsgrad in %	83	83	89

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	64.04	68.40	71.05
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Änderungen "effort14+" - 1.00 Stelle eingespart Änderungen VA 2014 + 3.65 Stellen im Zusammenhang mit zusätzlichen Leistungen für die ALV. Diese Kosten werden von der Arbeitslosenversicherung zu 100% refinanziert

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Integration in die Sozialen Dienste mit entsprechenden Anpassungen bei der Organisation.
- Umsetzung der zu treffenden Massnahmen aus effort14+ bei der beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden.

Produkt 1 ALV-Angebote für Erwachsene

Leistungen

- Die Teilnehmenden führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnähe Tätigkeiten aus, welche ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechen. Sie erhalten und verbessern damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit.
- Im qualifizierenden, individuellen Coaching sowie im Kleingruppen-Coaching werden Arbeitserfahrungen und Arbeitsverhalten reflektiert sowie die intensive Stellensuche begleitet.
- Die Teilnehmenden erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'110'267	3'344'523	2'777'122
Erlös	3'025'121	3'352'113	2'834'449
Nettokosten	85'146	-7'590	-57'327
Kostendeckungsgrad in %	97	100	102

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag	85.70	87.00	106.00
▪ Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	35	30	30

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produktverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
▪ Einzeleinsatzplätze	64	70	25
▪ Gruppeneinsatzplätze Industrie/ Gewerbe	20	20	32
▪ Gruppeneinsatzplätze FOKUS	12	12	0
▪ Gruppeneinsatzplätze für junge Erwachsene	14	14	10
▪ Abklärungsmonat Praxis CHECK	10	8	8
Praktika in der Wirtschaft (Anzahl Plätze)			
▪ Berufspraktikum learn + earn für Lehrabgänger/innen	20	20	15
Total	140	144	90

Produkt 2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Leistungen

- Überbrückungs- und Abklärungsangebote: Das Überbrückungsangebot "Passage" hilft arbeitsfähigen Personen, vor dem Bezug von Sozialhilfeleistungen nochmals sämtliche Ressourcen zu aktivieren, um doch noch eine Stelle im 1. Arbeitsmarkt zu finden. Vom Abklärungsangebot "Kompass" erhalten die Verantwortlichen der Sozialhilfe eine qualifizierte Einschätzung des beruflichen Integrationspotentials.
- Teillohnstellen (Einzeleinsatzplätze in der Wirtschaft und in der Stadtverwaltung, Gruppenarbeitsplätze in externen Sozialfirmen und in Betrieben der Arbeitsintegration Winterthur) zielen auf die langfristige unbefristete Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.
- Im Auftrag des kantonalen Sozialamtes fördert das Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Gruppen- und Einzeleinsatzplätze) mit arbeitsmarktnaher Beschäftigung, individueller Beratung und Deutschunterricht die berufliche und soziale Integration.
- Im Auftrag der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich Durchführung von Potentialabklärungen gemäss individueller Zielvereinbarung und Arbeitsvermittlung aufgrund von individuell formulierten Einzelaufträgen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	8'204'936	8'685'360	8'406'990
Erlös	6'091'645	6'215'526	6'619'772
Nettokosten	2'113'292	2'469'834	1'787'218
Kostendeckungsgrad in %	74	72	79

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (ohne Teilnehmerlohnkosten)	58.60	60.70	63.00
▪ Teilnehmerlohnkosten (Teillöhne und Passage)	3'012'810	3'084'300	2'932'600
▪ Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	11	10	10

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Überbrückung und Abklärung (Anzahl Plätze)			
▪ "Passage"	20	20	20
▪ Kompass	6	6	6
Teillohnstellen (Anzahl Plätze)			
▪ Teillohn Wirtschaft	40	40	40
▪ Teillohn Stadtverwaltung	30	30	30
▪ Teillohn Betriebe Arbeitsintegration	46	46	46
▪ Teillohn externe Sozialfirmen und NPO	20	20	20
Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Anzahl Plätze)			
▪ Unterhaltszentrum	23	23	23
▪ Einzeleinsatzplätze	12	12	12
Weitere Integrationsangebote			
▪ SVA (Potentialabklärung, Arbeitstraining, Arbeitsvermittlung)	3	7	7
▪ Arbeitseinsätze, Beschäftigung	27	37	37
Total	227	241	241

Produkt 3 Berufliche Integration für Jugendliche

Leistungen

Motivationssemester (Transit):

- Die Teilnehmenden werden in einer arbeitsmarktnahen Lern- und Arbeitsumgebung zur passenden Berufsausbildung geführt.
- Ihre arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen werden erfasst, erhalten und gefördert, damit der Übertritt in die Berufsausbildung gelingt und Lehrabbrüche vermieden werden.
- Erhalt von schulischem Grundwissen, Förderung von persönlichen und sozialen Schlüsselqualifikationen, individuelles, begleitetes Lernen.
- Förderung und Begleitung der psychosozialen Entwicklung; berufsgruppenspezifisches Bewerbungs-Coaching und Lehrstellensuche.

Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen

- Trampolin fördert in praktischen Arbeitsfeldern Schlüsselqualifikationen, welche von der Arbeits- und Ausbildungswelt eingefordert werden.
- Trampolin bietet auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Tagesstrukturen für Jugendliche beiderlei Geschlechts.

Unterstützung von Schulabgehenden und Lehrvertragsauflösenden

- Transit Express unterstützt Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie Lehrvertragsauflösende in der Stellensuche und vermittelt sie in Lehrstellen. Zur Verbesserung der Nachhaltigkeit werden die Jugendlichen mindestens ein Jahr während ihrer Berufsbildung begleitet und unterstützt.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'511'783	3'971'233	4'857'725
Erlös	3'328'465	3'742'950	4'897'560
Nettokosten	183'318	228'283	-39'835
Kostendeckungsgrad in %	95	94	101

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Motivationssemester)	118.70	106.95	124.00
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Trampolin)	133.63	136.60	136.00
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Transit Express)	58.80	48.15	41.00

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Motivationssemester (Anzahl Plätze)			
▪ Gruppeneinsatzplätze Transit	48	45	70
▪ Einzeleinsatzplätze Transit Praktika	28	25	60
Unterstützung gefährdeter Jugendlicher			
▪ Trampolin (inkl. SVA)	26	27	27
Unterstützung von Schulabgehenden und Lehrvertragsauflösenden			
▪ Transit Express	23	30	30
Total	125	127	187

Investitionsrechnung Arbeitsintegration

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

Keine Bemerkungen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Stadtwerk Winterthur

Auftrag

Stadtwerk Winterthur

- versorgt Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigt das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwertet thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- finanziert, baut und betreibt Anlagen für Kundinnen und Kunden im Energiecontracting.
- betreibt weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende und die energiepolitischen Zielsetzungen der Stadt unterstützende Geschäfte wie das Haustechnik-Installationsgeschäft, den Klimafond, das Gebäudeprogramm und die Energieberatung.
- bietet seine Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringt zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit Stadtwerk Winterthur ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

Gemäss GGR-Beschluss Nr. 2004/039 vom 19. Mai 2004 führt Stadtwerk keine Produkte-, sondern eine eigene Profitcenter-Rechnung. Diese ist in einem separaten Bericht abgebildet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Stromverteilungsgesetz (Strom VG)
- Stromversorgungsgesetz (Strom VV)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich
- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (VAE)
- Verordnung über die Abgabe von Wasser (VAW)
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Stufe Verwaltungseinheit

- Eignerstrategie
- Vision, Mission und Leitbild
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

Verantwortliche Leitung

Markus Sägesser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
1.1 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse: Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städten	95	92	95
1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Kehrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA			
Messgrösse: Verbrennungspreise Stadtwerk Winterthur in % des Durchschnitts der zürcherischen KVA's	98	102	102
1.3 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse: Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städten	91	92	92
1.4 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung: Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse: Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts mit Wasserversorgungen grösser 50'000 Einwohner (gem. SVGW Klasse 1).	63	75	75
1.5 Betriebsreserve Stromhandel			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel			
Messgrösse: in TCHF	713	-179	358
1.6 Betriebsreserve Gashandel			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel			
Messgrösse: in TCHF	255	-81	781
1.7 Betriebsreserve Haustechnik			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik			
Messgrösse: in TCHF	92	57	193
1.8 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messgrösse: in TCHF	-135	401	191
1.9 Betriebsreserve Telekom			
Messung / Bewertung: Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom			
Messgrösse: in TCHF	-804	-2'026	-2'880
1.10 Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messung / Bewertung:			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas <i>Messgrösse:</i> in TCHF	2'426	-77	774
1.11 Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-1'792	-1'254	-555
1.12 Betriebsreserve KVA <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-6'465	-2'766	-2'138
1.13 Betriebsreserve Kläranlage <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-232	1'752	2'959
1.14 Betriebsreserve Fernwärme <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme <i>Messgrösse:</i> in TCHF	991	740	-169
1.15 Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messgrösse:</i> in TCHF	142	-860	-1'098
2 Versorgungssicherheit			
2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0% <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	23,6 Jahre / 1,6%	23,4 Jahre / 2,0%	24 Jahre / 1,7%
2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	30 Jahre / 1,5%	30 Jahre / 1,7%	30 Jahre / 1,7%
2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 70 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,4%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	30 Jahre / 0,3%	30 Jahre / 1,0%	30 Jahre / 1,0%

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge	19 Jahre / 0,1%	21 Jahre / 0,2%	20 Jahre / 1,0%
3 Qualität 3.1 Wasserqualität <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften, obwohl keine Wasseraufbereitung erfolgt. <i>Messung:</i> Anzahl gesetzeskonforme Proben in %	100	100	100
3.2 Reinigungsleistung ARA <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften <i>Messung:</i> Die Quartalskontrollen des AWEL werden bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
3.3 Gesicherte Geschäftsprozesse als Quelle der Qualität <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur laufen qualitätsgesichert ab <i>Messgrösse:</i> Die vorgeschriebenen ISO 9001-Audits (Qualitätsnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
4 Aus- und Weiterbildung 4.1 Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl Lehrlinge im Betrieb <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der beschäftigten Lehrlinge	10	12	11
5 Kundenorientierung 5.1 Reklamationen <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl der (berechtigten) Reklamationen <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Reklamationen.	100	100	100
5.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Medienkontakte und Medienberichte <i>Messgrösse:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Medienkontakte (K) und positive Medienberichte (B)	1'176 K / 540 B	800 K / 400 B	800 K / 500 B
6 Nachhaltigkeit 6.1 Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Im Berichtsjahr durchgeführte Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messung:</i> Jährliche Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts	erfüllt	erfüllt	erfüllt
6.2 Nachhaltige Geschäftsprozesse <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur tragen den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung <i>Messgrösse:</i> Die jährlichen ISO 14001-Audits (Umweltnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
6.3 Ökostrom-Verkauf <i>Messung / Bewertung:</i> Ökostromverkauf pro Jahr in GWh <i>Messgrösse:</i> In GWh	7.10	11.00	28.00
6.4 Ökostrom-Anteil <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich Anteil des verkauften Ökostroms in Winterthur zur entsprechenden Kennzahl über den gesamtschweizerischen Verbrauch. <i>Messgrösse:</i> Ökostromanteil in % des gesamtschweizerischen Ökostromanteils (label naturemade star VUE)	97	120	350
6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung / Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in kW/Jahr	2'724	2'500	2'500
6.6 Strom aus erneuerbaren Energien <i>Messung / Bewertung:</i> Strom aus erneuerbaren Energien im Vergleich zum Gesamtverbrauch <i>Messgrösse:</i> Anteil Strom aus erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch gemäss Stromkennzeichnung Bund	43%	40%	63%
6.7 Energiemix der EC-Anlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Bei Neuanlagen, welche zu Lasten des 40 Mio. Credits erstellt werden, sind in der Regel mind. 70% der produzierten Wärme und Kälte CO2-frei oder CO2-neutral erzeugt (also ohne Erdgas, Erdöl und Kohle). Jährliche Steigerungsrate 1%. <i>Messgrösse:</i> Verhältnis der CO2-frei oder CO2-neutral erzeugten Energiemenge Wärme und Kälte (MWh) zur Gesamtenergiemenge (MWh) in %.		70	71

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Die Kommentare zu den Indikatoren sind aus dem separaten Budgetbericht Stadtwerk Winterthur zu entnehmen.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	42'211'487	43'823'808	44'271'736
Sachkosten	155'571'321	160'691'118	152'143'761
Beiträge an Dritte	25'635'690	8'162'000	10'560'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	20'362'119	2'950'022	5'667'555
Residualkosten	2'217'214	2'217'215	2'509'055
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	20'370'718	22'228'481	21'913'600
Mietkosten	133'429	212'900	133'050
Übrige interne Kosten	3'328'562	3'643'018	3'455'426
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>269'830'540</i>	<i>243'928'562</i>	<i>240'654'183</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	269'830'540	243'928'562	240'654'183
Externe Erlöse	186'426'890	200'970'169	202'143'776
Interne Erlöse	33'559'153	31'912'222	31'019'090
Beiträge von Dritten	19'155'590	3'803'730	260'000
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	30'688'906	7'242'440	7'231'317
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>269'830'540</i>	<i>243'928'561</i>	<i>240'654'183</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	269'830'540	243'928'561	240'654'183
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	20'362'119	2'950'022	5'667'555
./. Entnahme aus Betriebsreserve	30'688'906	7'242'440	7'231'317
Ergebnis vor Reserveveränderung	10'326'787	4'292'419	1'563'762

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 14 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien sowie der Nachtlinien in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktemarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen und Haltestelleninfrastruktur (ZVV-Standard)

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Aufgaben

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996 und spätere Anpassungen
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999 Kanton / Zürcher Verkehrsverbund
- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2012/13
- Zielvereinbarung 2012 (SRB-Nr. 2005-1235)
- Finanzierung gemäss § 25 PVG (SRB-Nr. 2005-2693)
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997
- ZVV-Strategie 2012 – 2016
- Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategie
- Jahresziele
- Angebotsstrategie

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

[illegible]

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
5 Mitarbeitende			
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit			
Messgrösse:			
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	74	keine Messung	75
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	keine Messung	keine Messung	72
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung			
Messgrösse:			
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	45.00	50.00	30.00
Interne Kommunikation			
Messgrösse:			
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	206	220	240
Lehrlingsausbildung			
Messgrösse			
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	6	6	7

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Keine Abweichungen zu Voranschlag 2013.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Keine Abweichungen zu Rechnung 2012.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	252.60	251.30	249.38
▪ Auszubildende	6.00	6.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+"

Keine Veränderungen.

Änderungen VA 14:

Gemäss Angebotsplanung

+ 0.6 Anstellung Fahrlehrer

+ 0.4 Stelle Verkehrsmittelwerbung

- 0.3 Pensionierung Stelleninhaberin Empfang

- 2.62 Pens. Fahrdienst nach Umbau HB

Die Kosten für die Stellen sind zu 100% im Leistungsentgelt des ZVV enthalten.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	29'572'451	29'511'601	29'461'326
Sachkosten	16'457'389	17'739'156	19'214'213
Beiträge an Dritte	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Einlage)	0	0	0
Residualkosten	281'800	286'000	290'300
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	1'471'197	1'782'033	2'051'951
Mietkosten	57'581	70'500	64'000
Übrige interne Kosten	175'204	119'669	103'594
Kosten inkl. Verrechnungen	48'015'621	49'508'959	51'185'384
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	48'015'621	49'508'959	51'185'384
Externe Erlöse	45'730'349	47'726'057	49'256'971
Interne Erlöse	1'525'556	1'584'538	1'734'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	759'717	198'363	194'413
Erlöse inkl. Verrechnungen	48'015'621	49'508'958	51'185'384
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	48'015'621	49'508'958	51'185'384
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2012	Soll 2013	Soll 2014
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	0	0	0
./. Entnahme aus Betriebsreserve	759'717	198'363	194'413
Ergebnis vor Reserveveränderung	759'717	198'364	194'413

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Depoterweiterung / Verwaltungsneubau
- Depotsanierung
- Ausschreibung Gelenkautobusse
- Angebotserweiterung per Dezember 2014: Neue Kurzlinie 22
- Wendeanlagen für Kurzlinie 22 umsetzen

Produkt 1 Betrieb Stadtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Stadtgebiet gemäss Transportvertrag mit ZVV (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	34'920'452	34'656'271	35'829'769
Erlös	34'920'452	34'656'271	35'829'769
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Stadt" gem. Zielvereinbarung 2012 mit ZVV	0.0	0.0	0.0
▪ Zeitguthaben Fahrpersonal Ende Jahr (in Stunden)	13'615	9'000	10'000
▪ Technische Verfügbarkeit Leitstelle für Kunden in %	98	98	98
▪ Sauberkeit Busse innen (Resultat MSQ)	81	keine Messung	82
▪ Sauberkeit Busse aussen (Resultat MSQ)	77	keine Messung	79

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Fahrplankilometer (Stadtnetz, Basis DIVA)	3'931'000	4'000'000	4'025'000
▪ Fahrplanstunden (Stadtnetz, Basis DIVA)	253'000	252'000	253'800

Produkt 2 Betrieb Regional- und Nachtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Regional- und Nachtnetz gem. Transportvertrag mit ZVV (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	6'761'276	7'921'433	8'189'661
Erlös	6'761'276	7'921'433	8'189'661
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Regional" gemäss Zielvereinbarung 2012 mit ZVV	0.0	0.0	0.0

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Fahrplankilometer (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA) ▪ Fahrplanstunden (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA)	1'008'000 42'300	1'330'000 47'000	1'008'000 42'100

Produkt 3 Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Leistungen

- Planen von Angebotserweiterungen und -veränderungen (Angebotsplanung)
- Bewerben des Linienangebotes im Marktgebiet (Produktemarketing)
- Durchführen von Marktbearbeitung und Promotion (Produktemarketing)
- Sicherstellen von aktuellen und vollständigen Fahrgastinformationen (Produktemarketing)
- Veranlassen einer aktiven Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (PR-Massnahmen)

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'679'540	2'970'538	3'071'123
Erlös	2'679'540	2'970'538	3'071'123
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Angebotsveränderungen frühzeitig kommunizieren	April 2012	April 2013	April 2014

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Auflage Taschenfahrpläne pro Jahr	115'000	115'000	115'000
▪ Auflage "Stadtbuss AKTUELL" pro Jahr	136'000	130'000	130'000
▪ Auflage Geschäftsbericht pro Jahr	800	800	800

Produkt 4 Nebenleistungen

Leistungen

- Erzielen von Zusatzeinnahmen aus Geschäften die sich als "Nebenprodukt" der Hauptaufgabe von Stadtbuss (Fahrleistungserbringung) ergeben. Hauptsächlich:
 - Werbeeinnahmen Fahrzeuge
 - Vermietung von Gebäuden
 - Reparaturreinnahmen aus Werkstattarbeiten
 - Extrafahrten und Bahnersatz

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'042'043	990'179	1'023'708
Erlös	1'042'043	990'179	1'023'708
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Durchschnittsgewinn pro Extrafahrt (in %)	20	20	20
▪ Vermietungen Depot Deutweg und Grüzefeld (keine Leerstände)	50%	15%	10%
▪ Einnahmen aus Fahrzeugwerbung	793'000	880'000	900'000
▪ Umsatzziel "Altstadt-Card"	1'233'075	1'370'000	1'400'000
▪ Anzahl Verkaufstransaktionen "Altstadt-Card"	12'179	14'100	14'500

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anzahl verkaufte Trafficboard pro Jahr	53	31	65
▪ Anzahl verkaufte Heckwerbung pro Jahr	93	87	100
▪ Anzahl verkaufte Dachreklamen pro Jahr	76	97	100
▪ Anzahl Extrafahrten pro Jahr	80	110	110
▪ Anzahl verkaufte Teilbemalungen pro Jahr	3	5	6

Produkt 5 Unterhalt Infrastruktur

Leistungen

- Betrieb und Instandhaltung der Infrastrukturanlagen an der Fahrstrecke, insbesondere Fahrleitungen und Haltestellen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	869'170	990'179	1'023'708
Erlös	869'170	990'179	1'023'708
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Vandalenschäden: Zeitvorgabe für Wiederinstandstellung (nach Eingang Meldung) in Stunden - Energieverbrauch Immobilien / Infrastruktur senken (Im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch der letzten 5 Jahre) in % - Neuausrüstung mit Haltestellenanzeigen	48	48	48
	0	0	0
	7	7	4

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Kurslinien) (in km) - Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Dienstlinien) (in km) - Unterhalt von Haltestellen im Stadtnetz (Anzahl) - Unterhalt Haltestellenanzeigen (Anzahl)	23.1	23.5	23.5
	2.9	3.2	3.2
	278	278	290
	21	21	35

Produkt 6 ZVV-Aufgaben

Leistungen

- Aufgaben, die Stadtbus gemäss separatem Auftrag für den Zürcher Verkehrsverbund ausführt. Hauptsächlich:
 - Verkauf von Fahrausweisen (Verkaufsstellen, Fahrzeuge, Billettautomaten und Dritte)
 - Instandhaltung, Unterhalt und Leerung der Billettautomaten
 - Geldabrechnung und Statistikwesen der Fahrausweisverkäufe (Inkasso, Ablieferung und Statistikdaten)
 - Umsetzung der Leistungsaufträge als Leadhouse im ZVV Gebiet

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'743'141	1'980'358	2'047'415
Erlös	1'743'141	1'980'358	2'047'415
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Beheben von Vandalenschäden an Billettautomaten (in Stunden)	48	48	48

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Unterhalt Verkaufsgeräte (Anzahl) - Billettautomaten - Entwerter (stationär) - Fahrscheinausgabegeräte Fahrzeuge - Fahrscheinausgabegeräte Verkaufsstellen - Anzahl Fahrzeuge mit AFAZ ausgerüstet	210	198	202
	49	49	49
	34	34	34
	2	3	2
	17	17	17

Investitionsrechnung Stadtbus Winterthur

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	21'685'000	17'447'000	-840'000	11'333'000	5'473'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Neubau Depot und Verwaltung Grüzefeld
- Uebergabe Depot Deutweg an Stadt
- Sanierung Depot Grüzefeld
- Linienverlängerung Linie 1 Zinzikon
- Projektierung Querung Grüze
- Fahrzeugbeschaffung GAB
- Planung und Strukturanpassungen gemäss Effort14+
- Sparmassnahmen gemäss Zielvereinbarung ZVV
- Abgabe Mieträume Leitstelle

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Der Druck auf die Betriebskosten von Stadtbus seitens ZVV wird auch nach 2014 anhalten. Deshalb sind weiterhin geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Stadtbus in einem wettbewerbsorientierten Umfeld bestehen kann.

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Finanzierung von Fahrplanleistungen, Angebotserweiterungen und Haltestelleninfrastruktur über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) vom 04.03.2009, SR-Beschluss Nr. 09.283-1
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 3 und Linie 674 vom 16.06.2010, SR-Beschluss Nr. 10.673-1
- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 11 vom 29.08.2011

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	15'378'959	16'550'916	16'005'348

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Minderkosten bei:

- Rententeuerungsausgleich
- Verkehrsstudien
- Beitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV
- §20-Leistungen (durch Winterthur bestellte Verkehrsleistungen)
- Residualkostenübernahme
- Departementssekretariat
- Lohnkostenübernahme für Betriebsausflüge Fahrdienst von Stadtbus
- Nachführen der APG Infotafeln bei den Haltestellen

Mehrkosten bei:

- Wartehallenunterhalt
- Verkehrsumleitungen

Mehrertrag bei:

- Einnahmen aus Werbung an Buswartehallen

Minderertrag bei:

- Parkplatzabgaben

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Minderkosten bei:

- Rententeuerungsausgleich
- Verkehrsstudien
- Residualkostenübernahme
- Departementssekretariat
- Beitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV
- Veranstaltungen

Mehrkosten bei:

- Wartehallenunterhalt
- §20-Leistungen (durch Winterthur bestellte Verkehrsleistungen)
- Verkehrsumleitungen für Albanifest, Fasnacht, Musiktage etc.
- Kapitalkosten für Wartehallen gem. Investitionsverlauf

Minderertrag bei:

- Nicht planbare Ausgleichszahlung des Beitrags an die Kostenunterdeckung des ZVV aus Vorjahren (Rückerstattung)
- Parkplatzabgaben

Mehrertrag bei:

- Einnahmen aus Werbung an Buswartehallen

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	208'836	154'600	105'350
Sachkosten	136'013	297'000	154'700
Beiträge an Dritte	15'718'383	15'102'722	14'654'589
Residualkosten	539'190	534'991	534'336
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	2'094	73'701	73'701
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	1'941'659	2'021'852	2'195'552
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>18'546'175</i>	<i>18'184'866</i>	<i>17'718'228</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	18'546'175	18'184'866	17'718'228
Externe Erlöse	1'907'711	380'000	494'000
Interne Erlöse	210'554	205'000	169'930
Beiträge von Dritten	1'048'950	1'048'950	1'048'950
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'167'215</i>	<i>1'633'950</i>	<i>1'712'880</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'167'215	1'633'950	1'712'880
Total Nettokosten / Globalkredit	15'378'959	16'550'916	16'005'348
Kostendeckungsgrad in %	17	9	10

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Umsetzung Projekt neue Buswartehallen
- Aufnahme Linie 12 ins Verbundangebot
- Effort14+ Reduktion Haltestellenabfahrten zur Optimierung des ZVV-Gemeindebeitrages

Produkt 1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Leistungen

- Finanzielle Leistung gemäss Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) und der Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Zürcher Verkehrsverbund

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	14'553'903	13'746'242	13'418'589
Erlös	1'551'224	0	0
Nettokosten	13'002'679	13'746'242	13'418'589
Kostendeckungsgrad in %	11	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Periodengerechte Abgrenzung der ZVV-Abrechnung aus Vorjahren	Dezember	Dezember	Dezember

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Anrechenbare, gewichtete Haltestellenabfahrten	19'503'000	19'596'000	19'503'000
▪ Kostenanteil an Kostenunterdeckung in % (Anteil Gemeindebeiträge)	7.3	7.4	7.3

Produkt 2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Leistungen

- Gemeindeeigene Finanzierung diverser zusätzlicher Leistungen (Angebotserweiterungen, Studien, Buswartehallen etc.) welche nicht durch den ZVV finanziert werden.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'101'977	2'554'133	2'511'153
Erlös	1'615'991	1'633'950	1'712'880
Nettokosten	485'986	920'183	798'273
Kostendeckungsgrad in %	77	64	68

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Linie 12: Einhaltung Kostenvorgabe Heidi Taxi (Mittwochnachmittag) - Linie 3: Linienerweiterung und Kostenübernahme durch Migros - Werbeeinnahmen (APG) aus Haltestellenwerbung in CHF - Gesamtreinigung wichtiger Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) jährlich - Reinigung Haltestellen bei ausserordentlicher Verunreinigung - Wichtige Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) Reaktionszeit in Std. - Leeren der Papierkörbe an Haltestellen mit hohen Fahrgastfrequenzen und grossem Verschmutzungspotential - Linie 674: Kostenübernahme durch Migros	21'480 402'000 376'000 2 3 1 bis 2 mal täglich 472'000	21'480 402'000 400'000 2 3 1 bis 2 mal täglich 472'000	0 402'000 540'000 2 3 1 bis 2 mal täglich 472'000

Aufnahme der Linie 12 ins Verbundangebot des ZVV

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
- Linie 12: Fahrplankilometer Mittwochnachmittag pro Jahr - Linie 674: Fahrplankilometer - Linie 3: Fahrplankilometer (Linienerweiterung)	3'687 107'200 22'100	3'800 103'000 31'000	0 106'000 31'000

Aufnahme der Linie 12 ins Verbundangebot des ZVV

Produkt 3 Leistungen an Stadtbus

Leistungen

- Interne Vergütungen der Stadt für Leistungen oder Aufwendungen von Stadtbus, die nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes finanziert sind

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	1'890'294	1'884'491	1'788'486
Erlös	0	0	0
Nettokosten	1'890'294	1'884'491	1'788'486
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Keine neuen oder zusätzlichen Kosten für Stadtbus, die nicht durch Leistungsentgelt ZVV finanziert sind, ausgenommen neue S-20 Leistungen. Veränderung zu Vorjahr	127'525	0	0

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Betriebsausflüge Fahrdienst (Anzahl Stunden)	0	830	0
▪ Kompensationstage Weihnachten/Neujahr (Anzahl Stunden)	0	0	0
▪ Verkehrsdienst und Überwachung (Anzahl Anlässe)	3	3	3

Investitionsrechnung FinöV Stadt

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	705'000	1'085'000	608'000	565'000	565'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Umsetzung Projekt neue Buswartehallen
- Umsetzung Effort14+
- Aufnahme §20 Linie 3 (Finanzierung durch ZVV)
- Aufnahme §20 Linie 11 (Finanzierung durch ZVV)
- Aufnahme §20 Linie 674 (Finanzierung durch ZVV)
- Planung und Teilergänzung, Auswirkung auf Busangebot

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Angebotserweiterung Linie 11 Aufnahme ins ZVV-Angebot Dezember 2015
- Angebotserweiterung Linie 674 (EKZ Rosenberg) und Angebotserweiterung Linie 3: Aufnahme ins ZVV-Angebot per Mai 2015 geplant.
- Wegfall der PP-Abgaben (Auslauf der Verträge)

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur- und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald, Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1. Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2. Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotophege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben, Beförderung Privatwald, Betreuung Jagd und Fischerei.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991
Verordnung über den Wald vom 30. November 1992
Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998
Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

Verantwortliche Leitung

Beat Kunz, Stadtförstmeister

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in % Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	111 110	>100 >110	>100 >110
2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5
3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in % Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichter Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmassnahmen. Anzahl grössere öffentliche Aktionen Anzahl Stunden für Umweltbildung	11 1'570 9 1'270.00	11 1'000 3 >500	11 1'000 3 >500
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandards hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	6	5	6

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	2'395'010	2'788'285	2'145'622

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

- **Kosten:**
Nicht- oder nur Teilbesetzung frei werdender Stellen.
Reduktion Sachaufwand (z.B. Anschaffung und Miete von Fahrzeugen und Maschinen) und Senkung des Unterhaltstandards.
Durch Mehrproduktion von Energieholz höhere Hack- und Transportkosten.
- **Erlöse:**
Annahme einer leichten Erholung des Holzmarktes bei Mengen und Preisen.
Höhere Holznutzung gemäss Hiebsatz von 18'000 Tariffestmetern (Nachhaltig nutzbare Holzmenge).
Mehrerlös Energieholz dank neuer Heizzentralen Wyden und Zinzikon.
Weitere Ertragssteigerung bei Pachtzinsen und Brennholz.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- **Kosten:**
Personalvakanten.
Höhere Treibstoffpreise, Mehrproduktion Energieholz.
Notwendige Sicherheitsholzerie im Privatwald.
Höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen.
- **Erlöse:**
Höhere Holznutzung (gesetzlicher Hiebsatz).
Erwartete Ertragssteigerung aus der Holznutzung und für Dienstleistungen.
Tiefere Staatsbeiträge für beitragsberechtigte Leistungen in der Waldpflege (mangels Personalkapazitäten).

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	3'575'819	3'674'606	3'230'468
Sachkosten	1'472'404	1'956'613	1'889'247
Beiträge an Dritte	7'806	8'000	8'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	264'869	462'671	462'671
Mietkosten	33'222	39'272	38'800
Übrige interne Kosten	194'457	206'623	200'036
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'548'576</i>	<i>6'347'785</i>	<i>5'829'222</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'548'576	6'347'785	5'829'222
Externe Erlöse	1'748'563	2'185'500	2'213'400
Interne Erlöse	1'160'040	1'182'000	1'283'200
Beiträge von Dritten	244'964	192'000	187'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'153'567</i>	<i>3'559'500</i>	<i>3'683'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'153'567	3'559'500	3'683'600
Total Nettokosten / Globalkredit	2'395'010	2'788'285	2'145'622
Kostendeckungsgrad in %	57	56	63

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	27.00	27.00	27.00
▪ Auszubildende	6.00	5.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+"
Keine Veränderungen.
Änderungen VA 14:
Keine Veränderungen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Engere Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei zur Optimierung der Schnittstellen und des Ertrags.
- Volle Nutzung des Hiebsatzes.
- Beratung und Betreuung der Privatwaldeigentümerschaft, Verbesserung von Arbeitssicherheit und Sicherheit von Drittpersonen.
- Beschaffung von Drittmitteln vorantreiben für Projektierung Wisent-Vietnamsikaanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Ausbau Betriebsgebäude Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Winforst, Zusammenlegung Betriebsstützpunkte zwecks Effizienzsteigerung.
- Vernetzungsprojekte Wolfensberg, Lindberg und Eschenberg fertiggestellt.
- Aufwertungsprojekt Wolfensberg-Südhang.
- Sanierung Eschenbergturm abgeschlossen.

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen**Leistungen**

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbilogie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'155'410	2'699'245	2'676'268
Erlös	2'259'692	2'790'043	2'948'981
Nettokosten	-104'282	-90'798	-272'713
Kostendeckungsgrad in %	105	103	110

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald in %	111.0	104.0	102.7
Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden	0	0	0
Umsatz Dienstleistungen für Private in CHF	161'000	180'000	180'000
Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung in CHF	550'000	526'000	526'000
Kostendeckungsgrad Dienstleistungen in %	110.5	110.0	110.0
Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt	Keine	Keine	Keine
Messgrösse: Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Hiebsatz Stadtwald in m3	19'100	16'000	18'000
Produktion Nadelholz in m3	4'000	6'400	6'900
Produktion Laubholz in m3	1'100	1'600	2'100
Produktion Brennholz und Holzschnitzel in m3	8'300	8'000*	9'000*

* plus aus Zukauf von Schnitzelholz aus Privatwäldern in Stadt und Region Winterthur:
Soll 2014: 1'500 m3

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Naturschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)
- Beförsterung des Privatwaldes auf Stadtgebiet
- Betreuung Jagd und Fischerei

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	3'391'590	3'648'540	3'152'954
Erlös	893'873	769'457	734'619
Nettokosten	2'497'717	2'879'083	2'418'335
Kostendeckungsgrad in %	26	21	23

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Jungwaldpflege: Gemäss Pflegeplänen	erledigt	erledigt	erledigt
Wildpark Bruderhaus: Wisent-Vietnam-Sikaanlage	Start	Projekt bereit	Projekt bereit
Naturschutz: Holzschläge für lichten Wald:	Projektierung	3 Holzschläge	3 Holzschläge
Naturschutz: Neophyten in Wald-Naturschutzgebieten eingedämmt	3 Holzschläge	erledigt	erledigt
Beförsterung Privatwald in ha	erledigt	462	462
Betriebsplanrevision Kumberg	462	erledigt	erledigt
	Start		

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Jungwaldpflege in Hektaren	68	45	45
Laufender Unterhalt Wegnetz in km	170	170	170
Sicherheitsholzerei (Anzahl Holzschläge)	8	4	4
Kontrolle und Unterhalt von Bächen und Entwässerungsgräben im Wald in km	60	60	60
Biotopunterhalt, Anzahl gepflegter Biotope	12	12	12

Investitionsrechnung Forstbetrieb

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	2'300'000	995'000	720'000	520'000	1'450'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Wildpark Bruderhaus: Entwicklungskonzept 2020 zu zwei Dritteln realisiert.
- Wildpark Bruderhaus: Betriebsgebäude ausgebaut, entspricht den Vorschriften und Anforderungen für zeitgemässe Arbeitsplätze.
- Aufwertung Reitplatz gemäss Ergebnissen der Studie 2006.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunes Verkehrsgrün; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Baubewilligungsverfahren; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen inkl. integrierte Einrichtungen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofwesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzept

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

Verantwortliche Leitung

Christian Wieland

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> - Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt 1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 oder Stück und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte - CHF pro Alleebaum und Jahr	87.30	<100	<100
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufende Rechnung)	keine Erhebung	75	keine Erhebung
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	96.7 0.0	100.0 0.0	70.0 0.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	35.0	30.0	25.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr	12	8	5
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen in % <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	24.2	24.0	30.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> Projekte im Jahr	5	5	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	21.3	10.0	10.0

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	12'631'013	12'603'773	11'567'383

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

- Das Total der effektiven Kosten muss infolge Sparmassnahmen um CHF 1'164'000 tiefer budgetiert werden. Drei Stellen werden vorübergehend nicht mehr besetzt. Dies hat Auswirkungen auf den Pflegestandard der Grün- und Friedhofanlagen, die Reinigung und den Blumenschmuck. Bei den Sachkosten sind Einsparungen im Waren- und Pflanzeneinkauf, bei den Dienstleistungen Dritter, beim Fahrzeug- und Gebäudeunterhalt sowie bei der Anschaffung von Betriebseinrichtungen budgetiert.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um CHF 127'000 tiefer budgetiert. Rückläufige Erträge sind bei den zusätzlichen Unterhaltsarbeiten Grünanlagen sowie bei der Grabpflege zu erwarten. Für den Unterhalt Naturschutz werden weniger Staatsbeiträge ausgerichtet.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit sinken gegenüber dem Voranschlag 2013 um CHF 1'036'000. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 40 %.

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

- Das Total der effektiven Kosten sinkt um CHF 1'050'000. In den Personalkosten sind ein Stellenabbau sowie der Sanierungsbeitrag an die Pensionskasse enthalten. Bei den Sachkosten sind Einsparungen im Waren- und Pflanzeneinkauf, bei den Dienstleistungen Dritter, beim Fahrzeug- und Gebäudeunterhalt sowie bei der Anschaffung von Betriebseinrichtungen budgetiert. Die Kapitalkosten steigen um CHF 196'000.
- Das Total der effektiven Erlöse ist in etwa gleich hoch. Rückläufige Erträge sind bei den zusätzlichen Unterhaltsarbeiten Grünanlagen sowie bei der Grabpflege zu erwarten. Mehrerträge durch das Anpassen der Gebühren für Bestattungsleistungen, die über das Grundangebot hinaus gehen.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit sinken gegenüber der Rechnung 2012 um CHF 1'064'000.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	10'894'693	10'848'802	10'274'081
Sachkosten	6'596'136	6'572'235	5'954'006
Beiträge an Dritte	28'190	25'000	29'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	2'247'456	2'443'918	2'443'918
Mietkosten	101'487	125'762	126'750
Übrige interne Kosten	410'290	375'582	400'079
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>20'278'252</i>	<i>20'391'298</i>	<i>19'227'833</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	20'278'252	20'391'298	19'227'833
Externe Erlöse	4'210'049	4'449'200	4'329'900
Interne Erlöse	3'389'202	3'222'425	3'289'650
Beiträge von Dritten	47'988	115'900	40'900
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'647'239</i>	<i>7'787'525</i>	<i>7'660'450</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'647'239	7'787'525	7'660'450
Total Nettokosten / Globalkredit	12'631'013	12'603'773	11'567'383
Kostendeckungsgrad in %	38	38	40

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	93.11	95.38	92.38
▪ Auszubildende	14.25	13.00	13.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":

-1.0 Stelle, auf die Besetzung der bewilligten Fachstelle Naturschutz/Bio-Sicherheit wird vorläufig verzichtet.

Änderungen VA 14:

-2.0 Stellen, Baumpfleger/innen. Die zwei befristeten Stellen Baumpfleger/innen für die ALB-Bekämpfung werden erst frei gegeben, wenn vom Kanton die Kosten übernommen werden.

Der Abbau einer Stelle Hilfgärtner/in wird möglich, wenn vermehrt Personen aus Beschäftigungsprogrammen eingesetzt werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Eulachpark Umsetzung Projektwettbewerb: Bau 4. Etappe verschoben
- Stadtgarten: Umsetzung Sanierungsmassnahmen verschoben
- Anlage Freie-/Kernstrasse: Sanierung infolge Tiefbauprojekt
- Büel Personal- und Werkstattgebäude: Wärmedämmung Teilsanierung
- Friedhof Rosenberg Zugang Aufbahrungshalle: Projektüberarbeitung (Kosten)
- Friedhof Rosenberg: Bau Gemeinschaftsgrab Kinder
- Mitwirkung bei verschiedenen Projekten der 750-Jahr-Feierlichkeiten (Stadtbuure, NGW)
- Grünflächenmanagement Umsetzung von Sparmassnahmen

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag**Leistungen**

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei, Beratung der Angehörigen
- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	7'238'410	7'193'771	6'687'661
Erlös	6'826'738	7'114'205	7'068'050
Nettokosten	411'672	79'566	-380'389
Kostendeckungsgrad in %	94	99	106

Bereinigter Kostendeckungsgrad 2012 = 96 % (ohne Abgrenzungen).

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts 1 in %	96.0	98.0	98.0
Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende in %	104.7	100.0	105.0
Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze	82	90	90
Auslastung der Kulturflächen in den Gewächshäusern in %	69.00	65.00	65.00

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Planungsleistungen in Std.	2'333	2'100	2'200
Pflegeflächen Sportanlagen in m2	189'675	197'000	189'700
Pflegeflächen Schulanlagen in m2	484'988	490'000	498'000
Pflegeflächen Kindergärten in m2	105'856	105'000	106'000
Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	191'000	198'500	190'000
Anzahl Kremationen auswärts Wohnende	1'578	1'650	1'600
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg-, Urnen-, Privatgräber) FH Rosenberg	4'825	5'000	4'700
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) Vorortsfriedhöfe	2'299	2'300	2'200
Anzahl neu erstellte Privat- und Baumgräber	29	30	30

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag

Leistungen

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	2'274'895	2'394'728	2'078'735
Erlös	757'662	673'320	592'400
Nettokosten	1'517'233	1'721'408	1'486'335
Kostendeckungsgrad in %	33	28	28

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anteil erstellter Pflegepläne aller Naturschutzflächen auf Stadtgebiet in %	74.3	80.0	85.0
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	12	30	10
Anzahl Arbeitsplätze für Integration	12	13	9

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Planungsleistungen für Naturschutz in Std.	984	1'100	1'100
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete überkommunal, m2	239'000	239'000	239'000
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete kommunal, m2	190'900	190'900	230'000
Wertvolle Naturschutzobjekte (noch nicht inventarisiert), m2	34'000	30'000	0
Anzahl Strassenbäume, überkommunal	2'520	2'630	2'560

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielflächen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neuebelegungen und Pflegepläne
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes (bis Rechnung 2007 im Produkt 1)
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielflächen und Kleinanlagen, inkl. Einrichtungen bspw. Voliere
- Pflege der stadt eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen
- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	10'764'947	10'802'799	10'461'437
Erlös	0	0	0
Nettokosten	10'764'947	10'802'799	10'461'437
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

inkl. Kosten Bekämpfung Asiatischer Laubholzbockkäfer

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl der erstellten Entwicklungskonzepte	4	2	2
Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen in %	28	28	30
Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt in %	91	100	100
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleebäume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	22	15	10
Durchschnittliche Kosten einer Bestattung in CHF	2'594	2'600	2'600

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Planungsleistungen in Std.	3'169	3'300	3'300
Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2	457'987	458'000	465'000
Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2	334'416	330'000	334'000
Anzahl Strassenbäume, kommunal	1'720	1'735	1'745
Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	29'000	35'000	25'000
Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2	211'793	208'000	212'000
Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs	848	900	900

Investitionsrechnung Stadtgärtnerei

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	3'840'000	1'675'000	2'040'000	800'000	2'050'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Eulachpark als Gesamtanlage fertig gestellt
- Stadtgarten: Aufwertung gemäss Testplanung in Teilen realisiert
- Friedhof Rosenberg: Erstellen eines behindertengerechten Zugangs zur Aufbahrungshalle
- Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen: Aktualisierung der Inventare und Vernetzungsprojekte, Überprüfung der Strategie, Umsetzung
- Weitere Ausbreitung des Asiatischen Laubholzbockkäfers verhindert
- Gartenstadt gemäss Leitbild weiter entwickelt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Eulachpark ist die grösste öffentliche Grünanlage der Stadt.
- Der Stadtgarten ist als altstadtnaher Grünraum bei Einwohnern und Passanten sehr geschätzt und sehr stark genutzt. Durch gezielte Eingriffe soll auf diesen Nutzungsdruck reagiert werden. Eine Testplanung und ein Entwicklungskonzept haben mögliche Massnahmen aufgezeigt. Die Umsetzung ist in Etappen vorgesehen, um den finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.
- Der Zugang zur Aufbahrungshalle ist nur durch eine relativ steile und zudem schadhafte Treppe möglich. Eine Lösung für gehbehinderte und schwache ältere Menschen ist deshalb dringend notwendig. Die Renovation der alten Kapelle muss aus finanziellen Gründen nochmals verschoben werden. Folgeschäden können aber nicht mehr ausgeschlossen werden.
- Das Natur- und Landschaftsschutzinventar muss periodisch überprüft und aktualisiert werden. Die Massnahmen sind auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.
- Die Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers ist von Bund und Kanton vorgeschrieben. Der Befall in Winterthur ist schweizweit der grösste. Auflage und Ziel ist es, während vier Jahren keinen Nachweis des Käfers oder von Larven im Befallsgebiet mehr nachzuweisen.
- Die Massnahmen des "Leitfadens zur Weiterentwicklung der Gartenstadt Winterthur" sollen schrittweise umgesetzt werden. Winterthur kann die Bezeichnung "Gartenstadt" nur aufrechterhalten, wenn auch künftig in die Grün- und Erholungsräume investiert wird.

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktegruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktegruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung
- Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosser Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositatverträge mit Kirchgemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzahlen")

Verantwortliche Leitung

Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.			
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und E-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	9'270'453	9'805'096	10'174'717

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014

Personalkosten

- Erheblich höherer Aufwand für Entschädigungen Wahlbüros (Erneuerungswahlen 2014)
- Mehraufwand für Sanierungsbeiträge an die PK
- Tiefere Rententeuerung und Rentenleistungen
- Minderaufwand durch Änderung der Erscheinung der Personalzeitung
- Lohnverzicht Stadtrat CHF 225'000
- Anteilsmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Reduktion Personalarückstellung in der Höhe von rund CHF 153'000

Sachkosten

- Höhere Porti und Aufwendungen für Abstimmungsunterlagen und -insetrate i.Z. mit Erneuerungswahlen 2014
- Verzicht auf Beitrag an Stadtforum
- Teilweiser Wegfall Kosten für Pilotprojekt ERMS
- Beschaffung von Betriebseinrichtungen für Ersatz-Aussenlager Stadtarchiv nach Wegfall Busdepot Grüze
- Erhöhung Kompetenzkredit Stadtrat CHF 500'000
- Diverse Kürzungen Sachkosten (0.663%: CHF 77'700)
- Rechtsberatung GGR CHF 50'000

Beiträge an Dritte

- Beitrag für den Versand von Wahlunterlagen der Parteien für GGR-Wahlen 2014
- Wegfall der Beiträge an Greater Zürich Area und Aussenkampagne

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Unveränderte Zinsen und Abschreibungen

Übrige interne Kosten

- Mehraufwand i.Z. mit Einführung der Telekommunikation Voice over IP
- Erheblich höhere Umlagen i.Z. mit FOKUS
- Ablösung Extranet GGR
- Mehraufwand der IDW i.Z. mit Unterstützung im Rahmen der GGR-Wahlen
- Druckkosten für Wahlzettel der Erneuerungswahlen 2014
- Aufwandreduktion durch geänderte Erscheinung Stadtinfo, Geschäftsbericht und Verzicht auf Broschüre "Behörden + Verwaltung"

Externe Erlöse

- Mehreinnahmen durch Erhöhung der Einbürgerungsgebühren

Interne Erlöse

- Tiefere Residualkostenbeiträge

Massnahmen Effort14+, 2. Runde

Reduktion des Kredits des SR für wiederkehrende Aufgaben, der vakanten Sekretariatsstelle in der Stadtkanzlei sowie von Sachkosten für Wahlen und Abstimmungen (Material, Plakate, Radiospots)

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012

Personalkosten

- Wegfall Ausfinanzierung einer Rente
- Erheblicher Mehraufwand für die Entschädigung der Wahlbüros (Erneuerungswahlen 2014)
- Sanierungsbeitrag an PK fällt 2014 erstmals an
- Kostenreduktion durch geänderte Erscheinung Stadtinfo
- Lohnverzicht Stadtrat, Rotationsgewinn und Personalrückstellungen: siehe oben "Abweichung Voranschlag 2013/2014"

Sachkosten

- Reduktion des Kredites des SR für einmalige Ausgaben gegenüber 2012 um CHF 400'000.-- auf 1'000'000.--; SR-Kredit für wiederkehrende Aufgaben unverändert mit CHF 40'000.-- im Voranschlag eingestellt. Beide Kredite sind in der Rechnung 2012 nicht ausgewiesen. Die entsprechenden Kosten werden nach der Zusprechung an die einzelnen Abteilungen vom Voranschlag der Stadtkanzlei in denjenigen der begünstigten Abteilung übertragen.
- Mehraufwand für Veranstaltungen GGR; Durchführung der zweijährlichen Altpäsidentenfeier
- Wegfall des Aufwandes für die Bewerbung Bildungskongress
- Wegfall Fachauftrag für Organisationsentwicklung FOKUS
- Erhöhter Aufwand für Büromaterial, Abstimmungsunterlagen und -inserate i.Z. mit Erneuerungswahlen 2014
- Geringere Porti veranschlagt; auf die Budgetierung eines 2. Wahlganges 2014 wurde verzichtet
- Reduktion des Aufwandes für die jährliche Jungbürgerfeier
- Wegfall des Aufwandes für die Migration von Scope Archiv
- Beschaffung von Betriebseinrichtungen für Ersatz-Aussenlager Stadtarchiv nach Wegfall Busdepot Grüze
- Anpassungen Kompetenzkredit Stadtrat, Rechtsberatung GGR und diverse Kürzungen Sachkosten: siehe oben "Abweichung Voranschlag 2013/2014"

Beiträge an Dritte

- Ausrichtung des Beitrages an die Kosten des Parteienversandes anlässlich der GGR-Wahlen 2014
- Wegfall des Beitrages an die Aussenkampagne Winterthur Tourismus

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Erhöhte Abschreibungen i.Z. mit ERMS/ELAR

Übrige interne Kosten

- Höhere Raumkosten aufgrund geänderter Verrechnung der Abt. Immobilien
- Interne Verrechnung der Kosten für die Projektleitung FOKUS
- Erhöhte Kosten für Büromaterial und Dienstleistungen der IDW i.Z. mit den Erneuerungswahlen 2014; dagegen Reduktion des Aufwandes i.Z. mit geänderter Erscheinung Stadtinfo, Geschäftsbericht und Verzicht auf Broschüre „Behörden + Verwaltung“
- Höhere Kosten für Dienstleistungen IDW i.Z. mit E-Government und Personalzeitung

Externe Erlöse

- Erheblich höhere Einnahmen aus Einbürgerungsgebühren aufgrund der vorgesehenen Gebührenerhöhung
- 2014 keine Verrechnung für die Durchführung von Urnengängen für Kirchgemeinden absehbar

Interne Erlöse

- Tiefere Residualkostenbeiträge

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	6'342'624	5'757'341	5'584'355
Sachkosten	2'130'515	3'064'629	3'599'076
Beiträge an Dritte	1'065'000	1'095'000	1'064'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	74'886	94'805	94'805
Mietkosten	819'415	1'000'620	1'023'120
Übrige interne Kosten	332'308	266'209	352'475
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'764'749</i>	<i>11'278'605</i>	<i>11'717'831</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Kosten	10'754'749	11'268'605	11'707'831
Externe Erlöse	313'491	294'930	394'930
Interne Erlöse	1'180'805	1'178'579	1'148'184
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'494'296</i>	<i>1'473'509</i>	<i>1'543'114</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Erlöse	1'484'296	1'463'509	1'533'114
Total Nettokosten / Globalkredit	9'270'453	9'805'096	10'174'717
Kostendeckungsgrad in %	14	13	13

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	20.02	19.95	19.55
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Änderungen "effort14+":
Abbau von 0.4 Sekretariatsstellen bei der Stadtkanzlei.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

- Ausbreitung des ERMS (Elektronisches Records Management System) und von Records Management in der Verwaltung

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

- Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

- Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	5'667'871	6'112'179	6'466'295
Erlös	2'762	0	0
Nettokosten	5'665'109	6'112'179	6'466'295
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates	24	25	25
Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates	139	125	130
Anzahl Sitzungen des Stadtrates	42	41	41
Anzahl Stadtratsgeschäfte	2'039	1'800	2'000

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

- Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	4'070'859	4'109'146	4'300'363
Erlös	1'440'424	1'454'509	1'524'114
Nettokosten	2'630'435	2'654'637	2'776'249
Kostendeckungsgrad in %	35	35	35

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Wahlen und Abstimmungen			
Anzahl Urnengänge pro Jahr	5	4	4
Anzahl Sachvorlagen pro Jahr	31	20	20
Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)	nein	nein	ja

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Einbürgerungen			
Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen	369	400	330
Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen	335	450	320
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen	142	170	160
Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche	4	3	3
Anzahl Rückstellungen	49	25	36
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen	40	30	27
Stadtkanzlei			
Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat	59	70	65
Anzahl Stadtratsbeschlüsse	743	700	700
Anzahl Stadtratsbriefe	326	340	330
Anzahl organisierte Veranstaltungen	95	100	90
Informationsdienst			
Anzahl Medienmitteilungen	348	350	350
Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe	86	70	70

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

- a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung
- b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung
- c) Ordnung, Erschliessung
- d) Benutzung und Vermittlung

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	996'632	1'057'280	951'172
Erlös	21'722	19'000	19'000
Nettokosten	974'910	1'038'280	932'172
Kostendeckungsgrad in %	2	2	2

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung	2'050	2'100	2'100
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung	400	300	90
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung	2'600	3'500	2'800
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung	1'600	1'600	1'600

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter	40 / 105	40 / 75	40 / 100
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)	9'000 / 5'091	0 / 10'000	0 / 3'000
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	139 / 657	200 / 550	180 / 550
Anzahl benutzter Archivalien	4'380	3'500	3'500
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche	72 / 288	50 / 250	50 / 250
Führungen / Ausstellungen	10 / 1	5 / 1	10 / 1

Investitionsrechnung Stadtkanzlei

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	2'010'000	2'195'000	2'595'000	3'200'000	1'700'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

- Ausbreitung des ERMS (Elektronisches Records Management System) und von Records Management in der Verwaltung
- Beratung und Übernahme von Akten im Zusammenhang mit Fokus
- Archivraumerweiterung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Auftrag

Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stellen prüfen

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- ob die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Aufsicht über die Stadtbehörden, Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunftserteilung, Beratung und Information, ggf. Vermittlung, Beurteilung von Erlassen und Vorhaben, die den Datenschutz betreffen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Kanton

Datenaufsichtsstelle

- Informations- und Datenschutzgesetz IDG vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über die Ombudsstelle vom 23. Juni 2008
- Beschluss des GGR über die Besoldung der Ombudsperson vom 27.10.08

Datenaufsichtsstelle

- Verordnung über die/den Datenschutzbeauftragten der Stadt
- Stadtratsbeschluss "Richtlinie Sofortmassnahmen zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips" vom 1. Oktober 2008

Verantwortliche Leitung

Ombudsstelle

Viviane Sobotich

Datenaufsichtsstelle

Philip Glass

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
1 Zugänglichkeit Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle sind leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrößen:</i> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	 32.0 / 6.0 32.0 / 6.0	 32.0 / 6.0 32.0 / 6.0	 32.0 / 6.0 32.0 / 6.0
2 Kundenorientierung Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle sind spezifische Kontaktstellen für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrößen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle: ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF Ombudsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme Datenaufsichtsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	 263'731 54'964 152 10 < 2 Tage 53 23 < 3 Tage	 268'656 106'005 150 30 < 2 Tage 50 15 < 3 Tage	 247'417 80'780 150 30 < 2 Tage 50 30 < 3 Tage
3 Leistungserbringung Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle erbringen ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrößen:</i> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	 17. Juni 2013 MO 2.5.13 (Ombudsst.)	 Juni 2014 Mo Juni 2014	 Juni 2015 Mai / Juni 2015

Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Nettokosten / Globalkredit	330'556	374'661	328'197

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2013/2014**Ombudsstelle:**

- Das Budget 2014 ist leicht unter dem Budget 2013, da im Vorjahr die Erneuerung der Homepage und IT-Erneuerungen aufgrund der neuen Software-Installationen der IDW zusätzlich budgetiert waren.

Datenaufsichtsstelle:

- Der Nettogesamtaufwand sinkt gegenüber VO 2013 da ein mögliches Sekretariat nicht mehr budgetiert wird.
- Erhöhung der pendenten Geschäfte als Anpassung an den aktuellen Geschäftsgang

Umsetzung GGR Budget Beschlüsse:

Personalkosten: Anteilsmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Reduktion Personalrückstellung in der Höhe von rund CHF 7'000.

Sachkosten: Reduktion der Sachkosten (0.663% - CHF 3'100) anteilmässig auf Ombudsstelle (P1) und Datenaufsichtsstelle (P2).

Begründung Abweichung Voranschlag 2014 zu Rechnung 2012**Ombudsstelle:**

- Das Budget 2014 wurde auf der Basis der Rechnung 2012 erstellt. Das Ergebnis reduziert sich aufgrund der leicht höheren Residualkosten entsprechend.

Datenaufsichtsstelle:

- Die Erhöhung des Budgets 2014 gegenüber der Rechnung 2012 erklärt sich dadurch, dass seit VO 2013 eine Kostenstelle für die Kontrollfunktion der Datenaufsicht budgetiert wird.

Umsetzung GGR Budget Beschlüsse: Anteilsmässige Verbuchung Rotationsgewinn und Reduktion Personalrückstellungen; Reduktion der Sachkosten. (siehe oben unter "Abweichung Voranschlag 2013/2014").

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personalkosten	357'221	376'118	349'179
Sachkosten	59'723	80'565	73'257
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	37'233	42'140	38'440
Übrige interne Kosten	540	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>454'716</i>	<i>498'823</i>	<i>460'876</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	454'716	498'823	460'876
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	124'160	124'162	132'679
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>124'160</i>	<i>124'162</i>	<i>132'679</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	124'160	124'162	132'679
Total Nettokosten / Globalkredit	330'556	374'661	328'197
Kostendeckungsgrad in %	27	25	29

Personalinformationen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	0.88	1.08	0.88
▪ Auszubildende	0.08	0.15	0.15
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Stellenprozente bei der Ombudsstelle sind seit dem 1.1.2012 unverändert (83% Ombudsmitarbeiterinnen und 0.05 Reinigungspersonal). Nach Möglichkeit wird eine Praktikumsstelle pro Jahr während zwei Monaten besetzt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014

Ombudsstelle: Fortsetzung der Archivierung.

Produkt 1 Ombudsstelle**Leistungen**

Gemäss der Verordnung über die städtische Ombudsstelle vom 23. Juni 2008

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	363'120	368'043	356'208
Erlös	99'388	99'388	108'791
Nettokosten	263'731	268'655	247'417
Kostendeckungsgrad in %	27	27	31

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Aufgabenerfüllung nach Art. 2 VO Ombudsstelle	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Anzahl neu eingegangener Geschäfte	153	155	155

Produkt 2 Datenaufsichtsstelle**Leistungen**

Gemäss § 33 ff IDG

Nettokosten	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Kosten	79'737	130'779	104'668
Erlös	24'772	24'774	23'888
Nettokosten	54'964	106'005	80'780
Kostendeckungsgrad in %	31	19	23

Operative Ziele	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Aufgabenerfüllung nach § 33 ff IDG	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
Beschäftigungsgrad (in %)	30.0	30.0	30.0

Investitionsrechnung Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2015 - 2017 / geplante Realisierung

25-jähriges Bestehen der Ombudsstelle im 2017.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Anhang

Kennzahlen

Kennzahlen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Bevölkerung	105'844	107'444	109'044	110'544	112'044	113'344

Kontrolltabelle

Produktgruppen	Ist 2012	Soll 2013	Soll 2014
▪ Personalamt ▪ Stadtentwicklung ▪ Theater Winterthur ▪ Bibliotheken ▪ Subventionsverträge und Beiträge an Dritte ▪ Städtische Museen, Kulturinstitution und Bauten ▪ Rechtspflege ▪ Finanzkontrolle ▪ Finanzamt ▪ Informatikdienste (IDW) ▪ Steuerbezug ▪ Immobilien ▪ Städtische Allgemeinkosten/Erlöse ▪ Steuern und Finanzausgleich ▪ Tiefbau ▪ Entsorgung ▪ Vermessung ▪ Baupolizei ▪ Städtebau ▪ Stadtrichteramt ▪ Stadtpolizei ▪ Betrieb Parkhäuser und Parkplätze ▪ Feuerwehr ▪ Zivilschutz ▪ Melde- und Zivilstandswesen ▪ Umwelt- und Gesundheitsschutz ▪ Volksschule ▪ Einkauf und Logistik Winterthur ▪ Sonderschulung ▪ Familienunterstützende Kinderbetreuung ▪ Berufsbildung ▪ Sportamt ▪ Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ▪ Sozial- und Erwachsenenhilfe ▪ Prävention und Suchthilfe ▪ Individuelle Unterstützung ▪ Spitex ▪ Alterszentren ▪ Beiträge an Organisationen ▪ Arbeitsintegration ▪ Stadtwerk Winterthur ▪ Stadtbuss Winterthur ▪ FinoV Stadt ▪ Forstbetrieb ▪ Stadtgärtnerei ▪ Stadtkanzlei ▪ Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	3'386'669 4'871'554 6'120'533 8'489'573 14'584'651 8'284'352 112'290 813'370 2'626'376 158'858 2'817'425 7'662'379 -15'513'938 -549'621'270 20'692'717 0 609'491 3'192'566 7'888'357 -510'993 26'448'265 0 7'282'018 3'282'503 1'673'140 2'026'104 185'769'787 4'694 17'890'856 8'420'694 9'259'729 12'995'212 2'928'048 18'067'199 5'126'296 92'026'306 8'870'591 10'382'886 13'888'956 2'478'777 0 0 15'378'959 2'395'010 12'631'013 9'270'453 330'556	3'401'165 4'868'059 5'618'807 8'826'358 14'896'810 8'407'058 375'122 806'103 2'617'011 -88'868 2'828'428 -133'647 -18'062'284 -556'487'000 21'088'185 0 593'914 2'303'587 8'461'399 -1'263'831 26'495'617 0 7'542'257 3'386'834 1'613'871 2'888'565 184'160'645 -13'106 24'693'886 8'935'508 9'283'487 13'667'645 3'308'707 18'372'527 4'198'922 94'130'861 8'659'355 10'598'208 16'115'710 2'690'528 0 0 16'550'916 2'788'285 12'603'773 9'805'096 374'661	3'190'244 3'749'621 4'907'233 8'560'259 13'372'743 6'873'561 233'178 752'549 2'474'971 -991'733 2'378'425 -8'426'179 -20'031'378 -526'423'500 19'698'955 0 508'766 1'599'487 7'317'384 -1'500'745 25'002'939 0 7'374'773 3'067'222 1'683'903 1'857'499 182'801'245 -192'073 21'806'006 9'055'029 8'673'246 13'037'579 3'125'470 17'133'538 3'759'175 106'483'797 8'258'085 9'657'966 19'514'232 1'690'056 0 0 16'005'348 2'145'622 11'567'383 10'174'717 328'197
Total Stadt	-4'093'865	-8'090'866	2'254'791